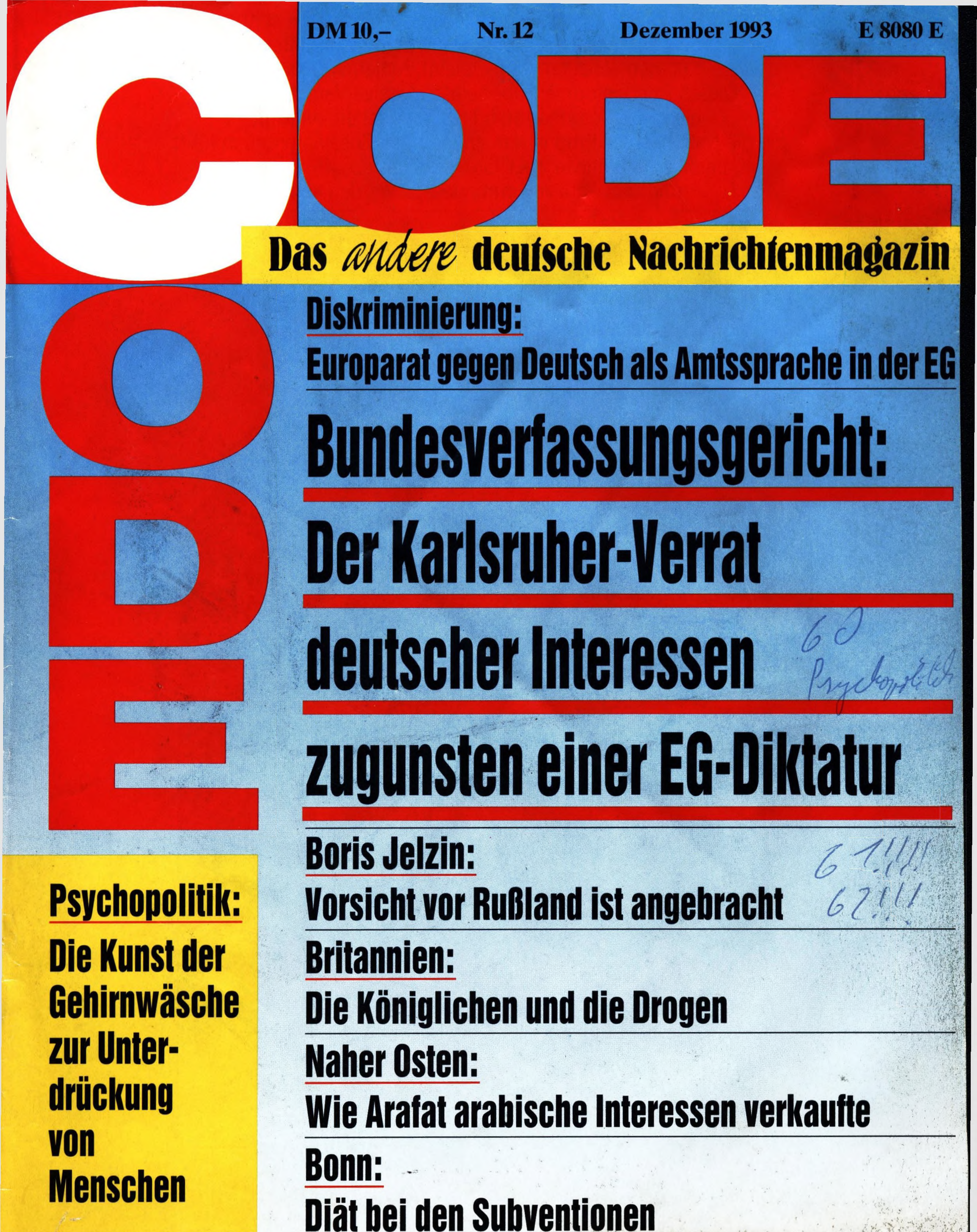
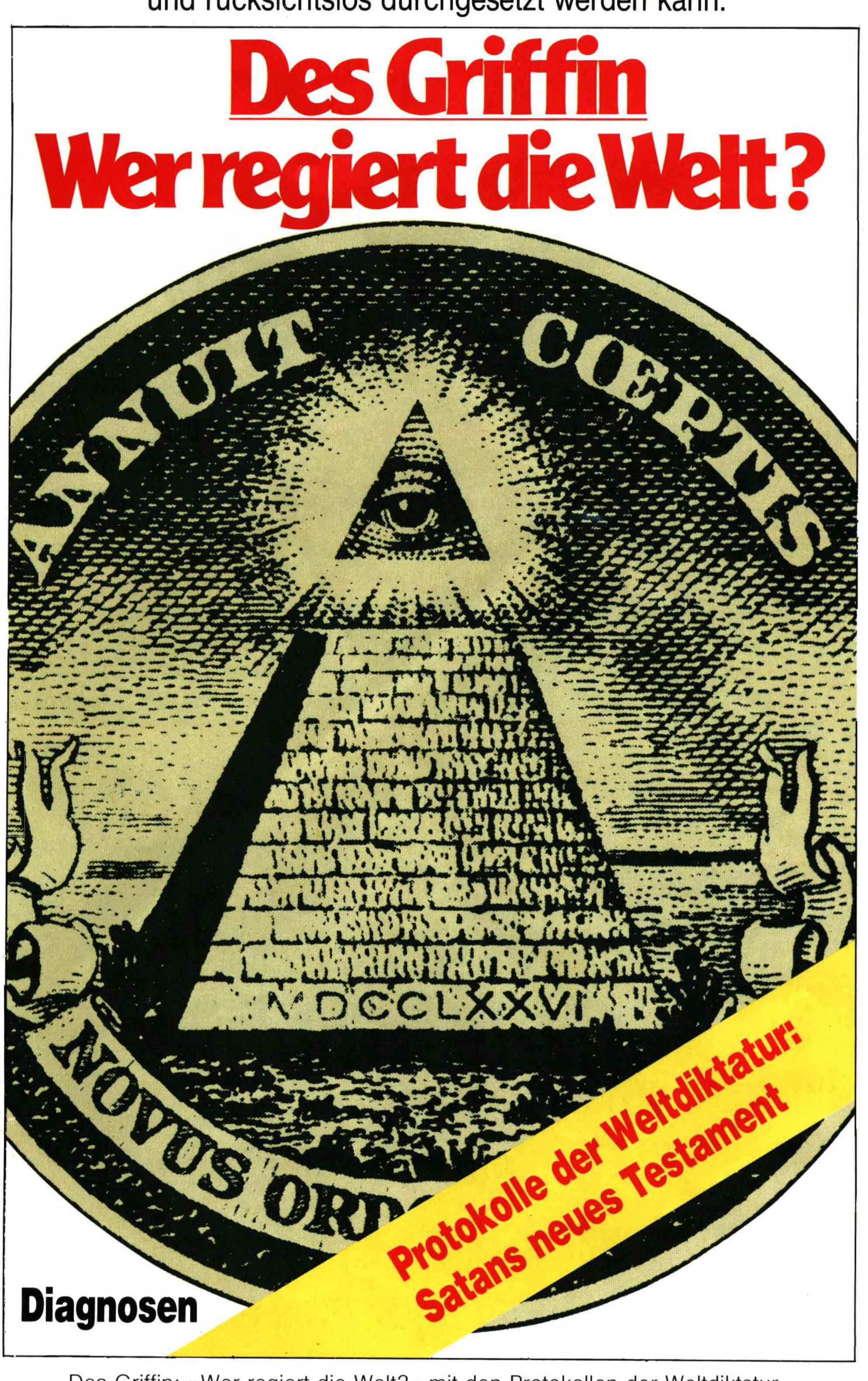
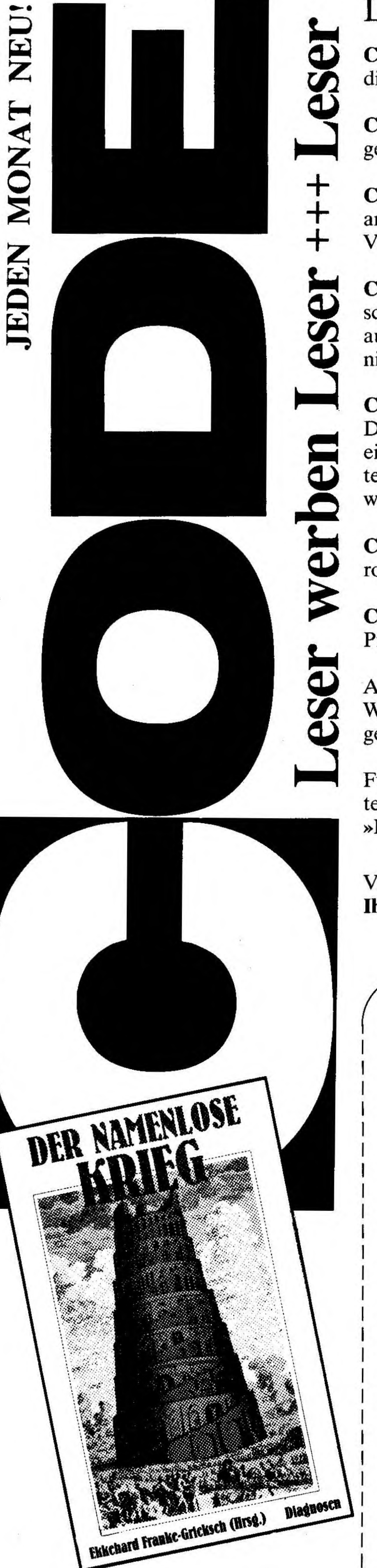


DM 10,–
Nr. 12
Dezember 1993
E 8080 E
CODE
Das andere deutsche Nachrichtenmagazin
Diskriminierung:
Europarat gegen Deutsch als Amtssprache in der EG
Bundesverfassungsgericht:
Der Karlsruher-Verrat
deutscher Interessen
zugunsten einer EG-Diktatur
Boris Jelzin:
Vorsicht vor Rußland ist angebracht
Britannien:
Die Königlichen und die Drogen
Naher Osten:
Wie Arafat arabische Interessen verkaufte
Bonn:
Diät bei den Subventionen
Psychopolitik:
Die Kunst der Gehirnwäsche zur Unterdrückung von Menschen

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli.
Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-71229 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-56020 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE erscheint seit 1987 unter diesem Namen, vorher hieß die Zeitschrit »Diagnosen«. Dem anderen deutschen Nachrichtenmagazin liegt ein Konzept zugrunde, daß den Lesern eine umfassende politische und wirtschaftliche Übersicht über sämtliche nationalen und internationalen Ereignisse vermittelt, wobei das Schwergewicht der Darstellung auf die weltweiten Verflechtungen und Hintergünde gelegt wird.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

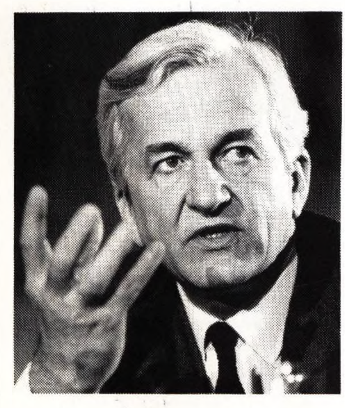
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



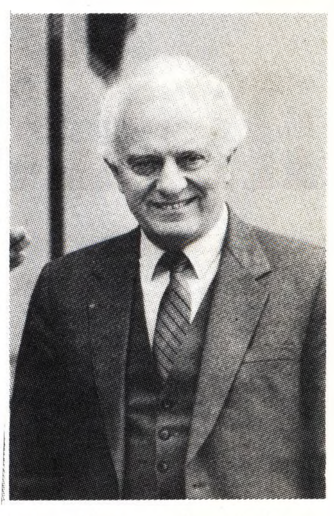
Deutschland



Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sofort nach dem Urteilsspruch in Karlsruhe den Maastricht-Vertrag unterzeichnet.

Finanzen

Internationales



Eduard Schewardnaze bekam militärische Unterstützung aus Moskau, da Rußland weiterhin den Kaukasus beherrschen will.

7. Jahrgang Nr. 12 November 1993

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Kalergi-Orden für Kohl

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ist jüngst von der Pan-Europa-Bewegung mit dem Kalergi-Orden ausgezeichnet worden – und hat diesen Orden auch angenommen.

Man muß leider feststellen, daß Kohl anscheinend keine Ahnung hat, wer dieser Kalergi überhaupt war, und welche Thesen er verbreitet hat. Hätte er es denn gewußt, dann hätte er diesen Orden nie annehmen dürfen. Wenn er es dennoch getan hat, dann würde dies leider ein bezeichnendes Licht auf den Kanzler werfen.

Der österreichische Kalergi war Mitglied der jüdischen Freimaurerloge "B'nai B'rith" und sprach sich bereits in den zwanziger Jahren für eine reinzuhaltende jüdische Adelsrasse in Europa aus.

So schrieb Kalergi in seinem 1923 erschienenen Buch »Paneuropa«: »Für Paneuropa wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse, um die Vielfalt der Persönlichkeiten herbeizuführen ... Die Folge ist, daß Mischlinge vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treuelosigkeit ... mit Objektivität und der Weite des Horizonts verbinden ... Die Führer sollen die Juden sein, denn eine gütige Vorsehung hat Europa mit den Juden eine neue Adelsrasse von Gottes Gnaden geschenkt.«

Dieses sind nur einige Äußerungen Kalergi, der mit Leichtigkeit noch viele weitere folgen könnten. Es ist unverständlich, wie der deutsche Bundeskanzler einen Orden annehmen kann, der nach jemandem benannt ist, der derartige Thesen vertritt.

Kalergi hat nicht ein Paneuropa eigenständiger, durch Verträge zusammengeschlossener Nationalstaaten, sondern ein unter Führung eines Volkes stehendes Einheitsstaatengebilde gefordert. Gerade dies spricht aber dem Ursprungsgedanken der EG Hohn – selbst wenn man nicht vergessen darf, daß die Franzosen tüchtig daran arbeiten, durch die Besetzung von Schlüsselstellen sich quasi als EG-Herrscher etablieren zu wollen.

Sollte Helmut Kohl wirklich nicht wissen, was für Ideen sich hinter dem Namen Kalergi verbergen, sollte er sich von seinen Beratern aufklären lassen – und dann kann es nur eine Entscheidung geben: nämlich die Rückgabe dieses Ordens. Man kann aber – leider – mit Sicherheit davon ausgehen, daß das im vorherigen Satz skizzierte mit Sicherheit nicht eintreten wird. □

Die öffentliche Verschwendung

Der Bund der Steuerzahler hat kürzlich viele Beispiele aufgelistet, wie der Staat trotz der bekannten Finanznöte Geld im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Fenster hinauswirft. Zwar sind dies auf den ersten Blick nur kleine Beträge, nur summieren sich diese zu einer nicht unerheblichen Summe. Aus der Vielzahl der vorgestellten Fälle sollten nur einige nachfolgend aufgeführt werden:

So stört ein Streit zwischen dem Geologischen Landesamt und der Stadt Ludwigsburg nicht nur die Totenruhe, sondern auch die Nerven der Steuerzahler. Grund für den Behördenzwist: Der felsige Untergrund mache auf etwa einem Drittel der 4,5 Hektar großen Friedhofsfläche Beerdigungen unmöglich. Die Bodenschicht über dem Schotter- und Felsuntergrund soll zu dünn sein und deswegen nicht ausreichen, um die Särge mit entsprechendem Bodenmaterial abzudecken. Eine Million Mark soll schon an Mehrausgaben entstanden sein.

Interessant der Vorschlag des Landesamtes: Es können sehr wohl Bestattungen durchgeführt werden; notfalls müsse eben aufgefüllt werden.

Im August des vergangenen Jahres wurde die Bundesautobahn A 93 Hof-Weiden-Regensburg im Abschnitt Neustadt-Waldnaab-Weiden West beim Anbau der zweiten Fahrbahn um 30 Zentimeter zu dick aufgetragen. Die Straßendecke war nun so hoch, daß bei einer Straßenüberführung westlich von Weiden die erforderliche Durchfahrtshöhe von 4,70 Meter um rund 30 Zentimeter unterschritten wurde. Bagger mußten nun die zu viel aufgetragene Fahrbahndecke wieder abhobeln. Mehrkosten alleine hier: Rund 100.000 Mark.

Den gleichen Betrag mußte der Steuerzahler in Schwerin aufbringen, weil zwei Baukräne länger als nötig vorgehalten wurden. Wegen fehlender Planungsunterlagen stand zum Beispiel ein Kran lange Zeit auf der Baustelle herum und kostete den Steuerzahler jeden Tag eine Menge Geld.

Mit einem Kostenaufwand von rund 1,8 Millionen Mark errichtete das Landespflanzenschutzamt Rheinland-Pfalz in Mainz eine Geräteprüfhalle. Diese wurde jedoch höchstens vier bis sechs Wochen im Jahr für Geräteprüfungen sowie zur funktionstechnischen Kontrolle von Pflanzenschutzgeräten genutzt. Ansonsten diente die Halle in begrenztem Umfang zur Unterstellung von Maschinen und Geräten. Nun plädierte der Rechnungshof des Landes, die Halle für den weiteren Jahresverlauf zu verpachten.

Für die »historische Umgestaltung« der Hegelstraße in Magdeburg, in der »ganz zufällig« auch die Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt ihren Sitz hat, wurden 9,6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Für diese Milliönchen wurde die gut erhaltene Asphaltstraße durch holpriges Kopfsteinpflaster ersetzt, die zum Teil erst 1988 neu befestigten Fußwege mit farbigen Mosaiksteinchen belegt und die stinknormale Straßenbeleuchtung durch nostalgische jugenstilgerechte Laternen ersetzt. Die Vorgärten erhielten handbehauene Sandsteineinfassungen, die alten Bäume müssen zwölf bis 14 Jahre alten Gleditsianen Platz machen, da diese besser zum Stil passen.

Die Magdeburger Bürger, die dieses zum überwiegenden Teil nicht verstanden, wurden beruhigt: Das Geld muß das Land und der Bund aufbringen, die Stadt kostet es keinen Pfennig. Schilda läßt grüßen!

Die Stadt Kassel hat exakt 1139451 Mark von der im Jahr 1992 noch amtierenden SPD-Mehrheit im Stadtparlament entgegen allen Bürgerprotesten durchgeboxte treppenähnliche Skulptur auf dem Königsplatz bezahlt. Jetzt soll die Treppe wieder verschwinden. Wie hoch der Abrißaufwand sein wird, steht noch nicht fest.

Zu seinem Abschied erhielt der Glücksstadter Bürgermeister vom Magistrat eine Kreta-Reise geschenkt. Wer aber nun glaubt, die Magistrats-Mitglieder würden mit ihrem eigenen Geld für diese Reise aufkommen, sieht sich – wie aber nicht anders zu erwarten war – getäuscht: Der Bürger »darf« nämlich mit seinen Steuergroschen für den Urlaub des Herrn Bürgermeister a.D. aufkommen.

192000 Mark hat das Land Nordrhein-Westfalen in den Sand von Münster gesetzt. Im Stadtteil Giesenbeck waren 1991 Fernwärmeleitungen zur Versorung der dort geplanten Studentenwohnheime verlegt worden, ohne jedoch zu beachten, daß rund 200 Meter dieser Leitung über privates Gelände liefen. Dabei war vergessen worden, die Eigentümer dieser Grundstücke um ihre Einwilligung zu bitten.

1992 schaffte die Justizvollzugsanstalt Hohenlauben für genau 300154,37 Mark eine Druckereieinrichtung an. Bis heute ist diese aber nicht ein einziges Mal benutzt worden.

Für Richtfest und Einweihungsfeier der Moltkebrücke gab der Berliner Senat über 40000 Mark aus – und das, obwohl nur 4100 Mark bewilligt worden waren. Bei Überprüfung des Rechnungshofes fand dieser heraus, daß in drei anderen Fällen ebenso gehandelt wurde. Die zusätzlichen Mehrausgaben lagen bei »lächerlichen« 105000 Mark.

Die Gemeindevertretung in Oelsnitz im Vogtland verkaufte im November 1991 an den damaligen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ein rund 1000 Quadratmeter großes Grundstück für 3,30 Mark je Quadratmeter, obwohl der Grund rund das 30fache Wert war. Der Sachverständige, der den Verkaufspreis gutachterlich zu ermitteln hatte, war fälschli-

cherweise (?) davon ausgegangen, daß es sich hierbei um Gartenland handelte. Dabei war das Grundstück schon längst zum Baugebiet erklärt worden. Rechtlich kann das Geschäft aber auch nicht mehr rückgängig gemacht werden. Des Vorsitzenden Freud ist des Steuerzahlers Leid.

Alleine diese wenigen Beispiele, denen auch hier wieder unzählige weitere folgen könnten, belegt, wie »großzügig« die Herren Abgeordneten und andere öffentliche Entscheidungsträger mit dem Geld der Steuerzahler umgehen. Bereits hierbei handelt es sich um einen mehrere Millionen Mark ausmachenden Betrag. Wenn man hochrechnet, was dann alle Verschwendungen gekostet haben, kann es einem übel werden. Dieses Geld hätte sehr viel besser für wirklich Sinnvolles, etwa für den Bau von Kindergärten und Schulen oder auch altengerechten Wohnheimen ausgegeben werden können. □

Heitmann gescheitert

Wie bereits in der vergangenen Ausgabe von CODE beschrieben, kann der sächsische Justizminister Steffen Heitmann als gescheitert für das Amt des Bundespräsidenten angesehen werden – sofern er zum Erscheinungs-Zeitpunkt dieser Ausgabe überhaupt noch Kandidat ist –.

Zwar hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vordergründig hinter Heitmann gestellt. Diese Unterstützung ist jedoch alleine aus dem Grund schon unglaubwürdig, weil viele Fraktionsmitglieder und auch andere führende Mitglieder der CDU öffentlich massive Kritik an dem Kandidaten übten. Frau Süßmuth brachte es sogar fertig, ihn vor dem Votum massiv zu kritisieren, ihm dann doch ihre Stimme zu geben, um nur einen Tag später wieder massive Kritik an ihm zu üben.

Das einzig positive an diesem Verhalten ist, daß die alles andere als zu tolerierende Frau Süßmuth bei einem erneuten Wahlsieg der derzeitigen Regierungskoalition – vorausgesetzt, die Koalition hält über die nächste Wahl durch – wohl – endlich – ihren Sitz als Bundestagspräsidentin verlieren wird.

Die FDP-Favoritin Hamm-Brücher kann ebenfalls als gescheitert angesehen werden, nachdem ihre Äußerungen kurz vor der Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands bekannt wurden. So hatte sie sich dafür ausgesprochen, DDR-Bürger nicht mehr in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik hineinzulassen, nachdem immer mehr Mitteldeutsche dort wegen der Repressalien, denen sie von dem stalinistischen Terrorregime der SED ausgesetzt waren, dort Zuflucht suchten. Auch war sie dafür, über Ungarn in die Bundesrepublik einreisenden Mitteldeutschen die finanzielle Unterstützung zu kürzen, um damit keine Fluchtanreize zu schaffen. Sofern Genscher nicht doch noch sein Einverständnis zu einer Kandidatur gibt – Insider wollen noch immer wissen, daß er sich hierfür, »um eine Staatskrise zu vermeiden«, dazu bereiterklären wird; dagegen spricht aber, daß er seine Memoiren bald herausgeben will, als Bundespräsident müßte er sich aber eine gewisse Zurückhaltung auferlegen –, ist der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, der »heißeste« Kandidat für den Stuhl des obersten Repräsentanten dieses unseres Landes. Auf ihn könnten sich CDU, CSU und FDP einigen, ohne das Gesicht zu verlieren.

Die Chancen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) schmelzen dagegen immer mehr zusammen. Die jüngsten massiven Proteste der Bergwerker und Stahlkocher an Rhein und Ruhr richten sich zwar in erster Linie gegen die Politik der Bundesregierung, sind in Wirklichkeit aber ein Schlag ins Gesicht der Landesregierung. Denn sie hat es versäumt, durch eine mittelfristig ausgerichtete Strukturpolitik das Land auf die geänderten Verhältnisse der neunziger Jahre auszurichten. Hierfür verantwortlich ist aber nun einmal Rau. Rau hat nur dann eine Chance, wenn die FDP die Koalition wechseln will. Dieses kann derzeit aber praktisch ausgeschlossen werden.

Rau hat allerdings einen wichtigen Verbündeten: Linke Israelis. So schreibt der in Bonn erscheinende, der Union nahestehende Hintergrundinformationsdienst »Privat-Depesche«: »Mischim Zvili, Generalsekretär der in Jerusalem regierenden Sozialisten, feierte Rau öffentlich: ›Wir hoffen, daß Du im Mai nächsten Jahres das höchste Amt in Deinem Land als Bundespräsident übernehmen wirst.‹ Nachdem der NRW-Regierungschef 100 Stipendien zu (je) 2000 Dollar verteilt hat, nennt der Präsident der ›Ben Gurion-Universität‹ von Bershebe Johannes Rau ›einen der größten deutschen Führer des neuen Deutschland‹ – alles gemünzt auf den innerdeutschen Wahlkampf.« □

Zehn Jahre für Küssel

Der Österreicher Gottfried Küssel ist jüngst in seinem Heimatland wegen »nationalsozialistischer Wiederbetätigung« zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte 1991 vor den Fernsehkameras zahlreicher Sender die »Wiederzulassung der NSDAP zu Wahlen« gefordert.

Gottfried Küssel ist Nachfolger von Michael Kühnen, dem selbsternannten Führer der »Neonationalsozialisten«, der Anfang der neunziger Jahre nach Verbüßung einer langjährigen Haftstrafe an AIDS starb. Schon vorher hatten Gerüchte die Runde gemacht, Kühnen sei homosexuell.

Küssel gehört zweifellos zu den sogenannten Hardlinern, die in Wahrheit nicht den Nationalsozialismus, sondern den Hitlerismus wiedereinführen wollten – wer sich mit Politgeschichte befaßt hat und auch Alfred Rosenbergs »Großdeutschland – Traum und Tragödie« gelesen hat, kennt den Unterschied –. Mit seinen Äußerungen stellte und stellt Küssel sich zweifellos außerhalb eines freien Rechtsstaates und propagiert eine Staatsform, die abzulehnen ist.

Dennoch muß es in einem freien Rechtsstaat möglich sein, diese Ansicht zu vertreten. Genau wie Altkommunist Gregor Gysi, der frühere Vorsitzende und noch immer Spitzenpolitiker der SED-Nachfolgeorganisation PDS, noch immer die Wiedereinrichtung eines kommunistischen Deutschlands fordert – ohne hierfür jedoch bestraft zu werden. Dabei fordert Gysi die Errichtung einer Staatsform, die ungleich mehr Tote zu verantworten hat als der Nationalsozialismus beziehungsweise Hitlerismus.
Das Urteil gegen Küssel ist vielmehr als Kapitulation eines Staates zu wehrten, der statt mit zahlreichen vorhandenen Argumenten gegen die falschen und von jedem freiheitlich eingestellten Deutschen abzulehnenden Thesen Küssels mit der das Menschenrecht Hohn sprechenden politischen Haft antwortet.

Damit wird aus Küssel ein Märtyrer gemacht, der gerade durch seine Haft viel mehr Anhänger gewinnen wird – besonders unter jungen Menschen –, als es ihm gelungen wäre, wenn er seine falschen »Thesen« hätte ungehindert weiter verbreiten können. □

Frey und Schönhuber zusammen?

In nationalen Kreisen verdichten sich die Gerüchte, daß allen früheren Dementis zum Trotz die DVU und die Republikaner in den Bundestagswahlkampf 1994 mit einer gemeinsamen Liste ziehen werden. Aufmerksam wird registriert, daß Frey in seinen Blättern eine »Urabstimmung der Rechten – Gemeinsam oder Gegeneinander?« gestartet hat, in der unverhohlen für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Gruppierungen geworben wird. O-ton: »DVU-Bundesvorsitzender Dr. Frey hat sein Angebot an den Vorsitzenden der Republikaner, Schönhuber, bekräftigt, das Trennende zu überwinden und künftig eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten.«

Auffällig ist auch, daß immer mehr – lancierte? – Leserbriefe für ein gemeinsames Antreten bei Wahlen plädieren. Schönhuber lehnt dies zwar – vordergründig – noch immer ab, doch ist es mehr als unwahrscheinlich, daß beide Parteien getrennt zur Wahl antreten. Das einzige Problem ist »nur noch«, daß keiner der beiden Vorsitzenden bereit ist, sein übergroßes Ego auch wirklich in den Dienst der deutschen Sache zu stellen und stattdessen unbedingt die Nummer 1 der »rechten Seite« sein will. □

Deutschland

Etablierte Parteien entlarven sich

Alfred König

Die etablierten Parteien, die sich immer als die demokratischen Kräfte Deutschlands bezeichnen, haben sich in den vergangenen Wochen und Monaten entlarvt. In Wirklichkeit geht es ihnen weniger um den Erhalt der Demokratie, sondern nur um den Machterhalt und den Erhalt ihrer Pfründe. Auch die Medien, die angeblich durch die Meinungsvielfalt der Wächter der Demokratie sein sollen, sind parteipolitisch so eingebunden, daß sie weniger das Sprachrohr der Masse, sondern die Stimme ihrer Herren sind.

Am beispielhaftesten zeigte sich dies bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im September dieses Jahres, als das Oberverwaltungsgericht Hamburg den Norddeutschen Rundfunkt (NDR) zwang, auch Vertreter der DVU zu einer Diskussion wenige Tage vor der Wahl einzuladen. Ergebnis war, daß der NDR dann kurzerhand die ganze Sendung absetzte.

Sehr interessant war die Reaktion hierauf. Der Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzende Kruse erklärte, selten habe er ein Gericht für eine Entscheidung mehr verachtet als dieses. Und die Presseorgane, angefangen von der »Welt« bis zur »Frankfurter Rundschau« und der »TAZ« ereiferten sich, diese Entscheidung stelle einen Eingriff in die Pressefreiheit dar, nach der jedes Medienorgan selber entscheiden kann, worüber und wie es berichtet.

Dieses ist zwar im Grundsatz richtig, darf aber auch nicht verallgemeinert werden. Sicherlich ist es zutreffend, daß man etwa die »Welt« oder die »TAZ« nicht dazu zwingen kann, auch einer ihnen nicht genehmen Partei Platz zur Darstellung ihrer Ziele zu geben.

Etwas anderes ist es aber bei einem öffentlich-rechtlichen Organ. So schreibt dann auch der Staatsvertrag vor, daß diese »ausgewogen«, was das auch immer heißen mag, berichten müssen.

Und hierzu gehört nun einmal, daß bei einer Diskussion kurz vor einer Wahl sicherlich auch Kandidaten derjenigen Parteien eingeladen werden müssen, die nach Meinungsumfragen gute Chancen haben, ins Parlament einzuziehen, also die – im übrigen schlecht mit einer Demokratie zu vereinbarende – Fünf-Prozent-Klausel zu überspringen.

Unter dem Deckmantel der Pressefreiheit

Geschieht dies nicht, ganz egal aus welcher politischen Richtung die betreffende Partei nun stammen mag, dann hat dies aber nichts mehr mit Demokratie und noch viel weniger mit Fairneß zu tun.

Man wirft dem Dritten Reich immer vor, unliebsame Presse verboten zu haben. Und sicherlich stimmt dies. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat hat es nun einmal nichts zu tun, wenn etwa Zeitungen der Kommunisten oder der Sozialdemokraten verboten werden. So falsch manche Thesen auch sein mögen, diese Parteien müssen die Möglichkeit haben, sie zu verbreiten. Geschieht dies nicht, werden diese Leute in den Untergrund getrieben, werden aus ihnen quasi Märtyrer gemacht und besteht die große Gefahr, daß diese falschen Thesen vielleicht sogar mehr Anhänger finden, als wenn man diese mit knallharten Argumenten im wahrsten Sinne des Wortes auseinandernimmt.

Daß, was im Dritten Reich geschehen ist, wird hier unter dem Deckmäntelchen der Pressefreiheit aber auch praktiziert, nämlich das Ausschalten mißliebiger Meinungen durch Parteiklüngel.

Auch das »Argument«, diese Parteien hätten schließlich ihre eigenen Zeitungen, in denen sie ihre Ziele der Öffentlichkeit vorstellen können, zieht nicht. Heute ist das Zeitalter des Fernsehens. Zeitungen werden immer weniger gelesen, und das Radio hat gegenüber noch vor drei, vier Jahrzehnten stark an Bedeutung verloren. Zudem sind die Zeitungen nicht öffentlich-rechtlich, sondern alle privat.

Falls die Politiker und damit auch die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten wirklich aus dem Dritten Reich gelernt haben sollten, dann müßten sie also gerade diese Leute auch einladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Öffentlichkeit über ihre Ziele zu unterrichten.

Und außerdem: Es wird doch immer gesagt, die rechten Parteien, ganz egal wie sie heißen mögen, würden nur eine Schlagwort-Politik betreiben, die einer genaueren Analyse nicht standhalten würde. Na dann bitte schön CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne, dann nutzt doch die Chance einer Fernsehdiskussion und stellt die Vertreter dieser Parteien als Idioten dar.

Stimmen gegen den eigenen Antrag

Auf der anderen Seite müssen die rechten Parteien zum Teil aber der Verweigerungshaltung des Fernsehens und des Radios froh sein. Denn wenn man zum Beispiel sieht, was für »Kapazitäten« gerade die DVU des öfteren aufstellt – andere »rechte« Parteien können sich hiervon aber auch nicht freisprechen –, dann kann man nur den Kopf schütteln. Diesen Personen mag eine ehrliche Gesinnung gar nicht einmal abzustreiten sein, nur sollte man von möglichen Parlamentariern nun doch verlangen, daß sie sich zumindest einigermaßen artikulieren können und daß sie bei Abstimmungen, so wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen, nicht gegen ihre eigenen Anträge stimmen.

Ein bißchen mehr Parteitreue wäre nicht schlecht. Denn eine derart große Fluktuation, wie sie gerade die Republikaner in den verschiedenen Parlamenten aufweisen, gibt es bei keiner anderen politischen Richtung.

Schaut man sich die Hamburger Wahl etwas genauer an, dann fällt einem auf, daß es in vielen Bezirken einen sehr großen Anteil ungültiger Stimmen gegeben hat; in manchen lag diese Quote sogar bei über 30 Prozent. Und wie es aus gut informierten Kreisen heißt, war auf den ungültigen Stimmzettel meist auch ein Kreuz bei dem DVU- oder Rep-Kandidaten gemacht.

In Wahlkreisen, wo diese beiden Parteien nicht so stark waren, lag die Quote ungültiger Stimmen seltsamerweise deutlich darunter. An den Haaren herbeigezogen ist auch die Erklärung, dies wären alles Protestwähler, die ihre Stimme nicht einer rechten Partei geben wollten, sondern den Stimmzettel absichtlich ungültig und quasi als »Vorwarnung« ihr Kreuz zusätzlich bei einem Kandidaten der rechten Parteien machten. Einzelfälle dieser Art mag es sicherlich geben, aber nicht knapp ein Drittel aller Wahlberechtigten eines Wahlkreises.

Angesichts dieser Unklarheiten und der Tatsache, daß den Republikanern nur etwas mehr als 1000 Stimmen zum Einzug in die Hamburger Bürgerschaft fehlten, wäre es eigentlich Aufgabe des Landeswahlleiters gewesen, diesen Unregelmäßigkeiten nachzugehen und in den betreffenden Wahlkreisen gegebenenfalls Nachwahlen anzusetzen. Doch dieses ist, wie nicht anders zu erwarten war, ausgeblieben.

Festzuhalten bleibt aber dennoch, daß insgesamt rund ein Siebtel aller Hamburger Wähler ihre Stimme den etablierten Parteien verweigerten und lieber eine rechte oder eine Protestpartei (Statt Partei) wählten. Allerspätestens jetzt müßte es den Politikern der etablierten Parteien – zu denen die Grünen inzwischen auch zu zählen sind – klar geworden sein, daß sie am Bürger vorbei Politik machen. □

Maastricht-Vertrag

Bundesverfassungsgericht verrät deutsche Interessen

Alfred König

Der 12. Oktober 1993 wird als einer der traurigsten Tage in die deutsche Geschichte eingehen. An diesem Tag hat nämlich das Bundesverfassungsgericht mit der Abweisung aller Klagen gegen die Maastrichter Verträge Deutschland an Europa verraten und den Grundstein dafür gelegt, daß die deutsche Eigenstaatlichkeit immer mehr ausgehöhlt und vor allem der französische Einfluß immer stärker wird.

Überaus seltsam stößt dem Beobachter auch auf, daß die Verfassungsrichter diesmal nicht, wie sonst in den kleinsten »Kleckerfällen« üblich, dem Gesetzgeber irgendwelche Anweisungen gegeben haben, die zur Umsetzung der Gesetze, beispielsweise des Rechts, unbedingt beachtet werden müssen. Es heißt lediglich schwammig, daß die demokratischen Grundlagen der Europäischen Union »schritthaltend mit der Integration« ausgebaut werden müssen und in den Mitgliedstaaten eine »lebendige Demokratie« erhalten bleiben müsse, was »entscheidend« sei. Auch dürfe der Bundestag Aufgaben und Befugnisse »von substantiellem Gewicht« nicht überwiegend an Europa abtreten.

Das einzig positive am Urteil

Was ist aber unter »lebendiger Demokratie« zu verstehen? Wie soll dies zum Maßstab der Politik gemacht werden? Und wie soll etwa Maastricht rückgängig gemacht werden, wenn sich in nächster Zeit keine »lebendige Demokratie« entwickelt?
Und was, bitte schön, sind Aufgaben und Befugnisse »von substantiellem Gewicht«? Fängt dies erst bei Bestimmungen an, die die Vorgaben des Grundgesetzes ad acta legen würden, oder ist schon die Einführung einer Autobahngebühr eine Sache von »substantiellem Gewicht«?

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die obersten Hüter der Verfassung mit diesen nichtssagenden Floskeln lediglich die Kritiker der Maastrichter Verträge etwas besänftigen wollten, so nach dem Motto »Seht her, liebe Leute, wir machen ja schon Einschränkungen, die die deutsche Eigenstaatlichkeit sicherstellen«. Sichergestellt ist dadurch lediglich eine Antragsflut an die diversen, in Frage kommenden Gerichte, die diese äußerst schwammigen und für das oberste deutsche Gericht völlig unangemessenen Bemerkungen interpretieren muß.

Das einzig Positive an der Karlsruher Entscheidung ist, daß es keinen »automatischen« Übergang zu einer gemeinsamen europäischen Währung geben dürfte. Vielmehr müßten Bundestag und Bundesrat mehrheitlich einer Einführung einer einheitlichen Europa-Währung, also dem ECU, zustimmen.

Nichts ist in dem Urteil aber etwa darüber enthalten, daß Deutschland in den in Frage kommenden europäischen Institutionen einen seinem Wert entsprechenden Stellenwert bekommen muß. Daß also Deutsch – endlich – nach Englisch und Französisch als dritte Amtssprache, anerkannt wird. Als größter Beitragszahler und gleichzeitig relativ geringster Nutznießer der EG-Verteilungspolitik ist unbedingt eine Änderung der bisherigen Praxis vonnöten, vor allem ein stärkerer deutscher Einfluß auf die Ausgaben.

Nach Ansicht der Karlsruher Richter hindert das Demokratieprinzip die Bundesrepublik nicht an einer Mitgliedschaft in einer supranational organisierten zwischenstaatlichen Gemeinschaft wie der EG. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß eine vom Volk ausgehende Legitimation und Einflußnahme gesichert sei.

Eine Verhöhnung der Demokratie

Diese wurde aber von den Verfassungsrichtern nur für die Zukunft festgeschrieben. In Wirklichkeit stellt aber gerade dieser Punkt eine Verhöhnung der Demokratie und der Bürger dar.

Die Kernsätze lauten nämlich: »Nimmt ein Verband demokratischer Staaten hoheitliche Aufgaben wahr und übt dazu hoheitliche Befugnisse aus, sind es zuvörderst die Staatsvölker der Mitgliedstaaten, die dies über die nationalen Parlamente demokratisch zu legitimieren haben. Mithin erfolgt demokratische Legitimation durch die Rückkopplung des Handelns europäischer Organe an die Mitgliedstaaten; hinzu tritt – im Maße des Zusammenwachsens der europäischen Nationen zunehmend – innerhalb des institutionellen Gefüges der Europäischen Union die Vermittlung demokratischer Legitimation durch das von den Bürgern der Mitgliedstaaten gewählte Parlament.«

Das Verfassungsgericht sagt damit nichts anderes, als daß die Bürger durch ihre Wahlentscheidung von 1990 quasi ihre Zustimmung zu einer Europäischen Union gegeben haben, da das Parlament, also der Bundestag, ja die Wünsche der Bevölkerung widerspiegelt.

Bonn hat keine Legitimation

Dies ist – natürlich – so nicht zutreffend! Als die West- und Mitteldeutschen 1990 zur Wahl schritten, stand die (Teil-)Wiedervereinigung und die Frage im Mittelpunkt der Wahlentscheidung, welche Partei am besten – oder sollte man vielleicht sagen: am weniger schlechtesten? – die Folgen dieser (Teil-)Wiedervereinigung in den Griff bekommt. Die Themen Europa und vor allem auch die weitere Entwicklung in Europa standen damals absolut nicht zur Debatte.

Zudem waren die Verträge 1990 noch gar nicht restlos ausgearbeitet; vor allem war der Wegfall der Mark zugunsten der Kunstwährung ECU damals noch niemandem bewußt. Von daher kann der Wähler seinerzeit die in den Bundestag gewählten Politiker gar nicht ermächtigt haben, in seinem Namen die Maastrichter Verträge abzuschließen. Gerade die Abtretung hoheitlicher Aufgaben ist aber laut dem Bundesverfassungsgericht etwas, was die »Staatsvölker der Mitgliedstaaten ... über die nationalen Parlamente demokratisch zu legitimieren haben«. Wie kann das deutsche Volk aber etwas legitimiert haben, über das es zum Zeitpunkt der Wahl zu diesem Bundestag überhaupt nicht informiert war?

Das mindeste wäre also gewesen, wenn das Verfassungsgericht die Maastrichter Verträge zwar grundsätzlich für rechtens erklärt hätte, die Ratifizierung dieser Verträge durch die Bundesregierung aber von einer Zustimmung der deutschen Bevölkerung in einem Referendum abhängig gemacht hätte. Nur dann wäre die »demokratische Legitimation«, die das Verfassungsgericht angeblich für so wichtig erachtet, auch wirklich gegeben gewesen.

Dies ist aber unterblieben. In anderen Ländern, wie etwa in Großbritannien, Irland und Dänemark, war eine Volksbefragung aber seltsamerweise eine Selbstverständlichkeit gewesen. □

Maastricht-Vertrag

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Gegen den Maastricht-Vertrag gab es zahlreiche Verfassungsbeschwerden. Eine der wichtigsten und am ausführlichsten begründete war die von Rechtsanwalt Manfred Brunner, dem langjährigen Kabinettchef von EG-Kommissar Bangemann. Angesichts des weitreichenden Insiderwissens Brunners kam seine Klageschrift besondere Bedeutung zu. Das Bundesverfassungsgericht verkündete am 12. Oktober 1993 dazu ein Urteil. CODE veröffentlicht die Verlautbarung des Bundesverfassungsgerichts und die Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats.

Das Bundesverfassunngsgericht – Zweiter Senat – hat über fünf Verfassungsbeschwerden entschieden, die sich gegen das Zustimmungsgesetz zum Vertrag über die Europäische Union und gegen das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes richteten, mit dem die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) geschaffen werden sollten.

Das Bundesverfassungsgericht hat nur eine der Verfassungsbeschwerden als zulässig beurteilt und insoweit nur geprüft, ob der Unions-Vertrag mit Artikel 38 zu vereinbaren sei. Artikel 38 Grundgesetz (GG) gewährleistet den wahlberechtigten Deutschen das subjektive Recht, an der Wahl des Abgeordneten des Deutschen Bundestages teilzunehmen. Diese Verbürgung erstrecke sich auch auf den grundlegenden demokratischen Gehalt dieses Rechts: Gewährleistet werde auch das Recht, durch die Wahl an der Legitimation der Staatsgewalt durch das Volk auf Bundesebene mitzuwirken und auf ihre Ausübung Einfluß zu nehmen. Für die europolitische Integration schließe Artikel 38 GG aus, die durch die Wahl bewirkte Legitimation und Einflußnahme auf die Ausübung von Staatsgewalt durch Verlagerung von Aufgaben und Befugnissen des Bundestages so zu entleeren, daß das demokratische Prinzip, soweit es das Grundgesetz für unantastbar erkläre, verletzt werde.

Im Ergebnis hat das Bundesverfassungsgericht den Unions-Vertrag für vereinbar mit dem demokratischen Prinzip erklärt, dabei aber bestimmte Voraussetzungen für die Europäische Union festgehalten und bestimmte Anforderungen an ihre demokratische Legitimation hervorgehoben. Das Demokratieprinzip hindere die Bundesrepublik Deutschland nicht an einer Mitgliedschaft in einer – supranational organisierten – zwischenstaatlichen Gemeinschaft. Voraussetzung der Mitgliedschaft sei aber, daß eine vom Volk ausgehende Legitimation und Einflußnahme auch innerhalb des Staatenverbundes gesichert sei. Da der Unions-Vertrag einen Staatenverbund zur Verwirklichung einer immer engeren Union der – staatlich organisierten – Völker Europas begründe, jedoch keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat, seien es zuvörderst die Staatsvölker der Mitgliedstaaten, die die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben durch die Europäische Union über die nationalen Parlamente demokratisch zu legitimieren hätten. Damit seien der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der Europäischen Gemeinschaften vom demokratischen Prinzip her Grenzen gesetzt. Dem Deutschen Bundestag müßten Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht verbleiben.

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung komme der Legitimation an das Europäische Parlament eine stützende Funktion zu, die sich verstärken ließe, wenn es nach einem in allen Mitgliedstaaten übereinstimmenden Wahlrecht gewählt würde und sein Einfluß auf die Politik und Rechtsetzung der Europäischen Gemeinschaften wüchse. Entscheidend sei, daß die demokratischen Grundlagen der Union schritthaltend mit der Integration ausgebaut würden und auch im Fortgang der Integration in den Mitgliedstaaten eine lebendige Demokratie erhalten bleibe.

Der Vertrag bedeutet keinen Automatismus

Artikel 38 GG werde auch verletzt, wenn das Gesetz, das die deutsche Rechtsordnung für die unmittelbare Geltung und Anwendung von Recht der Europäischen Gemeinschaften öffne, die zur Wahrnehmung übertragenen Hoheitsrechte und das beabsichtigte Integrationsprogramm nicht hinreichend bestimmbar festlege. Stehe nicht fest, in welchem Umfang und Ausmaß der deutsche Gesetzgeber der Verlagerung der Ausübung von Hoheitsrechten zugestimmt habe, so käme das einer Generalermächtigung gleich und wäre damit eine Entäußerung von Hoheitsrechten, gegen die Artikel 38 GG schütze.

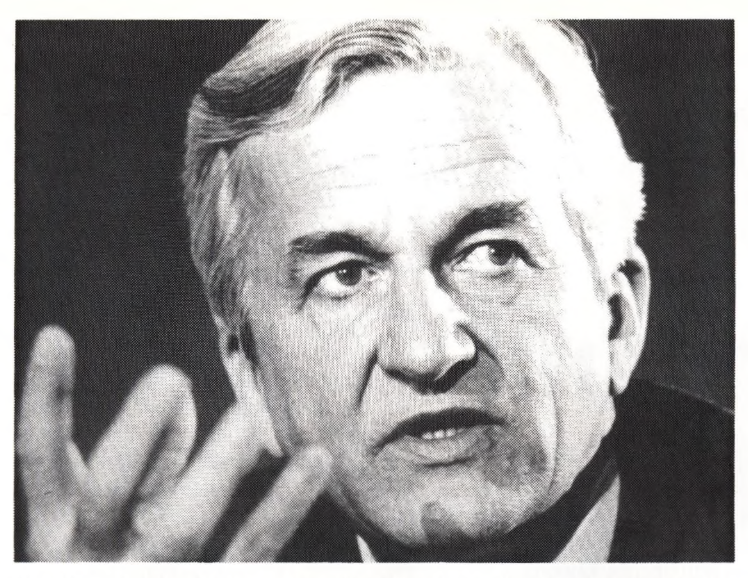
Der Unions-Vertrag bestimme jedoch die Aufgaben der Europäischen Union und der ihr zugehörigen Gemeinschaften in einer hinreichend voraussehbaren Weise. Der Vertrag folge dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, erlaube also ein Tätigwerden der Union ausschließlich auf der Grundlage ausdrücklicher vertraglicher Ermächtigung. Der Vertrag ermächtige die Union nicht, sich aus eigener Macht die Finanzmittel oder sonstige Handlungsmittel zu verschaffen, die sie zur Erfüllung ihrer Zwecke für erforderlich erachte. Darüber hinaus setze das Subsidiaritätsprinzip der Kompetenzwahrnehmung eine Schranke.
Die Bundesrepublik Deutschland unterwerfe sich mit der Ratifikation des Unions-Vertrages nicht einem unüberschaubaren, in seinem Selbstlauf nicht mehr steuerbaren »Automatismus« zu einer Währungsunion; der Vertrag eröffne den Weg zu einer stufenweisen weiteren Integration der europäischen Rechtsgemeinschaft, der in jedem weiteren Schritt entweder von gegenwärtig für das Parlament voraussehbaren Voraussetzungen oder aber von einer weiteren, parlamentarisch zu beeinflussenden Zustimmung der Bundesregierung abhänge.

Die Inanspruchnahme weiterer Aufgaben und Befugnisse durch Europäische Union und Europäische Gemeinschaften seien von Vertragsergänzungen und Vertragsveränderungen abhängig gemacht und daher der zustimmenden Entscheidung der nationalen Parlamente vorbehalten. Insgesamt sei die Besorgnis des Beschwerdeführers, die Europäische Gemeinschaft werde aufgrund ihrer weitgesteckten Ziele ohne erneute parlamentarische Rechtsanwendungsbefehle sich zu einer politischen Union mit nicht vorausbestimmbaren Hoheitsrechten entwickeln können, nicht begründet.

Auch seien die vertraglich eingeräumten Aufgaben und Befugnisse und die dort geregelte Form der Willensbildung in der Europäischen Union und in den Organen der Europäischen Gemeinschaften nach Umfang und Verselbständigung nicht so ausgestattet, daß die Entscheidungs- und Kontrollzuständigkeiten des Deutschen Bundestages in einer mit dem unantastbaren Demokratieprinzip unvereinbaren Weise entleert werde.
Das Erfordernis einer hinreichend bestimmten Regelung der den europäischen Organen eingeräumten Hoheitsbefugnisse bedeutet zugleich, daß spätere wesentliche Änderungen des im Unions-Vertrag angelegten Integrationsprogramms und seiner Handlungsermächtigungen nicht mehr vom Zustimmungsgesetz zu diesem Vertrag gedeckt seien. Wenn etwa europäische Einrichtungen oder Organe den Unions-Vertrag in einer Weise handhaben oder fortbildeten, die von

dem Vertrag, so wie er dem deutschen Zustimmungsgesetz zugrunde liege, nicht mehr gedeckt wäre, so wären die daraus hervorgehenden Rechtsakte im deutschen Hoheitsbereich nicht verbindlich. Die deutschen Staatsorgane wären aus verfassungsrechtlichen Gründen gehindert, diese Rechtsakte in Deutschland anzuwenden. Das Bundesverfassungsgericht prüfe daher, ob Rechtsakte der europäischen Einrichtungen und Organe sich an die Grenzen der ihnen eingeräumten Hoheitsrechte hielten oder aus ihnen ausbrächen.

Auch Hoheitsakte der Europäischen Gemeinschaften beträfen die Grundrechtsberechtigten in Deutschland und berühten damit die Gewährleistungen des Grundgesetzes und die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts, die den Grundrechtsschutz in Deutschland und insoweit nicht nur gegenüber deutschen Staatsorganen zum Gegenstand haben. Allerdings übe das Bundesverfassungsgericht seine Gerichtsbarkeit über die Anwendbarkeit von abgeleitetem Gemeinschaftsrecht in Deutschland in einem »Kooperationsverhältnis« zum Europäischen Gerichtshof aus, in dem der Europäische Gerichtshof den Grundrechtsschutz in jedem Einzelfall für das gesamte Gebiet der Europäischen Gemeinschaft garantiert, das Bundesverfassungsgericht sich deshalb auf eine generelle Gewährleistung der unabdingbaren Grundrechtsstandards beschränken kann.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sofort nach Verkündigung des Karlsruher Urteils den Maastricht-Vertrag unterschrieben.

Leitsätze zum Urteil

1. Im Anwendungsbereich des Artikel 23 GG schließt Artikel 33 GG aus, die durch die Wahl bewirkte Legitimation und Einflußnahme auf die Ausübung von Staatsgewalt durch die Verlagerung von Aufgaben und Befugnissen des Bundestages so zu entleeren, daß das demokratische Prinzip, soweit es Artikel 79 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 und 2 GG für unantastbar erklärt, verletzt wird.

2. Das Demokratieprinzip hindert die Bundesrepublik Deutschland nicht an einer Mitgliedschaft in einer – supranational organisierten – zwischenstaatlichen Gemeinschaft. Voraussetzung der Mitgliedschaft ist aber, daß eine vom Volk ausgedehnte Legitimation und Einflußnahme auch innerhalb des Staatenverbundes gesichert ist.

3. a) Nimmt ein Verbund demokratischer Staaten hoheitliche Aufgaben wahr und übt dazu hoheitliche Befugnisse aus, sind es zuvörderst die Staatsvölker der Mitgliedstaaten, die dies über die nationalen Parlamente demokratisch zu legitimieren haben. Mithin erfolgt demokratische Legitimation durch die Rückkopplung des Handelns europäischer Organe an die Parlamente der Mitgliedstaaten; hinzu tritt – im Maße des Zusammenwachsens der europäischen Nationen zunehmend – innerhalb des institutionellen Gefüges der Europäischen Union die Vermittlung demokratischer Legitimation durch das von den Bürgern der Mitgliedstaaten gewählte Europäische Parlament.

b) Entscheidend ist, daß die demokratischen Grundlagen der Union schritthaltend mit der Integration ausgebaut werden und auch im Fortgang der Integration in den Mitgliedstaaten eine lebendige Demokratie erhalten bleibt.

4. Vermitteln – wie gegenwärtig – die Staatsvölker über die nationalen Parlamente demokratische Legitimation, sind der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der Europäischen Gemeinschaften Grenzen gesetzt. Dem Deutschen Bundestag müssen Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht verbleiben.

5. Artikel 38 GG wird verletzt, wenn ein Gesetz, das die deutsche Rechtsordnung für die unmittelbare Geltung und Anwendung von Recht der – supranationalen – Europäischen Gemeinschaften öffnet, die zur Wahrnehmung übertragenen Rechte und das beabsichtigte Integrationsprogramm nicht hinreichend bestimmbar festlegt (vgl. BVerfGE 58,1 ‹37›). Das bedeutet zugleich, daß spätere wesentliche Änderungen des im Unions-Vertrag angelegten Integrationsprogramms und seiner Handlungsermächtigungen nicht mehr vom Zustimmungsgesetz zu diesem Vertrag gedeckt sind. Das Bundesverfassungsgericht prüft, ob Rechtsakte der europäischen Einrichtungen und Organe sich in den Grenzen der ihnen eingeräumten Hoheitsrechte halten oder aus ihnen ausbrechen (vgl. BVerfGE 75, 223).

6. Bei der Auslegung von Befugnisnormen durch Einrichtungen und Organe der Gemeinschaften ist zu beachten, daß der Unions-Vertrag grundsätzlich zwischen der Wahrnehmung einer begrenzt eingeräumten Hoheitsbefugnis und der Vertragsänderung unterscheidet, seine Auslegung deshalb in ihrem Ergebnis nicht einer Vertragserweiterung gleichkommen darf; eine solche Auslegung von Befugnisnormen würde für Deutschland keine Bindungswirkung entfalten.

7. Auch Akte einer besonderen, von der Staatsgewalt der Mitgliedstaaten geschiedenen öffentlichen Gewalt einer supranationalen Organisation betreffen die Grundrechtsberechtigten in Deutschland. Sie berühren damit die Gewährleistungen des Grundgesetzes und die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts, die den Grundrechtsschutz in Deutschland und insoweit nicht nur gegenüber deutschen Staatsorganen zum Gegenstand haben (Abweichung von BVerfGE 58,1 ‹27›). Allerdings übt das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung über die Anwendbarkeit von abgeleitetem Gemeinschaftsrecht in Deutschland in einem »Kooperationsverhältnis« zum Europäischen Gerichtshof aus.

8. Der Unionsvertrag begründet einen Staatenbund zur Verwirklichung einer immer engeren Union der – staatlich organisierten – Völker Europas (Art. A EUV), keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat.

9. a) Art. F Abs. 3 EUV ermächtigt die Union nicht, sich aus eigener Macht die Finanzmittel oder sonstige Handlungsmittel zu verschaffen, die sie zur Erfüllung ihrer Zwecke für erforderlich erachtet.

b) Art. L EUV schließt die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs nur für solche Vorschriften des Unions-Vertrags aus, die nicht zu Maßnahmen der Union mit Durchgriffswirkung auf den Grundrechtsträger im Hoheitsbereich der Mitgliedstaaten ermächtigen.

c) Die Bundesrepublik Deutschland unterwirft sich mit der Ratifikation des Unions-Vertrags nicht einem unüberschaubaren, in seinem Selbstlauf nicht mehr steuerbaren »Automatismus« zu einer Währungsunion; der Vertrag eröffnet den Weg zu einer stufenweisen weiteren Integration der europäischen Rechtsgemeinschaft, der in jedem weiteren Schritt entweder von gegenwärtig für das Parlament voraussehbaren Voraussetzungen oder aber von einer weiteren, parlamentarisch zu beeinflussenden Zustimmung der Bundesregierung abhängt. □

Deutschland

Politik mit Herz, Maß und Verstand

Emil Schlee

Politik hat die Aufgabe, die Beziehungen der Menschen und Völker untereinander mit Herz und Verstand zu regeln. Sie ist die Kunst des Möglichen, die Leidenschaft für das Nüchterne (Jaspers), ist pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken (Kant), bedeutet das Bohren harter Bretter mit Kraft und Ausdauer (Weber) und ist keinesfalls ein schmutziges Geschäft, sondern für den Menschen eine lebens- und überlebensnotwendige Aufgabe, und sollten »schmutzige Finger« darin festgestellt werden, sind diese in einer geistig-moralisch gesunden und funktionstüchtigen Demokratie herauszuwählen. »Erst der Mensch und dann die Sache!« gilt als wichtiger Grundsatz für politisches Handeln. Und Ziel dieser dem Menschen dienenden Politik ist die Freiheit für Volk und Vaterland in einer europäischen Friedensordnung.

Professor Emil Schlee hat in diesen Wochen die konservative Partei »Aufbruch '94« gegründet.

Freiheit fordert den Einsatz aller charakterlichen Kräfte und bedeutet nicht Schrankenlosigkeit, Willkür, Selbstsucht und Bequemlichkeit, sondern Anerkennung der Freiheit des anderen, Achtung vor dem Gesetz, Ausrichtung nach dem Gewissen, Überwindung der Feigheit und Angst, Qual eigenständiger Entscheidung, ungeteilte Verantwortlichkeit, aktives Handeln nach sittlichen Maßstäben, Einsatz geistiger und seelischer Kräfte und die ständige Bereitschaft, das Gut der Freiheit zu verteidigen und Opfer dafür zu bringen. Freiheit und Charakterstärke sind mit der Würde des Menschen untrennbar verbunden. Im Geiste dieser Freiheit wollen wir uns der politischen Verantwortung stellen und auch handeln.

Für Recht und Moral auch in der Politik

Recht umfaßt die Gesamtheit der gültigen Bestimmungen, Gebote und Verbote, die das Verhalten und Zusammenleben der Menschen untereinander und im Hinblick auf den Staat regeln sollen. Der Kampf um das Recht ist so alt wie die Menschheit selbst und geht weiter, denn auch heute geht in der Welt vielerorts Gewalt vor Recht. Und Moral umfaßt die als verbindlich anerkannten ethisch-sittlichen Normen des Handelns, der Werturteile, der Tugenden und Ideale eines Volkes.

Das Recht regelt das äußere Verhalten des Menschen, die Moral erfaßt den inneren Menschen. In der Ganzheit des freien und freiheitlich gesinnten Menschen verbinden sich Recht und Moral zu verantwortungsbewußtem Handeln. In der Politik müssen die geistig-moralischen Werte in Verantwortung vor dem Menschen wieder entdeckt, gefordert und gefördert werden.

»Geschichte ist die geistige Form, in der sich ein Volk über seine Vergangenheit Rechenschaft gibt, um seine Zukunft zu gewinnen« (Toynbee). Daher ist es für ein Volk so wichtig, die eigene Geschichte zu kennen. Durch die Phase der Umerziehung in der Zeit nach dem Kriege haben die Deutschen zum großen Teil ein gebrochenes Verhältnis zu einer Gesamtgeschichte. Die noch nicht erfolgte Rückgabe großer Teile der Akten und Archive des Deutschen Reiches durch die früheren Siegermächte behindert die Wahrheitsfindung.

Die Nation hat ein Recht auf Wahrheit

Wir schließen uns deshalb den Forderungen von Papst Johannes Paul II. vollinhaltlich an, die dieser bereits als Krakauer Erzbischof am 2. Juli 1978 in Tschenstochau seinen Landsleuten predigte: »Die Nation hat ein Recht auf Wahrheit über sich selber. Wir werden nicht gestatten, daß die Vergangenheit aus unseren Seelen gerissen wird. Wir wollen, daß unsere Jugend die volle Wahrheit über die Geschichte unserer Nation erfährt ... Die Nation hat das Recht, diese Wahrheit von allen jenen zu erwarten, die für die Erziehung verantwortlich sind. Man kann die Zukunft nur auf dem Fundament der Wahrheit aufbauen«.

Es ist unverständlich, warum die Rückgabe der Dokumente durch unsere jetzigen Freunde und Partner noch nicht erfolgte. Auch die deutsche Nation hat ein Recht auf die volle Wahrheit über sich selber.

Deutschlands Mittellage als Schicksalslage

Unter allen Völkern Europas unterlag die Geschichte des deutschen Volkes in unübersehbarer Weise den Bedingungen des Raumes, Deutschland als Herz Europas war Kernland des abendländischen Reiches Karl des Großen, des »Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation«, der Reformation, des 30jährigen Krieges, der großen Geistesbewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts und Schlachtfeld zweier Weltkriege. Es war mehr Objekt als Subjekt in der Politik, hat die meisten Nachbarn, war nie Grenze, sondern Mitte und Brücke mit Ausstrahlungs- und Anziehungskraft für alle benachbarten Völker und Staaten.

Schon Leibniz sagte vor über 300 Jahren: »Deutschland ist der Ball, den sie einander zuwerfen, die um die Weltherrschaft spielen. Es ist die Arena, darauf um die Meisterschaft von Europa gefochten wird« oder mit Haffner »das Gebiet, dessen Partikularstaaten zum Austarieren europäischer Machtverhältnisse und Machtgleichgewichte dienten«.

Nach den politischen Zielen der Franzosen (Richelieus), der Briten (balance of power) und der Russen (Panslawismus) war diese Mitte Europas stets möglichst klein und kontrolliert zu halten. Das gilt auch noch heute.

Der frühere französische Botschafter in Bonn, Henri Froment-Meurice, erklärte 1983 freimütig: »Die ganze Geschichte Frankreichs könnte seit dem Ende des Reiches Karl des Großen sehr gut beschrieben werden als ein Kampf, die deutsche Einheit zu verhindern und die Deutschen in einem Stand zu belassen, den ich multipolar nennen würde.«

Nach Stürmer »war die Deutsche Frage in der Geschichte immer



die Frage, wem Deutschland gehört, und wohin die Deutschen gehören. Weil aber Deutschland ein Mittelstück Europas ist, war die deutsche Frage mit dem europäischen Interesse stets aufs engste verbunden. Sie war, durch die europäische Geographie und das Gewicht Deutschlands bedingt, immer europäische Zentralfrage. 1945 war sie in den Händen der Sieger, und in ihren Händen allein!«.

Wer als Politiker in Deutschland seine »Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden« will, muß global, weltgeschichtlich und ganzheitlich denken können, um die weltpolitische, EG-europäische und nationale »Eingebundenheit« Deutschlands erkennen, lösen und im Interesse der Freiheit und Würde der Deutschen aufheben zu können.

Der Denkfehler: Erst die Sache und dann der Mensch!

»Alles falsche Tun der abendländischen Völker hat zur Voraussetzung ein falsches Denken.« Die geistige Krise unserer Zeit hat ihre tiefen Wurzeln darin, daß den Menschen unserer Epoche weitgehend der feste Grund ihres Lebens entglitten ist. Das Materielle steht über dem Geistigen, die Sache über dem Menschen. Das ist ein folgenreicher Denkfehler, der die Welt zerstören kann.

Damit einher geht der Niedergang der Kultur und die Zunahme der Gewalt. Zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert, die Fortsetzung dieser Gewaltpolitik nach 1945 mit inzwischen rund 200 Kriegen seit dieser Zeit, dadurch ausgelöst Flucht und Vertreibung von Abermillionen Menschen, Zunahme des Gegensatzes von Armut und Reichtum und damit weltweiter Anstieg der sozialen Konflikte.
Das voraussehend, mahnte bereits 1950 Albert Einstein: »Es kommt darauf an, daß diese unsere Generation es fertigbringt umzudenken. Wenn sie es nicht

»Aufbruch '89« war das Schlagwort des Widerstandes der Bevölkerung der ehemaligen DDR gegen das SED-Regimes.

Deutschland

Politik mit Herz, Maß und Verstand

kann, sind die Tage der zivilisierten Menschheit gezählt.«

Auch Georg Picht mahnt an, der Mensch unserer Zeit muß »auch in den klassischen Disziplinen neue Wege und Formen des Denkens lernen, weil sich die neue Welt, in der wir leben, in den alten Kategorien nicht mehr auslegen läßt«. Viele Völker sind im Gefolge des Niedergangs kopf- und führungslos. Auch in Deutschland sind die guten Jahre vorbei, breitet sich lähmendes Entsetzen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, hohe Staatsverschuldung, Kriminalität, Bandendenunwesen, Politikverdrossenheit und breite Betroffenheit aus. Der moralische Verfall und das Abhandenkommen der politischen Kultur nehmen erschreckende Ausmaße an. Und ein Wahlmarathon steht für 1994 bevor.

Anzeichen der Selbstzerstörung

»Wenn sich die Welt zerstört, so fängt es so an: Die Menschen werden zuerst treulos gegen die Heimat, treulos gegen die Vorfahren, treulos gegen das Vaterland. Sie werden dann treulos gegen die guten Sitten, gegen den Nächsten, gegen das Weib und gegen das Kind« (Ernst Moritz Arndt 1769-1860).

Wenn Völker untergehen: »Untergehenden Völkern verschwindet zuerst das Maß. Sie gehen nach einzelnem aus, sie werfen sich mit kurzem Blicke auf das Beschränkte und Unbedeutende, sie setzen das Bedingte über das Allgemeine; dann suchen sie den Genuß und das Sinnliche. Sie suchen Befriedigung ihres Hasses und Neides gegen den Nachbar. In ihrer Kunst wird das Einseitige geschildert, das nur von einem Standpunkte Gültige, dann das Zerfahrene, Zustimmende, Abenteuerliche, endlich das Sinnenreizende, Aufregende und zuletzt die Unsitte und das Laster. In der Religion sinkt das Innere zur bloßen Gestalt oder zur üppigen Schwärmerei herab.

Der Unterschied zwischen Gut und Böse verliert sich. Der einzelne verachtet das Ganze und geht seiner Lust und seinem Verderben nach. So wird das Volk eine Beute seiner inneren Zerwirrung, oder die eines äußeren, wilden, aber kräftigeren Feindes« (Aus der Vorrede zu »Bunte Steine« von Adalbert Stifter 1805-1868).

Klage um Deutschland: »Ich klage um Deutschland, nicht weil es besiegt, zerstückt, entmachtet ist – ich klage, weil es sein Wesen preisgibt, weil es seine Seele verrät. Ich klage um Deutschland, weil es seine Herkunft vergißt, um jenes Deutschland, wo ein Wort noch ein Wort, Recht Recht, Treue Treue, Verrat Verrat war, wo Korruption fremd und Opportunismus verächtlich war.

Wo Pflicht höher stand als Genuß. Ich klage nicht um ein erträumtes, nie dagewesenes Land, sondern um ein miterlebtes, was im Kaiserreich, der Weimarer Republik und trotz allem im Dritten Reich und danach noch vorhanden war und erst jetzt, Jahr um Jahr, entschwindet« (Friedrich Franz von Unruh 1893-1986).

Der geistig-moralische Aufbruch eine Volksbewegung

Aus geistigem Niedergang, moralischem Verfall, kultureller Not und politischem Unwillen wachsen jetzt aus Verantwortung für Volk und Vaterland in allen Bundesländern neue Kräfte, formt sich der geistig-moralisch-politische Aufbruch, entwickelt sich eine Volksbewegung in dem sich herausbildenden Bewußtsein des »Aufbruch ›89‹« unter dem Anspruch »Wir sind das Volk – Wir sind ein Volk!«.

Die Bürger haben das Vertrauen in Politiker und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland längst verloren und das durch Wahlenthaltung oder Protestwahl deutlich bekundet. Sie sind gewillt, als ständig übergangener Souverän in allen existentiellen Fragen nun selbst durch Wahlentscheidungen 1994 mit qualifizierten Kandidaten politische Verantwortung zu übernehmen. Der Weg in die Zukunft braucht einen neuen Menschen mit geistig-moralischer Kraft, um die Interessen des deutschen Volkes sachkundig zu vertreten und die Nachkriegszeit mit allen Relikten endgültig zu beenden.

Aufbruch 94 – Deutscher Freier Wählerbund will eine bundesweite Wählerpartei mit einem Kooperationsmodell für die Sammlung aller sich Deutschland verbundenen Kräfte und besten Kandidaten aus allen Teilen des deutschen Volkes sein. Der Wählerbund versteht sich als »Konservativ« und zwar »Konservativ statt Rechts und Links«. »Aufbruch-Stimmung« rauscht durch den Blätterwald, wird überall gefordert, muß »in den Köpfen beginnen«, wird appellhaft an Wirtschaft und Nation gerichtet und braucht Berlin als Hauptstadt!« Nichts auf der Welt ist so stark wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist!« (Victor Hugo, 1802-1885). Und diese Idee ist der moderne Konservativismus.

Was heißt »konservativ« heute?

»Der Konservativismus ist die geistige und politische Richtung, die alle objektiven Werte und Einrichtungen, in die wir hineingeboren werden, begreift, pflegt, verteidigt und in aktuellem Sinne erneuert. Die Schöpfungsnatur und die Geschichte, die beiden großen Entdeckungen der deutschen Romantik, sind seine Hauptquellen« (Othmar Fayl).

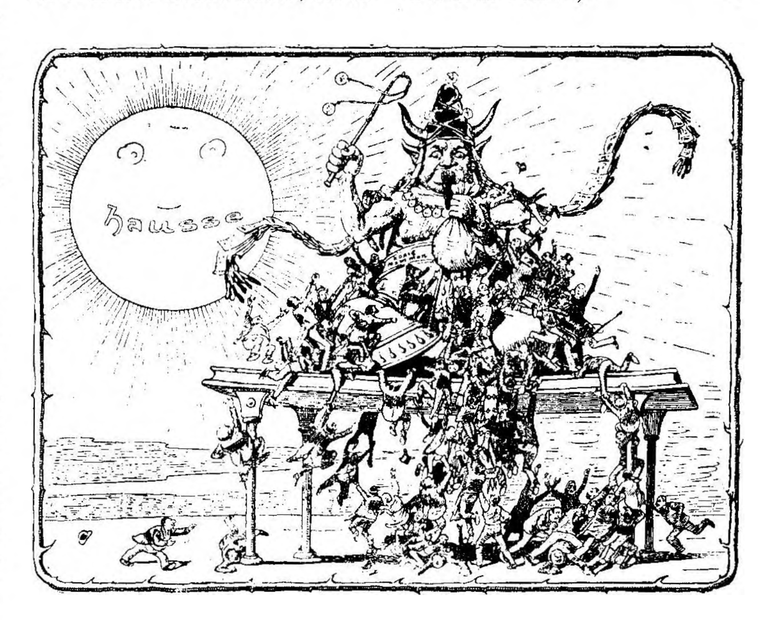
In diesem Sinne heißt konservativ sein und wirken heute, im an sich selbst irregemachten deutschen Volk wieder das Wertbewußtsein eigener Kultur und Geschichte zu festigen und damit geistige Orientierung für die Zukunft zu geben. Der Konservative ergreift »Partei« für sein Vaterland, das er in Europa und in der Welt als souveränes Mitglied in der Gemeinschaft freier Völker versteht.

»Links zu sein wie rechts zu sein, ist eine der zahllosen Manieren, die der Mensch erwählen kann, um geistesschwach zu sein: Beide sind in der Tat Formen der halbseitigen moralischen Lähmung« (Ortega y Gasset). Als Erbe aus der Französischen Revolution verwirrten »Links«-»Rechts«-Ideologien über zweihundert Jahre die Menschen und brachten sie gegeneinander auf.

Jetzt ist die Zeit gekommen, in welcher »der Konservatismus aus der Notwendigkeit des Überlebens auf der Tagesordnung der Geschichte zurückkehrt« (Günter Rohrmoser) und die Völker als Abstammung-, Kultur- und Willensgemeinschaften wieder bewußt Nationen werden. Nationen und Nationalstaaten haben gerade in Europa tiefe Wurzeln.

Sie bleiben auch weiterhin die bestimmenden der Ordnungskategorien.

»Der wahre Konservative wird eingedenk des Freiherrn vom Stein Reformer sein« (Herbert Kremp). Er weiß, woher er kommt, wo er steht und wohin er will. »Realisten müssen heute konservativ wirken!« (Heinz-Dietrich Ortlieb). □



Diskriminierung

Europarat gegen Deutsch als Amtssprache

Siegfried Gärtner

Am 11. Mai 1993 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats in Straßburg einen Antrag von 47 Abgeordneten abgelehnt, Deutsch als dritte Amtssprache neben Englisch und Französisch einzuführen.

Ehe wir näher auf diese neueste Unverschämtheit eingehen, mit der die Reihe der üblichen Diskriminierungen der deutschen Sprache fortgesetzt wird, einige Vorbemerkungen.

Die Bedeutung der Sprachenfrage

Die heute völlig entpolitisierten Deutschen, stets geneigt, sich vor fremden Machtansprüchen zu ducken, haben in der Regel keine blasse Ahnung, von welch ungeheurer Bedeutung die Sprachenfrage ist. Anders die Franzosen. Schon vor Jahren erklärte ein französischer Ministerpräsident, die Weltstellung Frankreichs beruhe allein auf seiner Sprache.

Aber selbst jene Deutschen, die nur noch wirtschaftlich denken können, scheinen zu vergessen, daß die Verdrängung unserer Sprache, die schon im Binnenland immer offenkundiger wird, auf die Dauer auch unsere Wirtschaft entscheidend treffen muß.

Hier kommt die seit Jahrhunderten in Deutschland übliche Überschätzung alles Fremden und Ausländischen, die nichts anderes als kulturelle Hörigkeit ist, voll zum Ausdruck. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Überbewertung des Fremden erscheint die seit Jahren sich übersteigernde Schelte wegen angeblicher deutscher Ausländerfeindschaft erst recht gespenstisch und grotesk.

Anfrage an die Bundesregierung: Zahlungen einstellen!

Immerhin hat der CDU-Abgeordnete Benno Zierer nach der Straßburger Backpfeife, die von der deutschen »Öffentlichkeit« demütig und fast schweigend hingenommen wurde, folgende Anfrage an die Bundesregierung gerichtet:

»Gedenkt die Bundesregierung in Reaktion darauf, daß der Antrag von 47 Abgeordneten aus nahezu allen Mitgliedstaaten des Europarates, Deutsch als dritte Amtssprache neben Englisch und Französisch einzuführen, am 11. Mai 1993 in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats abgelehnt worden ist, die deutschen Zahlungen an den Europarat einzustellen, oder denkt die Bundesregierung an eine andere Maßnahme?«

Nach dieser immerhin klaren Fragestellung folgt das übliche nichtssagende Geflunker amtlicher politischer Stellen hierzulande:

»Die Parlamentarische Versammlung hat während ihrer diesjährigen Frühjahrssitzung vom 11.-14. Mai 1993 u.a. eine an das Ministerkomitee gerichtete Empfehlung zur Überarbeitung der Satzung des Europarates verabschiedet. Diese Empfehlung enthält keinen Vorschlag zur Änderung der Amtssprachenregelung, nachdem ein von 47 Abgeordneten eingebrachter Änderungsvorschlag mit dem Ziel, Deutsch als dritte Amtssprache in Artikel 12 der Satzung zu verankern, keine Mehrheit gefunden hatte. Die Empfehlung hat jedoch keine bindende Wirkung für das Ministerkomitee. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, die Zahlung der Pflichtbeiträge an den Europarat einzustellen. Die Bundesregierung wird trotz dieses Votums ihre nachhaltigen Bemühungen, die Gleichstellung der deutschen mit der englischen und französischen Sprache im Europarat durchzusetzen, fortsetzen und gegenüber ihren Partnern hierfür mit Nachdruck eintreten.«

Versagt und verschlafen!

Worte, nur Worte! Das einzige wirksame Mittel, diese skandalöse Mißachtung der zentralsten Sprache Europas zu beenden, nämlich die Zahlungen an dieses offenkundig antideutsche Gremium einzustellen oder wenigstens damit zu drohen, wird nicht eingesetzt.
Dabei hätte es Bonn schon hundertfach in der Hand gehabt, die rechtliche Gleichstellung des Deutschen mit dem Französischen und Englischen zu erreichen; denn die Bundesrepublik war bereits Mitglied der Montanunion, als weder England noch Spanien daran dachten, »Europa« beizutreten. Dies bedeutet



Bundeskanzler Helmut Kohl ist gefordert, sich in den europäischen Gremien mehr für die deutschen Belange einzusetzen.

Diskriminierung

Europarat gegen Deutsch als Amtssprache

nichts anderes, als daß Bonn in dieser Angelegenheit wie in so vielen ähnlichen mehr als 40 Jahre verschlafen hat.

Aber es sind nicht allein die Bundesregierung und die Länderregierungen, die völlig versagt haben, sondern auch die sogenannten »geistigen Eliten« hierzulande, der Schriftstellerverband, der Bundespräsident, die Lehrerverbände und viele andere:
Wer dauernd die eigene Geschichte nur anschwärzt, Leistungen des deutschen Volkes generell herabwürdigt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er von anderen als Knecht betrachtet und entsprechend behandelt wird.

Die Kosten wurden bewußt aufgebläht

Vor allem britische Abgeordnete stimmten am 11. Mai 1993 durchweg gegen Deutsch als dritter Amtssprache. Den Gipfel der Niedertracht erklomm allerdings ein holländischer Delegierter, der zur Begründung seiner Ablehnung erklärte, sollte eine neue Amtssprache eingeführt werden, müsse dazu auch »eine Kultur« gehören. Dieser arme Mann, der sich wohl noch für gebildet hält, hat anscheinend nie etwas von Dürer, Joh. Gutenberg, Kepler, Leibnitz, Kant, K. Fr. Gauß, Goethe gehört; auch nichts davon, daß es kein Volk der Welt gibt, das sich rühmen könnte, auch nur annähernd so viele Musiker und geniale Tonschöpfer hervorgebracht zu haben wie das deutsche. Einmalig allein schon das musikalische Dreigestirn Bach, Beethoven, Mozart! Deutschland stellt doppelt so viele Nobelpreisträger wie Frankreich, obwohl unser Land im Zuge der jahrzehntelangen Hetze auch bei dieser Preisvergabe benachteiligt wurde. Mehr als die Hälfte aller technischen und wissenschaftlichen Entdekkungen seit 1500 stammt direkt oder indirekt aus dem deutschen Sprachraum!

Die meisten Abgeordneten waren jedoch nicht so plump wie besagter Niederländer, sondern schoben das Kostenargument vor. Die Kosten für eine dritte Amtssprache wurden bewußt »aufgebläht, um abzuschrekken«. So schrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« am 13. Mai 1993. Denn da war von 80 Millionen Mark die Rede. In Wirklichkeit würden die zusätzlichen Ausgaben etwa 18 Millionen Mark betragen. Aber wahrscheinlich hat kein einziger deutscher Abgeordneter laut und vernehmlich darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland das gesamte EG-Geschäft netto nahezu allein finanziert – weit über 20 Milliarden jährlich – und daß dafür die angemessene Berücksichtigung der Sprache Luthers und Goethes eigentlich selbstverständlich wäre.

Dabei sind sich Bundesregierung und Bundestag der ständigen Benachteiligung der deutschen Sprache – mit der größten Sprecherzahl in Europa – durchaus bewußt. So heißt es in Drucksache 12/4678 des Bundestages unter Ziffer 64:

»Deutsche Belange benachteiligt«

»Die Mitarbeit in den Gremien des Europarats leidet nach wie vor darunter, daß die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen nicht gewahrt werden. Folge ist, daß wegen des Zeitbedarfs für die Anfertigung von Übersetzungen die Dokumente nicht rechtzeitig in deutscher Sprache vorliegen. Dies erschwert in erheblichem Umfang die Koordinierung innerhalb der Bundesregierung und die Zusammenarbeit mit den Ländern zur Wahrnehmung deutscher Belange.«

Weiter unter Ziffer 65 unter anderem:

»Die Generaldirektionen der Kommission geben Informationsschriften, die für Wirtschaft und Öffentlichkeit von Bedeutung sind, teilweise nicht in deutscher Sprache heraus.

Der Dienst ›Verbraucherpolitik‹ beschränkt seinen Infodienst auf die Sprachen Englisch und Französisch und berücksichtigt nicht den erheblichen Informationsbedarf gerade auch der deutschen Öffentlichkeit. Gleiches gilt für das viermal jährlich erscheinende Bulletin ›IRIS‹, das Ausbildung und Beschäftigung für Frauen behandelt.

Zusammenarbeit in fremden Sprachen

Einladungen zu Expertentreffen gehen immer wieder nur in Englisch und Französisch ein; dies erschwert Weiterleitung und Terminkoordinierung innerhalb der deutschen Verwaltung. Die Dienststellen der Kommission versuchen immer wieder, die Zusammenarbeit mit deutschen Behörden in englischer/französischer Sprache durchzuführen.

Die (EG-)Kommission vergibt zur Unterstützung der laufenden Sacharbeit eine Vielzahl von externen Studienaufträgen. Die Ergebnisse werden von den Dienststellen der Kommission regelmäßig an die Verwaltungen der Mitgliedstaaten und an die betroffenen Wirtschaftskreise zur Stellungnahme übermittelt und zum Gegenstand von Beratungen gemacht. Die Studien werden von den Beratungsunternehmen/Experten entsprechend den Vetragsvereinbarungen mit den Dienststellen der Kommission überwiegend in englischer Sprache abgefaßt. Die Kommission lehnt bislang Regelungen, die dem Auftragnehmer die Ablieferung der Studien in mehreren Sprachfassungen, zum Beispiel, Englisch/Französisch/Deutsch aufgeben, unter Berufung auf Kostenersparnisgründe ab.

Öffentliche Veranstaltungen werden von der Kommission immer häufiger unter Einschaltung von Agenturen organisiert, die Vorbereitung und Durchführung auf Englisch/Französisch beschränken.

Bei den internen Stellenausschreibungen in den Dienststellen der Kommission zur Besetzung ihrer Vertretungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern fordert die Kommission Sprachkenntnisse in Englisch und Französisch, obwohl vor Ort neben der Landessprache gerade Deutsch dort weitverbreitete Verständigungssprache ist.«

All dies ist eigentlich deutlich genug. Dazu kommt noch folgender Tatbestand, der zur Genüge klarlegt, welcher Geist in dieser »Europäischen Gemeinschaft« herrscht. Nach der kleinen deutschen Wiedervereinigung mußten unserem Land gemäß der höheren Einwohnerzahl 18 weitere Abgeordnete im Straßburger Europaparlament zugestanden werden. Daraufhin erhielten ohne rationalen Grund, aber gerade deshalb allzu durchsichtig, auch Frankreich, Großbritannien und Italien je sechs Deputierte mehr.

Viel Unterwürfigkeit bei den Zahlkulis

Doch die Neudeutschen müßten erkennen, daß sie an dieser Entwicklung weitgehend selbst schuld sind. Warum haben sie das ganze westliche Geschichtsbild nur mit der einseitigen Belastung Deutschlands kritiklos mit Haut und Haar übernommen? Warum haben sie niemals die objektive historische Wahrheit und damit eine gründliche Geschichtsrevision gefordert? Weshalb ist dauernd ein Franzose Präsident der Brüsseler EG-Kommission? Schon vor vielen Jahren hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt seinem »Freund« Giscard d'Estaing gegenüber erklärt, daß »selbstverständlich« Frankreich die Führungsrolle in der EG zustehe.

Bei so viel Unterwürfigkeit ist es nicht verwunderlich, wenn sich bei den Partnern die Meinung festsetzt, die 80 Millionen Deutschen in der Mitte Europas seien eigentlich nur nützlich als Zahlkulis und Industriesklaven, im übrigen hätten sie für immer den Mund zu halten. Wer sich wie ein Wurm krümmt, braucht nicht verblüfft zu sein, wenn er zertreten wird.

Es kann aber nur ein Europa der Freien und Gleichen geben. Ein Zwei- oder Dreiklasseneuropa wird so oder so stets scheitern. Auch muß endlich mit dieser diffamierenden Einteilung in Sieger und Besiegte Schluß gemacht werden. Oder glaubt man in England und Frankreich noch immer, »Sieger« der beiden Weltkriege zu sein, wo doch feststeht, daß es ohne die US-amerikanische Kriegserklärung vom April 1917 niemals ein »Versailles« gegeben hätte? □

Mitteldeutschland

Stattliche Staatshilfen für den Aufbau

Die private Wirtschaft hat bis Ende 1992 rund 222 Milliarden DM in den neuen Bundesländern investiert. In diesem Jahr werden voraussichtlich weitere 120 Milliarden DM hinzukommen. Ein Teil des Engagements ist auf die massive staatliche Förderung zurückzuführen – im günstigsten Fall werden über 50 Prozent einer Investition im ersten Jahr von der öffentlichen Hand finanziert.

Die Risiken privater Investitionen in Mitteldeutschland sind nach wie vor wesentlich größer als die Ertrags-Chancen. Deshalb fördert der Staat das private Engagement. Die vier wichtigsten Instrumente:
Der Investitionszuschuß. Seit Oktober 1990 können Unternehmen in Mitteldeutschland bei Neuinvestitionen einen steuerpflichtigen Zuschuß von maximal 23 Prozent beantragen.

Für Erweiterungsinvestitionen gilt ein Höchstsatz von 20 Prozent, für Rationalisierungsvorhaben von 15 Prozent. Über den Antrag entscheiden die Bundesländer.

De facto fördern die Länder heute nur noch Regionen mit ausgeprägten Strukturproblemen – Ballungsgebiete dagegen werden kaum noch unterstützt. In Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit können die Zuschüsse so erhöht werden, daß nach Anrechnung aller Subventionen der EG-Förderhöchstwert von 35 Prozent erreicht wird.

Bis Mitte 1993 stellte der Staat der gewerblichen Wirtschaft über 16 Milliarden DM an Investitionszuschüssen zur Verfügung. Einschließlich der Zuschüsse für die wirtschaftliche Infrastruktur kamen sogar 23 Milliarden zusammen.

Der Bedarf an Investitionszuschüssen ist sogar noch größer: Bis Ende 1992 stauten sich bei den Behörden 18777 Anträge mit einem Volumen von insgesamt 46 Milliarden DM.

Die Investitionszulage: Die steuerfreie Zulage ist bis Ende 1996 befristet. Sie gilt ausschließlich für Ausrüstungsinvestitionen und beträgt derzeit acht Prozent; ab Juli 1994 sind es nur noch fünf Prozent.

Noch höher gefördert werden lokale Investoren. Das sind Betriebe des Handwerks und des Verarbeitenden Gewerbes, die ihren Wohnsitz bereits vor dem 9. November 1989 in Mitteldeutschland hatten: Sie erhalten bei einer Investition von bis zu einer Million DM eine Zulage von 20 Prozent; der Betrag, der darüber hinausgeht, wird ebenfalls mit acht Prozent gefördert.

Bei Gesellschaften gilt die Regelung, daß die Mehrheit der Kapitalanteile zum Stichtag ortsansässig gewesen sein muß. Da es allerdings vor dem 9. November 1989 in der damaligen DDR keine Großunternehmen gab, an denen die Bürger Kapitalanteile hielten, handelt es sich bei der Vorzugsbehandlung lokaler Investoren um eine gezielte Förderung des Mittelstandes.

Gezielte Förderung des Mittelstandes

Grundsätzlich haben die Unternehmen einen Rechtsanspruch auf die Investitionszulage – jedoch sind Banken, Versicherungen, Handel, Elektrizitätswirtschaft und Gasversorgung aus dem Kreis der Berechtigten jetzt ausgeschlossen.

Die Sonderabschreibung: Die steuerpflichtige Sonderabschreibung gilt für Investitionen in Ausrüstungen und in Bauten. Sie können bis Ende 1994 zusätzlich zur linearen Abschreibung bereits im ersten Jahr zu 50 Prozent abgeschrieben werden. Im Standortsicherungsgesetz ist vorgesehen, diese Regelung bis 1996 zu verlängern.

Verzicht auf die Gewerbekapital- und Vermögensteuer: Bis Ende 1994 brauchen Unternehmen in den neuen Bundesländern keine Substanzsteuern zu zahlen. Laut Standortsicherungsgesetz soll die Frist bis Ende 1996 verlängert werden.

Unabhängig von den Investitionshilfen können die Unternehmen zusätzlich verbilligte Darlehen in Anspruch nehmen. Die beiden wichtigsten:

ERP-Kredite. Sie werden für Existenzgründungen, Modernisierungen und Umweltschutzmaßnahmen gewährt. Die ERP-Kredite beinhalten niedrige Zinsen (derzeit 6,25 Prozent) und Laufzeiten bis zu 20 Jahren.

Unterstützung für Existenzgründer

Eigenkapitalhilfeprogramm: Aus diesem Fonds werden insbesondere Existenzgründer in den neuen Ländern unterstützt – sie können Darlehen beantragen, ohne die banküblichen Sicherheiten vorweisen zu müssen.

Bis Mitte 1993 addierten sich die Zusagen für Investitionshilfen und Kredithilfen auf insgesamt

Investitionsförderung Mitteldeutschland: Noch Geld in der Pipeline

Stand Juni 1993, in Milliarden DM

	Zusagevolumen	Mittelabfluß
Eigenkapitalhilfeprogramm	8,60	7,00
ERP-Kredite	28,50	21,40
Summe	37,10	28,40
Investitionszulage und Sonderabschreibung	11,60	7,00
Investitionszuschuß	16,25	8,80
Summe	27,85	15,80

Sonderabschreibung: gemessen als Steuermindereinnahmen in den Jahren 1991, 1992 und der Hälfte von 1993; ERP-Kredite (European Recovery Program) und Eigenkapitalhilfeprogramm: bis Mai 1993

Mitteldeutschland

Stattliche Staatshilfen für den Aufbau

knapp 65 Milliarden DM – davon sind bislang gut 44 Millarden DM ausgezahlt worden.

Allein für die gewerbliche Investitionsförderung wurden bis Mitte 1993 rund 28 Milliarden DM zugesagt – doch nur knapp 16 Milliarden DM davon sind bislang abgeflossen. Die Erklärung für diese Diskrepanz liegt darin, daß die Fördergelder für ein Projekt zwar insgesamt genehmigt, aber nur im Rhythmus der tatsächlichen Fortschritte ausgezahlt werden.

Die Wirkung der staatlichen Hilfen auf die privaten Investitionen läßt sich nur schwer quantifizieren. Das liegt vor allem daran, daß sich die Adressatenkreise der einzelnen Förderinstrumente zum Teil erheblich überschneiden.

So bekommen zwar nur fünf Prozent aller Investoren gleichzeitig Investitionsbeihilfen und verbilligte Kredite. Aber immerhin 80 Prozent derjenigen, die über ERP-Kredite unterstützt werden, nehmen gleichzeitig die Eigenkapitalhilfe in Anspruch. Die Schnittmenge zwischen Zulage- und Zuschuß-Empfängern dürfte ähnlich groß sein.

Das Bundesministerium für Wirtschaft schätzt die Anstoßwirkung der Investitionshilfen bis Ende 1992 auf 85 Milliarden DM, die der Kreditförderung bis Mitte 1993 auf 70 Milliarden DM. Der Arbeitsmarkt-Effekt: Drei Millionen geschaffene oder gesicherte Arbeitsplätze.

Für den einzelnen Investor sind jedoch weniger die gesamtwirtschaftichen als die betriebswirtschaftlichen Wirkungen der staatlichen Förderung interessant. Eine Modellrechnung zeigt, daß sich das Zusammenspiel von privatem Engagement und öffentlicher Beihilfe durchaus rechnet. Ausrüstungsinvestitionen: Bei einer vollständig über Eigenkapital finanzierten Ausrüstungsinvestition in Höhe von 1,2 Millionen DM fördert der Staat auswärtige Investoren in Mitteldeutschland im ersten Jahr maximal mit 492000 DM – der Liquiditätseffekt beträgt also bei Ausnutzung aller Fördermittel 41 Prozent. Lokale Investoren erhalten 612000 DM; das entspricht einer Liquiditätshile von 51 Prozent.

Die staatliche Liquiditätshilfe ist vor allem für mitteldeutsche Investoren interessant. Denn gerade in den Aufbau-Jahren bereitet die Finanzierung einer Investition das größte Problem.

Über die gesamte Laufzeit von zehn Jahren gerechnet, reduziert sich die öffentliche Förderung allerdings: bei auswärtigen Investoren auf 240000 DM und bei lokalen Investoren auf 360000 DM. Das heißt: Die Barwerte, also die über die gesamte Laufzeit abgezinsten Nettovorteile einer Förderung, sind um je 20 Prozentpunkte niedriger als die Liquiditätseffekte.

Bauinvestitionen: Grundsätzlich gelten die gleichen Bedingungen wie bei der Ausrüstungsinvestition, nur daß die Laufzeit 25 Jahre beträgt und keine Investitionszulage gewährt wird. Nach derzeit geltendem Recht, das degressive Abschreibung zuläßt, wird eine Bauinvestition von 1,2 Millionen DM vom Staat im ersten Jahr mit 505200 DM gefördert – das entspricht einer Liquiditätshilfe von 42,1 Prozent.

Nach dem Standortsicherungsgesetz verschlechtern sich die Abschreibungsbedingungen: Die lineare Abschreibung tritt nun an die Stelle der degressiven.

Gleichzeitig aber wird der Körperschaftsteuersatz von 50 auf 45 Prozent gesenkt.

In den neuen Bundesländern wird die Verschlechterung der Abschreibung jedoch durch die Beibehaltung der Sonderabschreibungen bis Ende 1996 aufgehoben – faktisch kann ein Investor in Mitteldeutschland also die Vorteile des neuen Gesetzes genießen, ohne die Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Unterm Strich heißt das: Die Förderung einer 1,2-Millionen-Bauinvestition in Mitteldeutschland wächst auf 529200 DM oder 44,1 Prozent. □

Bonn

Diät bei den Subventionen

Bund, Länder und Gemeinden müssen 1993 und 1994 mit besonders spitzem Bleistift rechnen. Konjunkturbedingte Steuerausfälle und die höheren Aufwendungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit reißen immer größere Löcher in die öffentlichen Kassen. Bei der Suche nach Sparmöglichkeiten stießen die öffentlichen Buchhalter auf die Subventionen. Mit einem ersten beachtenswerten Teilerfolg: Zwar nimmt das Gesamtvolumen der Subventionen infolge der vielfältigen Hilfen für Mitteldeutschland weiterhin zu, doch im Westen der Republik wird die Subventionsschraube deutlich zurückgedreht.

Im Haushaltsjahr 1993 gewähren Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 86,4 Milliarden DM Subvention. Hinzu kommen 27,4 Milliarden DM aus dem ERP-Fonds und den Marktordnungsausgaben der EG. Das ergibt zusammen knapp 114 Milliarden DM – rund fünf Milliarden DM mehr als im Vorjahr.

Doch was auf den ersten Blick wie ein weiteres Aufblähen der öffentlichen Hilfen aussieht, entpuppt sich unter der Ost-West-Lupe durchaus als ökonomisch vertretbares Konzept:

Die Subventionen für die alten Bundesländer werden zugunsten des Aufbaus in den neuen Ländern zusammengestrichen und umgeschichtet.

Das Ergebnis des 14. Subventionsberichtes der Bundesregierung in Zahlen, ohne die aus Brüssel stammenden Marktordnungsausgaben:

Die Subventionen für Mitteldeutschland steigen von knapp 25 Milliarden DM in 1991 auf rund 39 Milliarden DM in 1993. Die westlichen Bundesländer müssen im gleichen Zeitraum einen Rückgang von 67 auf 61 Milliarden DM hinnehmen.
Vor allem die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes stehen ganz im Zeichen der Umschichtung. Da der Bund seine Subventionen bereits für das Jahr 1994 geplant hat, läßt sich seine Strategie auch für das kommende Jahr aufzeigen:

Pro Einwohner unterstützt der Bund die Westdeutschen 1993 mit 338 DM – 1991 waren es noch 443 DM. Die mitteldeutsche Subventionssumme pro Einwohner klettert aber von 500 DM auf 997 DM.

Insgesamt erhöhten sich die Bundessubventionen für Mitteldeutschland von knapp neun Milliarden DM in 1991 auf fast 16 Milliarden DM in 1994 – damit fließt im nächsten Jahr fast jede zweite Subventions-Mark des Bundes in die neuen Länder.
Die wichtigsten Einzelposten der Bundeshilfen für Mitteldeutschland:

Für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sind 1994 fast 6,7 Milliarden DM vorgesehen. Darunter fallen auch rund 2,7 Milliarden DM für betriebliche Investitionen – dieser Posten war 1991 nur mit rund 600 Millionen DM dotiert.

Die im Solidarpakt beschlossene Übernahme der Altschulden der mitteldeutschen kommunalen Wohnungswirtschaft kostet den Bund 1994 rund 2,4 Milliarden DM. Das ist die Hälfte der im nächsten Jahr fälligen Zinszahlungen, die andere Hälfte übernehmen die Länder. Ab Mitte 1995 müssen sogar 31 Milliarden DM aufgebracht werden – so hoch sind dann Zinsen und Tilgung für insgesamt 59 Milliarden DM Altschulden.

Für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in den neuen Ländern legt der Bund 1994 rund 650 Millionen DM auf den Tisch – fast zwölfmal mehr als 1991.
Zudem sollen auch Investoren gefördert werden, die sanierungs-

bedürftige Häuser und Wohnungen mit Privatinitiative auf Vordermann bringen: Ihnen gewährt der Bund zehn Jahre lang Zinszuschüsse – damit wird ein Kreditvolumen von rund 60 Milliarden DM auf den Weg gebracht. Kosten für 1994: rund 440 Millionen DM.

Durch die Investitionszulagen für neue Ausrüstungen verzichtet der Fiskus 1994 insgesamt auf rund 5,5 Milliarden DM Steuereinnahmen – das Fünffache des Jahres 1991. Rund 2,7 Milliarden DM davon gehen zu Lasten der Bundeskasse.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums sind durch die Zulagen bereits bis Ende 1992 Unternehmensinvestitionen von mehr als 150 Milliarden DM angestoßen und über drei Millionen Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert worden.

Die Sonderabschreibungen für betriebliche Investitionen führen zu Steuermindereinnahmen von rund 2,8 Milliarden DM, davon entfällt rund eine Milliarde DM auf den Bund.

Ein Großteil der Hilfen für die neuen Bundesländer wurde praktisch durch Streichungen in den alten Bundesländern finanziert. Die empfindlichsten relativen Kürzungen im Westen:

Die Luftfahrtindustrie verliert von 1991 auf 1994 rund 84 Prozent der staatlichen Förderung. Ersparnis für den Bund: 1,2 Milliarden DM.

Die Regionalförderung in Westdeutschland wird bis 1994 auf ein Viertel des Niveaus von 1991 gekappt. Minderausgaben für den Bund: Fünf Milliarden DM.

Bergbau und Schiffbau müssen auf ein Fünftel beziehungsweise ein Viertel ihrer Subventionen verzichten. Das bringt dem Bund zusammen eine knappe Milliarde.

All das reicht jedoch nicht aus, um in Ost und West zusammen einen weiteren Anstieg der Subventionen zu vermeiden. Doch die Problematik der Staatshilfen liegt nicht allein im Volumen, sondern auch in der Struktur:

Nicht einmal fünf Prozent der Subventionen fließen 1994 in die

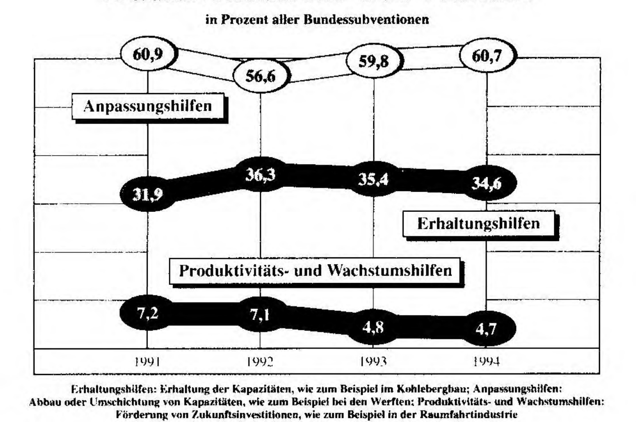
Subventionen: Im Westen weniger

	1989	1990	1991	1992	1993
	– in Milliarden DM –				
Bund					
– Finanzhilfen	14,1	14,2	19,7	21,0	20,1
– Steuervergünstigungen	15,2	15,4	17,6	16,1	16,4
Länder und Gemeinden					
– Finanzhilfen	14,6	16,2	22,4	23,8	28,5
– Steuervergünstigungen	18,3	18,0	21,3	20,6	21,4
ERP-Finanzhilfen	3,6	5,6	10,8	11,5	13,9
Marktordnungsausgaben der EG	9,4	9,5	10,5	15,5	13,5
Subventionen insgesamt	75,2	78,9	102,3	108,5	113,8
in Prozent des BSP	3,3	3,3	3,9	3,9	3,7
Mitteldeutschland			24,7	32,0	39,3
Westdeutschland			67,1	61,0	61,0

Ab 1991: einschließlich neue Bundesländer; Anteile West- und Mitteldeutschland: jeweils ohne Marktordnungsabgaben der EG

Ursprungsdaten: 14. Subventionsbericht der Bundesregierung

Subventionen des Bundes: Kaum Hilfen für den Wandel



Erhaltungshilfen: Erhaltung der Kapazitäten, wie zum Beispiel im Kohlebergbau; Anpassungshilfen: Abbau oder Umschichtung von Kapazitäten, wie zum Beispiel bei den Werften; Produktivitäts- und Wachstumshilfen: Förderung von Zukunftsinvestitionen, wie zum Beispiel in der Raumfahrtindustrie

aktive Förderung von Produktivität oder Wachstum.

Anders herum: Über 95 Prozent der Staatshilfen sind entweder Erhaltungshilfen für Problembranchen wie den Kohlebergbau oder Anpassungshilfen für krisengeschüttelte Zweige wie den Schiffbau.

Hinzu kommt, daß sich die Struktur der Subventionen in den vergangenen Jahren wenig geändert hat – und wenn, dann eher zum schlechteren:

Seit 1991 ist in Deutschland der Anteil der Erhaltungshilfen um rund drei Prozentpunkte gestiegen, die Quote der Produktivitätshilfen um fast drei Punkte gefallen.

Alles in allem hat der Bund den Westen der Republik erst einmal auf Subventions-Diät gesetzt. Doch um nachhaltig abzuspekken, genügt es nicht, wenn allein der Zentral-Haushalt maßhält. Auch Länder und Gemeinden sind gefordert – doch die haben ihre Subventionen von 1991 auf 1993 um 14 Prozent auf knapp 50 Milliarden DM aufgestockt.
An wirkungsvollen und politisch durchsetzbaren Rezepten, die öffentlichen Hilfen einzudämmen, fehlt es nicht. Fünf Vorschläge:

Deckelung: Die Zahl der Subventionen wird nicht weiter ausgedehnt. Neue Subventionstatbestände gibt es nur bei gleichzeitiger Streichung an anderer Stelle. Das hätte den angenehmen Nebeneffekt, daß auch der inzwischen fast 300 Seiten starke Subventionsbericht nicht weiter wachsen würde.

Einfrieren: Das Volumen der Subventionen wird auf das heutige Niveau begrenzt. Dies führt über den nominellen Wachstumsprozeß automatisch zu einer Abnahme des realen Gewichts von Subventionen (1993: rund 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts).

Degressive Kappung: Das Volumen der Subventionen wird von einem bestimmten Zeitpunkt an um wachsende Prozentsätze gekürzt oder jedes Jahr neu um den gleichen Prozentsatz auf den Subventionsrestwert gekappt.

Zeitliche Befristung: Während heute ein Gesetz notwendig ist, um Subventionen wieder abzuschaffen, wäre bei strikter zeitlicher Befristung ein Gesetz zur Verlängerung von Subventionen erforderlich. Dies stärkt die parlamentarische Kontrollfunktion und zwingt die Befürworter von Subventionen immer wieder dazu, ihr Anliegen zu begründen.

Umstrukturierung: 35 Prozent der Subventionen an die Wirtschaft sind Erhaltungssubventionen und wirken tendenziell strukturkonservierend. Eine Umschichtung zu Produktivitätshilfen könnte die Subventionen innovations- und wachstumsfreundlicher machen. □

Asien drängt auf den Weltmarkt

Deutliche Verschiebungen prägen die Struktur der internationalen Arbeitsteilung seit Mitte der achtziger Jahre: Ost- und Mitteleuropa beklagen drastische Anteilsverluste, die fernöstlichen Länder verzeichnen dagegen große Zugewinne. Dickster Klotz im weltweiten Handel bleibt jedoch der Warenaustausch innerhalb der industrialisierten Welt.

Mehr als die Hälfte des Weltexports von nahezu 3,5 Billionen US-Dollar wickelten die Industrieländer 1992 unter sich ab. Dennoch läßt das OECD-interne Geschäft gewisse Ermüdungserscheinungen erkennen.

Die sechziger und siebziger Jahre standen im Zeichen einer immer intensiveren Arbeitsteilung innerhalb der Ersten Welt: Die gegenseitigen Lieferungen der Industrieländer erhöhten sich jeweils stärker als die inländische Wirtschaftsleistung. In der Rezession der frühen achtziger Jahre ging diese Gesetzmäßigkeit verloren – und kam auch danach nicht mehr wieder.

Zwischen 1985 und 1992 blieb der OECD-interne Exportzuwachs mit jährlich 10,1 Prozent hinter dem Nominal-Wachstum des Sozialprodukts der Mitgliedsländer (+ 10,9 Prozent) zurück.

Für das Zurückbleiben der Exporte gibt es zwei Erklärungen.

Protektionismus: Trotz der anhaltenden Bemühungen innerhalb der GATT wurde die Ausweitung der Arbeitsteilung vor allem durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse gebremst.

Direktinvestitionen: Um Handelshürden zu überwinden, aber auch aus anderen Erwägungen, entschieden sich viele Unternehmen für eine Produktion vor Ort anstelle des Exports. Die Direktinvestitionen erhöhten sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dreimal so stark wie der Warenexport.

Das Welthandels-Gewicht der Industrieländer geht freilich über die gruppeninterne Arbeitsteilung hinaus. Rechnet man ihre Lieferungen an die Entwicklungsländer und an den früheren RGW hinzu, steuern die Industrieländer gut 70 Prozent zum Weltexport bei.

Auch vom Welthandels-Plus profitierten die Industrieländer absolut am meisten. Die weltweiten Exportumsätze stiegen von 1985 bis 1992 um 1528 Milliarden Dollar – fast 80 Prozent davon gingen auf das Konto der OECD-Länder. Schrittmacher war die EG: Die Exporte innerhalb der Zwölfer-Gemeinschaft erhöhten sich von 1985 auf 1992 im Jahresdurchschnitt um 12,1 Prozent.

Die Gründe: Integrationsfortschritte der neuen Gemeinschafts-Mitglieder, die Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt, die Wechselkursstabilität des EWS-Raums und der gewaltige Import-Sog der deutschen Einheit.
Zu den großen Gewinnern der vergangenen Jahre zählen die asiatischen Entwicklungsländer – sofern es gerechtfertigt ist, Korea, Taiwan, Singapur und Hongkong überhaupt noch zur Dritten Welt zu zählen. Auf die vier kleinen Drachen entfallen inzwischen fast 40 Prozent aller Entwicklungsländer-Exporte.

Wichtigste Kunden der Entwicklungsländer sind die Industrieländer: Knapp 60 Prozent aller Süd-Exporte gehen in den Norden. Aber:

Die Handelsströme zwischen den Entwicklungsländern haben sich seit 1985 mit der Weltrekord-Rate von jährlich 12,3 Prozent ausgeweitet.

Auf den Märkten der Dritten Welt haben sich die kleinen Drachen inzwischen zu ernstzunehmenden Konkurrenten der Industriestaaten gemausert: Sie haben ihren Anteil an den Einfuhren des Südens von 5,5 Prozwnt (1985) auf 11 Prozent (1991) verdoppelt.

Auch die Volksrepublik China schaltet sich immer stärker in den Handel mit den Entwicklungsländern ein. Die chinesischen Exporte stiegen von 1985 bis 1991 um jahresdurchschnittlich 17 Prozent, die Lieferungen an die Entwicklungsländer aber um gut 21 Prozent. Umgekehrt importiert China neuerdings bevorzugt aus den Ländern des Südens.

Tiefe Spuren im Welthandel hinterließ der Zusammenbruch des RGW.

Der Handel der mittel- und osteuropäischen Staaten untereinander spielt mit 0,5 Prozent des Welthandelsvolumens keine erwähnenswerte Rolle mehr. □

Direkt-Investitionen gewinnen weltweit an Bedeutung

Bereits vor 5000 Jahren übten sich Sumerer und Ägypter darin, Waren und Dienstleistungen auch über die eigenen Landesgrenzen hinaus zu handeln. Inzwischen ist die internationale Arbeitsteilung um eine Variante reicher: Die Direktinvestitionen gewinnen weltweit immer mehr an Bedeutung.

Im Jahr 1991 betrug das weltweite Volumen der Arbeitsteilung fast 4400 Milliarden Dollar – mehr als zwölf Mal soviel wie zu Beginn der siebziger Jahre.

Die internationale Arbeitsteilung wird in der Zahlungsbilanz erfaßt und läuft über vier Ebenen: den Warenhandel, den Dienstleistungsverkehr, die Auslandsinvestitionen und über die Wanderung der Arbeitskräfte. Statistisch gemessen werden können jedoch nur die ersten drei Kriterien.

Der Warenexport ist nach wie vor das Zugpferd der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In 1991, dem letzten weltweit vergleichbaren Jahr, entfielen rund 3350 Milliarden Dollar auf Warenausfuhren – vor zwanzig Jahren waren es gerade 268 Milliarden Dollar.

Heute wie damals nimmt der Warenhandel rund drei Viertel des gesamten Arbeitsteilungsvolumens ein.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wuchs der Warenhandel noch mit einer Jahresrate von 11 Prozent – neuerdings jedoch hinterläßt die weltweite Wirtschaftsflaute 1992/93 ihre Spuren: In beiden Jahren kamen im Schnitt nur magere drei Prozent heraus.

Der Dienstleistungsexport ist seit jeher unlösbar mit dem Warenhandel verbunden, denn wo Waren exportiert werden, bedarf es vor allem des Transports – der Mutter der Dienstleistungen.

Nennenswerte Bedeutung errangen weiterreichende Dienstleistungen allerdings erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts – mit dem florierenden Tourismus und dem internationalen Handel mit Know-how.

Heute haben die Dienste einen Anteil von 20 Prozent an der Weltarbeitsteilung, seit 1970 hat sich ihr Volumen immerhin verzwölffacht.

Die Direktinvestitionen sind die modernste Form der internationalen Arbeitsteilung. Einen Schub erhielten die grenzüberschreitenden Investitionen von der Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs und der internationalisierung der Unternehmenspolitik.

Derzeit machen die Direktinvestitionen zwar lediglich vier Prozent der Weltarbeitsteilung aus. Gegenüber 1970 hat sich ihr Volumen jedoch fast um den Faktor 15 erhöht.

Die größte Dynamik entfaltete sich in den Jahren 1985 bis 1990: In diesem Zeitraum haben sich die Direktinvestitionen mehr als verdreifacht – Warenhandel und Dienstleistungsverkehr erreichten im gleichen Zeitraum jeweils eine Verdoppelung ihres Wachstums.

Nach Ländern gegliedert haben die USA, Deutschland, Japan und Frankreich zusammen einen Anteil von 40 Prozent an der weltweiten Arbeitsteilung. Das Führungsduo im einzelnen:

Die USA spielen den größten Part. 1991 vereinigten sie 13,4 Prozent des globalen Arbeitsteilungsvolumens auf sich. Sowohl beim Warenexport (12,4 Prozent) als bei den Dienstleistungen (16,9 Prozent) waren sie die

Nummer 1. Deutschland liegt mit einer Quote von insgesamt 10,7 Prozent auf dem zweiten Platz – vor allem dank seiner starken Warenexporte.

Bei den Dienstleistungen dagegen muß die Bundesrepublik nicht nur die USA, sondern auch Frankreich passieren lassen. Ein Grund: Die Franzosen verdienen mit ihren Tourismus-Attraktionen Champagne, Normandie, Cote d'Azur und Paris rund doppelt soviel wie Deutschland mit Bayern, der Nordsee und Heidelberg.

Bei den Investitionen im Ausland rangiert Deutschland sogar nur an vierter Stelle. Hier stand 1991 Japan mit einem 17-Prozent-Anteil an der Weltspitze – ein Ergebnis der japanischen Strategie, arbeitsintensive Produktionen in die benachbarten Niedriglohnländer zu verlegen und die europäischen oder amerikanischen Einfuhrquoten durch eine entsprechende Standortwahl der Unternehmen zu umgehen.

Zuletzt jedoch mußten auch die Japaner der Weltwirtschaftskrise Tribut zollen: Im Jahr 1992 gingen die japanischen Auslandsinvestitionen von 30,7 auf 17,2 Milliarden Dollar zurück. Die amerikanischen Direktinvestitionen stiegen dagegen von 27,2 auf 35,3 Milliarden Dollar. Damit haben sich die Amerikaner die Nummer 1 in der Direktinvestitions-Rangliste zurückerobert, die sie noch 1988 eingenommen haben.

Gleichwohl tendieren auch die Direktinvestitionen am aktuellen Rand zur Schwäche. Ihr Volumen stieg von 60 Milliarden Dollar in 1985 auf 240 Milliarden Dollar in 1990 – durch die Wirtschaftskrise sind die Direktinvestitionen 1992 weltweit jedoch auf schätzungsweise 160 Milliarden Dollar zurückgefallen. □

Der Staat kassiert in den neuen Ländern kräftig ab

Auf mitteldeutschen Arbeitseinkommen von mehr als 5700 DM lasten ab Januar 1994 Sozialabgaben in Höhe von 2042 DM monatlich – die erste Stufe der Pflegeversicherung mitgerechnet, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen diesen Betrag je zur Hälfte. Gegenüber 1993 müssen damit beide über 273 mehr im Monat an die Sozialversicherung abführen. Allein auf die geplante Pflegeversicherung entfallen fast 43 DM.

Die Ursachen der steigenden Abgabenbelastung in den neuen Bundesländern sind dieselben wie im Westen. Allerdings liegen die Beitragsbemessungsgrenzen wegen der niedrigeren Löhne und Gehälter erst bei 75 Prozent des Westniveaus. Aber auch sie steigen 1994 – in der Renten- und Arbeitslosenversicherung um 400 DM, in der Krankenversicherung um 300 DM im Monat.
Bei einem mitteldeutschen Durchschnittsverdienst von derzeit etwa 2715 DM monatlich belaufen sich die Sozialversicherungsbeiträge 1994 auf insgesamt rund 1064 DM monatlich – je 532 DM für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Gegenwärtig sind es erst 991 DM. Das Belastungsplus beträgt mithin pro Monat 37 DM für jede Seite. □

Die Schulden der deutschen Länder

Nur 2470 DM Landesschulden je Einwohner zeugen von einer langfristigen finanzpolitischen Solidität des Freistaats Bayern. Fast genausoviel Schulden wie Bayern in mehr als 40 Jahren aufgetürmt hat, schafften Brandenburg und Sachsen-Anhalt in nur knapp drei Jahren. Daran zeigt sich zunächst, wie schlecht es um die Steuer- und Finanzkraft der östlichen Bundesländer bestellt ist.

Aber es geht in den neuen Ländern offenbar auch anders: In Mecklenburg-Vorpommern wurden die Landesausgaben enger an die begrenzten Einnahmen angepaßt. Im Saarland kann davon keine Rede sein: Dort drücken den Bürger fünfmal so schwere Landesschulden wie in Bayern.
Am tiefsten in der Kreide stehen traditionell die beiden Hanse-Stadtstaaten. Die Erklärung: In den Zahlen von Bremen und Hamburg stecken über die Landesschulden hinaus auch die Kommunalschulden. Wegen der Vereinigung mit dem schuldenfreien Ost-Teil hat Berlin kurzfristig Boden gutgemacht. □

Schmerzhafte Einbußen nach Ende des Kalten Krieges

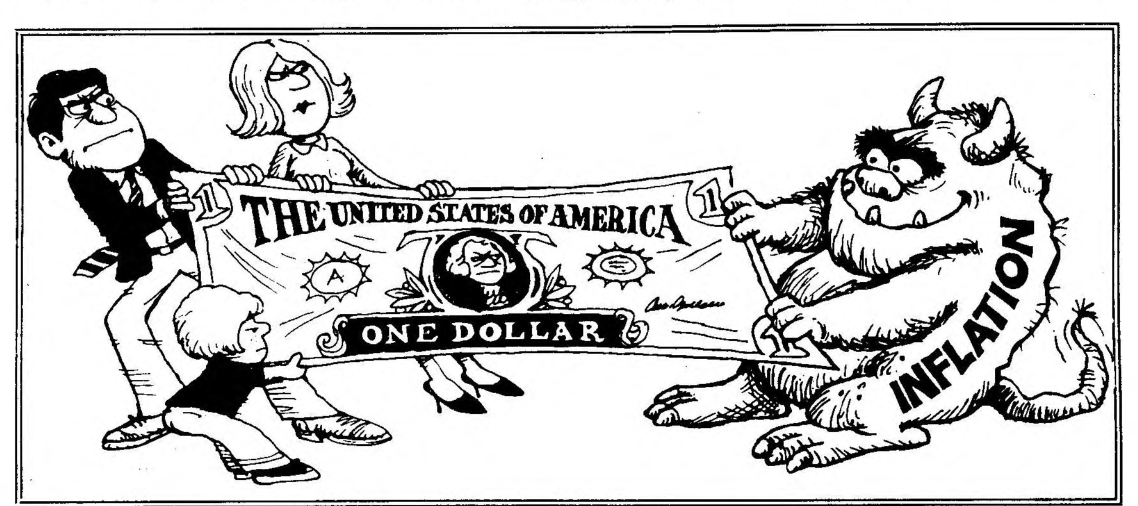
Das Ende des Kalten Krieges hat auch wirtschaftliche Folgen. Im Jahr 1990 stand in der deutschen Leistungsbilanz noch ein Plus von über 21 Milliarden DM aus Verkäufen an die in Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte und ihre Angehörigen. Zwei Jahre später hatte der Truppenabzug diesen Posten bereits auf knapp 18 Milliarden DM schrumpfen lassen – Tendenz: weiter sinkend. Das Ausmaß der Mindereinnahmen fällt zwar gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht, für einzelne Regionen in Hessen und Rheinland-Pfalz bedeutet der Truppenabzug aber schmerzhafte finanzielle Einbußen.

Auch bei den einstigen beiden Weltmächten bringt das Ende der Nachkriegszeit die Kalkulationen durcheinander. Während sich die ehemalige UdSSR von der friedlichen Nutzung des Rüstungssektors wirtschaftlichen Aufschwung verspricht, sehen die USA im Ausbleiben von Rüstungsaufträgen einen Grund für ihre schleppende Konjunktur. □

Russen im Baltikum keine ethnische Minderheit

Russen in Estland und Lettland sind keine »ethnischen Minderheiten«, sondern Überreste der Besatzungsstreitkräfte, behauptet Dr. Kasys Bobelis, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im litauischen Parlament, bei einer Anhörung des US-House Republican Research Committee, dessen Vorsitzender der Abgeordnete Bob Dornan ist.

»Diese Menschen sind Überbleibsel oder Angehörige der russischen Besatzungsstreitkräfte, die illegal nach Estland und Lettland kamen«, meinte er.
»Sie haben sich dort niedergelassen, und jetzt, wo die Truppen sich zurückziehen, wollen ihre Familien und Verwandten Estland und Lettland nicht verlassen, weil die Lebensbedingungen dort viel besser sind, und sie betrachten sich urplötzlich als ethnische Minderheit.« □



Deutschland

Knappheit auf dem Wohnungsmarkt

Die Ballungsgebiete sind von der Knappheit auf dem westdeutschen Wohnungsmarkt besonders betroffen. Zum einen wurde in den Großstädten relativ weniger Wohnraum neu geschaffen als in der Region. Der Grund dafür liegt vor allem im Mangel an ausgewiesenem Bauland. Zum anderen haben die Großstädte in jüngster Zeit wieder an Attraktivität gewonnen. Damit wurde das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage noch verstärkt.

Zurückzuführen ist das Defizit an Wohnraum zu einem Gutteil auf die Fehl-Prognosen der achtziger Jahre: Die Experten haben den Trend zu den Minihaushalten von jungen und alten Singles ebensowenig vorgesehen wie die Zuwanderungen aus dem Ausland. Folge: Der Mangel gerade an kleinen und preisgünstigen Wohnungen ist besonders groß.

Die Nachfrage hat in Stadt und Land zugenommen

Die Entwicklung von Wohnungsangebot und -nachfrage in Ballungsgebieten im Vergleich zum Bundestrend:

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ist zwischen 1989 und 1991 in ländlichen Gebieten um 58 Prozent gestiegen – in Ballungsgebieten aber nur um 32 Prozent.

Besonders schmerzlich schlägt für die Großstädte zu Buche, daß sie auch im Bau von Mehrfamilienhäusern zurückgefallen sind. Früher dominierten gerade die Großstädte bei Mehrgeschoßbauten.

Noch bis 1988 entstanden jährlich 50 Prozent aller Etagenwohnungen in Großstädten. Im Jahr 1991 lag der Anteil bei nur noch 32 Prozent.
Dabei war der städtische Anteil am Wohnungsbestand schon während der gesamten achtziger Jahre rückläufig.

Der Wohnungsbestand in den Ballungsgebieten hat sich seit Ende der achtziger Jahre kaum vergrößert. Denn den zu dieser Zeit jährlich gebauten 60000 Wohnungen standen mindestens 40000 Einheiten gegenüber, die nicht mehr als Wohnraum genutzt werden konnten.

Die Nachfrage nach Wohnungen hat in Stadt und Land in etwa gleich zugenommen. Der Binnenwanderungssaldo zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen war ausgeglichen.

Die Mietpreise haben die Schmerzgrenze erreicht

Die zunehmende Wohnungsknappheit spiegelt sich in der Preisentwicklung für neu abgeschlossene Mietverträge wider. Zwischen 1987 und 1992 erhöhte sich das Mietniveau in den Großstädten um rund 50 Prozent, nachdem es Mitte der achtziger Jahre stagniert oder gar leicht nachgegeben hatte. In einigen Großstädten fielen die Mieterhöhungen zum Teil noch drastischer aus, so beispielsweise in Berlin. Dort bewirkte die Wiedervereinigung allein in 1990 einen Mietpreissprung von 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Inzwischen haben die Mietpreise in Großstädten bei Quadratmeterpreisen von gut 20 DM – bei Luxuswohnungen noch beträchtlich mehr – die Schmerzgrenze erreicht. Mieterhöhungen sind daher nur noch schwer realisierbar. Gerade bei teuren und exklusiven Wohnungen sind die Mieten zuletzt gefallen.

Das reglementierte Mietrecht stellt die Altmieter sehr viel besser als jene, die eine Wohnung suchen. Der Wohnungswechsel wird immer teurer. Folge: Die Mobilität sinkt.

Hintergrund der ungleichen Mietentwicklung: Die Mieten für Altmieter orientieren sich am Mietspiegel, der die Obergrenzen für Mieterhöhungen in bereits bestehenden Verträgen ausweist. Die Mieten stiegen zumeist nur moderat. Selbst zwischen 1990 und 1992 erhöhten sie sich nur um insgesamt etwa zehn Prozent oder weniger. Einzige Ausnahme unter den größten Städten war Frankfurt mit einem Anstieg von 19 Prozent.

Kaum eine Sozialwohnung wird frei

Den sozial schwächeren Gruppen steht in Großstädten zwar theoretisch ein überproportional großes Angebot an Sozialwohnungen zur Verfügung.

Ein Drittel aller Mietwohnungen wurde hier zum Zeitpunkt der Wohnungszählung 1987 öffentlich gefördert. Der Bundesdurchschnitt lag nur bei 27 Prozent.

In der reichen Bundesrepublik wird Wohnraum zum größten Problem. Es wird Zeit, daß der Wohnungsbau wieder Priorität bekommt.



Aber: Kaum eine Sozialwohnung wird frei. Denn gerade in Ballungsgebieten sind die Mietvorteile der geförderten Wohnungen besonders groß. So mußte 1987 für eine Sozialwohnung in Großstädten kaum mehr gezahlt werden als in kleineren Städten. Dagegen war die Quadratmeter-Miete für eine bis zu zehn Jahre alte freifinanzierte Wohnung in Ballungszentren mehr als drei DM teurer als im Bundesdurchschnitt.

Mehr Bauland ist gefragt

Das Mietrecht führt zu einer Spaltung des Wohnungsmarkts. Es erhöht den Anreiz der Fehl- und Unterbelegung. Obendrein wirkt es als zusätzliche Mobilitätsbremse: Wer in einer Sozialwohnung lebt, verspürt wenig Lust, andernorts trotz möglichem Mehrverdienst eine viel teurere Wohnung zu beziehen.

Die Wohnungsprobleme lassen sich nur durch mehr Marktwirtschaft lösen. Dabei kann auch der vorhandene Wohnungsbestand besser genutzt werden. Zwei Möglichkeiten bieten sich an:

Die Gemeinden sollten Belegungsrechte für Problemgruppen erwerben können.

Die Mieten für Altmieter müßten stärker den Knappheitsverhältnissen auf dem Wohnungsmarkt angepaßt werden.

Die zu erwartenden Wirkungen: Für viele Menschen würde es sich in Mark und Pfennig auszahlen, wenn sie aus einer zu großen in eine kleinere Wohnung zögen. Zudem würde eine Anpassung der Altmieten den Vermietern erlauben, die höheren Wohnungspreise für Neuvermietungen zu senken – ohne daß sie um ihre Rendite fürchten müßten.

Ein anderes wichtiges Mittel, den Wohnungsmarkt zu entspannen, besteht darin, mehr Bauland auf den Markt zu bringen. Der Engpaß an Grund und Boden hat sich gerade in Großstädten als enormes Hemmnis für die Erstellung neuer Wohnungen erwiesen.

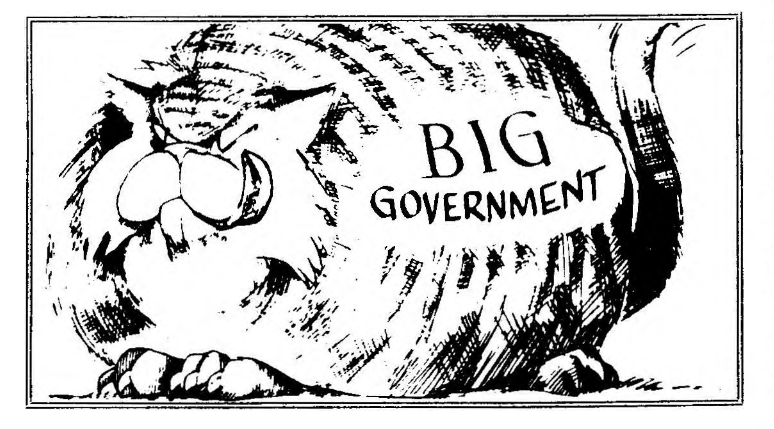
Das zeigt die Entwicklung der Baulandpreise in den vier besonders begehrten Ballungszentren Berlin, München, Frankfurt und Stuttgart. In Berlin kostete im Frühjahr 1993 ein Quadratmeter Bauland für ein Mehrfamilienhaus in mittlerer Wohnlage 2000 DM – das entspricht Grundstückskosten für einen Quadratmeter Wohnfläche von etwa 3000 DM.

Der Wohnungsbau bekommt Priorität

Ein wichtiger Grund für die Baulandverknappung: Vor dem Hintergrund der Suburbanisierung und der rückläufigen Bevölkerung wurde der Baulandbedarf Mitte der achtziger Jahre falsch eingeschätzt. Folge: Es wurde zu wenig Bauland neu ausgewiesen.

Statt dessen haben die Kommunen den Schutz der Umwelt als wichtigstes Problemfeld betrachtet.

Inzwischen sieht man die Dinge anders. Der Wohnungsbau soll gegenüber dem Naturschutz wieder mehr Priorität erlangen. Durch gesetzliche Neuregelungen sollen Baugenehmigungen beschleunigt und die Baulandausweisung erleichtert werden. □



Deutschland

Lohnstückkosten als Handikap im Wettbewerb

Höhere Löhne und Zusatzkosten bei zuletzt schleppender Produktivität haben im Zeitraum 1985-1992 für einen Anstieg der westdeutschen Lohnstückkosten um 30 Prozent gesorgt. Die Wirkungen dieses hausgemachten Kostenschubs auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit wurden durch eine kräftige Aufwertung der D-Mark noch verstärkt. Das Ergebnis: Unter sämtlichen Konkurrenten produzierte Westdeutschland 1992 mit den höchsten Lohnstückkosten.

Während der späten achtziger und frühen neunziger Jahre hat sich in der westdeutschen Industrie die Schere zwischen Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität weit geöffnet. Von 1985 bis 1992 stiegen die Kosten einer industriellen Arbeitsstunde um mehr als 50 Prozent – die erwirtschaftete Leistung erhöhte sich jedoch in gleicher Zeit nur um rund 20 Prozent. Folge:

Die wichtigsten Konkurrenten haben die Kosten besser im Griff

Die Lohnkosten je Produkteinheit waren in der westdeutschen Industrie 1992 um 30 Prozent höher als 1985. Damit hat sich das Lohnstückkosten-Tempo gegenüber der ersten Hälfte der achtziger Jahre glatt verdoppelt.

Dieser Verlust an Stabilität ist keine westdeutsche Besonderheit: Auch in den meisten anderen Industrieländern sind die Arbeitskosten der Produktivität davongelaufen. In der Rallye der Lohnstückkosten von 1985 bis 1992 liegt Westdeutschland sogar auf einem noch respektablen Mittelplatz.

Doch dieser Schein trügt. Spürbar kostengünstiger schnitt Westdeutschland allein gegenüber den industriell weniger entwickelten Südländern der Europäischen Gemeinschaft ab.

Dieser Vorteil bedeutet nicht allzuviel: Nur die wenigsten Produkte aus Griechenland, Portugal oder Spanien stehen auf dem Weltmarkt im Wettbewerb mit deutschen Erzeugnissen.

Ausgerechnet die drei wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt haben ihre Lohnstückkosten wesentlich besser im Griff als Westdeutschland: Japan, die USA und Frankreich. Sie kamen 1985-1992 mit nur knapp vier bis reichlich 11 Prozent recht stabil über die Runden.

Handikap im internationalen Wettbewerb

Japan und die USA haben damit gegenüber Westdeutschland zusätzliches Terrain gewonnen. Beide Länder hatten sich bereits während der frühen achtziger Jahre auf einem flacheren Kostenpfad bewegt als Westdeutschland.

Auf die hausgemachten Kostenprobleme des Standorts D West haben die internationalen Devisenbörsen ein weiteres Problem draufgesattelt: Sie trieben den Kurs der D-Mark immer weiter nach oben – mit fatalen Folgen für westdeutsche Unternehmen. Denn die Verteuerung der deutschen Währung wirkt genauso wie die Verteuerung der Produktion. Beides zusammen erweist

Deutschland

Lohnstückkosten als Handikap im Wettbewerb

sich als ein schweres Handicap im internationalen Preiswettbewerb.

Unter Einrechnung aller Wechselkurs-Veränderungen seit 1985 zeigt sich für Westdeutschland ein noch wesentlich unfreundlicherer Lohnstückkosten-Trend. Die ohnehin ungünstige Entwicklung im Vergleich zu Japan bleibt bestehen – und gegenüber allen anderen Ländern kommt es zu einer Verschlechterung.

Ein krasses Beispiel für die Wirkung veränderter Wechselkurse: In Großbritannien erhöhten sich die Lohnstückkosten mit 35 Prozent noch stärker als in Deutschland. Doch mit dem Kursrückgang des Pfund verschwand der gesamte Lohnstückkosten-Anstieg von der Bildfläche.

Das Plus der Amerikaner hat sich vergrößert

Ein britischer Anbieter konnte 1992 auf dem deutschen Markt etwa zu gleichen Preisen anbieten wie 1985 – sein deutscher Konkurrent mußte dagegen in seinem Gebot um 30 Prozent höhere Lohnstückkosten unterbringen.

Noch kritischer hat sich die westdeutsche Wettbewerbsposition gegenüber den USA entwickelt. Schon in nationaler Währung konnten die USA einen klaren Stabilitätsvorsprung verbuchen. Dieses Plus der Amerikaner hat sich nochmals vergrößert, weil der Dollar gegenüber der D-Mark radikal an Wert verlor.

In deutscher Währung gerechnet steckten in einem US-Auto 1992 gerade halb so hohe Arbeitskosten wie 1985.

Diese Beispiele zeigen: Die Wechselkurse folgen längst nicht mehr den Gesetzmäßigkeiten, die ihnen lange Zeit zugerechnet wurden. Eigentlich sollten Aufwertungen und Abwertungen dafür sorgen, daß das internationale Kostengefälle weitmöglichst eingeebnet wird.

Lohnstückkosten-Niveau: Teures Pflaster Westdeutschland

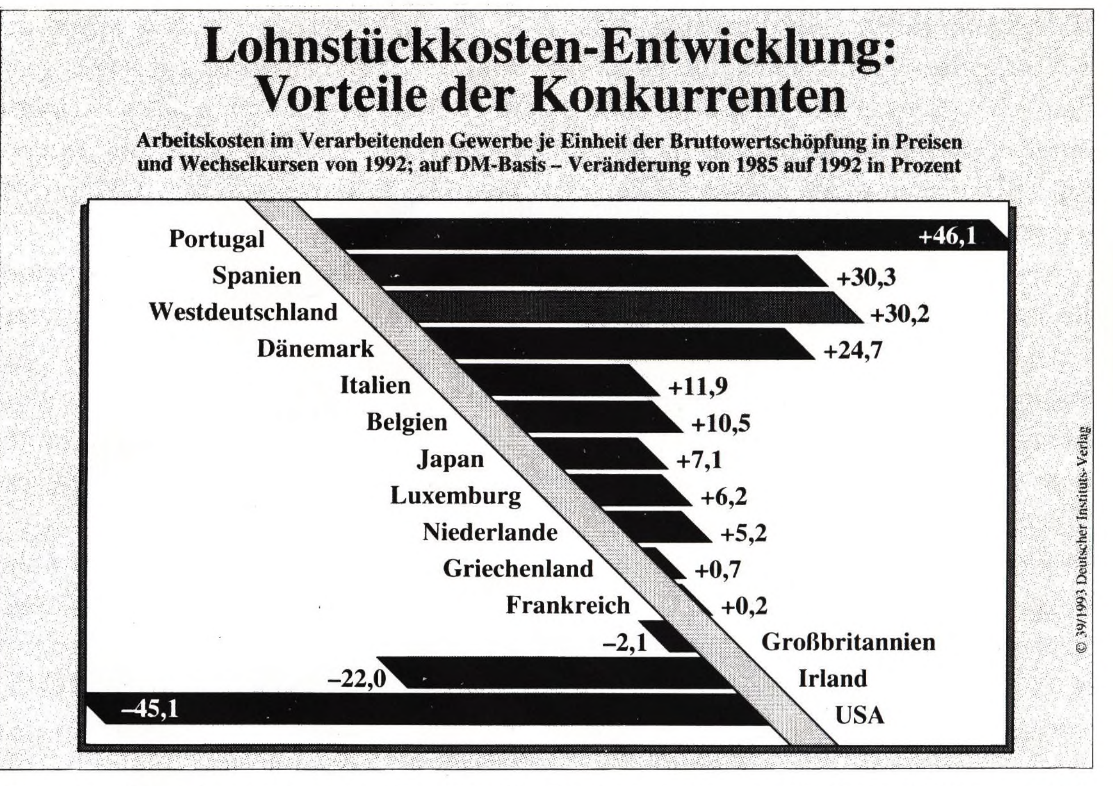
Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe je Einheit der Bruttowertschöpfung in Preisen und Wechselkursen von 1992

Jahr	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92
Übrige Länder	100	111	112	109	114	119	108	102	100	101	102	108	108
D-West	92	96	100	99	100	102	108	114	115	116	119	126	133
alle übrigen Länder = 100	92	87	89	91	88	86	101	112	116	115	117	117	123

Lohnstückkosten-Niveau der übrigen Länder: Durchschnittswert ermittelt durch Gewichtung mit der Regionalstruktur der deutschen Exporte; übrige Länder: übrige EG, USA und Japan

Ursprungsdaten: EG, OECD, Deutsche Bundesbank Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Höhere Löhne und Zusatzkosten bei schleppender Produktion haben für einen Anstieg der Lohnstückkosten um 30 Prozent gesorgt.



Unter sämtlichen internationalen Konkurrenten produziert Deutschland 1992 mit den höchsten Lohnstückkosten.

Im Zeitraum 1985-1992 kann von einem Weghobeln der Stabilitäts-Unterschiede keine Rede mehr sein. Die Devisenbörsen bestimmten die Kurse der Währungen offenbar nach anderen Kriterien. Dadurch konnte sich ein schon sehr kostenstabiles Land wie die USA einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil sichern – und ein eher unstabiles Land wie Großbritannien konnte sich mehr Entlastung verschaffen, als eigentlich nötig gewesen wäre.

Als Folge der hausgemachten Kostenentwicklung und der fremdbestimmten Wechselkursdynamik hat sich das westdeutsche Lohnstückkosten-Niveau deutlich nach oben abgesetzt.

Weltweit die höchsten Lohnstückkosten

Ab dem Jahr 1986 kletterte es erstmals über den Durchschnittswert der wichtigsten Industrieländer. Zwei weitere Schübe in den Jahren 1987 und 1992 haben bewirkt, daß die westdeutschen Lohnstückkosten um fast ein Viertel höher sind als im Schnitt der anderen Industrieländer.

Im Jahre 1991 hatte Westdeutschland erstmals die weltweit höchsten Lohnstückkosten zu verkraften – und baute diesen fragwürdigen Vorsprung 1992 noch weiter aus.
Die wichtigsten Konkurrenten besitzen einen komfortablen Abstand: Frankreich kommt auf einen Lohnstückkosten-Vorteil von 18 Prozent, Großbritannien auf 23 Prozent, die USA auf 20 Prozent – und Japan verzeichnet gar 28 Prozent.
Diese Daten ergeben sich aus den Arbeitskosten, Produktivitäten und Wechselkursen von 1992 – aber die Konstellation wäre auch nicht anders, wenn die Rechnung methodisch an einem anderen Zeitpunkt fixiert wäre. □

Europäische Gemeinschaft

Sorgenkind Arbeitslosigkeit

Den westlichen Industrienationen droht im kommenden Jahr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auf über 36 Millionen Personen. Besonders schwer trifft es die EG – und das im Jahr eins nach Vollendung des Binnenmarktes. Die Gemeinschaft muß auf absehbare Zeit mit zweistelligen Arbeitslosenquoten rechnen. Das bedeutet hohe Verluste an Wissen und Fertigkeiten und den Verzicht auf internationale Wettbewerbsvorteile. Eine Besserung der Beschäftigungslage ist ohne eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes nicht zu erreichen.

Pünktlich zum Start des Europäischen Binnenmarktes hat die saisonbereinigte Arbeitslosenquote der EG erstmals nach sieben Jahren wieder die Zehn-Prozent-Marke übersprungen. Dabei ist die Entwicklung in Mitteldeutschland nicht einmal berücksichtigt. Die Situation:

Im Juli 1993 wurden gut 17,5 Millionen Arbeitslose gezählt – fast 1,8 Millionen mehr als im Vorjahr.

Weltweit die größten Beschäftigungsprobleme

Es soll noch schlimmer kommen: Die EG-Kommission rechnet für die Jahre 1993 bis 1996 selbst bei einem – inzwischen unrealistischen – jahresdurchschnittlichen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von etwa zwei Prozent mit einer Arbeitslosenquote von knapp 11 Prozent für die Jahre 1993 bis 1996. Die OECD legt für 1994 sogar noch eins drauf: über 12 Prozent.

Damit ist die Gemeinschaft innerhalb der industrialisierten Welt der Länderblock mit den größten Beschäftigungsproblemen.

Die EG stellt mit gut 18 Millionen mehr als die Hälfte der für 1994 im gesamten OECD-Raum erwarteten Arbeitslosen.
Die EG-Arbeitslosenquote liegt um 3,5 Prozentpunkte über dem OECD-Durchschnitt von 8,6 Prozent. Zum Vergleich:

Japan kommt nach dieser Prognose trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit weniger als zwei Millionen registrierten Arbeitslosen und einer Quote von unter drei Prozent aus der Krise.

Die USA können sich 1994 trotz eines vermutlich nur beschäftigungsneutralen Wachstums auf eine Arbeitslosenquote von deutlich unter sieben Prozent einstellen.

Die Ursachen für mehr Arbeitslosigkeit

Diese regionalen Unterschiede beruhen auf bestimmten Strukturfaktoren der einzelnen Volkswirtschaften.

Entwicklung der Arbeitsplätze: In den USA und in Japan wurden neue Arbeitsplätze vor allem im privaten Sektor aufgebaut. So verzeichneten die USA in den letzten 20 Jahren ein Plus von über 35 Millionen Jobs in der privaten Wirtschaft. In der EG hingegen überwog die Beschäftigungszunahme im öffentlichen Non-Profit-Sektor. Eine Ausnahme machten nur Deutschland, die Niederlande und Großbritannien.

Erwerbsquoten: Der Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbsfähigen liegt in Japan und in den USA mit über 75 Prozent um zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EG-Staaten.

Eine hohe Erwerbsbeteiligung ist somit keineswegs die Ursache für mehr Arbeitslosigkeit.

Lohnunterschiede: Die Bandbreite der Entlohnung zwischen höher und geringer qualifizierter Arbeit hat von 1981 und 1991 in zahlreichen Nicht-EG-Ländern zugenommen – so in Australien, den USA, Japan, Kanada und Schweden. In der EG ist die Lohndifferenzierung allein in Frankreich und Großbritannien stärker ausgeprägt.

Verfestigung der Arbeitslosigkeit

In beiden Ländern fällt der Lohnabstand bei den Männern zwischen dem obersten Verdienst-Zehntel und dem Durchschnittseinkommen um mehr als ein Fünftel höher aus als hierzulande.

Langzeitarbeitslosigkeit: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Jobsuchern liegt in den USA bei nur sechs Prozent, in Japan bei 18 Prozent – in der EG aber bei knapp 46 Prozent.

Nur drei von zehn Arbeitslosen fanden in der EG innerhalb eines Jahres wieder eine Beschäftigung.

In der Gemeinschaft setzt sich offenbar die Einsicht durch, daß diese Verfestigung der europäischen Arbeitslosigkeit auch mit immer neuen öffentlichen Ausgabenprogrammen nicht zu knakken ist. Erstmals denken Fachleute in Brüssel jetzt laut über den negativen Einfluß von hohen Arbeitsverdiensten, Steuern und Sozialbeiträgen sowie der am Arbeitsmarkt herrschenden Regelungsdichte auf die Beschäftigungsintensität des Wachstums nach.

Eine Reform, die tatsächlich – und nicht nur verbal – den Arbeitsmarkt wieder ins Lot bringt, muß an fünf Hebeln ansetzen.

Lohnpolitik: Oberstes Ziel der Lohnpolitik muß sein, bei der Lohnfindung mehr als bisher die Interessen der Arbeitssuchenden zu berücksichtigen. Insbesondere die Langzeitarbeitslosen sitzen bekanntlich nicht mit am Tisch, wenn eine am Umverteilungsziel ausgerichtete Tarifpolitik praktiziert wird.

Während in Europa immer mehr Menschen arbeitslos werden, verdienen jene, die Arbeit haben, immer mehr.

Das Problem der Lohnpolitik

Beispielsweise ergibt sich gegenüber 1984 ein Einkommens-Plus je europäischen Arbeitnehmer von preisbereinigt 15 Prozent. Für den durchschnittlichen amerikanischen Arbeitnehmer hingegen gibt es schon seit 1987 keine realen Zuwächse mehr. Als Lohn der Zurückhaltung ist die Arbeitslosigkeit dort aber vergleichsweise gering. Daraus folgt:

Die Lohnpolitik muß mehr Reallohnflexibilität zulassen, notfalls auch nach unten. Denn: Je größer die Differenzierung des Realniveaus, desto geringer die Beschäftigungsverluste und die Arbeitslosigkeit.

Gegenwärtig kann aber nicht einmal der Produktivitätsfortschritt ein Richtmaß für die Lohnfindung sein. Denn die Produktivitätsziffern resultieren zum Teil aus dem Abbau der weniger produktiven Arbeitsplätze, nicht aber aus realem Leistungszuwachs.

Ganz verhängnisvoll ist eine Lohnpolitik, die durch überproportionierte Tarifanhebungen am unteren Einkommensrand sockelt und höhere Mindestlöhne erzwingt. Sie erhöht den Rationalisierungsdruck und steigert damit die Beschäftigungsverluste.

Sozialleistungen als Hemmnis

Will man mehr Arbeitslose in Lohn und Brot bringen, müssen die negativen Wirkungen der Sockelei ausgeschaltet werden. Besondere Wiedereinstellungstarife wären hier ein erster Schritt.

Flexiblere Beschäftigungsformen: Eine flexiblere Lohnpolitik erfordert auch Alternativen zur Standard-Beschäftigung. Die Arbeitswelt von heute und morgen erfordert individuelle Lösungen.

Europäische Gemeinschaft

Sorgenkind Arbeitslosigkeit

Die wachsende Dienstleistungsbeschäftigung bringt innovative Arbeitsangebote hervor: Just-in-time- und Wochenendarbeit, Beschäftigung auf Zeit und zur Probe, Teilzeitarbeit, Tele-Heimarbeit und Teil-Arbeitsplätze (Job-sharing) sind die neuen Angebote.

Diese Beschäftigungsformen sind aus der Sicht mancher Betroffener weniger attraktiv als der herkömmliche Vollzeitarbeitsrhythmus. Doch wer Beschäftigung außerhalb des Standardangebots sucht, hat gute Chancen, einen adäquaten Job zu finden. Die Nachfrage nach Zeitarbeitern beweist dies.

Neue Sozialpolitik: Flexiblere Lohnfindung, neue Beschäftigungsformen und niedrigere Mindestlöhne haben möglicherweise zunehmende Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung zur Folge. In den USA zum Beispiel reichen einzelne Erwerbseinkommen in manchen Fällen nicht mehr zur Sicherung eines Lebensunterhalts aus (working poor). Arbeitnehmer mit zwei oder drei Jobs sind nicht selten.

Auf der anderen Seite erweist sich das geltende Sozialleistungsrecht als Beschäftigungshemmnis. Viele Bezieher von Sozialleistungen verzichten allein schon deswegen auf eine Erwerbstätigkeit, weil das Erwerbseinkommen auf die Sozialleistungen angerechnet wird. Genau genommen ist das eine andere Form der konfiskatorischen Besteuerung.

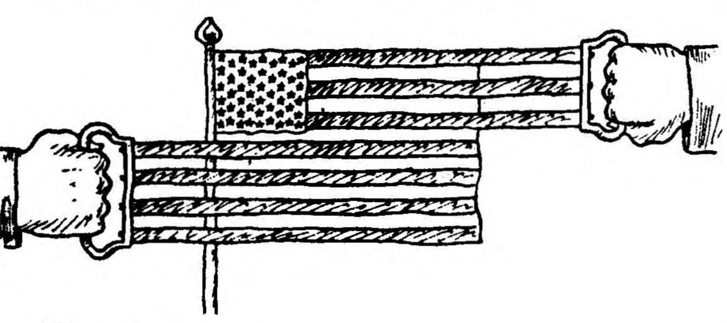
Der einzelne hat nur die Wahl zwischen dem Bezug von Arbeits- und Transfereinkommen. Die sozialpolitisch sinnvolle Kombination beider Einkommensmöglichkeiten wird verhindert. Eine Sozialpolitik nach dem Muster der negativen Einkommensteuer könnte den Anreiz zur Beschäftigung stärken: Niedrigere Erwerbseinkommen sollten bis zu einer gewissen Einkommensgrenze durch Sozial-Transfers aufgestockt werden können. Auf diese Weise könnten auch Arbeitsplätze mit geringer entlohnten Tätigkeiten erhalten bleiben.

Die hohen rechtlichen und tariflichen Schutzzäune

Weniger Bestandsschutz: Die Arbeitsmärkte in den EG-Ländern sind von den Tarifparteien im Laufe der Zeit mit einem dichten Netz von Regelungen überzogen worden. Dazu gehören insbesondere der Bestandsschutz und das Sozialplanrecht. Entlassungen werden damit oft zu einer Frage des Preises – mit absurden Folgen:

Ford Deutschland zahlte 1992 je abgebaute Stelle überschlägig eine Abfindung von 220000 DM. Genausoviel kostet heute im Durchschnitt ein neuer Arbeitsplatz in der Industrie. Folge für den Arbeitsmarkt:
Je höher die rechtlichen und tariflichen Schutzzäume für die Arbeitsplatzbesitzer sind, desto schwerer haben es die Arbeitssuchenden.

Sicherung des Humankapitals: Die zweistellige Arbeitslosigkeit in Europa ist eine soziale und ökonomische Herausforderung. Wirtschaftlich kann sie bestanden werden durch eine arbeitsmarktgerechte Qualifizierung. Sie mindert die Beschäftigungsrisiken für den einzelnen und verbessert Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. □



Tschechoslowakei

Mutig und erfolgreich bei der Transformation

Die bis Anfang dieses Jahres existierende CSFR ist bisher unter allen mittel- und osteuropäischen Reformstaaten das einzige Land, das die kritische und inflationsträchtige Phase der Transformation einigermaßen sozialverträglich bewältigt hat. Darüber hinaus ist es gelungen, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau mit den für die Marktwirtschaft unerläßlichen Institutionen abzusichern.

Obendrein setzte das Land mit der Weltpremiere der Voucher-Privatisierung neue innovative Akzente. Damit wurde das Leitbild einer »Marktwirtschaft ohne Adjektive« aufpoliert, für das sich Vaclav Klaus, Architekt und Manager der Reform, vehement einsetzt.

Vorrangiges Ziel ist nicht, die unvermeidlichen Folgen der Transformation sozial abzusichern, sondern wirtschaftlich effiziente Strukturen aufzubauen – zuerst produzieren und dann verteilen.

Als richtig hat sich für das Land auch die nach polnischem Vorbild praktizierte Schocktherapie erwiesen: Die Bevölkerung wurde mit dem Wirtschaftsmodell mit einem Schlag und nicht schrittweise konfrontiert.
Dabei waren die Voraussetzungen für einen strikten marktwirtschaftlichen Kurs im Vergleich zu Polen und Ungarn nicht gerade rosig. Die Erfahrung mit Märkten war gering, Privateigentum bestand so gut wie nicht. Doch hatte das Land auch Pfunde, mit denen sich wuchern ließ, nämlich eine geringe zurückgestaute Inflation, eine kaum ins Gewicht fallende Staats- und Auslandsverschuldung sowie meist ausgeglichene öffentliche Haushalte.

Die Etappen und Ergebnisse des Reformprozesses in der CSFR im einzelnen:

Anfang 1991 trat die Preisreform mit der Liberalisierung von 85 Prozent aller Preise in Kraft. Die befürchtete Hyperinflation trat nicht ein. Zwar kam es im ersten Monat des Reformjahres zu einem Preissprung, doch verlor der Preisanstieg von da an mehr und mehr an Dynamik.

Die Preisentwicklung blieb im Rahmen

In der tschechischen Republik lag das Niveau der Einzelhandelspreise im Mai 1993 nur gut doppelt so hoch wie im Januar 1990, also in dem Jahr, in dem die Reformen erst vorbereitet wurden.

Die Preisentwicklung blieb einigermaßen im Rahmen, weil das Land eine restriktive Geldpolitik betreiben und staatliche Budgetüberschüsse erzielen konnte.

Die Preisentwicklung für die gesamte ehemalige CSFR:

Die Inflationsrate erreichte schon im Juni 1991 mit 71,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum ihren Höhepunkt, sank Ende 1991 auf ein Tempo von 53,6 Prozent und ging 1992 auf 11 Prozent zurück.

Im laufenden Jahr hat sich die Rate auf monatlich etwa 0,5 Prozent stabilisiert.

Die gezügelte Inflation hatte für die Arbeitnehmer des Landes eine positive soziale Seite, zumal die durchschnittlichen Industrielöhne 1992 um knapp 19 Prozent zunahmen.

Bereits im dritten Jahr nach der politischen Wende stiegen die industriellen Reallöhne um rund sieben Prozent. Allerdings waren sie 1991 um etwa ein Viertel geschrumpft.

Die Teilung brachte Rückschläge

Erfolg auch an der Produktionsfront: Schon Anfang 1991 hatte die CSFR die Talsohle der gesamtwirtschaftlichen Produktion erreicht. Der Aufschwung setzte im vierten Quartal 1992 ein (+ 3,8 Prozent). Er wurde insbesondere getragen von einer im Vergleich zum Vorjahr stark zunehmenden Konsumgüternachfrage der mit höherer Kaufkraft ausgestatteten Bevölkerung. Weitere Impulse kamen von der Wiederbelebung der Investitionstätigkeit im Baubereich.

Allerdings brachte die Teilung des Landes einen Rückschlag. In der Tschechischen Republik ist das BIP im ersten Halbjahr 1993 um ein Prozent geschrumpft; für die Slowakei wird im ganzen Jahr 1993 ein Rückgang um rund fünf Prozent erwartet.

Die Industrieproduktion verlief jedoch zunächst ungünstiger, als Fachleute vor Beginn der Wirtschaftsreform prognostizierten.

Im Jahresdurchschnitt 1992 dürfte die Produktion der Industriebetriebe mit mehr als 25 Beschäftigten nur noch etwa zwei Drittel des Niveaus von 1989 betragen haben.

Recht stabiler Arbeitsmarkt

Darin kommt zum einen der Zusammenbruch des alten osteuropäischen Wirtschaftssystems zum Ausdruck – und zum anderen die Unmöglichkeit, diese starken Absatzverluste durch Exportsteigerungen in westliche Industrieländer voll auszugleichen.

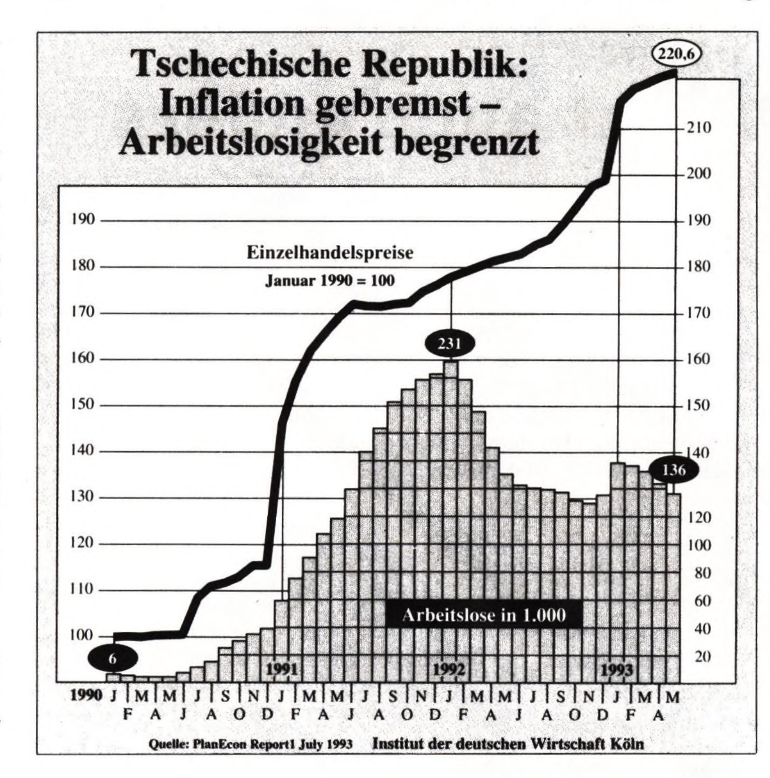
Ein Schwachpunkt im Transformationsprozeß ist offensichtlich die Landwirtschaft. Die Umwandlung der alten Genossenschaften und die Neueinrichtung bäuerlicher Familienbetriebe kommen nicht schnell genug voran. Die landwirtschaftliche Produktion lag daher 1992 um rund 15 Prozent unter dem Stand von 1989.

Recht stabil erwies sich auch der Arbeitsmarkt der ehemaligen CSFR. Schon im Januar 1992 wurde mit 551000 Arbeitslosen die Spitze der Arbeitslosigkeit erreicht – die Arbeitslosenquote blieb mit 4,4 Prozent sehr gering. Noch besser verlief die Entwicklung in der tschechischen Republik.

EG- und EFTA-Raum erhöhte sich von 46,7 Prozent (1990) auf 64,5 Prozent (1992). Über die Hälfte der Importe stammen mittlerweile aus dem Europäischen Wirtschaftsraum.

Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, daß der Wechselkurs der Krone deutlich unter der Kaufkraftparität gehalten wurde.

Erheblich Boden wettgemacht hat das Land auch bei der Privatisierung. Dabei lautet die Philosophie: Privateigentum und Marktordnung sind so eng verflochten, daß schon die bloße Veränderung



Mitte 1993 waren dort sogar nur noch 2,5 Prozent der tschechischen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet.

In der slowakischen Republik dagegen nahm die Arbeitslosigkeit seit der staatlichen Trennung wieder zu. Die Quote stieg dort auf über 12 Prozent.

Die Entwicklung des Außenhandels

Der Außenhandel der CSFR litt zunächst unter dem Zusammenbruch der Beziehungen zum ehemaligen COMECON. Relativ rasch hat es das Land geschafft, die regionale Außenhandelsstruktur markant zu verändern. Der Anteil der Exporte in den

der Eigentumsform genügt, um die Betriebe zu Marktverhalten und stärkerer Effizienz zu veranlassen.

Anfang 1990 wurden erst 0,5 Prozent der gewerblichen Produktion durch private Hand erwirtschaftet – Folge der rigiden Sozialisierungspolitik des früheren Regimes.

Die Regierung betreibt die Befreiung der Unternehmen von staatlichem Zwang mit zwei Instrumenten.

Kleine Privatisierung ab 1991: Sie ist inzwischen nahezu abgeschlossen und hat zum Ziel, im eigenen Land einen selbständigen Mittelstand aufzubauen. Deshalb wurde sie in den ersten Versteigerungsrunden auf die einheimische Bevölkerung beschränkt und stützt sich besonders auf den konsumnahen Bereich, also auf Einzelhandel, Gaststätten und Dienstleistungen. Ergebnis:

Ende 1992 waren in der CSFR bereits rund 32000 »Small-Business-Betriebe« privatisiert. Nur rund 4000 der zur kleinen Privatisierung angebotenen tschechischen Betriebe blieben Ende 1992 noch unverändert.

Großer Nachholbedarf besteht in der Landwirtschaft. Dort dominieren noch die großen, noch nicht umgewandelten Genossenschaften.

Große Privatisierung (Kupon-Privatisierung): Ziel ist, die bisherigen Staatsunternehmen von der Macht der Ministerialbürokratie zu befreien. Der reale Marktwert der Aktien, die einen geschätzten Buchwert von umgerechnet zehn Milliarden Dollar besitzen, kann erst über die Börse ermittelt werden. Der Börsenhandel hat jetzt begonnen.

Der Aktienhandel bringt Kapital und Know-how

Damit können auch ausländische Investoren Aktien der ehemaligen Staatsunternehmen kaufen – sie bringen so Kapital und Know-how ins Land. Von den zur Privatisierung angebotenen 1491 Aktiengesellschaften wurden 295 voll kuponprivatisiert. Von den restlichen 1196 Aktiengesellschaften blieben nur 7,2 Prozent des Aktienangebotes unverkauft.

Von den rund 278 Millionen umgesetzten Aktien wurden 64 Prozent von Investmentfonds, der Rest von Einzelpersonen gekauft.

Als Ergebnis der Privatisierungsanstrengungen wurde der Einfluß des Staates stark zurückgedrängt.

Schon nach einem Jahr Privatisierung, Ende 1991, hatte sich der Anteil des privatwirtschaftlichen Sektors auf 10,6 Prozent verzwanzigfacht. Im Jahr 1992 verdoppelte er sich weiter auf rund 20 Prozent des BIP. Die Voucher-Privatisierung dürfte diesen Privatisierungsgrad auf rund 35 Prozent erhöht haben. □

Eine-Welt-Regierung

Emsiges Wirken der »nicht existierenden« Hintergrund-mächte

Beat Christoph Baeschlin

Wer auf das Vorhandensein und auf die gebieterischen Forderungen der geheimen Mächte hinweist, wird von der »meinungsmachenden« Presse als Spinner verlacht. Das ist eine geschickte Methode. Alle Nichtkundigen wollen natürlich auf Seite der Lacher stehen und gesellen sich zu denen, die schlankweg behaupten: »Im demokratischen Rechtsstaat ist die öffentliche Meinungs- und Willensbildung absolut frei und offen – also transparent.«

Wer die Dinge genauer betrachtet, stellt ohne Schwierigkeit fest, daß dieses Demokratie-fromme Gerede in das Gebiet der Mythologie gehört. Im Gegenteil: Die heutigen politischen Verhältnisse kann man nur verstehen, wenn man das Spiel erkennt, das zum Beispiel die jüdische B'nai B'rith spielt. Diese weltweite Geheimorganisation ist von einer Wolke von Satelliten-Organisationen umgeben, und sie gilt zudem als ideologischer Vorreiter der weltweiten Freimaurerei. Es ist nicht übertrieben zu sagen, B'nai B'rith sei in mancher Hinsicht so einflußreich wie die einstige Kommunistische Internationale oder wie die katholische Hierarchie.

Das Beispiel Kurt Waldheim

Noch ist die Erinnerung wach an das massive zionistische Einschreiten gegen die Wahl Kurt Waldheims zum Staatspräsidenten von Österreich. Obwohl Waldheim als Generalsekretär der UNO das höchste und einflußreichste Amt der Welt unangefochten innegehabt hatte, wollten zionistische Kreise mit allen Mitteln verhindern, daß Waldheim Österreichs Staatsoberhaupt würde. Als er trotzdem – vielleicht gerade wegen der zionistischen Anfeindung – obsiegte, mußten alle Staaten der Erde jegliche Zeremonien mit Österreich abstellen ... und fast alle taten es. Außer Papst Johannes Paul II. und Fürst Hans-Adam von Liechtenstein haben alle das »Verbot« eingehalten, Waldheim zu empfangen oder von ihm in Wien empfangen zu werden.

Das war eine aufsehenerregende Angelegenheit. Dadurch wurde dargetan, daß der zionistische Einfluß weltweit das Verhalten der Regierungen bestimmte. Mit anderen Worten hieß das: Ob einer von der Mehrheit der Staatsbürger zum Staatsoberhaupt gewählt wird, ist nicht hinreichend. Wenn einer den Zionisten mißfällt, dann ist seine Wahl »demokratisch« nicht einwandfrei, also nicht legitim.

Einmal mehr wird da sichtbar, was als »Erb-Sünde der Demokratie« bezeichnet worden ist, nämlich der bedenkliche Mangel an »Transparenz«. Und doch nennt man uns die Demokratie als das heute schlechthin einzig denkbare politische Modell. Der »Fall Waldheim« ließ ahnen, wie wenig die »demokratische Transparenz« in der Praxis gilt.

Noch viel tiefere Schichten der heimlichen Politikbeeinflussung als im Fall Waldheim wurden in Frankreich erkennbar, und zwar durch eine kurze Notiz, die am 26. März 1986 in der meinungsmachenden Tageszeitung »Le Monde« erschienen ist. Da hieß es:

»Die B'nai B'rith-Vereinigungen erlassen einen Aufruf zur Wachsamkeit und warnen die Parteien der neuen Mehrheit (Es wird Bezug genommen auf die Wahlen für die Gesamterneuerung der französischen Abgeordnetenkammer von März 1986.) vor der Versuchung, die extremistischen Parolen von der zunehmenden Kriminalität und die fremdenfeindlichen Ideen gegenüber den Einwanderern zu übernehmen, und sie erinnern die Vertreter dieser Parteien an die von ihnen bei Anlaß der B'nai B'rith-Versammlung eingegangenen Verpflichtungen. Diese Verpflichtungen sind nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse bestätigt worden, nämlich in keinem Fall mit der Nationalen Front gemeinsame Sache zu machen.«

Ein greller Strahl erhellt das Dunkel der Politik

Das war Transparenz!

Da wurde endlich einmal mit offenen Karten gespielt und klar gesagt, »wo Barthelmi den Most holt...«! Plötzlich wurde einen Augenblick lang mit grellem Scheinwerferlicht in das trübe Intrigendickicht der demokratischen Alltagspolitik hineingeleuchtet.

Aber Achtung! B'nai B'rith war mit ihrer Pressemitteilung vom 26. März 1986 nicht etwa vom Geiste heilsamer Enthmythologisierung oder gar vom Willen zu »demokratischer Transparenz« erfüllt. Zwar bestätigt die genannte Pressemitteilung die üblichen Machenschaften »demokratischer« Tagespolitik. Doch zeigte es sich bald, daß die Veröffentlichung in »Le Monde« ein banaler »Betriebsunfall« der B'nai B'rith-Strategie war. Offenbar hätte diese gewichtige Warnung nicht den Weg über die Presse nehmen sollen, sondern sie hätte – wie üblich – auf höchst diskrete und verschwiegene Weise übermittelt werden sollen.

Zu Beginn der neunziger Jahre nahmen die B'nai B'rith-Strategen sogar zu der läppischen Behauptung Zuflucht, diese Zeitungsnotiz existierte gar nicht, sondern sei eine boshafte Erfindung von Le Pens Parteigängern.

B'nai B'rith als Wächter über die Regierungspolitik

Die französische Tageszeitung der nationalen Rechten, »Present«, sah sich am 20. Juni 1986 zu folgendem Kommentar veranlaßt: »Mit diesem Aufruf offenbart sich ein geheimes und entscheidendes Element der französischen Innenpolitik. Gleichzeitig wird da eine Erklärung geliefert für die unfaßbare Zurückweisung der Nationalen Front durch die neue Regierungsmehrheit. Jedoch ist die Enthüllung unvollständig geblieben. Trotz einer öffentlichen Anfrage weiß man immer noch nicht, welche Parteienvertreter diesen uneilvollen Schwur getan haben, und man weiß immer noch nicht, wer diese Parteienvertreter zu diesem eigenartigen Vorgehen beauftragt hat. Vor allem hat man nicht erfahren, wie die B'nai B'rith-Gesellschaften dazu kommen, einen derartigen Schwur zu fordern.«

Begreiflicherweise hatte die Mitteilung in allen nicht-eingeweihten Kreisen der Politik wie eine Bombe gewirkt. Aber bei allen Politikern, die auf dem Laufenden sind, wie in der »demokratischen« Praxis die Dinge tatsächlich funktionieren, herrschte peinliche Betretenheit. Für die Kenner lautete die Frage: Wie ist es möglich, daß B'nai B'rith plötzlich tolpatschig die Geheimnisse der demokratischen Wirklichkeit aufdeckte? Wurden doch gewisse Mechanismen der staatlichen Willensbildung schamlos enthüllt. Nicht nur hatten sich die B'nai B'rith-Logen vor allem Volk eine Blöße gegeben, sondern es standen unvermutet füh-

rende »demokratische« Parteigewaltige da als Spitzbuben, die freche Täuschungsmanöver durchspielen und diese lauthals »Erfüllung des Volkswillens« nennen.

Es gehört in dieses Gestrüpp von politisch-ideologischen Schlaumeiern, daß auch der gelegentlich mit Ehrfurcht bezeugte »demokratische Pluralismus« rücksichtslos übergangen wird, sobald unerwünschte politische Konkurrenz im Weg steht. Die armselige Tatsache blieb bestehen, daß die Politiker der »De-Gaulle-Partei« – also die angeblich Vaterländischen – und die Bürgerlich-Liberalen um Giscard d'Estaing sich dazu hergaben, auf Druck der Loge B'nai B'rith die Nationale Front als politisch anrüchig, als sozusagen mit politischem Aussatz befallene Gruppe zu behandeln. Niemand kann leugnen, daß die Le Pen-Partei ein wichtiges, demokratisch durchaus ernstzunehmendes Anliegen vertritt, nämlich die Aufrechterhaltung des französischen Staates und das Verfügungsrecht des Volkes über das Staatsterritorium.

Wenn diese Anliegen in der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung nicht vertreten werden dürfen, dann gibt es keine Meinungsfreiheit, keinen Meinungspluralismus und folglich keine Demokratie. Das wissen auch die Logenbrüder von nah und fern und auch die B'nai B'rith.

Der Ausschluß der Nationalen Front konnte und kann nicht mit dem Vorwand beschönigt werden, es gehe um die Verteidigung der Demokratie, denn sowohl Le Pen als alle seine Parteifreunde haben stets die Regeln des demokratischen Spiels strikt eingehalten. Das gleiche kann man nicht mehr sagen von den sich Demokratie-fromm ausgebenden »bürgerlichen« Parteien Frankreichs, nachdem sich diese mit der Loge B'nai B'rith in haarsträubende, jedem Demokratie-Grundsatz Hohn sprechende Intrigenspiele eingelassen hatten.

Die Isolierung der Nationalen Front lag und liegt ausschließlich im Gebiet des Meinungsdelikts. Vaterländisches Denken wird als böse, als unstatthaft, als angeblich »extremistisch« verschrien. Aber wer ist im »wertfreien« Zeitalter befugt solche Urteile zu sprechen und über Berechtigung oder Ausschluß aus dem »Pluralismus« wie ein Femen-Richter den Stab zu brechen? Ist es etwa wiederum B'nai B'rith, die sich anmaßt, als unfehlbarer Richter aufzutreten und jede vaterländische Gesinnung zu verdammen und mit dem Fluch des Ausschlusses zu beladen?

Träfe das zu, so gälte der vielgerühmte Pluralismus der Meinungen nur, soweit die von den Hintergrundmächten – B'nai B'rith ist eine eindeutige Hintergrundmacht – anvisierten Ziele unbehelligt bleiben. Das hieße, die B'nai B'rith-Hintergrundmacht lasse es nicht zu, daß das Volk entscheide, was als »demokratisch« zu gelten hat und was nicht. Ein sonderbares Demokratie-Verständnis!

Der Anti-Le Pen-Schwur

In Frankreich hat die nationale Front nachdrücklich verlangt, daß der Schleier des Geheimnisses gelüftet werde hinsichtlich des Anti-Le Pen-Schwurs, den die Vertreter der bürgerlichen Parteien vor dem B'nai B'rith-Forum geleistet hatten. Als die Nationale Front noch mit 40 Abgeordneten im Parlament vertreten war, sind alle Rechtsmittel eingesetzt worden, um Klarheit in diese dubiose Angelegenheit zu bringen. Aber Ministerpräsident Chirac und seine Regierung verweigerten kurzerhand jede Antwort. Sogar eine von sämtlichen 40 Abgeordneten der Nationalen Front unterzeichnete »Parlamentarische Anfrage« blieb ohne Antwort, obwohl das Reglement des Abgeordnetenhauses vorschreibt, daß jede Regierung gezwungen sei, als »Parlamentarische Anfragen« bezeichnete Eingaben zu beantworten.

Wenn aber die Interessen von B'nai B'rith auf dem Spiel stehen, dann kann – oder muß? – die französische Regierung verbindliche Vorschriften und Reglemente mißachten. Folglich steht B'nai B'rith außerhalb oder oberhalb der für gewöhnliche Bürger geltenden Gesetze. So kann es nicht verwundern, daß das im Schwur vor vereinigter B'nai B'rith-Loge erwähnte Verbot jeglicher Zusammenarbeit mit der Nationalen Front genauestens eingehalten worden ist. Ja, es wurde ein mehreres getan mit dem von Ministerpräsident Chriac und Innenminister Charles Pasqua 1986 ausgeklügelten heimtückischen Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus. Da wurden die Wahlbezirke so zusammengebastelt, daß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Wahl von Vertretern der Nationalen Front verunmöglicht wurde. Die Ergebnisse vorangegangener Wahlen wurden alle aufgelistet. Wo starke Ballungen von Le Pen-Wählern bestanden, zerteilte man diese Quartiere und fügte Teile davon an Gebiete, wo wenige Stimmen für die Nationale Front abgegeben worden waren, um sie dort im Sande verlaufen zu lassen.

Und der Betrug glückte. Schon zwei Mal sind nun die Wahlen für das Abgeordnetenhaus mit dieser unverschämten Mogelei durchgeführt worden. Im Frühjahr 1993 haben 12,5 Prozent der Wähler für die Nationale Front gestimmt, aber diese politische Gruppierung erhielt kein einziges Parlamentsmandat! Gleichzeitig haben die Kommunisten neun Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten und damit 25 Parlementssitze errungen.
So eine Demokratie kann sich wahrlich blicken lassen. Solche »Volkswahlen« sind eher Gangsterstücke, würdig in jedem beliebigen Diktaturregime praktiziert zu werden. Demokratie ist da nicht mehr viel anderes als ein makabrer Scherz. Bemerkenswert ist, daß die Gralshüter der Demokratie in Frankreich dieses Ergebnis mit tiefer Seelenruhe hinnahmen, als wäre das ganz normal.

Die Frage drängt sich auf: Seit wann nimmt die französische Regierung verbindliche Weisungen von B'nai B'rith entgegen, und seit wann leisten führende französische Parteigewaltige und angehende Regierungsleute der B'nai B'rith Schwüre, womit sie sich verpflichten, bestimmte Befehle in ihrem Regierungsprogramm ohne Verzug zu erfüllen? War etwa schon der Beitritt zum Gemeinsamen Markt anno 1957 und 1992 der Beitritt zum Abkommen von Maastricht unter solchen Voraussetzungen erfolgt? Wie schön wärs, wenn da »Transparenz« aufleuchten würde!
Wenn man den von französischen Spitzenpolitikern geleisteten »Anti-Le Pen-Eid« überdenkt und gleichzeitig den Blick träumerisch in Richtung auf die deutsche Politik schweifen läßt, dann ist es unvermutet, als erklänge eine alte, bekannte Melodie. Zum Beispiel die Erinnerung an eine Innenministerkonferenz der westdeutschen »Länder« vom Jahr 1959, als beantragt wurde: »Eine staatliche Untersuchungskommission soll die tatsächliche Zahl der in Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Regimes Umgekommenen ermitteln.«

Auf diesen Vorschlag hin breitete sich vorerst ein tiefes, lastendes Schweigen aus. Nach einer langen Atempause konnte man die Stimme des damaligen Bundesinnenministers Dr. Gerhard Schröder vernehmen. Dieser wandte sich mit folgenden Worten an die offenbar noch Demokratie-gläubigen Innenminister der »Länder«, und er sprach:

»Es gibt übergeordnete politische Gesichtspunkte, die es geraten erscheinen lassen, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen ...«

Was uns der einstige Bonner Innenminister da mitteilte, ist bedeutungsvoll, weil ein fahler Schein von »Transparenz« durchschimmert. Es ist der Hinweis auf ungenannte und nicht-genannt-sein-wollende Kräfte und Mächte, vor denen die demokratische Willensbildung der Bundesrepublik zu einem bloßen Haschen nach Wind zerflattert. Also weder das Volk, noch die Volksvertreter, noch die Bundesländer sind die wahren Inhaber der Staatssouveränität, sondern die nicht-genannt-sein-wollende Hintergrundmacht. Damit entpuppt sich die Demokratie als ein vordergründiges Gaukelspiel.
Der wahre »Souverän« ist eine hintergründige, willensstarke aber unsichtbare Macht. Der damalige Bonner Innenminister bezeichnete sie als »die übergeordneten politischen Gesichtspunkte«. Ein gesichtsloser Gesichtspunkt!

Inzwischen haben die Minister der deutschen Länder gelernt, sich den »übergeordneten politischen Gesichtspunkten« anzupassen, das heißt, sich ihnen unterzuordnen als einer den »Volkswillen« und die Staatsorgane durchaus übertreffenden Intensität. □

Länger arbeiten im öffentlichen Dienst und was es bringt

Konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben vor allem zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit sorgen bei Bund, Ländern und Gemeinden für rasch wachsende Haushaltslücken. Ein mutiger Vorschlag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kommt aus Bayern. Dort sollen mit einer Rückkehr zur 40-Stunden-Woche Personalkosten eingespart und die Staatskasse entlastet werden.

Steigende Arbeitslosigkeit und die sich verschlechternde Haushaltssituation der öffentlichen Hand treffen in der Bundesrepublik auf ein politökonomisches Umfeld, das ungünstiger ist als in den vorangegangenen Konjunkturkrisen. Dazu tragen zwei weitere Faktoren bei. Zum einen schrumpft der finanzpolitische Handlungsspielraum bis 1997, weil die Schuldendienstleistungen deutlich schneller zunehmen als die Gesamtausgaben. Zum anderen werden auch künftig Transferleistungen für die neuen Bundesländer in Höhe von 150 Milliarden DM bei den öffentlichen Kassen kräftig zu Buche schlagen.

Die politisch Verantwortlichen sehen sich gezwungen, den Rotstift zu spitzen und auch bei den Personalkosten anzusetzen. Die Vorreiterrolle hat das Land Bayern übernommen.

Als erstes Bundesland hat Bayern beschlossen, dem Öffentlichen Dienst bereits ab 1. Januar 1994 eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit für Beamte von bisher 38,5 auf 40 Stunden zu verordnen. Ähnliche Schritte werden auch in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein erwogen.

Allerdings könnte per Gesetz in Bayern wie in den anderen Bundesländern nur für die Beamten eine Veränderung der Arbeitszeit herbeigeführt werden – für Arbeiter und Angestellte ist die Arbeitszeit tarifvertraglich geregelt.

Aber auch in puncto Tarifverträge hat der Freistaat Bayern inzwischen einen Vorstoß unternommen. Anfang September hat der bayerische Finanzminister bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder beantragt, den laufenden Tarifvertrag über die Arbeitszeit von Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst zum Jahresende zu kündigen. Hintergrund.

Im laufenden Haushaltsjahr 1993 geben die Bundesländer insgesamt 175 Milliarden DM für Personal aus – das sind 38,4 Prozent des Gesamtbudgets der Länder.

Die Kehrseite: Notwendige Zukunftsinvestitionen kommen zu kurz. Dafür berappen die Länder lediglich 20 Milliarden DM oder 4,4 Prozent ihres Etats.

Hier greift die Arbeitszeitverlängerung: Sie verbessert die öffentliche Ausgabenstruktur. Zwei Optionen:

Der Staat kann das gleiche Leistungsangebot mit weniger Beschäftigten erbringen – entsprechend dem Einsparpotential.

Das öffentliche Leistungsangebot kann bei gleichbleibendem Beschäftigungsstand erhöht werden.

Nach Berechnungen des bayerischen Finanzministeriums ergibt sich aus der geplanten Arbeitszeitverlängerung ein rechnerischer Kapazitätsgewinn zum Beispiel in der Beschäftigungssparte Innere Sicherheit von 1100 Stellen, im Justizvollzug von 125 Stellen. Auch in Schule und Hochschule können so Personalengpässe kostenneutral beseitig werden.

Wird in Westdeutschland wieder die 40-Stunden-Woche für alle 4,6 Millionen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst eingeführt, ergibt sich daraus ein rechnerisches Plus von rund 200 Millionen Stunden – so eine Modellrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Das Potential ließe sich vor allem nutzen, um Leistungsdefizite zu beheben – zur Verkürzung von Genehmigungsverfahren von Industrieanlagen oder von Bauanträgen.

Würde der Staat dieses Volumen durch Neueinstellungen ausgleichen, beliefen sich die Kosten auf 7,5 Milliarden DM – die sich bei einer Arbeitszeitverlängerung einsparen ließen.

Tritt die Arbeitszeitverlängerung nur für Beamte in Kraft, so ergibt sich daraus ein zusätzliches Potential von 52000 Planstellen. Im staatlichen Gesamthaushalt ließen sich so 3,1 Milliarden DM Personalkosten einsparen.

Voraussetzung der Modellrechnung: Die Grenzproduktivität der Staatsdiener mit 40-Stunden-Woche bleibt unverändert – entspricht also der üblichen Durchschnittsproduktivität. □

Erfolgreiche Nischenstrategie der Dänen

Dänemark ist Mitglied im Industrieländerclub OECD. Dennoch ist es kein typisches Industrieland westlicher Prägung. Indiz: In Dänemark wird nur ein Fünftel der gesamten privatwirtschaftlichen Leistung in Industrie und Bergbau erwirtschaftet.

Die klassischen Stützpfeiler industriell dominierter Wirtschaftsräume – also der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Feinmechanik und Optik sowie die Chemische Industrie – haben auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes Dänemarks Gewicht. Allerdings fällt es deutlich geringer aus, als in den meisten anderen europäischen Industriestaaten. Der Anteil dieser Warengruppe am Verarbeitenden Gewerbe beträgt in Dänemark 44 Prozent, in Westdeutschland 68 Prozent.

Zum Vergleich: Großbritannien, die Niederlande und Frankreich weisen Werte zwischen 55 Prozent und 60 Prozent aus.

Für die Bruttowertschöpfung Dänemarks bedeutet dies:

In Dänemark ist das Verarbeitende Gewerbe mit gut 21 Prozent am Bruttosozialprodukt beteiligt – in Westdeutschland mit 35 Prozent.

Wesentlich größere Bedeutung als für andere Industrieländer hat dagegen in Dänemark die Agrarindustrie – also die Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln. Gut ein Drittel der dänischen Industrieproduktion entfällt auf diese Sparte. In Westdeutschland sind es gerade gut zehn Prozent.

Besonders auffallend ist die Fähigkeit der Dänen, industrielle Marktnischen zu entdecken und zu nutzen.

So mißt sich die mittelständisch geprägte dänische Wirtschaft bewußt nicht mit der Weltkonkurrenz im Konfektionsmaschinenbau und Konfektionsanlagenbau. Die Strategie der Dänen lautet statt dessen: Konzentration auf ganz spezielle Segmente des Maschinenbaus – beispielsweise auf Klimasteuerungsgeräte, Hafenausrüstungen, Spezialmaschinen für die Landwirtschaft und die Milchverarbeitung.

Die dänische Nischen-Strategie ist bei Spielwaren (Lego), Möbeln und Geräten der Unterhaltungselektronik ebenso erkennbar wie in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und im Fischereigewerbe. Dänemark ist der größte Weihnachtsbaumexporteur der Welt und einer der größten Fischmehlproduzenten auf dem Erdball. Und: Gut die Hälfte des britischen Bedarfs an Schinkenspeck stammt aus Dänemark.

Dänemarks Industrie stützt sich auf Produkte, die ihrer gewachsenen Wirtschaftsstruktur entsprechen, also auf agrarische Weiterverarbeitung, und auf Erzeugnisse mit hohem Spezialisierungsgrad, für die es klar abgegrenzte und überschaubare Märkte gibt. Hauptstandbein der dänischen Volkswirtschaft ist allerdings der Dienstleistungssektor:

Rund 60 Prozent des dänischen Bruttoinlandsprodukts werden von den Dienstleistern erwirtschaftet.

In Dänemark haben Dienste eine lange Tradition. Bereits zu Beginn der zwanziger Jahre lag der Anteil der Dienstleistungen knapp doppelt so hoch wie der Industrieanteil. Bis 1990 stieg der Dienstleistungsanteil am BIP auf 60 Prozent, der Industrieanteil sank auf 17 Prozent.

Hauptsparten des dänischen Dienstleistungsspektrums sind mit einem BIP-Anteil von knapp 16 Prozent die Wohnungsvermietung, der Handel (11,7 Prozent) und der Verkehr (8,6 Prozent).

Der Export von Dienstleistungen bezieht sich vor allem auf den Tourismus, das Transportgeschäft sowie das Engineering- und Consulting-Geschäft.

Insgesamt hält die dienstleistungsorientierte und agrarindustriell geprägte Volkswirtschaft einem Vergleich mit anderen EG-Staaten stand: Im Jahr 1992 lag das BSP pro Einwohner bei 28.600 US-Dollar – der EG-Durchschnitt bei 20.000 US-Dollar.

Leistungsbilanzüberschüsse mit einem Plus von 2,5 Prozent des BPI (EG: minus 0,8) und überdurchschnittlich expandierende Exporte von plus 4,5 (EG: plus 4,2) Prozent zeugen von guter internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Auch hinsichtlich Preisstabilität und Staatsfinanzen schneidet Dänemark deutlich besser ab als die übrigen EG-Partner: Die Inflationsrate lag bei 2,4 Prozent (EG: 5,0 Prozent), das Haushaltsdefizit erreichte eine Quote von 1,8 Prozent des BIP (EG: 4,3 Prozent). □

Luxemburg international

In der Europäischen Gemeinschaft leben mehr als 11 Millionen Menschen außerhalb ihres Heimatlandes. Davon kommen über sechs Millionen aus Ländern, die nicht der EG angehören. Die meisten Ausländer, nämlich 5,5 Millionen, haben in Deutschland eine neue Heimat gefunden. An zweiter Stelle der Aufnahmeländer folgt Frankreich mit 3,6 Millionen Ausländern. Schlußlicht ist Irland mit etwa 88 000 ausländischen Staatsangehörigen.

Gemessen an der Wohnbevölkerung weist Luxemburg mit 30 Prozent den weitaus höchsten Ausländeranteil auf. Grund: Im Großherzogtum sind besonders viele internationale Banken und Behörden ansässig. Unter den Ausländern aus Drittländern stellen in der EG die Türken mit 2,3 Millionen und die Marokkaner mit über einer Million die größten Gruppen, wobei die Mehrheit der Türken in Deutschland (1,7 Millionen) lebt, während die Marokkaner traditionell Frankreich als zweite Heimat bevorzugen (0,57 Millionen). □

Europäisches Parlament will Organhandel verbieten

Der Handel mit Organen muß EG-weit verboten werden. Ferner sind Maßnahmen erforderlich, mit denen die Qualität von Blut, das medizinischen Zwekken dient, garantiert werden kann. Dies fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in zwei Entschließungen, die angenommen wurden. In der Europäischen Gemeinschaft kann der hohe Bedarf an transplantierbaren Organen sowie Blut für Transfusionen nicht gedeckt werden. Doch – so das Europäische Parlament – ist dies kein ausreichender Grund für einen zweifelhaften Organhandel oder Nachlässigkeit bei der Auswahl von Blutspendern und Importen aus Drittländern.

In vielen Ländern der Dritten Welt verkaufen arme Menschen ihre Organe, beispielsweise eine Niere, um auf diese Weise ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Schlimmer noch: Manchmal werden Menschen sogar ermordet, damit ihre Organe entnommen und weiterverkauft werden können. Diese werden dann womöglich für Transplantationen in europäischen Kliniken verwendet. Einem Bericht des Europa-Abgeordneten und Mediziners Léon Schwartzenberg zufolge dürfen solche Praktiken weder aus moralischen noch aus gesundheitlichen Gründen zugelassen werden. Denn Menschen, die ihre Organe verkaufen, erfreuen sich selten guter Gesundheit.

Daher hat Herr Schwartzenberg seine Kollegen aufgefordert, ein Totalverbot des Organhandels in der Europäischen Gemeinschaft zu verlangen. In seiner Entschließung fordert das Parlament das Verbot des Imports, der Verwendung und des Handels von Organen, deren Herkunft und medizinische Qualität man nicht mit Sicherheit feststellen kann.

Das Parlament fordert ferner die EG-Kommission auf, einen Verhaltenskodex für die Organspende in der Zwölfergemeinschaft zu schaffen, der sich auf Grundsätze wie die Unentgeltlichkeit von Organspenden und die Anonymität der Spender stützt. Die Abgeordneten sind außerdem der Meinung, daß die Zusammenarbeit der Zwölf verstärkt werden muß, damit die Gemeinschaft nicht auf Organe aus Drittländern angewiesen ist. Aber wie ist dies zu verwirklichen?

Auf europäischer Ebene müssen Datenbanken für verfügbare Organe eingerichtet werden. In Werbekampagnen sollte die Organspende propagiert werden. Die Kosten der Organentnahme sollte zu Lasten der Sozialversicherung des Organempfängers gehen. Schließlich verlangt das Parlament von der Kommission, dafür zu sorgen, daß die für eine Transplantation bestimmten Organe ungehindert die Binnengrenzen der Gemeinschaft überschreiten können.

Für Transfusionen verwendetes Blut bringt ähnliche Probleme mit sich. Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß hier ein Mangel an Qualität tragische Folgen haben kann, wie in Frankreich die Affaire um AIDS-verseuchtes Blut gezeigt hat. Auch hier vertritt das Europäische Parlament die Meinung, daß die Gemeinschaft versuchen sollte, den Bedarf an Blut ohne Importe aus Drittländern zu decken. Einige Mitgliedstaaten wie Belgien, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien haben dies bereits auf einzelstaatlicher Ebene erreicht.

Anhand eines Berichts der Abgeordneten Adriana Ceci wird ein europäischer Aktionsplan gefordert, der zu freiwilligen Blutspenden anhalten soll. Die wichtigsten Maßnahmen sind ein europäisches Statut für Blutspender und Blutspendeorganisationen, europäische Qualitätsstandards für die Entnahme, die Verarbeitung und den Vertrieb von Blut sowie die Einrichtung einzelstaatlicher Register, die auf europäischer Ebene vergleichbar sind und alle Informationen über Blutspenden und ihre Bestimmung enthalten.

Konkret fordert das Parlament die EG-Kommission und den Ministerrat auf, eine Lücke zu schließen. Es gibt nämlich ein »europäisches Gesetz«, das Sicherheits- und Kontrollregeln für Medikamente festlegt, die aus Blut hergestellt werden. Doch Vorschriften für das »Rohmaterial« selbst bestehen bisher nicht. Tatsächlich ist die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Organ- und Blutspende nicht ganz eindeutig, denn es handelt sich nicht um Waren im herkömmlichen Sinne. □

Zwei Fünftel der polnischen Bevölkerung lebt in Armut

Rund 39 Prozent der polnischen Bevölkerung lebt unterhalb oder sehr nahe am Armutsniveau, heißt es in einem durch das Staatliche Bureau für Statistik in Warschau herausgegebenem Bericht. Familien mit vielen Kindern, alleinstehende Mütter und die Alten seien am stärksten davon betroffen. Der Bericht befaßt sich mit dem Jahr 1992.

Der dramatische Zusammenbruch des Lebensstandards unter dem vom Internationalen Währungsfonds auferlegten Sparplan wird durch die Tatsache charakterisiert, daß 43 Prozent aller Haushalte sich nur dann mit Lebensmitteln versorgen können, wenn andere Ausgaben auf ein Mindestmaß begrenzt oder unbezahlt bleiben, wie zum Beispiel Miete und Strom – was 16 Prozent aller Haushalte bereits tun. Etwa 20 Prozent der Familien müssen sich Geld leihen, um sich Grundnahrungsmittel leisten zu können.
Die Tatsache, daß 20 Prozent aller Haushalte mit niedrigem Einkommen keine Frischwasserversorgung haben, und 50 Prozent dieser Haushalte kein warmes Wasser haben, hat Beamte des öffentlichen Gesundheitswesens in Alarmzustand versetzt, ebenso die Tatsache, daß immer mehr Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen unter den Auswirkungen langfristiger Unterernährung leiden. □

Rußland

Die Krise verschärft sich

Peter Blackwood

Am 21. September 1993, um 20 Uhr, erschien Präsident Boris Jelzin im russischen Fernsehen, um die Auflösung der beiden gesetzgeberischen Körperschaften des Landes, der Oberste Sowjet und der Kongreß der Volksdeputierten, zu verfügen und den 11. bis 12. Dezember als Datum für vorgezogene Wahlen zum Staats-Duma, oder Unterhaus eines neuen Zwei-Kammer-Parlaments, anzusetzen. Bis zu den Wahlen, und mit sofortiger Wirkung, soll Rußland mit »Erlassen des Präsidenten und Anweisungen der Regierung« regiert werden. Zwei Stunden später erschien der Ministerpräsident Viktor Chernomyrdin auf dem Bildschirm und erklärte die volle Unterstützung der Regierung für Jelzins Erlasse, und er setzte hinzu, daß entsprechend der Auflösung des Parlaments die Regierung die Herrschaft über die russische Zentralbank übernommen habe. Bevor er sprach, hatten Abteilungen des Innenministeriums um die Zentralbank und die staatlichen Rundfunk- und Fernseheinrichtungen herum Stellungen bezogen.

Die Entwicklung in Moskau ist ein Beweis dafür, daß Boris Jelzins Flucht nach vorn die Tatsache widerspiegelt, daß keine der Politiken, die derzeit in der amerikanischen und westeuropäischen Presse populär sind, funktionieren wird. Tatsächlich nähert man sich dem Ende des Weges. Am gleichen Abend, an dem Jelzin sprach, erklärte das Parlament unter dem Vorsitzenden Ruslan Chasbulatow die Jelzin-Erlasse für null und nichtig und ließ darüber abstimmen, Jelzin aus seinem Amt als Präsident zu verdrängen.

Der Putsch des Boris Jelzin

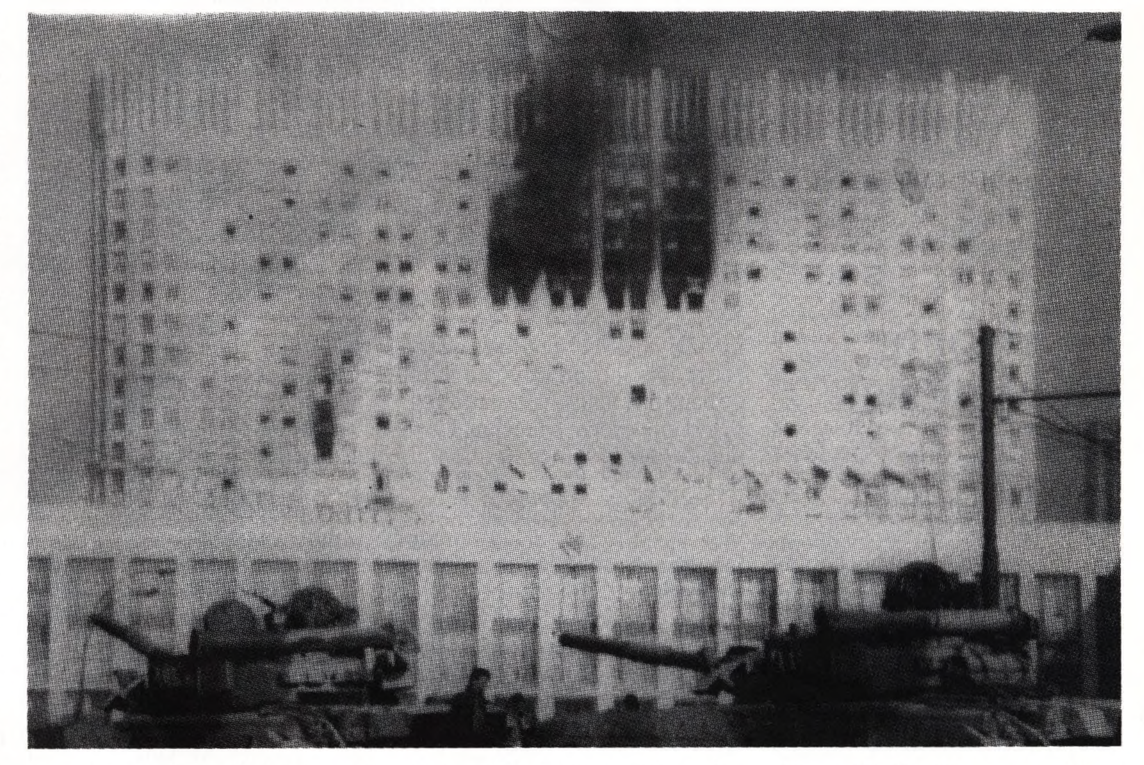
Das Parlament stimmte für die Einsetzung des Vizepräsidenten Aleksandr Ruzkoi als »Amtierender Präsident« und ernannte den General Wladislaw Achalow zum »Verteidigungsminister« und setzte Viktor Barannikow, den Mann, den Jelzin im Juli abgesetzt hatte, als »Sicherheitsminister« wieder ein.

Diese Handlungen des Parlaments waren Gesten, die nichts grundlegendes verändern konnten. Gewollt oder ungewollt, dienten sie nur dazu, die Glaubwürdigkeit des Vizepräsidenten Ruzkoi, die einzige Figur von landesweiter Struktur, die Jelzin und den Putsch hätte herausfordern können, dadurch, daß er sich von der Chasbulatow-Clique ferngehalten hatte, zu untergraben. Die Schritte des Parlaments dienten auch dazu, die imperialen Kräfte hinter dem Putsch zu stützen, durch Ernennung von Achalow zum »Verteidigungsminister« am Vorabend des Gipfeltreffens der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Moskau am 24. September 1993. Achalow, ein lautstarker Verfechter der Anwendung militärischer Gewalt zur Wiederherstellung der alten Sowjetunion, der führend an dem Putsch vom August 1991 beteiligt war, war zu sowjetischen Zeiten der Beamte des Verteidigungsministeriums, der im Januar 1990 für das Massaker in Baku und im Januar 1991 für das Massaker am Fernsehturm in Wilna verantwortlich war.

Westliche Illusinen über die kommende Diktatur

Die Westmächte, angefangen von den Vereinigten Staaten, wußten im voraus von dem »Jelzin-Putsch«. Dies wurde in Statements des amerikanischen Außenministers Warren Christopher und des russischen Außenministers Andrej Kozyrew bestätigt. Kozyrew hatte lange Gespräche mit seinen amerikanischen Pendants geführt, als er sich zu den Feierlichkeiten zur Unterzeichnung der Nahost-Friedensvereinbarung am 13. September in Washington aufhielt. In den 24 Stunden nach Jelzins Fernsehansprache übertrafen sich westliche Führungspersönlichkeiten gegenseitig, um Jelzin zu unterstützen, wobei sie seinen Staatsstreich – und seine Ernennung des Befürworters der Schocktherapie, Jegor Gaidar, zum ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten vom 16. September – als »Sieg für die Demokratie« lobten. Was die westlichen Regierungen nicht öffentlich sagen werden, ist, daß sie das Werden Rußlands zu einer Diktatur unterstützen. Die Führer des Westens werden ein böses Erwachen haben, weil die kommende russische Diktatur nicht das sein wird, was sie hoffen, zu bekommen.

Westliche Staatsoberhäupter und Außenminister, angefangen von US-Präsident Clinton und Warren Christopher, haben kein Gefühl für die Realität. Rußland, die nukleare Streitmacht, taucht wieder auf, um in den kommenden Monaten ein neues großrussisches Reich zu schaffen, das fast das gesamte Territorium der ehemaligen UdSSR umfaßt. Dies geht über die Sache Jelzins oder jeder anderen Persönlichkeit hinaus. Ein sehr gefährlicher historischer Prozeß ist im Gange. Der Westen trägt mit seiner Forderung und seinem Einsatz für die seit zwei Jahren geführte Politik der Schocktherapie, mit der die Hoffnung, Rußland in eine Nation westlicher Art zu verwan-



Das »Weiße Haus« in »Moskau«, das russische Parlamentsgebäude, das beim Putsch des Boris Jelzin in Brand geschossen wurde.

deln, sabotiert wurde, die Hauptverantwortung dafür.

Nur wenige Stunden bevor Jelzin seinen Fernsehauftritt hatte, gab der Sprecher des russischen Außenministeriums, Georgi Karazins, bekannt, daß Rußland die mit Ukraine auf dem Gipfeltreffen zwischen Jelzin und Krawtschuk erzielte Vereinbarung vom 3. September über Atomwaffen annulliert habe. In dieser Vereinbarung hatte Rußland unter Anwendung der erpresserischen Drohung, Öl- und Erdgaslieferungen nach Ukraine einzustellen, Ukraine dazu gezwungen, den Transfer aller seiner Atomwaffen nach Rußland zuzustimmen. Karazin begründete die Annullierung mit der Scheinanklage, daß Ukraine nach der Sitzung einseitig in das in Jalta unterzeichnete Protokoll eine Änderung eingefügt habe.

Karazin erklärte, diese Änderung ziele darauf ab, Ukraine zu erlauben, einen Teil seiner Atomwaffen auf seinem Territorium zu behalten. Als Reaktion darauf räumte der ukrainische Außenminister ein, daß es tatsächlich eine Änderung gebe, die einen stufenweisen Transfer vorsehe, blieb aber dabei, dies sei den Russen in Jalta vorgeschlagen worden, ohne daß diese zu dem Zeitpunkt irgendwelche Einwände erhoben hätten.

Die entscheidende Botschaft wurde auch mit dem Abschluß zweier georgianischer Verkehrsmaschinen über der abchasischen Hauptstadt Suchumi durch von Rußland unterstütze abchasische Separatisten, wobei über 100 Menschen den Tod fanden, übermittelt.

Die Imponderabilien des Putschprozesses

Es gibt keine Stabilität in dem Putschprozeß an der Spitze, und es könnten jederzeit Ereignisse eintreten, die den Prozeß auf unberechenbare Weise verändern. Die in die Durchsetzung des »Jelzin-Putsches« verwickelten drei Schlüsselministerien, das Verteidigungsministerium, das Innenministerium und das Sicherheitsministerium, haben sich zu dessen Erfolg verpflichtet. Was die Armee als Institution betrifft, so trifft dies im weitesten Sinne auf die höheren Ränge, die Generale, zu. Was niemand voraus sagen kann, ist jedoch, was die Offiziere der mittleren Ränge tun werden. Dies führt zu der kritischen Frage: Wird der Staatsstreichvorgang weiterhin ohne Blutvergießen verlaufen, oder wird er gewalttätig werden?

Diese Besorgnisse stehen an erster Stelle in den Gedankengängen des Verteidigungsministers Pawel Gratschew. Er bestätigte am 22. September, daß »alle Kommandeure« den »Obersten Befehlshaber« Jelzin unterstützen. Dies wurde in der westlichen Presse zitiert. Man hätte seine Rede noch etwas weiterlesen sollen, wo er bekannt gab, daß »Sondereinheiten« gebildet werden, um »terroristische Handlungen«, die darauf abzielen, »die bewaffneten Streitkräfte zu provozieren«, zu verhindern. Er setzte hinzu, daß allen militärischen Anlagen und Einrichtungen, einschließlich des Verteidigungsministeriums und anderer Schlüsselministerien in Moskau, scharfe Sicherheitsmaßnahmen auferlegt worden seien, und daß Maßnahmen getroffen werden, um »Versuche, die bewaffneten Streitkräfte zu spalten« zu verhindern.

Am darauffolgenden Tage warnte Gratschow wiederum vor »Versuchen, die bewaffneten Streitkräfte, einschließlich des Verteidigungsministeriums, zu provozieren«, und erklärte: »Die Streitkräfte des Innenministeriums sind bereit, mit aller notwendigen Gewalt einzugreifen.«

Im nüchternen Gegensatz zu der kindischen, kichernden Reaktion des US-Präsidenten Clinton auf die Ereignisse in Rußland, gab der neue Vorsitzende des US-Joint Chiefs of Staff, General John Shalikashvili, bei Anhörungen am 22. September dem amerikanischen Senat gegenüber die gleichen Besorgnisse zum Ausdruck. Er sagte: »Die eigentliche Gefahr besteht darin, ob Kommandeure auf der unteren Ebene, untergeordnete Kommandeure, sich auf die andere Seite schlagen werden. Dies hätte wahrscheinlich jene Art von aufribbelnder Wirkung, über die wir alle sehr, sehr besorgt sein sollten.«

Was fälschlicherweise ein »Jelzin-Putsch« genannt wird, ist in Wirklichkeit die Eröffnung eines Staatsstreichprozesses, der zur Diktatur führt, wo, nur kurzfristig gesehen, Boris Jelzin die Titelfigur sein könnte, oder nicht.

Konsolidierung der diktatorischen Herrschaft

Wie bereits festgestellt, wurde der Staatsstreichprozeß durch die Machenschaften des Parlamentsvorsitzenden Ruslan Chasbulatow vorangetrieben. Unter Chasbulatows Führung hatte sich das Parlament niemals ernsthaft mit der ruinösen wirtschaftlich sozialen Krise des Landes befaßt, sondern stattdessen seine Herausforderung an Jelzin und die Regierung auf einen leeren Machtkampf beschränkt, wobei er seine Glaubwürdigkeit durch endlose Heuchelei selbst zerstörte.

Während des Sommers stimmte das Parlament zum Beispiel darüber ab, Jelzins Pläne für eine weitreichende Privatisierung zu vereiteln, nur um am gleichen Tage eine Maßnahme zu verabschieden, mit der die von der Regierung gestellten Moskauer Appartments der Parlamentsabgeordneten zu deren privaten Eigentumswohnungen umgewandelt wurden.

Chasbulatows Reaktion auf den »Jelzin-Putsch« verstärkt nur die bereits starke Überzeugung vieler gewöhnlicher Bürger in Rußland, daß Parlamente als Institutionen von Natur aus bankrott sind.

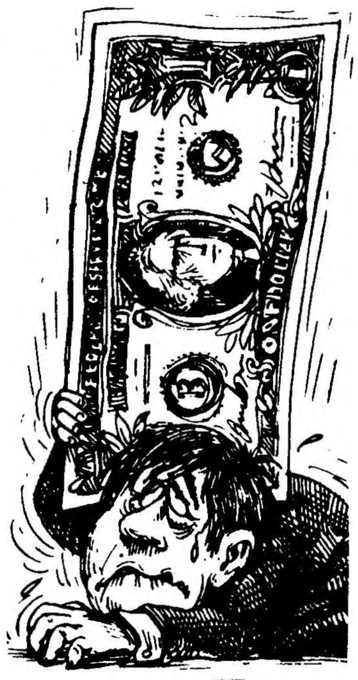
Falls es in der Politik des Westens nicht zu einer »Kehrtwendung«, einer Aufgabe der ruinösen Schocktherapie, kommt, wird die Diktatur aller Wahrscheinlichkeit nach im Spätherbst oder während des Winters fest etabliert sein. Sie könnte noch vor den Wahlen am 12. bis 13. Dezember kommen. Warum kann eine solche Prognose gestellt werden?

Die Folgen der Schocktherapie

Falls es jemand vergessen haben sollte, die verheerende wirtschaftliche und soziale Krise wird mit jedem Monat, der verstreicht, schlimmer. Sie wird sich im Oktober, November und Dezember beschleunigt haben und verschlimmern. Mit dem bevorstehenden Winter und angesichts der Tatsache, daß das Parlament zur Zeit nicht im Amt ist, wird sich der steigende Volkszorn ausschließlich gegen Jelzin und die Regierung richten.

Jelzins »Popularität« bestand nur so lange, wie die beiden Kammern des Parlaments aus der sowjetischen Zeit, der Oberste Sowjet und der Kongreß der Volksdeputierten, existierten. Es waren die beiden meistgehaßten Institutionen im Lande mit der Regierung an dritter Stelle. Jetzt stehen Jelzin und die Regierung allein gegen den Unterstrom des legitimen Volkszorns.

Wahlen, wenn sie überhaupt abgehalten werden, werden alles andere als ein Sieg für Jelzin sein. Die Wahlen in Litauen im vergangenen Jahr und die Wahlen in Polen am 19. September dieses Jahres sind deutliche Lehrbeispiele dafür, was nach einer langen Periode der Schocktherapie mit einst populären Präsidenten geschehen kann. In Litauen wurde Vytautas Landsbergis, einst der Held der litauischen Unabhängigkeit, durch die »ehemaligen« Kommunisten sang- und klanglos aus der Macht hinweggefegt. In Polen überlebte Präsident Lech Walesa nur deswegen, weil die Wahlen auf das Parlament beschränkt waren. Sein Wahlblock erzielte demütigende fünf Prozent der Stimmen. □



Boris Jelzin

Vorsicht vor Rußland angebracht

Alfred König

Nach dem Sieg des russischen Präsidenten Boris Jelzin gegen seinen nationalistischen und kommunistischen Widersacher wird der Öffentlichkeit – mal wieder – eine heile Welt vorgegaukelt. Rußland sei wieder auf dem richtigen Kurs, und Boris Jelzin habe seine Position gestärkt. Dem ist leider nicht so. Vielmehr ist auch weiterhin größte Vorsicht vor dem russischen Bären angebracht.

Sicherlich ist der Sieg Jelzins positiv zu werten. Ein Sieg seiner kommunistischen Widersacher Ruzkoi und Chasbulatow hätte sicherlich den Rückfall in alte, glücklicherweise überwundene Zeiten gebracht. Die Auswirkungen für den Westen wären mit Sicherheit sehr gravierend gewesen. Schlimmstenfalls wäre es kurzfristig zu einer Eskalation des Balkankriegs gekommen, wenn Rußland plötzlich massiv die Serben unterstützt hätte und der Westen – endlich – hätte einschreiten müssen.

Den Sieg teuer erkauft

Dennoch darf der Sieg Jelzins und der Armee, beides muß im Zusammenhang gesehen werden, nicht zu einer Euphorie im Westen führen. Denn man darf nicht vergessen, daß Jelzin sich den Sieg teuer erkaufen mußte, nämlich mit etlichen, zumindest derzeit noch nicht näher bekannten Zusagen an das Militär.

Und diese können nicht gering gewesen sein. Denn nach übereinstimmenden Aussagen russischer und amerikanischer Quellen war die Aktion von Jelzin sorgfältig vorbereitet.

Als »völlig ausgeschlossen« bezeichnen es diese Quellen, daß Jelzin seine Widersacher unterschätzt habe. Er sei sich sehr wohl gewiß gewesen, daß diese sich durchaus auf eine mehrere tausend Mann ausmachende Gefolgschaft verlassen konnten. Auch war jedem klar, daß die Altkommunisten im Besitz von massenweise Waffen waren.

Genauso wußte Jelzin so gut wie jeder andere politische Beobachter, daß die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung äußerst aggressiv war, besonders bei den aus Afghanistan und Deutschland sowie anderen ehemals sowjetischen Provinzen abgezogenen Truppenteilen, die sehr oft von heute auf morgen arbeitslos wurden. Diese Leute stellten aber ein großes Potential dar, in einem möglichen Konfliktfall die Aufständischen zu unterstützen – so wie es ja auch teilweise geschah –.

Jelzin hatte also nur zwei Möglichkeiten: Entweder auch weiterhin mit diesen Oppositionsgruppen zu leben, die dann zwangsläufig seinen Reformkurs erschweren würden, oder sie mit Brachialgewalt auszuschalten. So kam ihm dann der – wahrscheinlich auch für ihn überraschende – bewaffnete Aufstand Ruzkois und Chasbulatows gerade recht.

Die Experten haben gewarnt

Jelzin hätte viele Möglichkeiten gehabt, die ganze Angelegenheit früher zu einem friedlichen, insgesamt für ihn aber wieder unbefriedigenden Ende zu bringen. Als der ganze »Parlamentsaufstand« anfing, hätte er zum Beispiel sofort die Waffen im Weißen Haus sichern lassen können. Des weiteren wäre es kein Problem gewesen, direkt von Beginn an das Sicherheitspersonal im Parlamentsgebäude verstärken zu lassen. Und wenn dies noch nicht ausgereicht hätte, hätten Sicherheitskräfte leicht verhindern können, daß immer mehr stalinistische Sympathisanten die aufständigen Parlamentarier unterstützen. Auch darf nicht vergessen werden, daß Ruzkoi und Chasbulatow auch nach Beginn des Machtkampfes sich zeitweise noch unbehelligt außerhalb des Weißen Hauses aufhielten.

Alle politischen Experten hatten gewarnt, daß sich die Aufständischen Tausender zu allem, auch zur Gewalt, entschlossenen Sympathisanten sicher sein konnten. Umso unverständlicher war es dann, daß lediglich 500, zudem noch schlecht ausgestattete Polizisten, das Parlament sicherten und verhindern sollten, daß zum einen die aufständischen Parlamentarier das Haus verlassen und zum anderen Sympathisanten zu ihnen vorstoßen konnten. Dies stellte geradezu eine Einladung dar, zumal Jelzin auch noch verkündet hatte, er habe Anweisung gegeben, daß Gewalt praktisch auf jeden Fall vermieden werden sollte.

Der Weg frei zur Generalabrechnung

Und so kam es dann auch. Die 500 Polizisten, zum Teil sehr junge, völlig unerfahrene Leute, wurden im wahrsten Sinne des Wortes überrannt. Selbst als Ruzkoi und Chasbulatow dann in Brandreden den Mob zur Gewalt und zur Stürmung des Rathauses und des Fernsehsenders aufriefen, wurde das viele Kilometer vom Stadtzentrum gelegene Fernsehgebäude nicht etwa durch Panzerfahrzeuge geschützt. Es hätte doch vollkommen ausgereicht, mehrere Schützenpanzer vor die Eingänge fahren zu lassen und auf die Menge zielen zu lassen – schon wäre der ganze Spuk vorbei gewesen.

Doch es geschah nichts! Der Fernsehsender war offen wie ein Scheunentor. Lediglich wenige unzureichend ausgestattete Sicherheitskräfte leisteten marginalen Widerstand, konnten aber – selbstverständlich – nichts ausrichten.

Damit war der Weg für Jelzin aber frei zur Generalabrechnung mit seinen Widersachern. Nun brauchte er nicht mehr Rücksicht zu nehmen. Ganz im Gegenteil, energischstes Durchgreifen wurde jetzt sogar von ihm erwartet. Hätte er es noch immer nicht getan, wäre zu erwarten gewesen, daß Ruzkoi und Chasbulatow weiteren Zulauf von Tausenden Reformgegnern erhalten hätten.

Und so war es dann auch kein Wunder, daß die Eliteeinheiten binnen weniger Stunden auch schon vor dem Weißen Haus standen und den Gegenangriff begannen. Es fällt schwer zu glauben, daß sie hierauf nicht vorbereitet gewesen sein sollen.

Ein weiteres Indiz, das dafür spricht, daß die Sache von langer Hand vorbereitet war, ist auch das Verhalten des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton.

Er trat derart gelassen vor die Kameras wie jemand, der von Anfang an wußte, daß er sich über nichts Sorgen zu machen brauchte. Ganz Washington war nach Angaben von politischen Beobachtern vor Ort eine Oase der Ruhe. Von den sonst üblichen hektischen Krisengesprächen war diesmal kaum was zu spüren.

Denn zu Sorge hätte normalerweise reichlich Anlaß bestanden. Man denke nur an die vielen Atomwaffen, die bei einem Sieg der Aufständischen den Altkommunisten in die Hände gefallen wären. Zudem ist der Abzug der in Deutschland stationierten ehemaligen sowjetischen Truppen noch lange nicht abgeschlossen, während immer mehr NATO-Soldaten Deutschland inzwischen verlassen haben.

Man kann also davon ausgehen, daß Clinton von vorneherein von der ganzen Angelegenheit informiert war.

Jelzin muß also von vorneherein ein Abkommen mit der Armee geschlossen haben. Hierfür spricht auch, daß er nur eine Woche vor dem Aufstand einen Brief an die NATO-Länder schickte, in dem er davon abriet, Polen und andere östliche Länder in die westliche Verteidigungsallianz aufzunehmen, da Rußland ansonsten zunehmend in eine Isolation gerate. □

Rußland

Jelzins Sieg ist nur von kurzer Dauer

Wladimir Alexandrow

Der Erlaß N 1600 des russischen Präsidenten Boris Jelzin ist völlig verfassungswidrig. Nicht nur das Verfassungsgericht, sondern jedermann begreift das inzwischen.

Jelzin-Anhänger versuchen die Aktionen ihres Führers dadurch herunterzuspielen, daß sie die Verfassung als »sowjetisch« und daher »schlecht« etikettieren, aber bei seiner Amtseinführung hatte Jelzin geschworen, diese Verfassung zu verteidigen.

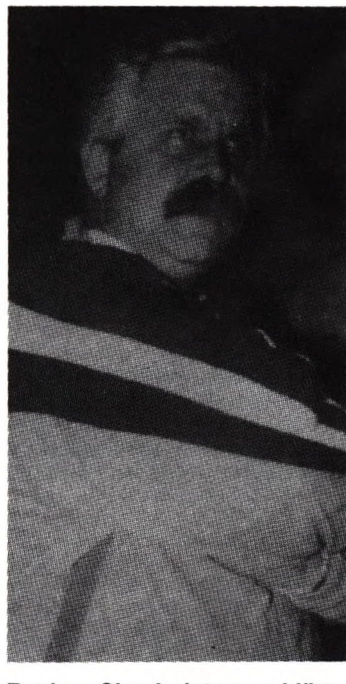
Die Empfehlung des US-Präsidenten

Dann berief er sich auf die Verfassung nur, als er den Notstandszustand ausrief, und dies wiederum nur, nachdem Unterstützer des Parlaments das Fernseh-Zentrum in Ostankino in Moskau stürmten; die zweite aus einer Reihe von Provokationen, die Jelzin als Vorwand nutzte, um seine Verleumder anzugreifen.

Der Angriff auf das Weiße Haus – Sitz des Parlaments – hatte schon am Samstag, den 25. September 1993 erfolgen können. An dem Tage legte nämlich der stellvertretende Verteidigungsminister, General Konstantin Kobiets, ein Ultimatum – in mündlicher Form, ohne Niederschrift oder Unterschrift – vor.

Am darauffolgenden Freitag, dem 1. Oktober, wurde ein sehr seltsamer Versuch unternommen, das Hauptquartier der Vereinigten Militärstreitkräfte der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu besetzen. Es war eine völlig zwecklose Aktion des amtierenden Präsidenten Alexander Ruzkoi und des Parlaments. Es war die erste Provokation.

Aus anderer Quelle in Moskau verlautet, daß dieser Angriff in Wirklichkeit von Jelzin durch Desinformation oder von einer fünften Kolonne in den Reihen der Rebellen orchestriert wurde. Bei Drucklegung war diese Meldung weder bestätigt noch dementiert worden.



Ruslan Chasbulatow erklärte die Jelzin-Erlasse für null und nichtig und ließ darüber abstimmen.

Indessen wurde das an das Parlament und Ruzkoi gerichtete Ultimatum in den Medien als »persönliche Initiative von General Kobiets bezeichnet«, aber es kam erst nach der Botschaft des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton. Clinton empfahl Jelzin, »demokratische Eigenschaften zu bewahren«.

Die Zeit war auf der Seite der Verfassungsfreunde. Jelzins Erlaß hat die Unterstützung der radikalen Parteiung der Bevölkerung des ehemaligen »demokratischen Rußlands«. Alle anderen politischen Kräfte waren gegen den Verstoß gegen die Verfassung – Liberale, Konservative, Nationalisten, Monarchisten, Sozialisten. Deswegen mußte Jelzin schnell und mit überwältigender Macht handeln.

Das »demokratische Rußland« repräsentiert die eigentlichen Bolschewiken, die sich einer kommunistenfeindlichen Rhetorik – im Stil der »Neuen Weltordnung« – bedienen. Im Parlamentsgebäude konnte man die Repräsentanten verschiedener politischer Parteiungen aus verschiedenen Städten und Teilen der ehemaligen Sowjetunion beobachten. Man konnte keine Betrunkenen sehen – im Gegensatz zu den Verteidigern des Weißen Hauses in Moskau im August 1991. Dies ist so, weil es sich 1993 um Steuerzahler, nicht (wie 1991) um eine bestimmte Clique handelt.



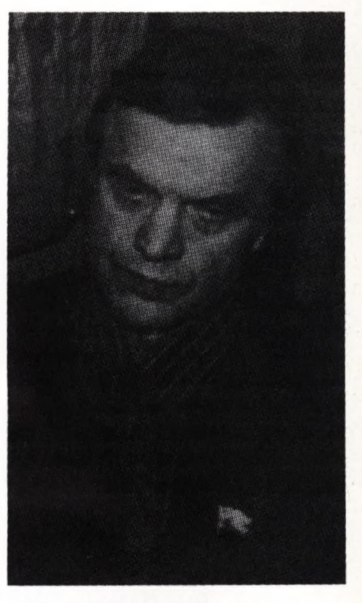
US-Präsident Bill Clinton empfahl Jelzin, »demokratische Eigenschaften zu bewahren.

Die stupide Blockade des Parlamentsgebäudes – mit dünnem scharfkantigem Draht, drei Reihen Polizisten/Soldaten, Absperrung des elektrischen Stromes, des Wassers, der Heizung und Unterbrechung der Telefonleitung – machte die Leute wütend.

Jeden Tag demonstrierten Massen von Moskauern gegen Jelzin und gingen sogar gegen seine Polizei vor – man kann sich nicht vorstellen, daß dies zwei Jahre zuvor hätte geschehen können.

Die Hintergründe der Provokation

Urplötzlich erfolgte die Provokation im Fernseh-Zentrum. Der Führer der extremen kommunistischen Verfechter des harten Kurses, Viktor Ampilow, von der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei – im Gegensatz zu der gemäßigten Kommunistischen Partei der russischen Föderation unter Führung von Guennadi Ziuganow -, und der Führer der Militärpolizei, Generaloberst Albert Makaschow – auch ein Kommunist, und auch ein Narr –, sind für diese blutige Provokation verantwortlich, zusammen mit bislang nicht identifizierten undurchsichtigen Figuren.



Aleksandr Ruzkoi wurde vom russischen Parlament als »Amtierender Präsident« ernannt.

General Makaschow versuchte, das Fernseh-Zentrum mit einer bewaffneten Gruppe zu besetzen, obwohl diese Gruppe über eine unzureichende Menge an Munition verfügte. Indessen erwarteten Einsatzgruppen der Polizei, »Vitiax« genannt (Vitiax ist das russische Wort für Ritter), vom Freitag, dem 1. Oktober, ab

Rußland

Jelzins Sieg ist nur von kurzer Dauer

dem Angriff vom Dach und den oberen Stockwerken des Fernsehgebäudes aus. Diese Sondereinheiten schossen auf die gesamte Menge unbewaffneter Menschen und nicht auf die Angreifer – wie auf dem Bildschirm zu sehen war.

Der Marsch auf das Fernseh-Zentrum

Am Ende gab es etwa 150 Tote – eine genaue Zählung ist schwierig, weil es viele Verletzte gab und ein Notstand in Kraft war –. Jelzinfreundliche Polizei-Sondereinheiten – nicht die Armee – gaben den jelzinfeindlichen Kräften keine Möglichkeit, die Verletzten wegzubringen.

Die Menge entschloß sich, sich nach Ostankino zu begeben; sie befand sich nach dem Durchbrechen der Polizeikordons in der Nähe des Moskauer Rathauses in einem Zustand der Euphorie.

Aber die Polizei hatte den Befehl erhalten, sich zu entfernen. Aus einem bestimmten Grunde stimmte Ruzkoi diesem idiotischen Gedanken zu und rief Freiwillige dazu auf, das Fernseh-Zentrum zu besetzen.

Es ist unmöglich zu verstehen, warum Ruslan Chasbulatow – Parlamentsvorsitzender –, ein kluger Politiker, die Verfassungsfreunde dazu aufrief, den Kreml zu stürmen, nachdem ein falscher Bericht die Aufständischen erreicht hatte, das Fernseh-Zentrum sei erobert worden. Vielleicht war er nach 12 Tagen des Widerstands müde und verzweifelt.

Die russisch-orthodoxe Kirche versuchte, beide Seiten in diesem Konflikt miteinander zu versöhnen. Aber während des Gottesdienstes zu Ehren des russischen Hauptikons der Mutter Gottes von Wladimir, am Sonntag, dem 3. Oktober, den der Patriarch von Moskau und Rußland, Aleksai II. in der Dreikönigs-Kathedrale abhielt, gerieten Demonstranten und Polizeikräfte am Oktiabrskaja-Platz und Smolenskaja-Platz aneinander.

Die Hauptkräfte, die den Angriff auf das Parlament durchführten, waren Sondereinheiten des Innenministeriums, weil die reguläre Armee kein verläßlicher Verbündeter Jelzins ist. Jelzins Verteidigungsminister kappte sogar die Telefonverbindung zwischen dem Generalstab und dem Verteidigungsministerium, mit Ausnahme der heißen Drähte der Regierung zu hochrangigen Kommandeuren. Die Sonderkommandos zur Terroristenbekämpfung – Alpha genannt – deckten lediglich den Rückzug unbewaffneter Verteidiger des Parlaments – Abgeordnete und Frauen – ab.

Polizei und Kräfte des Innenministeriums schossen auf die sich auf dem Rückzug befindlichen Verteidiger. Jetzt, so scheint es, wurden auch einige der Abgeordneten geschlagen. Zum Beispiel wurde das Parlamentsmitglied Serguei Baburin, einer der Anführer des Widerstands, von Polizeibeamten geschlagen und ist seitdem verschwunden. Er soll sich auf einer Polizeistation befinden. Wie steht es mit den Menschenrechten?

Es gibt mehrere hundert Opfer des verfassungswidrigen Jelzin-Putsches. Er hat zwar für die Gegenwart gewonnen, aber die Zukunft verloren. Ein mögliches Szenario ist, daß ein Held »mit einem weißen Hut« Jelzin herausfordern könnte. Es ist auch möglich, daß zukünftige Herausforderungen von einem Frontmann mit Rückendeckung von Michael Gorbatschow oder einem anderen aus einer Reihe von Regierungsbeamten kommt, die Jelzin zwar nicht unterstützen, die aber nicht bereit sind, ihn zu einem Waffentest herauszufordern.

Zu den Urhebern der Greueltat gehören der stellvertretende Ministerpräsident Schumeiko, der stellvertretende Ministerpräsident Gaidar, der Oberbürgermeister von Moskau Luikow und der Moskauer Polizeichef General Pankratow. Aber die Hauptverbrecher sind die internationalen Intriganten, die Jelzins Putsch mit unbegrenzten Geldmitteln unterstützten, der CIA, der Mossad und Flugzeugladungen von Hilfe und Unterstützung. □

Rußland

Wird der Krieg im Kaukasus internationalisiert?

Peter Blackwood

Am 8. September 1993 traf der türkische Ministerpräsident Tansu Ciller zu einer dringenden Gipfelkonferenz mit der russischen Führung über den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, der kurz davor steht, internationalisiert zu werden und die Türkei, Rußland und den Iran hineinziehen könnte, in Moskau ein. In den Tagen vor dem russisch-türkischen Gipfeltreffen hatten die Türkei und der Iran, getrennt von einander, mit militärischer Intervention gedroht, um Aserbaidschan gegen »die armenische Agression zu untertützen«. Die russische Regierung konterte damit, daß sie separate Warnungen an Ankara und Teheran sandte, militärisch nicht einzugreifen. Es ist diese Drei-Wege-Konfiguration, die die Krise so explosiv macht.

Obwohl die Aussichten für eine russisch-türkische Verständigung aus dem Gipfeltreffen zwischen Ciller und Jelzin heraus sehr gut sind, könnten sich alle Vereinbarungen zur Entspannung des Konflikts über Nacht durch iranische Aktionen, die eine Intervention der Türkei beschleunigen, auflösen. Dies wiederum könnte eine Reaktion der Russen auslösen, um Armenien zu schützen, das Mitglied des von den Russen geführten GUS-Verteidigungspakts ist. Die Gefahr der Eskalation konnte somit über Nacht den »regionalen« Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan in eine größere strategische Ost-West-Konfrontation verwandeln, die damit beginnen würde, Rußland gegen ein NATO-Mitglied, Türkei, aufzuwiegeln.

Rußland beherrscht den Kaukasus

Was auch immer geschieht, eine Tatsache verändert sich nicht, nämlich, daß Rußland quasi den Kaukasus beherrscht und seine Macht über ihn in naher Zukunft zementieren wird. Es beherrscht Georgien und Aserbaidschan durch Staatsstreiche, die zwei »ehemalige« KGB-Generäle, Eduard Schewardnadze beziehungsweise Gaidar Alijew an die Macht brachte. Die aserbaidschanisch-türkische Blockade gegen Armenien hat diese Republik dazu gezwungen, eine de facto-Kolonie der Russen zu werden, ein Status, der sich in jüngster Zeit durch die Bildung der »Rubelzone« am 7. September 1993 widerspiegelt, der Armenien angehört. Nach den Bedingungen der Vereinbarung über die Rubelzone unterwerfen sich alle Mitglieder der Kontrolle der russischen Zentralbank über ihre Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik.

Die Ironie der angedrohten Intervention der Türkei besteht darin, daß das Objekt seiner beabsichtigten Militärhilfe, nämlich Aserbaidschan, fest seine Absicht bekundet hatte, sich dem russischen Reich anzuschließen. Drei Tage vor dem Ciller-Besuch traf der Herrscher über Aserbaidschan, Gaidar Alijew, in Moskau zu Gesprächen mit der russischen Regierung ein.
Das erste Ergebnis war eine Bekanntgabe des russischen Mini-

sterpräsidenten Victor Chernomyrdin, daß Aserbaidschan die Absicht habe, wieder der GUS beizutreten, und dies werde auf der Tagesordnung des Gipfeltreffens der GUS am 24. September 1993 erscheinen. Das zweite Ergebnis war eine großartige Ankündigung der russischen Regierung, daß Rußland am 20. September in Moskau ein besonderes »Kaukasus«-Gipfeltreffen unter Teilnahme der Staatsoberhäupter Rußlands, Georgiens, Aserbaidschans und Armeniens organisieren werde. Alle »nichtsowjetischen« Außenseiter wurden ausgeschlossen.

Türkei droht mit Intervention

Die unmittelbare Gefahr, daß der Krieg internationalisiert wird, kann bis auf eine Reihe von türkischen Schritten zurückgeführt werden, die in Drohungen mit einer militärischen Intervention der Türkei gegen Armenien durch Ciller und die türkische Militärführung gipfelten. Die Schlüssel-Passagen dieser Drohungen enthüllen die Wahrheit über politische Ziele der Türkei im Kaukasus, im Gegensatz zu dem weithin von westlichen Medien unterstützten Mythos von einer »selbstlosen« Türkei, die lediglich beabsichtigte, ihre aserbaidschanischen »Brüdern« vor weiteren Niederlagen durch die Armenier zu »retten«.

Frau Ciller stieß ihre Drohung über ein Interview in der führenden Tageszeitung »Hurriyet« aus, wo sie wetterte: »Selbst wenn auch nur ein Daumenbreit von Nachitschewan von den armenischen Aggessoren bedroht wird, dann werde ich das Parlament auffordern, den Kriegszustand« zwischen Türkei und Armenien auszurufen.

Ciller berief sich auf den russisch-türkischen Vertrag von 1921, der Sowjetrußland und die Türkei zu Mitgaranten des Status von Nachitschewan machte. Nachitschewan ist die Enklave von Aserbaidschan, die eine lange Grenze mit dem Iran, aber auch eine 20 km lange Grenze mit der Türkei gemeinsam hat. Es wird vom aserbaidschanischen »Hauptland« durch einen dünnen Streifen armenischen Territoriums getrennt, der sich bis zur iranischen Grenze hinunterzieht. Es wurde unter dem russisch-türkischen Vertrag zwischen Lenin und Atatürk von 1921 von Armenien abgetrennt und Aserbaidschan zugeschlagen. Es ist auch der Zufluchtsort des Ex-Präsidenten von Aserbaidschan und Stütze der Türkei Abulfez Elcibey, der im Juni durch einen russischen Staatsstreich gestürzt wurde, der den »ehemaligen« KGB-General und Herrscher von Aserbaidschan in der sowjetischen Zeit, Gaidar Alijew, an die Macht brachte.

Dieser Staatsstreich, vielmehr als die sogenannte »armenische Aggression«, traf die türkischen Führer, die geglaubt hatten, Aserbaidschan »gehöre ihnen«, an einer empfindlichen Stelle.

Die Ziele der Türken

Nachdem dies gesagt ist, kehren wir zu Frau Cillers Drohung zurück. In Wirklichkeit gab es niemals eine militärische Drohung der Armenier gegen Nachitschewan. Die armenische Führung weiß sehr genau, daß Nachitschewan die »rote Linie« der Türkei im Kaukasus ist und hat sich eifrig bemüht, auch nur den Anschein zu erwecken, irgendeine Aktion gegen die Enklave zu starten. Es ist klar, daß die Türkei nach einem Vorwand sucht, wie fadenscheinig dieser auch immer sein mag, um Nachitschewan zu besetzen, als Startpunkt zur Wiederherstellung seiner zerschlagenen Präsenz im Kaukasus.

Die von der türkischen Militärführung ausgestoßene Begleitdrohung erhellte, daß eine Annexion Nachitschewans nicht das Endziel, sondern ein Sprungbrett für weitere militärische Aktionen sein sollte. Der Sprecher des türkischen Generalstabs, Oberst Silahcioglu, erklärte, daß die bewaffneten Streitkräfte bereit seien, wenn sie den Befehl dazu erhalten, »Armeniens Rückzug aus dem Territorium unseres Freundes und Bruders Aserbaidschan zu sichern«.

Um dies zu erreichen, muß sich die türkische Armee eine Überlandverbindungvon der Türkei bis zu den Gebieten des südwestlichen Aserbaidschan, das von armenischen Streitkräften besetzt ist, sichern. Dies kann nur durch Überquerung und Annexion ar-



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-juo Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Ron Gostik; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nicholas, Alec de Montmorency, James P. Tucker.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Rußland

Wird der Krieg im Kaukasus internationalisiert?



menischen Territoriums geschehen. Unter militärischen Aspekten besteht das endgültige Ziel der Türkei darin, von Nachitschewan aus nach Osten vorzudringen, um den strategisch wichtigen Streifen armenischen Territoriums entlang der Grenze, die Nachitschewan von Aserbaidschan trennt, an sich zu reißen.

Propaganda und Truppenaufmarsch

Diese Drohungen kommen nicht aus heiterem Himmel. Ihnen ging in den ersten Tagen des Septembers ein großer türkischer Truppenaufmarsch an der Grenze zu Nachitschewan und längs der türkisch-armenischen Grenze voraus. Ihnen gingen auch monatelange gefährliche Propagandawellen voraus, die in den ersten Septembertagen ihren Höhepunkt erreichten.

Ein erstklassiges Beispiel für beide Fälle, das die Lächerlichkeit noch mehr unterstrich, war die Frontseite der führenden »gemäßigten« Tageszeitung der Türkei »Milliyet« vom 2. September 1993 mit einer riesigen mehrfarbigen Karte der Krisenregion mit aufgefahrenen roten Panzern in Armenien, die ihre Kanonen über die Grenze hinweg auf die Türkei gerichtet haben. Wenn man die türkischen Medien ernst nehmen würde, dann wäre das »mächtige« Armenien drauf und dran, über die Türkei herzufallen. Eine gleiche Welle des blühenden Unsinns über die angebliche »Bedrohung« gegen die Existenz der Türkei durch das kleine Zypern (500000 Einwohner) ging dem Einmarsch in die kleine Inselrepublik durch die Türkei im Jahre 1974 voraus.

Die Rolle des Iran

Die Krise wird verschlimmert durch die damit einhergehende Gefahr eines Einmarsches des Irans nach Aserbaidschan, etwas, was die Türkei nicht dulden kann. Durch die armenischen Sommeroffensiven wurde fast das ganze nordwestliche Aserbaidschan annektiert, wobei eine Flut von 200000 aserischen Flüchtlingen längs des Araks, der die Grenze zwischen Iran und Aserbaidschan bildet, nach Osten getrieben wurde. Völkisch gesehen trennten der Arak Aserbaidschan vom iranischen Aserbaidschan, wo zehn Millionen Aseris leben, drei Millionen mehr als in ganz Aserbaidschan. Dies hat Teheran aufs äußerste nervös gemacht. Das Letzte, was der Iran will ist, daß Hunderttausende von Aseris in das iranische Aserbaidschan hineinströmen. Armenien, das Teherans Besorgnissen gegenüber empfindlich ist, hat seine Truppen absichtlich kurz vor der iranisch-aserbaidschanischen Grenze angehalten, und einen »Fluchtkorridor« auf aserbaidschanischem Territorium für die Flüchtlinge zugelassen.

Teils wegen der Flüchtlinge, aber auch wegen der türkischen Bedrohung vollzog der Iran Anfang September ebenfalls einen großen Militäraufmarsch entlang der Grenze. Als die türkischen Drohungen ausgestoßen wurden, überquerten kleine Kontingente iranischer Truppen die Grenze nach Aserbaidschan hinein und besetzten zwei Dämme längs des Arak-Flusses, eine Aktion, die Teheran bestätigte. Am 8. September, als Frau Ciller in Moskau eintraf, gab der Iran bekannt, er werde »10000 Helfer« nach Aserbaidschan entsenden, um dort Zeltstädte zur Unterbringung von 100000 Flüchtlingen im kommenden Winter zu errichten.

Mit Frau Cillers Eintreffen in Moskau hatte die Krise einen kritischen Einbruch erlitten. Sie konnte weder zu einem Krieg explodieren, noch Armenien und Aserbaidschan ein Diktat Rußlands und der Türkei auferlegen, um dadurch eine neue Teilung der Einflußbereiche im Kaukasus, eine Art kaukasisches »Neues Jalta« zu erzwingen. Unter diesem würde Rußland sich minimalen türkischen oder westlichen Forderungen anpassen, obwohl die Vereinbarung Rußlands Gesamtherrschaft in dem Gebiet widerspiegeln würde.

Die Wiedereroberung des Kaukasus

Türkischerseits wird Frau Ciller eine Vereinbarung vorschlagen, die ohne militärisches Eingreifen das Ziel der angedrohten Intervention sichern würde, nämlich eine durchgehende Überlandlinie zwischen Türkei und Aserbaidschan. Dies würde eine »Regelung« des armenisch-aserbaidschanischen Krieges auf der Grundlage eines Austausches von Territorien und Bevölkerungen mit sich bringen. Konkret würde Aserbaidschan Karabach und das Territorium zwischen ihm und Armenien an Armenien abgetreten. Armenien würde dafür einen furchtbaren Preis bezahlen: Es würde den Streifen seines Territoriums längs der iranischen Grenze an Aserbaidschan abtreten.

Von einem imperialen Standpunkt aus gesehen, würde eine solche Vereinbarung auch Rußland begünstigen, da der Staatsstreich vom Juni, der Alijew an die Macht gebracht hat, einer de facto-Wiedereroberung des Kaukasus gleichkäme. Mit dem Verlust seiner einzigen, nicht von Rußland beherrschten Überlandverbindung mit der Außenwelt würde Armenien von fast völliger in völlige Abhängigkeit von Rußland geraten. Mit dem Erwerb armenischen Territoriums als »Ausgleich« für den »Verlust« von Karabach, konnte der Agent Moskaus, Alijew, rechtzeitig zu den Wahlen vom 3. Oktober 1993 für den Präsidenten und das Parlament in Aserbaidschan, wobei er seine Diktatur ordnungsgemäß »legalisierte«, zum »aserischen Helden« werden.

Der Ausgang dieser Wahlen stand von vornherein fest, obwohl es zu viele Mitspieler gab, und ein provokativer Schritt von einem von ihnen könnte leicht alle erzielten Vereinbarungen oder Verständigungen zur Explosion bringen. □

Boris Jelzin steht vor dem Problem eines Krieges zwischen Aserbaidschan und Armenien.

Britannien

Die Königlichen und die Drogen

John Springfield

Über die letzten Jahre hinweg sind in der internationalen Presse Tausende von Artikeln erschienen, in denen Lyndon LaRouche als »politischer Extremist geschildert wird, der sagt, daß die Königin von England mit Drogen handelt«. Diese Linie wurde von Marionetten wiederholt, die für verschiedene amerikanische Regierungsstellen arbeiten, von Mitgliedern oder Agenten der in den USA ansässigen Anti-Defamation League (ADL) und zahllosen anderen, die niemals auch nur einen Satz von dem gelesen haben, was LaRouche geschrieben hat.

Offensichtlich deutet die bloße Tatsache, daß die gleichen Worte hartnäckig wiederholt worden sind, wie ein Hare-Krishna-Gesang, darauf hin, daß es eine gut organisierte Anstrengung gibt, wahrscheinlich mit Beihilfe oder Aufhetzung durch die britische Königsfamilie selbst, LaRouche zu distanzieren und zu isolieren.

Die Operation konnte jetzt ihren Architekten ins Gesicht schlagen. In den letzten Tagen kamen Enthüllungen aus Britannien, die beweisen, daß die königliche Familie Anfang dieses Jahrhunderts riesige Summen Geldes für solche harten Drogen wie Heroin, Kokain und Opium ausgegeben und in hohem Maße auch von ihnen Gebrauch gemacht hat. Die Zeitschrift »Leopard«, die in Schottland in der Nähe von Aberdeen herausgegeben wird, hat entdeckt, daß das Entourage der Königin Victoria und deren Anhänger in den Churchill-Rothschild- und anderen Klans bei einer örtlichen Apotheke »regelmäßig Bestellungen auf Opium, Heroin und Kokain« aufgaben.

Nach LaRouches Ansicht ist das Durchsickern dieser Informationen und die hochprofilierte Berichterstattung darüber in der Tagespresse des Establishments zum jetzigen Zeitpunkt ein hervorstechender Hinweis auf den massiven Gärungsprozeß und Turbulenz auf den höchsten Ebenen des britischen Establishments.

Angesichts der miesen »schlimmer als München 1938« Appeasementpolitik der Briten in Bosnien, der sich verstärkenden Angriffe auf die britische »Geopolitik« vom europäischen Kontinent aus, des Bankrotts der politischen Führung in London und zahlreicher anderer Faktoren ist diese Turbulenz kaum überraschend.

Der Klatsch um die Royals

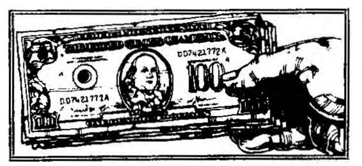
Sinnbildlich dafür, wie die »Leopard«-Story aufgenommen wurde, war ein Artikel auf der ersten Seite der Londoner »Times« vom 28. August 1993 mit der Schlagzeile: »Royals Kept High in the Highlands« (»Die Königsfamilie in den Highlands ›high‹ gehalten«). Bevor sie auf die Untersuchungsergebnisse der Zeitschrift »Leopard« eingeht, schreibt die »Times«: »Königin Viktoria, die Monarchin mit dem ernsten Gesicht, die berühmt dafür war, daß sie sich niemals amüsierte, scheint genug Kokain und Heroin für den königlichen Haushalt in Balmoral bestellt zu haben, um ein ganzes Glen (Tal) in den Highlands damit anzufüllen.«
Die von »Leopard« ausgegrabenen Aufzeichnungen »beweisen, daß die Königlichen und ihre Gäste regelmäßig mit beträchtlichen Mengen an Kokain und Heroinlösungen versorgt wurden«. Im Verlauf von Beschwichtigungen, daß solche Drogen damals nicht illegal gewesen seien, lenkte die »Times« die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß »Kokain in der Zeit, bevor Betäubungsmittel leicht zu haben waren, von Sigmund Freud in der Neurologie und in der Zahnmedizin verwendet wurde. Gerüchte besagen, daß Freud selbst Kokain zu nehmen pflegte«.

Ein Zusammenhang mit den Skandalen?

Am gleichen Tage brachte der Londoner »Guardian« die Schlagzeile »Royal Drugs Record Reveals Old Habits«, was so viel heißt wie: »Die Vorgeschichte der Königsfamilie in bezug auf Drogen deutet auf alte Gewohnheiten hin«. In dem Artikel heißt es: »Die königliche Familie hat viele Skandale überstanden, aber keiner davon bezog sich auf die Einnahme großer Mengen von Drogen. Bis jetzt.«
Die italienische Tageszeitung »Corriere della Sera« vom 29. August 1993 brachte auf eine Art und Weise die typisch für das Vergnügen ist, das die italienische Presse dabei empfindet, auf die britische Königsfamilie scharf zu schießen, die »Leopold« Story mit den kürzlichen Skandalen in Zusammenhang, von denen das House of Windsor heimgesucht worden ist. Die Zeitung gab ihrem Bericht die Überschrift: »Drogen im Palast, ein viktorianischer Skandal«, mit dem Kikker »Kokain, Heroin und Opium: Churchill, Rothschild und englische Prinzessinnen«. Der Artikel wird von einem komischen Schnappschuß von Winston Churchill begleitet, der aussieht als bekäme er einen Wutanfall.

»Corriere« stellte fest, daß die Aktivität der Periode von 1897 bis 1914 auf Balmoral, der Sommerresidenz der königlichen Familie, stattfand: »Die Königliche Familie ist in Klatsch verwickelt, der jetzt auch den Mythos von Queen Victoria angreift, die über ein halbes Jahrhundert lang über das mächtigste Imperium auf Erden regierte.«
Der Skandal enthüllt, daß »große Dosen von Drogen nach Balmoral geleitet wurden, das die herrschende Familie immer noch im Sommer zu Gast hat. In der Tat, gerade in diesen Tagen befindet sich Queen Elisabeth dort«. Aus den pharmazeutischen Berichten jener Epoche geht hervor, daß Balmoral »Woodstock«, dem Austragungsort des Rockfestivals Ende der achtziger Jahre, »vorausging«. Selbst wenn diese Substanzen seinerzeit nicht illegal waren, stellte die italienische Zeitung fest, ist es nicht überraschend, daß die Geschichte einen »kleinen Wirbel« zur Folge hatte, angesichts »der Situation im Windsor-Haus« heute.
In einem kurzen Artikel brachte die spanische Tageszeitung »El Pais« vom 29. August 1993 unter Berufung auf Reuter die Schlagzeile: »Die Königsfamilie und Drogen«.
Ein schottischer Informant berichtete, er stimme mit LaRouche überein, daß das Auftauchen eines derartigen Skandals und die weitverbreitete Reportage darüber in Schottland und anderen Teilen des Vereinigten Königreichs ein Hinweis auf den großen Tumult ist, der auf den höheren Ebenen des britischen Establishments ausgebrochen ist. Er sagte: »Es ist schlimmer als ein Wirbelsturm in Britannien, die ganze Sache ist in großer Unordnung, die Leute zerfleischen sich, es besteht eine wütende Rivalität auf den höchsten Ebenen. Die Eliten in Britannien haben eine Reihe von ernsthaften Fehlern gemacht, bei ihnen weiß die rechte Hand nicht, was die linke tut.«

Er setzte hinzu, daß die Auffassung im Vereinigten Königreiche wächst, daß »diese Regierung nicht nur darauf aus ist, das Land auszuplündern. Die alte normale Tradition der Patronage hat sich in eine Form von landesweiter Korruption verwandelt, die geradezu unglaublich ist. In der Tat, es wächst das Gefühl, daß wir es hier nicht mit einer Regierung zu tun haben, sondern mit einer Verschwörung. Es bestätigt fast die berühmte marxistische Behauptung, daß die Eliten nur dazu da sind, um sich selbst zu bereichern.« □



Geheime Beziehungen zu Vietnam

Mike Blair

Die Leute um US-Präsident Bill Clinton schlossen Abkommen mit der kommunistischen vietnamesischen Regierung, bevor die neue amerikanische Regierung überhaupt offiziell ihre Arbeit aufgenommen hatte.

»The Spotlight« ist in den Besitz von Dokumenten gekommen, aus denen hervorgeht, daß Ende des vergangenen Jahres designierte Repräsentanten des Staatssicherheitsdienstes des gerade gewählten Präsidenten Bill Clinton über einen geheimen »hinteren Kanal« mit Agenten auf höchster Ebene der kommunistischen Regierung Vietnams verkehrten.

Clintons Zustimmung zum IWF-Darlehen

Es wurden unter anderem Anstrengungen unternommen, um die US-Regierung dazu zu bringen, das seit dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Vietnam im Jahre 1975 bestehende Handelsembargo aufzuheben.

Diese Kontakte wurden aufgenommen als, laut Information des vietnamesischen Geschäftsmanns Ly Tranh Binh, der amerikanische Handelsminister Ron Brown mit dem vietnamesischen Ministerpräsidenten Vo van Kiet und anderen hohen vietnamesischen Regierungsbeamten einen lukrativen Handel abschloß, um amerikanische Bedenken gegen Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF), um die Hanoi sich seinerzeit bemühte, zu zerstreuen und das Handelsembargo zu beenden. Als Gegenleistung für diese Dienste sollte Brown angeblich von Vietnam 700000 Dollar sowie einen Anteil an allen Gewinnen erhalten, die Vietnam aus Geschäften mit amerikanischen Firmen, die sich aus der Beendigung des Handelsembargos ergeben, erzielen würde. (CODE berichtete ausführlich darüber).

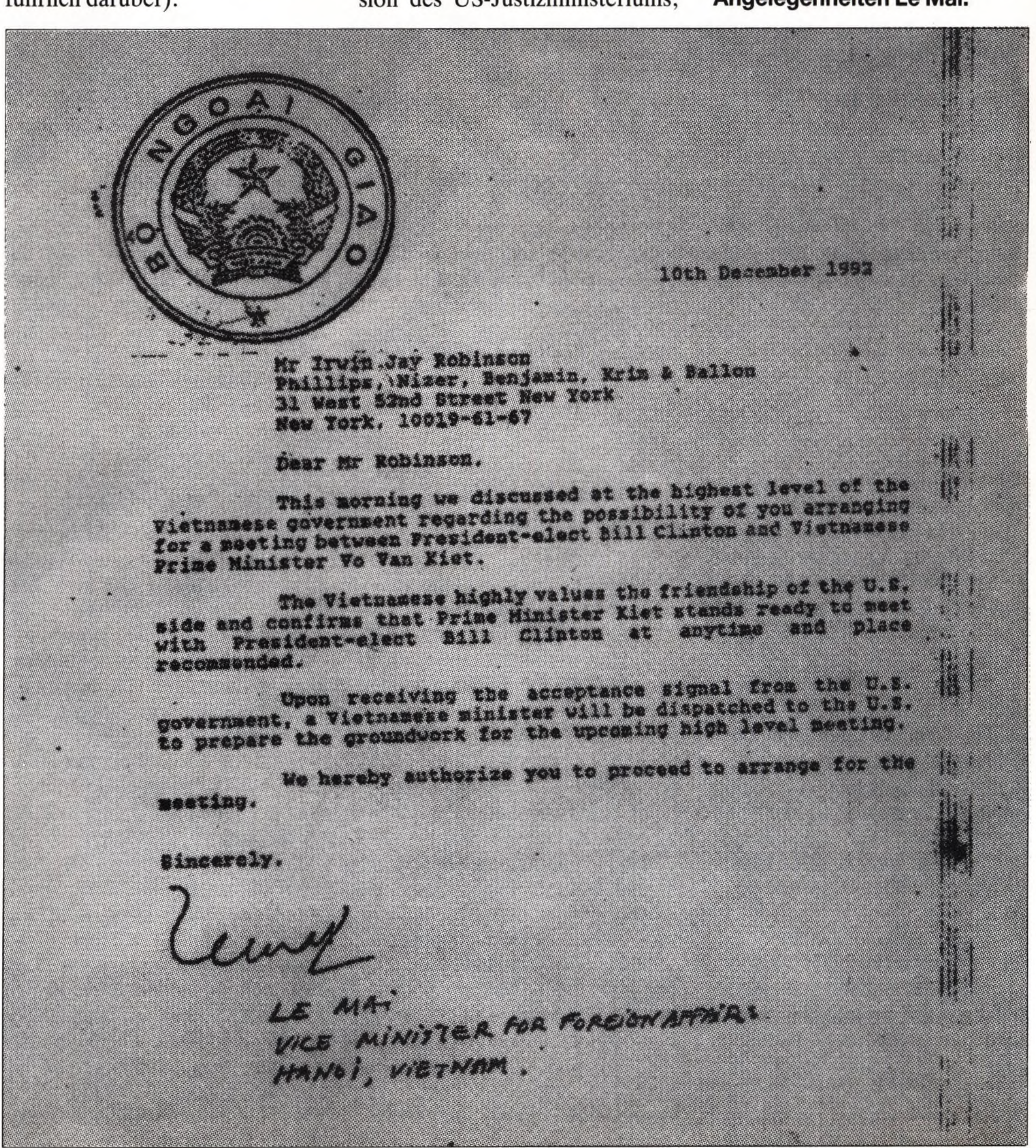
Bill Clinton beendete am 2. Juli dieses Jahres tatsächlich die Bemühungen der USA, die IWF-Darlehen zu blockieren.

Wir waren die erste Zeitung, die diese Nachricht über das mutmaßliche Brown-Abkommen mit Hanois Führung und über die Tatsache, daß das FBI eine Untersuchung eingeleitet hatte, weltweit bekanntgab. Inzwischen ist diese Nachricht im Kielwasser einer Story in »U.S. News & World Report« vom 23. August, in der auch unser Bericht, der einige Wochen zuvor erschienen war, in allen Einzelheiten bestätigt wurde, wiederholt in Rundfunk- und Nachrichten-Agentur-Berichten überall verbreitet worden.

Jetzt gelangte »The Spotlight« in den Besitz von Kopien von Dokumenten aus der Criminal Division des US-Justizministeriums, Internal Security Section, worin über Versuche des Ministerpräsidenten Kiet, über einen Anwalt eine Zusammenkunft entweder mit dem ausscheidenden Präsidenten George Bush oder dem gewählten Präsidenten Clinton zu arrangieren, um über die Beseitigung der Handelsbeschränkungen zu diskutieren, berichtet wird.

Der Anwalt, Irwin Jay Robinson, stand mit der angesehenen New Yorker Anwaltspraxis Philips, Nizer, Benjamin, Krim & Ballon in Verbindung.

Das Angebot wurde von Brent Scowcroft, Bushs Berater für na-



BỘ NGOẠI GIAO

10th December 1992

Mr Irwin Jay Robinson
Phillips, Nizer, Benjamin, Krim & Ballon
31 West 52nd Street New York
New York, 10019-61-67

Dear Mr Robinson.

This morning we discussed at the highest level of the Vietnamese government regarding the possibility of you arranging for a meeting between President-elect Bill Clinton and Vietnamese Prime Minister Vo Van Kiet.

The Vietnamese highly values the friendship of the U.S. side and confirms that Prime Minister Kiet stands ready to meet with President-elect Bill Clinton at anytime and place recommended.

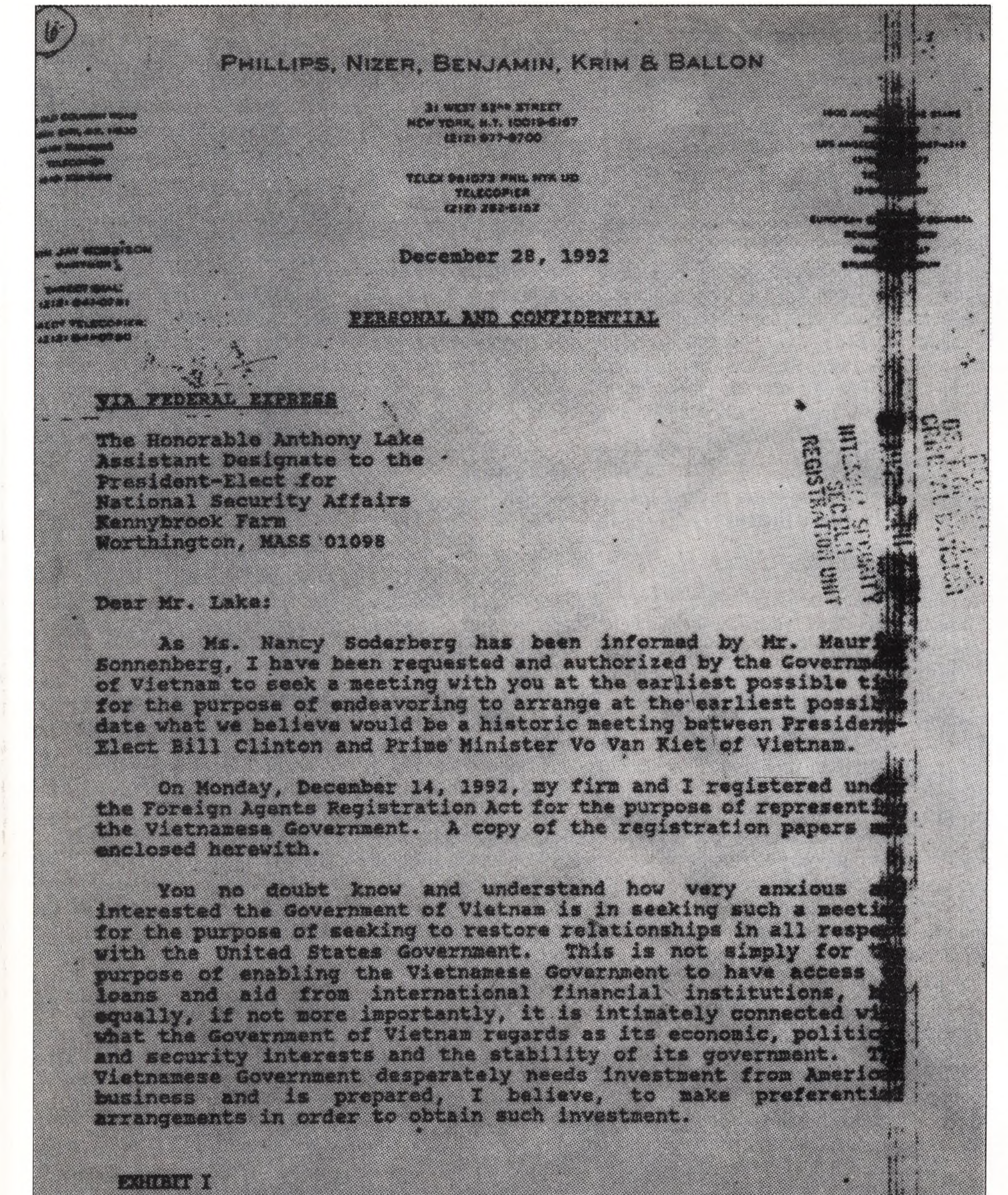
Upon receiving the acceptance signal from the U.S. government, a Vietnamese minister will be dispatched to the U.S. to prepare the groundwork for the upcoming high level meeting.

We hereby authorize you to proceed to arrange for the meeting.

Sincerely.

LE MAI
VICE MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS
HANOI, VIETNAM.

Das Schreiben vom 10. Dezember 1992 des vietnamesischen Vizeministers für auswärtige Angelegenheiten Le Mai.



PHILLIPS, NIZER, BENJAMIN, KRIM & BALLON

31 WEST 52ND STREET
NEW YORK, N.Y. 10019-6167
(212) 977-9700

TELEX 961073 PHIL NYK UD
TELECOPIER
(212) 262-5152

December 28, 1992

PERSONAL AND CONFIDENTIAL

VIA FEDERAL EXPRESS

The Honorable Anthony Lake
Assistant Designate to the
President-Elect for
National Security Affairs
Kennybrook Farm
Worthington, MASS 01098

Dear Mr. Lake:

As Ms. Nancy Soderberg has been informed by Mr. Maur
Sonnenberg, I have been requested and authorized by the Govern
of Vietnam to seek a meeting with you at the earliest possible t
for the purpose of endeavoring to arrange at the earliest possi
date what we believe would be a historic meeting between Preside
Elect Bill Clinton and Prime Minister Vo Van Kiet of Vietnam.

On Monday, December 14, 1992, my firm and I registered un
the Foreign Agents Registration Act for the purpose of represent
the Vietnamese Government. A copy of the registration papers
enclosed herewith.

You no doubt know and understand how very anxious
interested the Government of Vietnam is in seeking such a meeti
for the purpose of seeking to restore relationships in all resp
with the United States Government. This is not simply for
purpose of enabling the Vietnamese Government to have access
loans and aid from international financial institutions,
equally, if not more importantly, it is intimately connected w
what the Government of Vietnam regards as its economic, politic
and security interests and the stability of its government. T
Vietnamese Government desperately needs investment from Americ
business and is prepared, I believe, to make preferent
arrangements in order to obtain such investment.

EXHIBIT I

Der Brief vom 28. Dezember 1992 des Anwalt Irwin Jay Robinson an Anthony Lake, zu der Zeit Clintons designierter Berater für nationale Sicherheit.

tionale Sicherheit, rund heraus abgelehnt, mit der Begründung, daß »diese Administration zu diesem Zeitpunkt nicht bereit ist, so weit zu gehen«.

Die genaue Reaktion Clintons ist unklar.

Es ist bemerkenswert, daß das Angebot zuerst an die Bush-Regierung herangetragen wurde, bevor Robinson und seine Anwaltspraxis sich am 14. Dezember 1992 unter dem Foreign Agents Registration Act zum Zweck der Repräsentation der vietnamesischen Regierung eintragen ließen.

Der berühmteste Partner der Anwaltspraxis, Louis Nizer, war langjähriger Anwalt des inzwischen verstorbenen Armand Hammer, Vorstandsvorsitzender von Occidental Petroleum, der beim Zusammenbruch der Sowjetunion als Agent des sowjetischen Staates entlarvt wurde, eine Tatsache, die bis zu den Tagen von Wladimir Lenin zurückreicht. Hammer war langjähriger Freund, Gesellschafter und Geschäftspartner von Albert Gore sen., Vater des Vizepräsidenten Al Gore.

Als Einführung dafür, daß er die höchsten Ebenen der vietnamesischen Regierung vertrat, wurde Robinson ein vom 10. Dezember 1992 datiertes Schreiben des vietnamesischen Vizeministers für auswärtige Angelegenheiten, Le Mai, zugeschanzt.

Da in diesem Schreiben vorgeschlagen wurde, daß die Zusammenkunft zwischen Kiet und Clinton stattfinden sollte, deutet die Annäherung an die ausscheidende Bush-Regierung auf den Wunsch der Vietnamesen hin, den Prozeß der Beseitigung der Handelsbeschränkungen zu beschleunigen und beweist außerdem, wie ernsthaft das kommunistische Land davon betroffen ist.

Das Angebot der Vietnamesen

»Heute Morgen«, schrieb Le Mai an Robinson, »erörtern wir auf höchster Ebene der vietnamesischen Regierung die Möglichkeit, ob Sie nicht ein Zusammentreffen zwischen dem gewählten Präsidenten Bill Clinton und dem vietnamesischen Ministerpräsidenten Vo Van Kiet in die Wege leiten könnten.

Die Vietnamesen bewerten die Freundschaft der amerikanischen Seite sehr hoch und bestätigen, daß Ministerpräsident Kiet jederzeit und an jedem vorgeschlagenen Ort bereit ist, mit dem gewählten Präsidenten Clinton zusammenzutreffen«, heißt es in dem Brief weiter.

»Nach Eingang der Empfangsbestätigung seitens der US-Regierung wird ein vietnamesischer Minister in die Vereinigten Staaten entsandt, um das Fundament für die kommende Zukunft auf hoher Ebene zu erarbeiten.

Wir bevollmächtigen Sie hiermit, die Zusammenkunft zu arrangieren.«

In einem Brief von Robinson an Scowcroft vom 12. Dezember 1992 heißt es, daß Bushs Berater für nationale Sicherheit von Arthur Krim, einem anderen Mitarbeiter der Anwaltspraxis angesprochen wurde, der Scowcroft dringend nahelegte, Robinson aufzusuchen und mit ihm über eine Zukunft zwischen Bush und Kiet zu sprechen.

Robinson schrieb, daß er in anschließenden Gesprächen mit Scowcroft-Mitarbeitern hervorgehoben habe, daß es von »größter Wichtigkeit sei, diese Angelegenheit vertraulich zu behandeln«, und daß die »Gewalt über diese Initiative in den Händen von Vo Van Kiet und den anderen Mitgliedern des Kabinetts, die von dieser historischen Kontaktaufnahme Kenntnis haben, bleibt«.

Bill Clinton

Geheime Beziehungen zu Vietnam

Der Anwalt schrieb, er sei »jetzt von den Vietnamesen dahingehend unterrichtet worden, daß der Ministerpräsident bereit ist, sich unverzüglich und direkt mit Bush zu treffen, ohne den Zwischenschritt, einen Minister zu entsenden.«

Robinson schrieb, er »stehe zur Verfügung, mit Ihnen (Scowcroft) zu jeder Tages- oder Nachtzeit zusammenzutreffen«.

Vietnam braucht Investitionen

Nachdem er von der Bush-Regierung abgewiesen wurde, schaltete Robinson einen Mittelsmann, Maurice Sonnenberg, ein, sich mit Nancy Soderberg, die Leiterin des Mitarbeiterstabs des National Security Council Clintons werden sollte, in Verbindung zu setzen, und verfolgte diese Angelegenheit weiter mit einem Brief vom 28. Dezember 1992 an Anthony Lake, zu der Zeit Clintons designierter Berater für nationale Sicherheit.

»Sie wissen zweifellos«, schrieb Robinson an Lake, »und verstehen wie besorgt darum und interessiert daran die Regierung von Vietnam ist, ein solches Zusammentreffen [zwischen Clinton und Kiet] zustandezubringen, um die Beziehungen zu der Regierung den Vereinigten Staaten in jeder Hinsicht wiederherzustellen.

Dies nicht nur zu dem Zweck, der vietnamesischen Regierung Zugang zu Darlehen und Hilfe von internationalen Finanzinstituten zu verschaffen, sondern gleichermaßen, wenn nicht noch bedeutsamer, steht dies in engem Zusammenhang mit dem, was die Regierung von Vietnam als ihre wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Interessen und Stabilität ihrer Regierung erachtet. Die vietnamesische Regierung benötigt verzweifelt Investitionen aus der amerikanischen Geschäftswelt und ist, glaube ich, dazu bereit, Vorzugsbedingungen einzuräumen, um solche Investitionen zu bekommen.«

Robinson trug bei seinen Tätigkeiten bezüglich Vietnam zwei Hüte und diente sowohl als eingetragener Erfüllungsgehilfe der roten Regierung von Vietnam wie auch als Leiter der in New York ansässigen Vietnam-American Chamber of Commerce, die wirtschaftliche Bindungen zwischen Vietnam und den Vereinigten Staaten fördert und Reisen amerikanischer Geschäftsleute nach Vietnam arrangiert, um die Aufhebung des Handelsembargos vorzubereiten.

Es wäre ein furchtbarer Gesichtsverlust

Robinson schrieb an Lake: »Die Entscheidung der vietnamesischen Regierung, mich zu bitten, mich mit Ihnen zusammenzusetzen, um eine Zusammenarbeit zwischen dem gewählten Präsidenten und Kiet in die Wege zu leiten, spiegelt die Ergebnisse eines sehr komplizierten Entscheidungsprozesses innerhalb des vietnamesischen Kabinetts wider und ist nicht ohne ihre Verleumder unter einer sehr begrenzten Anzahl von Schlüsselpersonen innerhalb der vietnamesischen Regierung, die von diesem Annäherungsversuch wissen. Der Ministerpräsident von Vietnam trägt ein beträchtliches politisches und möglicherweise persönliches Risiko, ebenso wie diejenigen Mitglieder seines Kabinetts, die diesen Schritt unterstützt haben und diese historische Gelegenheit für die beiden Länder anstreben, um die Beziehungen wiederherzustellen. Der Ministerpräsident und die betreffenden Mitglieder seines Kabinetts würden einen furchtbaren Gesichtsverlust erleiden, falls diese Mission fehlschlagen sollte.

Diese Angelegenheit wird innerhalb der vietnamesischen Regierung mit äußerster Vertraulichkeit und Geheimhaltung behandelt, und die Entscheidung, mich zu bitten, mich mit Ihnen zusammenzusetzen, um eine Zusammenkunft mit dem gewählten Präsidenten Clinton für den Ministerpräsidenten Vo Van Kiet in die Wege zu leiten, ist auf eine begrenzte Anzahl von Mitgliedern des Kabinetts beschränkt worden. Wir bitten respektvoll darum, daß die gleiche Vertraulichkeit und Geheimhaltung auf diese ganze Angelegenheit angewendet wird ...

Mir ist mitgeteilt worden, daß, wenn durch Sie, oder durch eine geeignete Person unter ihren Mitarbeitern, der Kontakt mit einer der nachstehenden Personen hergestellt wird, diese meine Handelsbefugnis bestätigen werden: Ministerpräsident Vo Van Kiet; Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten, Le Mai; Le Minh Tran, Berater des Ministerpräsidenten für nationale Sicherheit.«

Abschiedsbesuch oder Geheimsitzung

Robinson unterstrich den Satz: »Kein Kontakt sollte mit irgendjemand anders in der vietnamesischen Regierung aufgenommen werden. Die vietnamesische Regierung wäre sehr dankbar, wenn Sie es arrangieren könnten, mich vor dem 20. Januar 1993 zu treffen, und ich hoffe, daß dies möglich sein wird, so daß ich die Ansichten des Premierministers und der vietnamesischen Regierung über diese Angelegenheit im einzelnen mit Ihnen besprechen kann«, schrieb Robinson.

Es ist nicht klar, ob Lake die Angelegenheit mit Robinson weiter verfolgt hat.

Jedoch kurz nachdem Clinton sein Amt als Präsident übernommen hatte, wurde Xuan Tranh Lang, der scheidende vietnamesische Botschafter für die Vereinten Nationen in New York City, nach Washington entsandt, wo er sich insgeheim mit dem Assistant Secretary of State William Clark – nicht zu verwechseln mit dem William Clark, der als Präsident Ronald Reagans Berater für nationale Sicherheit diente – und dem damaligen designierten assistierenden Außenminister für asiatische in pazifische Angelegenheiten Winston Lord traf.

Als bekannt wurde, daß diese Geheimsitzung stattfand, wiesen Beamte des Außenministeriums darauf hin, daß diese nur deswegen stattgefunden habe, weil sich Lang gerade in Washington aufhielt, um dort einen »Abschiedsbesuch« abzustatten, bevor er seinen Posten in der Botschaft verließ.

Ob auf dieser Washingtoner Sitzung ein Zusammentreffen zwischen Kiet und Clinton erörtert wurde, ist nicht bekannt. Es gab jedoch anschließend Gerüchte, daß Kiet kurz davorstehe, Washington zu besuchen.

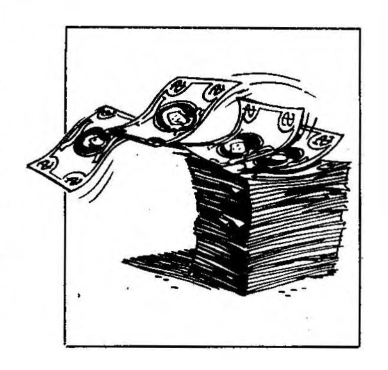
Der Trend aus alten Tagen

Im gleichen Zeitraum, als Robinson mit Scowcroft und Lake zu tun hatte, ereignete sich die bizarre Episode, in der ein alter Freund von Clinton aus den College-Tagen des gewählten Präsidenten als Wehrdienstverweigerer und Orgainisator von Veranstaltungen gegen den Krieg in Hanoi auftauchte.

Der Freund, Clyde Pettit jun. aus Stuttgart, Arkansas, legte vietnamesischen Führern einen Einführungsbrief von dem gewählten Präsidenten vor.

Clinton schrieb in dem Brief, daß Pettit »für die schließliche Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Vietnam arbeitet«.
Der Sprecher des Weißen Hauses Dee Dee Myers spielte den Brief als »Höflichkeit« herunter, die Pettit durch seinen Freund zuteilgeworden sei, mit dem er bekannt wurde, als sie beide Mitte der sechziger Jahre Mitarbeiter des Senators J. William Fulbright, damals Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen und eine der lautesten Stimmen im Kongreß gegen den Vietnam-Krieg, waren.

Der Zwischenfall, der von einem Reporter der Reuter-Nachrichtenagentur entdeckt und ausgeschlachtet wurde, gewinnt möglicherweise neue Bedeutung angesichts der jüngsten Enthüllungen über Verbindungen von Mitgliedern der Clinton-Regierung mit Hanoi. □



Somalia

Ein UN-Einsatz mit verheerenden politischen Folgen

Don Markey

Das Fiasko in Somalia war unvermeidlich, basierend auf der sinnlosen amerikanischen Außenpolitik, sich in Angelegenheiten einzumischen, die eigentlich nichts mit der US-Politik zu tun haben und nur die internationalistischen Interessen der Banker betreffen. Letztendlich geht es in Somalia um nichts anderes als um Öl.

Das Somalia-Desaster – wie die Intervention von amerikanischen Truppen im Namen der Vereinten Nationen jetzt bezeichnet werden sollte – verschlimmert sich von Tag zu Tag, und sowohl der amerikanische Präsident als auch der Kongreß scheinen nicht in der Lage zu sein, Amerika aus dem höllischen Land am Horn von Afrika herauszuziehen.

Die US-Soldaten Jeffrey Young (links im Hintergrund) und Gregg Gould wurden beim UN-Einsatz in Somalia verwundet.

Bilderberg trägt die Schuld

Das ganze Mißabenteuer hätte vermieden werden können, wenn das Establishment die vom Krieg am Persischen Golf, in dem es 148 Tote auf dem Schlachtfeld gab, ausgehenden Warnungen beachtet hätte.

Das Blutbad ist dort noch nicht so groß geworden, aber entsetzte Amerikaner haben gesehen, wie der Leichnam eines jungen Soldaten auf schmachvolle Art und Weise durch Mogadischu, der Hauptstadt Somalias, gezerrt wurde, begleitet von dem Spott einer Menge einheimischer Zuschauer.

Obwohl der Boß der Vereinten nationen einige Monate nach Beginn der »friedenserhaltenden Operation« bekanntgab, daß der Aufbau des Landes das neue Ziel sei, hatte der eigene Recherchen anstellende Mitarbeiter von »The Spotlight«, James P. Tucker, am 8. Juni 1992 von Plänen der Bilderberg-Gruppe berichtet, das amerikanische Militär mit dem anderer Länder zu einer von den Vereinten Nationen geleiteten Weltarmee zusammenzumischen, um das Ziel einer Weltregierung zu erreichen.
George Bush als US-Präsident entsandte amerikanische Soldaten nach Somalia als Fortsetzung seines Vorstoßes in Richtung auf eine »Neue Weltordnung«, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geleitet werden soll. Bush sagte, er erwarte die Amerikaner bis zum 20. Januar 1993, dem Tag, an dem er die Schlüssel des Weißen Hauses an Clinton übergeben werde, zurück. Aber ob Bush dies tatsächlich beabsichtigt hatte oder ob diese Worte die Dinge für das amerikanische Volk lediglich versüßen sollten, ist nicht klar.

Nichtsdestoweniger, als der Tag der Amtsübernahme kam, waren die amerikanischen Streitkräfte immer noch in Somalia. Und der neue US-Präsident, der früher schon einmal an einer Bilderberg-Sitzung teilgenommen hatte, unterstützte ebenfalls eine derartige Einmischung in die Affären anderer Länder.

Alles, was Clinton bislang zugestanden hat, war die Verkündung, er werde versuchen, sich in Zukunft von Fall zu Fall mit dem Kongreß über das Eingreifen amerikanischer Truppen in Manöver der Vereinten Nationen zu beraten.

Eine Militär-Mission ohne klaren Auftrag

Zum Zeitpunkt der Ausschwärmung schlugen mehrere Mitglieder des Kongresses über diese Aussicht die Hände über dem Kopf zusammen. US-Senator Hank Brown zum Beispiel stellte fest, daß hier offensichtlich »keine klar und deutlich definierte militärische Mission« vorliegt.

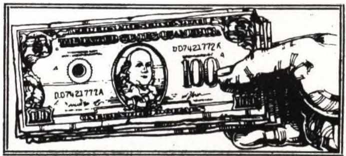
Seitdem haben sowohl Republikaner als auch Demokraten gleichermaßen von Zeit zu Zeit ihre Besorgnis über die andauernde Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Somalia zum Ausdruck gebracht; aber die einzige vom Kongreß bislang vorgenommene Handlung bestand in der Verabschiedung einer Resolution, in der Clinton aufgefordert wird, einen aktuellen Bericht über die Lage in Somalia abzugeben. Der Kongreß hat noch keine Abstimmung geplant, ob er den weiteren Einsatz amerikanischer Truppen billigen wird.

Ein hilfloser Bill Clinton

Der Führer der Senatsminderheit, Bob Dole, setzte seine loyale Oppositionsrolle fort, indem er versicherte, er hoffe, daß der Bericht der Regierung »eine Blaupause darüber enthalten wird, wie und wann die Amerikaner Somalia für immer verlassen werden«. Der Führer der Senatsmehrheit, Robert Byrd, sagte, er sei nicht bereit, so lange zu warten.

»Amerikaner zahlen zu Dutzenden mit ihrem Leben und ihren Knochen für eine verfehlte Politik auf dem Altar eines verworrenen Multilateralismus. Ich glaube, wir sollten unsere Truppen abziehen und den Beitrag Amerikas zu dieser Extravaganz der Vereinten Nationen für beendet erklären.« Das sind die klaren Worte von Robert Byrd.

Clintons absurde Erklärung, er würde noch mehr Soldaten nach Somalia entsenden, um mitzuhelfen, die dort bereits stationierten 4700 Soldaten zu verteidigen, scheint darauf hinzudeuten, daß er sich keine besonderen Sorgen darüber macht, was der Kongreß letztendlich beschließen wird. □



Der Hinauswurf des FBI-Chefs

Mike Blair

Angesichts der Tatsache, daß der amerikanische Generalstaatsanwalt, Frau Janet Reno, sich weigert, einen unabbhängigen Sonderstaatsanwalt zu ernennen, um den blühenden Skandal um die behaupteten Machenschaften des US-Handelsministers Ron Brown herum, der die Aufhebung des Handelsembargos gegen Vietnam arrangieren wollte, zu untersuchen, vertiefen sich eine Reihe von Journalisten, die an der Story arbeiten, in die näheren Umstände im Zusammenhang mit dem Hinauswurf des FBI-Direktors William Sessions durch Präsident Bill Clinton im Juli dieses Jahres.

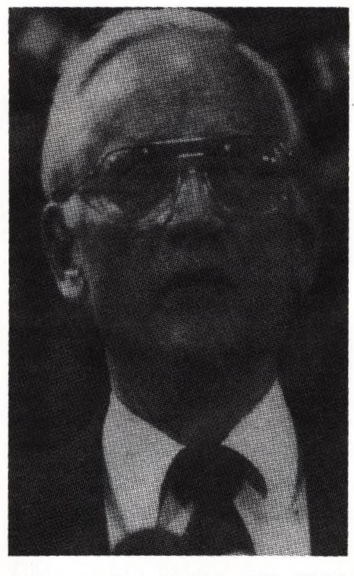
Unsere Korrespondenten erfuhren aus gut unterrichteten Kreisen, daß, wenn schließlich doch Anhörungen auf Kongreßebene stattfinden, um das behauptete Fehlverhalten Browns zu untersuchen, Sessions dann eine Vorladung als einer der Hauptzeugen in dieser Sache bekommen wird.

Die Folgen des Browngate-Berichtes

Ly Tranh Binh, 37, ist ein in Südflorida lebender vietnamesisch-amerikanischer Geschäftsmann, der die derzeitige Untersuchung des FBI gegen Brown in die Wege leitete, und dessen Anschuldigungen zu dem von CODE veröffentlichten Browngate-Bericht führte. Der diesem zugrundeliegende Artikel in »The Spotlight« war der erste landesweit in den USA veröffentlichte Bericht. Binh hatte der Washingtoner Wochenzeitung mitgeteilt, daß Sessions persönlich mit der Untersuchung beauftragt war.

Brown und seine Verbindung zu Nguyen Van Hao, ein vietnamesischer Geschäftsmann, der als Mittelsmann zwischen dem Handelsminister und den höchsten kommunistischen Führern Vietnams fungierte, spielen in dieser Sache eine Rolle.

Laut Binh erhielten die aus der Stabsdienststelle des FBI in Südflorida heraus an dem Fall arbeitenden und die von Washington aus zu deren Verstärkung hinuntergeschickten Agenten ihre Anweisungen direkt von Sessions und unternahmen bei ihrer Untersuchung keinen Schritt, ohne sich vorher die Genehmigung oder Anweisungen dazu einzuholen.



William Sessions, FBI-Chef, wurde von US-Präsident Bill Clinton gefeuert, weil er im Fall Ron Brown ermittelte.

Von Februar bis April dieses Jahres arbeitete Binh mit FBI-Agenten bei dem Versuch zusammen, Beweismaterial für die Verbindung zwischen Brown und Hao zusammenzustellen. Die Agenten schlossen einen Sender an eine Aktentasche an, die Binh zu Sitzungen mit Hao mitnehmen konnte, und zeichneten Ferngespräche zwischen Binh und Hao sowie mit anderen mit dem Fall in Verbindung stehenden Personen auf.

Das Ganze, sagte Binh zu »The Spotlight«, wurde von Sessions, mit dem die Agenten ständig in Verbindung waren, persönlich geleitet. Binh äußerte auch, die Agenten hätten manchmal mit ihm darüber gescherzt, daß ihr Chef wegen des Mißbrauchs seines Dienstwagens und wegen der Aufstellung eines Sicherheitszaunes um sein Washingtoner Haus herum Schwierigkeiten mit dem US-Justizministerium hätte. Diese Beschuldigungen, die der letzte Generalstaatsanwalt von US-Präsident Georg Bush, William Barr, in einem Bericht als eine seiner letzten Amtshandlungen, bevor er aus dem Amt ausschied, gegen Sessions erhob, wurden schließlich von Frau Reno als Vorwand benutzt, um Sessions fallen zu lassen. Viele Beobachter der Bemühungen Sessions weisen jedoch darauf hin, daß diese Beschuldigung ebenso geringfügig waren wie sie auch einer ausreichenden Substanz entbehrten, um Session aus dem Amt zu entfernen.

Nur wenige wußten Bescheid

Es trat eine Reihe von interessanten Ereignissen ein, darunter der Spotlight-Bericht über den Browngate-Skandal, der der Auffassung Glaubwürdigkeit verlieh, daß Sessions' Untersuchung gegen Brown und seine Geschäftspartner schließlich zu seinem Sturz führte.

Soviel ist klar: Nur wenige in der Hauptdienststelle des FBI in Washington wußten, daß Sessions die Untersuchung durchführte, und viele wurden von Berichten über die Untersuchung des FBI überrascht.

Am Freitag, dem 16. Juli 1993, setzte sich das FBI mit »The Spotlight« in Verbindung und bat um ein Exemplar der neuesten Ausgabe dieses Blattes mit Datum vom 19. Juli mit der Schlagzeile auf der ersten Seite: »Presse vertuscht weiterhin den Fall Brown«. Nachdem sie es gelesen hatten, entdeckten sie anscheinend, daß schon davor zwei Ausgaben über den Browngate-Skandal berichtet hatten. Daraufhin begaben sich Agenten noch einmal zu Geschäftsstellen von »The Spotlight« und holten dort weitere Exemplare mit dem Bericht.

Sessions mußte auf der Matte erscheinen

Am darauffolgenden Tag, 17. Juli 1993, wurde Sessions in die Dienststelle des Generalstaatsanwalts, Frau Reno, beordert, die dem FBI-Direktor in Gegenwart des Associate Attorney General Webster Hubbell mitteilte, daß er am darauffolgenden Montag, dem 19. Juli, zurücktreten müsse oder von Präsident Clinton aus seinem Amt entfernt werden würde.

Hubbell wird als Clintons Direktverbindung zum amerikanischen Justizministerium erachtet. Fernsehbilder, auf denen Sessions zu sehen ist, wie er das amerikanische Justizministerium verläßt, zeigten ihn kreidebleich und wankend. In der Tat, als er versuchte, einen Reporter aufzurichten, der gestolpert war und auf den Bürgersteig zu fallen drohte, fiel Sessions selbst hin und brach sich den Arm. Der FBI-Chef mußte über Nacht zur Behandlung seiner Verletzung ins Krankenhaus.

Sessions weigerte sich eisern, zurückzutreten und sagte zur Presse, er werde solange bleiben, wie er könne, um die Unabhängigkeit des FBI als Untersuchungsbehörde zu bewahren und zu verhindern, daß es politisiert werde.

Am Montag, dem 19. Juli, ging Sessions wie gewohnt zum Dienst und wurde von Clinton angerufen, der im mitteilte, daß er gefeuert sei. Ein paar Minuten später rief der Präsident noch einmal an und teilte dem Direktor mit, seine Entlassung sei »ab sofort wirksam«.

Später sagte Sessions auf einer Pressekonferenz, von dem Augenblick an bis zu dem Zeitpunkt, daß er das J. Edgar Hoover-Gebäude, der Hauptdienststelle des FBI, verließ, sei er dort wie »ein Besucher« behandelt worden.

Tatsächlich wurde Sessions sorgfältig von Agenten beobachtet, als er persönliche Dinge aus seinem Schreibtisch räumte und laut Presseberichten durfte er eine Aktentasche mit persönlichen Dingen mitnehmen.

Nach einer Nachbesprechung wurde er von Agenten aus dem Gebäude hinauseskortiert.

Im April, als Sessions noch im Amt war, war Binh überrascht, als die Untersuchung des FBI urplötzlich gestoppt wurde und ein Agent ihm ein besonderes Funksprechgerät, das ihm übergeben worden war, um mit Agenten, die an dem Fall arbeiteten, in ständigem Kontakt zu bleiben, wieder wegnahm. Als er nach den Gründen für die plötzliche Wandlung ihres Interesses an dem Fall fragte, wurde ihm gesagt, sie müßten das Gerät »auf Grund von Haushaltskürzungen« in der Dienststelle wieder zurücknehmen.

Das neue FBI

Seine Kontakte mit Agenten wurden schnell immer weniger häufig und hörten nach Sessions Entfernung aus dem Amt ganz auf.

Binh sagte zu unseren Korrespondenten, er glaube, das FBI sei angewiesen worden, die Untersuchung einzustellen.

Heute bezieht er sich auf das FBI auf zweifache Art und Weise: das FBI unter Sessions und das FBI nach Sessions als »das neue FBI«, und er steht dessen Bemühungen, die Brown-Affäre zu untersuchen, sehr skeptisch gegenüber.

Jetzt, wo die Story auch in den Medien des Establishments ausgebrochen ist, gibt es Berichte darüber, daß »das neue FBI« das »grüne Licht« bekommen habe, Untersuchungen gegen Brown einzuleiten.

Die richtige Art und Weise

Indem sie bekanntgab, daß sie in diesem Fall keinen Sonderstaatsanwalt ernennen werde, sagte Frau Reno zu Reportern: »Wenn ich die Person ernenne oder auswähle, werden Sie den Konflikt immer noch in Frage stellen, solange ich in diesen Prozeß verwikkelt bin. Was ich also tun muß, ist, sicher zu gehen, daß ich es richtig mache, und ich werde das Beste tun, was in meiner Macht steht.«

Aber was nun »das Richtige« ist, ist unklar, besonders, da die Tatsache, daß die Untersuchung dem Clinton-Justizministerium überlassen bleibt, nach Ansicht ihrer Kritiker »genau so ist, als ob man Füchsen den Hühnerhof anvertraut«.

Das Ministerium wird von einigen ihrer engsten Freunde geleitet, und viele Washingtoner Beobachter sind der Ansicht, daß Hubbell, ein ehemaliger Partner in der Anwaltskanzlei der First Lady Hillary Clinton in Little Rock, die eigentliche Macht in diesem Ministerium darstellt. Er verkehrt häufig im Weißen Haus und hat sofortigen Zugang zu Präsident Clinton.
Selbst die »New York Times«, die über Frau Renos Weigerung, einen Sonderstaatsanwalt zu ernennen, berichtete, stellte fest, ihre Handlungsweise sei »irgendwie überraschend angesichts ihrer langjährigen Unterstützung des Grundsatzes, daß unparteiische, außerhalb der Sache stehende Staatsanwälte Anschuldigungen gegen hochstehende Regierungsbeamte untersuchen müssen«.

Außer »The Spotlight« untersuchen zur Zeit zwei größere Zeitungen die Zusammenhänge zwischen Sessions Entlassung und dem Brown-Skandal. □

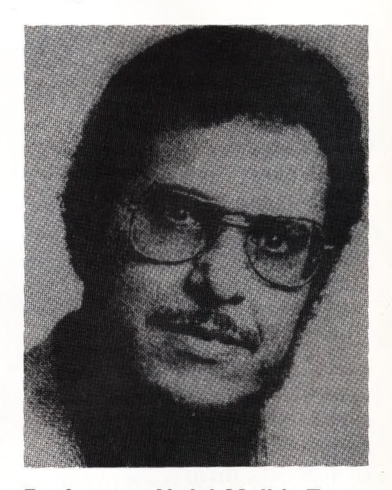


Naher Osten

Wie Arafat den Ausverkauf arabischer Interessen betrieb

Am 13. September 1993, als der Führer der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO), Jassir Arafat, in Washington mit israelischen Führern eine Vereinbarung unterzeichnete, konnte unsere Schwesterzeitung »The Spotlight« ein Exklusiv-Interview mit Professor Abdel-Majid Zemzemi, ein prominenter Mathematiker und erstrangiger Gelehrter für arabische Kultur und Geschichte, führen. Professor Zemzemi ist der am meisten gefragte Sprecher in der islamischen Welt und hat auch zahlreiche Vorträge in verschiedenen akademischen Zentren der westlichen Welt gehalten.

Abdel-Majid Zemzemi gehörte der Untersuchungskommission des internationalen Islamischen Gerichtshofes an, der sich eine zeitlang in jedem Teil der Irak-Iran-Kriegsfront aufhielt und ständig darum bemüht war, den Frieden herbeizuführen und das Blutvergießen zu beenden. Er ist Verfasser zahlreicher Bücher, die sich mit dem Nahen Osten und dem Islam befassen. Das berühmteste davon ist der Bestseller »The Iran-Irak War; Islam and Nationalism«. Es gilt als die maßgebendste und genaueste Berichterstattung über den achtjährigen Krieg, der mehr als eine Million Menschenleben kostete.



Professor Abdel-Majid Zemzemi gehörte der Untersuchungskommission des internationalen islamischen Gerichtshofes an.

Die Araber hoffen auf den Islam

Zemzemi hat die seltene Auszeichnung, nicht nur ein anerkannter Historiker, sondern auch ein Vorausschauer mit großer Genauigkeit zu sein. Über die Jahre hinweg hat er alle Ereignisse, die sich im Nahen Osten zugetragen haben, genau vorausgesagt. Vor mehr als 14 Monaten sagte Zemzemi voraus, daß Arafat von dem zionistischen Regime zum neuen Polizisten ernannt werden würde, um die Palästinenser nieder und im Schach zu halten. Er sagte auch richtig voraus, daß Arafat unter der palästinensi-

Naher Osten

Wie Arafat den Ausverkauf arabischer Interessen betrieb

schen Bevölkerung eine rapide dahinschwindende Wählergemeinschaft haben werde, die nach 40 Jahren seines Versagens und Sich-in-Positur-Werfens die Nase voll hat.

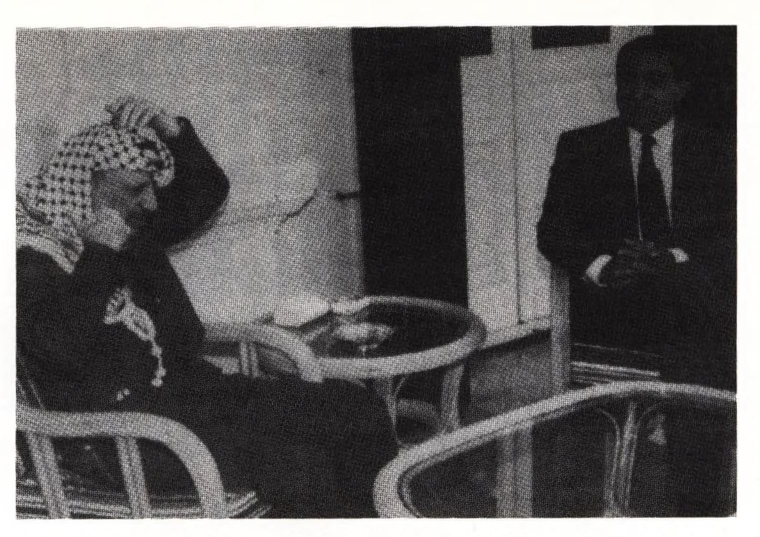
Die palästinensischen Massen haben sich nun an den Islam gewandt und erwarten von dort das Heil, ein Schritt, der sowohl in den Reihen der Zionisten wie auch der Arafat-Clique eine Panik ausgelöst hat.
Zemzemi sagt voraus, daß der Kampf der Palästinenser zur Wiedergewinnung des Landes ihrer Vorväter, jetzt, wo er von Arafats Hochstapelei und Verrat befreit ist, sicher Erfolg haben wird. Die Fragen des Interviews sind in Fettdruck wiedergegeben:

Professor Zemzemi, wie bedeutsam ist der Vertrag zwischen Arafat und den Zionisten?

Zemzemi: Arafats Anerkennung des zionistischen Regimes ist streng genommen ein von den zionistischen Interessengruppen und den Verfechtern der Neuen Weltordnung orchestriertes Medienereignis. Mit lauten Fanfarenstößen haben sie ein Welterеignis inszeniert, das vorgibt, Zeugnis für einen plötzlichen und wunderbaren Frieden zwischen den Palästinensern und dem Zionismus abzulegen.

Warum begünstigen die internationalistischen Medien Arafat?

Zemzemi: Arafats Anerkennung des zionistischen Regimes ist kein neues Ereignis. Sowohl versteckt als auch unverhohlen hat Arafat den Zionisten über die Jahre hinweg viele Anzeichen der Anerkennung und der Lehnstreue übermittelt. Schon 1987 bezeichnete Arafat die wirklich islamischen Staaten, nicht aber das zionistische Regime, als Feinde.



PLO-Chef Jassir Arafat (links) bei einem Treffen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak.

Arafats Haltung wurde offiziell auf dem arabischen Gipfeltreffen von 1987 in Amman, Jordanien, zum Ausdruck gebracht, wo er sich gegen alle diejenigen islamischen Staaten stellte, die ihm in der Vergangenheit geholfen hatten. Iran, das den Palästinensern in Teheran ihre erste voll akkreditierte Botschaft einrichtete, wurde von Arafat zum »Feind der Araber« erklärt – zu einem Zeitpunkt, als noch kein einziger arabischer Staat eine ganz selbständige palästinensische Botschaft hatte.

Wie stark ist die palästinensische Unterstützung, deren sich Arafat erfreut, wirklich?

Zemzemi: Arafat repräsentiert die Palästinenser weder in ihrer Gesamtheit noch in ihrer Mehrheit. Das Ereignis mit der Unterschrift ist ein betrügerischer Medienschwindel, der jeder historischen Bedeutung entbehrt. Es ist nur so, daß die Affäre zwischen Arafat und den Zionisten jetzt öffentlich bekannt wird – aber es war eine Affäre, die jedem Gutunterrichteten im Nahen Osten bekannt war.

Welche Rolle hat Präsident Clinton bei diesem Ereignis gespielt?

Zemzemi: Keine. Präsident Clinton hat nur die Politik seiner Vorgänger fortgesetzt, die selbst von den zionistischen Interessengruppen in den Vereinigten Staaten aktiviert wurden. Seit der sogenannten »Pax Americana«-Konferenz in Madrid, war es das Ziel, die Palästinenser von ihren rechtmäßigen Repräsentanten zu trennen, um den Palästinensern diesen Arafat, ihren einzigen »Führer«, aufzuzwingen. Der nächste Schritt war, ihn auf verschiedenen Weltbühnen als Parodie des »Befreiers Palästinas« vorzuführen. Unter all den unterdrückten Völkern des Nahen Ostens beschleunigte diese Parodie nur die Bewegung zum islamischen Heil hin.

Würden Sie daher Arafat unter andere arabische Staatsoberhäupter einreihen, die unter den Einfluß der Zionisten geraten sind?

Zemzemi: Ganz entschieden. Arafat ist nur eine weitere Marionette, wie Habib Bourguiba, der die Rolle des »Befreiers von Tunesien« spielte, in Wirklichkeit aber eine Diktatur zum Wohle des Kolonialismus und des Zionismus installierte, die das tunesische Volk in den letzten 40 Jahren unterdrückt hat. Bourguibas Nachfolger Zine el Abidine Ben Ali, betreibt den gleichen Verrat mit noch größerer Gewalt.
Das Gleiche gilt für die algerischen Diktatoren, die die demokratische Regierung Algeriens stürzten und eine Herrschaft des Terrorismus gegen algerische Moslems institutierten. Das Gleiche trifft auch auf Hosni Mubarak von Ägypten zu, der über die institutionalisierte Verfolgung und Terror gegen alle ägyptischen Moslems den Vorsitz führt.

Bedeutet dies, daß die arabischen Massen jetzt fest unter dem Einfluß dieser von Fremden dirigierten Marionetten stehen?

Zemzemi: Das ist sicherlich der Fall, aber bestimmt nicht mit dem Ergebnis, das die Zionisten und ihre Handlanger von der Neuen Weltordnung erwarten. Die in Washington gefeierte Affäre zwischen Arafat und den Zionisten ist nur zur Unterhaltung der aufgeblähten und korrupten Eliten dieser Welt bestimmt. Einige Leute im Westen mögen leichtgläubig genug sein, diese groteske Farce ernst zu nehmen, sie wird aber niemanden in der islamischen Welt verdummdeubeln. Es ist gefährlich für die Eliten, an ihre eigene Propaganda zu glauben und ihre Wünsche für Wirklichkeit zu halten. Arafat wird zwar als »Führer der Palästinenser« hochgespielt, hat aber in Wirklichkeit keine Wählergemeinschaft mehr.

Wie sehen Sie Arafats Rolle jetzt?

Zemzemi: Wie Mubarak in Ägypten wird der Mossad Arafat mit einer Polizeimacht und einer Nationalgarde versehen, zu dem einzigen Zweck, die Palästinenser niederzuhalten. Arafat hat sich dazu bereit erklärt, auf das Stichwort von Tel Aviv hin, die schmutzige Arbeit der Unterdrückung der Palästinenser zu tun. Palästinensische Moslems sind bereits zur religiösen Verfolgung durch die Handlanger Arafats auserkoren worden.

Das Washingtoner »Ereignis« war in Wirklichkeit eine Maßnahme der Panik, von der die Zionisten, die internationalen Eliten und ihre Lakaien beim Anblick der Wiedergeburt und Massenfaszination des Islams überall in der Welt ergriffen worden sind. Es ist ein verzweifelter Versuch, sich dem legitimen Platz und der Rolle des Islams mit einem Sammelsurium von Knechten, Narren und Verrätern entgegenzustemmen.

Wir sind Zeugen des wilden Umsichschlagens arroganter und korrupter Eliten, die glauben, daß sie der Welt ihren Willen durch Gewalt aufzwingen können. Es geht ihnen jedes Wissen, Geschichtssinn und Weisheit ab, sie glauben nur an Bomben und Geld. Aber sie werden eine böse Pleite erleben. Der Islam wird nicht von ihnen erobert werden und stattdessen nicht nur als Retter des moslemischen Volkes, sondern auch der übrigen Welt in Erscheinung treten. □

Naher Osten

Arafat der ehemalige Führer der Palästinenser

Als Jassir Arafat in Washington als »Führer der Palästinenser«, der bereit ist, die ausgestreckte Hand Israels zu ergreifen, gefeiert und auf den ersten Seiten der Medien über ihn berichtet wurde, brach daheim unter den Olivenpflanzungen und den staubigen arabischen Siedlungen Arafats Wählerschaft zusammen.

»Arafat ist nicht mehr unser Führer«, versicherte Mohmoud Darwish, der gefeierte arabische Dichter und Vizevorsitzende der Palestine Liberation Organization (PLO), der wegen des Pakts mit dem Kleinstaat zurückgetreten ist. Er ist ein Wendehals. Der in Washington zustandegekommene Deal besiegelt lediglich seinen Verrat.

Stimmen zur Person Arafats

Farouk Kaddoumi, der die PLO zusammen mit Arafat gegründet hatte und als deren mächtiger Außenminister der Offizielle war, der ursprünglich dazu bestimmt war, das Washingtoner Abkommen mitzuunterzeichnen, schied ebenfalls aus Abscheu gegenüber dem, was er »Arafats »doppeltes Spiel« nannte, aus. Die Führer von fünf weiteren PLO-Parteiungen taten das Gleiche, riefen zum Sturz Arafats und zur Wiederrufung seiner »schändlichen Unterwerfung unter das Diktat des Feindes« auf.

Abu Moussa, ein hochangesehener Kämpfer für die Befreiung Palästinas und Führer der El Fatah, sagte, Arafat habe »Verrat« begangen.

Ahmed Jibril, Leiter der Volksfront zur Befreiung Palästinas, nannte Arafat verächtlich ein »räudiges Wiesel«. Er warnte seine Männer davor, zu den Waffen zu greifen: »Eine palästinensische Frau oder ein Kind wird Arafats Bestrafung vollziehen«, erklärte Jibril. »Dieser Verräter ist es nicht wert, von einem Mann getötet zu werden.«



So sah die israelische Besatzpolitik in der West Bank aus: Ein von israelischen Soldaten als Vergeltung angezündetes Haus in Nablus.

Aufruf zur Einheit gegen Arafat

Scheich Mohammed Hussein Fadlallah, geistiger Führer einer Million palästinensischer Moslems, rief zur Vereinigung aller palästinensischen Gruppen gegen Arafats »Verrat« auf. Seine entschlossene Verdammung des Paktes veranlaßte Beamte der Clinton Regierung dazu, verängstigt die Köpfe zusammenzustecken. »Wenn alle diese Gegner von Arafats Deal mit Israel sich zusammentun, dann geht es erst richtig los«, warnte Barry Rubin, ein Israel-freundlicher Experte und gelegentlicher Berater für Clinton.

Angesichts der Aussicht, daß bis zu dem Zeitpunkt, wo er nach Palästina zurückkehrt, Arafat mehr Feinde als Anhänger haben wird, verweisen die Befürworter des umstrittenen Friedensabkommens auf die verzweifelte Armut und Isolation der 680000 Einwohner Gazas hin.
»Diese Menschen leben im Elend und beinahe Anarchie, ohne regelmäßige Lebensmitteldienste, Wasserversorgung, Müllabfuhr oder Abwasserentsorgung«, berichtete der Wirtschaftswissenschaftler Desmond Hoare, der einen Großteil des Jahres 1992 als Verwalter einer Hilfsorganisation der Vereinten Nationen in Gaza verbrachte. »Hier leben Israelis und Araber Seite an Seite mit fast unglaublichen Ungleichheiten des Wohlstands und der Armut.«
»Obwohl Israels Bevölkerung weniger als zehnmal so groß wie die des Gazastreifens ist, überschreitet Israels Bruttosozialprodukt das des Gazastreifens erstaunlicherweise um das Hundertfache.«

Eine von uns überprüfte Statistik bestätigt diese Ansicht. Israels jährliches Bruttosozialprodukt wird derzeit auf 60 Milliarden Dollar geschätzt (Zahlen von 1992); Gazas Menschen müssen mit mageren 600 Millionen Dollar auskommen.

Kräfte von außen

Selbst neutrale Beobachter des Establishments führen Gazas verzweifeltes Elend auf Jahrzehnte der Ausbeutung und Unterdrückung durch israelische Besatzungsstreitkräfte zurück.

»Die krassen Unterschiede zwischen den Wirtschaften – Israels und Gazas – sind eindeutig nicht nur auf wirtschaftliche Kräfte allein zurückzuführen«, lautet die Schlußfolgerung einer kürzlichen Studie der Harvard University über die Region.

Um Gaza »barfüßig und gebeugt« zu halten, haben die Israelis ihren besetzten arabischen Territorien scharfe Konzessionsbeschränkungen, Handelsbegrenzungen, militärische Zwangsmaßnahmen gegen die Versorgung mit Rohmaterialien und Mangel an Krediten oder an jeder Art von Wirtschaftsfinanzierung auferlegt.

»Die Förderer des Israel-Arafat-Paktes rechnen damit, daß auch nur eine geringfügige Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen und des Lebensstandards dieser hungernden und unterjochten Menschen ihnen den Pakt mit Israel als ein Schritt vorwärts schmackhaft machen wird«, meinte Hoare. »Nur die Zeit wird uns lehren, ob sie Recht haben.« □



Naher Osten

Der Gewinner heißt Arafat

Stephen A. Koczak

Eine Sache war schief gelaufen, als der Nahost-Pakt Mitte September in Washington unterzeichnet wurde. PLO-Chef Jassir Arafat sollte eigentlich dort nicht dabei sein.

Die Teilnehmer an dem soeben abgeschlossenen Nahost-Friedensvertrag sollten Israels Yitzhak Rabin und Hafez al-Assad, Führer von Syrien, nicht aber der Vorsitzende der PLO, Jassir Arafat, sein. Das Ereignis sollte kurz vor dem endgültigen Vorstoß zur Verabschiedung des North American Free Trade Agreement (NAFTA) durch den amerikanischen Kongreß stattfinden. Beide Seiten sollten massive amerikanische Wirtschaftshilfe erhalten.

Der eigentliche Partner sollte Assad sein

Und die Vereinigten Staaten sollten das bekommen, was unter Präsident George Bush der Eckstein der amerikanischen Außen- und Militärpolitik innerhalb der Neuen Weltordnung sein sollte: Die Stationierung amerikanischer Truppen auf den Golan-Höhen, ein strategisch wichtiges Gebiet, das zu Syrien gehört, das aber während des Sechs-Tage-Krieges von 1967 von Israel annektiert wurde.

Bis spätestens Mitte April war dieser Plan insgeheim so weit gediehen, daß dies als Gewißheit erachtet wurde. Bei den jährlichen Festlichkeiten zum Foreign Service Day im US-Außenministerium, am 7. Mai 1993, teilte Edward P. Djerejian, assistierender Außenminister für nahöstliche Angelegenheiten, altgedienten, jetzt im Ruhestand lebenden Botschaftern »inoffiziell« mit, alles sei für eine Unterzeichnung Mitte September unter Dach und Fach.

Djerejian, der für die Planung zur Unterzeichnung durch Assad und Rabin verantwortlich war, war früher Präsident Bushs Botschafter für Damaskus. Ihm wurde zugeschrieben, Assad dazu überredet zu haben, in den Krieg am Persischen Golf gegen den Irak einzutreten. Assads Belohnung sollte sowohl die Rückgabe der Golan-Höhen wie auch spätere massive Finanzhilfe sein.



Haviv Schieber gehörte zu der kleinen Minderheit israelischer Juden, die Frieden mit dem palästinensischen Volk wollten.

Im Hinblick auf Djerejians Ansehen bei der National Security Agency, dem CIA und der Defense Intelligence Agency vertrauten die amerikanischen Geheimdienste darauf, daß das Abkommen zwischen Rabin und Assad über die Bühne gehen würde.

Dieser größte Fehler im amerikanischen strategischen Geheimdienst konnte geschehen, weil Funktionen und Operationen der Geheimdienste Direktiven der amerikanischen strategischen Politik untergeordnet wurden. Da es schon als vollendete Tatsache angesehen wurde, bevor es geschah, bemerkte der amerikanische Geheimdienst nicht, daß die Dinge nicht plangemäß verlaufen würden.

Wegen der Unterordnung des amerikanischen Geheimdienstes unter die US-Politik nahm niemand ernsthaft zur Kenntnis, daß die neue israelische Regierung genau das, was Washington in der Region erreichen wollte, am meisten fürchtete.

Sowohl der israelische Verteidigungsminister Shimon Peres als auch Ministerpräsident Rabin befürchteten, daß, nach der Einigung mit Assad, die Bush-Clinton-Politik die Handlungsfreiheit der Israelis radikal verringern würde. Mit amerikanischen Truppen auf den Golan-Höhen würde Washington dahingehend argumentieren, daß die Vereinigten Staaten Israels Sicherheit garantieren werden, und daß Israel keine Waffen zur Massenzerstörung – am allerwenigsten Atomsprengköpfe – mehr benötige.

Israel würde, wie zuvor Südafrika, unter Druck gesetzt, sein Atomwaffenarsenal zu zerstören.

Für Peres und Rabin bedeutete dies, daß Israel zu einer Marionette der Vereinigten Staaten und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen werden könnte. Um einen solchen Ausgang der Dinge zu vermeiden, entschlossen sich die beiden Männer dazu, einen Deal mit dem geringeren von zwei Übeln – Arafat und die PLO – abzuschließen.

USA als »Neues Rom«

Übersehen und vergessen seitens der amerikanischen Geheimdienste war die Tatsache, daß Peres insgeheim, hinter dem Rücken der Vereinigten Staaten, die Vereinbarung von 1956 erst mit Frankreich, dann mit Britannien ausgehandelt hatte, was zum Sinai-Krieg führte, in dem Britannien, Israel und Frankreich Ägypten angriffen.

Israels damaliger Ministerpräsident David Ben-Gurion hatte im engsten Freundeskreis oft erklärt, daß die Vereinigten Staaten Israels größter Feind werden könnten und tatsächlich wurden.

Während seiner langen Aufenthalte in Paris und seiner Reisen durch ganz Frankreich im Jahre 1956 hatte Peres immer wieder wie besessen darauf bestanden, daß der Angriff auf Ägypten auf alle Fälle vor den Amerikanern geheimgehalten werden müsse.

Andernfalls, sagte er, würde dies in die Hose gehen, weil die Vereinigten Staaten aus eigenen globalen strategischen Interessen heraus ein Freund der Araber sein müßten und auf deren Seite in den Krieg eintreten würden.

Kein Amerikaner deckte diesen Peres-Plan auf. Spionageabwehrchef James Jesus Angleton, Israels Spitzenpartisan des CIA, unterdrückte diese Information und bemühte sich, den Verfasser aus dem Außenministerium zu entfernen.

US-Präsident Dwight D. Eisenhower, außer sich über den Verrat an den Vereinigten Staaten durch ihre angeblich stärksten Verbündeten, befahl Israel, sich von allen Territorien zurückzuziehen, die seine Armee errungen hatte. Dies war ein schwerer Schlag für Ben-Gurion, der die ganze Sinai-Halbinsel, die Israel jetzt wieder ausspucken mußte, offiziell annektiert hatte.

Ben-Gurion, der Peres und Rabin benutzte, erklomm die nächst höhere Stufe, um sich von den Vereinigten Staaten zu befreien. Mit stillschweigender Duldung der Franzosen leitete er die für Israel so erfolgreichen Atomwaffen- und Raketenprogramme ein.

Haviv Schieber und Arafat

Der erste israelische Staatsbürger und Jude, der Jassir Arafat unterstützte, war Haviv Schieber, der 1955 mit dem Verfasser dieses Artikels zusammengetroffen war.

Schieber gehörte zu einer kleinen Minderheit israelischer Juden, die glaubten, die einzige Aussicht für Jerusalem zum »Licht der Welt« zu werden, sei Frieden mit dem palästinensischen Volk und

als Teil des Friedens, die Umwandlung Jerusalems zu einer internationalen Stadt, die allen drei Glaubensrichtungen, die es als heilige Stätte betrachten, zugänglich ist.

Zu der Zeit stand Ost-Jerusalem noch unter jordanischer Herrschaft. Daher war es für Mitglieder dieser kleinen Gruppe verhältnismäßig leicht, das Konzept, daß Jerusalem, damals noch außerhalb von Israel, zur Hauptstadt sowohl Israels als auch des palästinensischen Staates werden sollte, zu akzeptieren. Nach der Eroberung Ost-Jerusalems im Krieg von 1967 änderten die meisten dieser Einzelpersonen ihre Ansicht. Schieber jedoch nicht.

Stattdessen benutzte Schieber seinen Einfluß dazu, Arafat davon zu überzeugen, daß der Kern des Jerusalem-Problems im wesentlichen in der Versöhnung zwischen der jüdischen, christlichen und moslemischen Religion durch eine gemeinsame Rolle in Jerusalem besteht, das sowohl eine weltliche als auch eine religiöse Stadt sein sollte.

Mehrere Monate vor seinem Tod erhielt Schieber über Mittelsmänner mit direktem Zugang zu Arafat dessen Segen für einen Friedensplan, den Schieber mit dem Verfasser dieses Artikels ausgearbeitet hatte.

Schieber starb am 31. Dezember 1987. Nach einem großen Streit bezüglich seiner Beerdigung wurde Schieber am 14. Januar 1988 als christlicher Jude mit religiösen Zeremonien, die von der Familie des baptistischen Pastors Dale Crowley junior, der sich mit Schieber angefreundet hatte, vollzogen wurden, bestattet.

Der Friedensplan wurde vom Verfasser dieses Artikels in einer ganzseitigen Anzeige in der Ausgabe der »Washington Times« vom 4. Februar 1988 veröffentlicht.

»The Spotlight« war eine der sehr wenigen Zeitschriften, die Schiebers Artikel brachten.

Da ihm die Ziele der strategischen Politik der Bush-Clinton-Regierung und, was noch wichtiger war, die gegenteiligen Ziele der strategischen Politik von Peres und Rabin bekannt waren, entschloß sich Arafat dazu, nach Djerejians Plan vorzugehen – aber ein anderes strategisches Ergebnis, günstiger für Israel und die Palästinenser, dabei herauszuschlagen.

Das Volk hat gewonnen

Noch fester stand sein Entschluß, daß das Zusammentreffen in Washington zwar, wie von Clinton geplant, Mitte September stattfinden, daß aber die Schauspieler auf der Bühne nicht diejenigen sein sollten, die von der Mannschaft Bush-Clinton ausgewählt worden waren.

So stand Arafat am 13. September, unter einem sonnigen Himmel, umgeben von all den Leuten, die ihn verfolgt hatten – einschließlich Peres und Rabin, Bush und Clinton, der Botschafter der arabischen Staaten, die ihm nach dem Krieg am Persischen Golf den Geldhahn zugedreht hatten und anderer Feinde –, triumphierend da. Er hatte triumphiert, weil er ein echter Populist war, ein Mann, der glaubt, daß Regierungen ihrem Volk dienen müssen.

In Zukunft werden viele für sich in Anspruch nehmen, eine Rolle gespielt zu haben, die zu den Feierlichkeiten vom 13. September führte. Die Wahrheit ist, daß keiner der Leute, die um Arafat herumstanden, eine aktive Rolle gespielt hat. Selbst Peres und Rabin, das konnte man an ihrem Unbehagen erkennen, wünschten sich, dort nicht erscheinen zu müssen. Die einzige Person, die sich wohlfühlte, war Jassir Arafat. Das Volk hatte gewonnen. □



Die Realität heißt Triumph für Israel, Niederlage der PLO

Mark Bruzonsky

Selten sind die politischen Theaterstücke Washingtons so gut choreographiert worden. Die politische Hochzeitszeremonie des Weißen Hauses mit vorgehaltener Pistole am 13. September 1993 war eine der Extravaganzen der amerikanischen Außenpolitik, für die diese imperiale Hauptstadt lebt.

An einem Tag noch gezüchtigter Terrorist, am nächsten Tag schon geschätzter Führer seines Volkes, gelang es Jassir Arafat, ein langes Vermächtnis der Niederlage in vorgeblichen Jubel zu verdrehen – obwohl niemand, einschließlich er selbst, sehr sicher sein kann, wie lange dieser Hoppla-Hopp-Vorgang Bestand haben wird.
Jassir Arafat hat bislang nicht nur überlebt, er hat sich, so erscheint es vielen Beobachtern, auf ziemlich brillante Art und Weise gewandelt.

Wie eine Raupe, die sich zu einem Schmetterling verwandelt, ist der Vorsitzende der PLO – einer Organisation, die Arafat zu einem Status des fürchterlich Besiegten und Geschlagenen geführt hatte – erneut ins Rampenlicht der Öffentlichkeit getreten.

In seiner neuen Fleischwerdung trägt Arafat viele unterschiedliche Züge.

Für eine Parteiung seines Volkes – meist diejenigen in seiner eigenen Organisation Fatah – bleibt er ihr Führer, ihr Champion, und vielleicht immer noch der zukünftige Präsident mindestens eines zusammengeschrumpften, jedoch gedemütigten Palästina.
Für diese Wählerschaft, zu der natürlich ein Großteil der palästinensischen Geschäftswelt und Aristokratie und viele aus den oberen Schichten der arabischen Welt gehören, bleibt Jassir Arafat der Unersetzliche, jedoch Undurchsichtige und Unvollkommene. Für die anderen Parteiungen seines Volkes hat Arafat palästinensische Rechte für weniger als man sich bislang vorstellen konnte, verscherbelt, »die Sache um seines eigenen Überlebens willen verraten und könnte schnell zum arabischen Marschall Philippe Pétain eines Vichy-Palästinas« werden.

Für diese Wählerschaft hat der neue Arafat fast die ganze reale Eigenstaatlichkeit Palästinas aufgegeben und die Führung der verzweifelten im Exil lebenden Flüchtlinge, von denen es immer noch in den Ländern, die an das expandierende Israel grenzen, nur so wimmelt, außer Kraft gesetzt; er tat dies für neue Herren, darunter die schlimmsten Feinde der Palästinenser von gestern. Über Arafat hinausgehend ist das, was wir in den letzten Tagen erlebt haben, die Bewahrheitung des alten Sprichworts, daß der Feind meines Feindes mein »Freund« ist.

Die sich im Nahen Osten schnell bildenden Bündnisse können einem neuen gemeinsamen Feind,

Die Realität heißt Triumph für Israel, Niederlage der PLO

der sie alle bedroht, dankbar sein. Vom Iran vorangetrieben und mit wesentlicher Unterstützung im Sudan, Libanon, Algerien, Tunesien, Ägypten und anderen arabischen Ländern, drohen die neuen »Terroristen« damit, die Region nach ihrer eigenen Vorstellung umzugestalten, anstatt den Status quo des Vasallenregimes beizubehalten, an den der Westen sich so sehr gewöhnt hat wie an eine Droge.

Die eigentlichen Ziele Israels

»Sie haben sich verändert, nicht wir«, erklärte der israelische Außenminister Shimon Peres vor einigen Tagen im israelischen Fernsehen. »Wir verhandeln nicht mit der PLO, sondern nur mit dem Schatten ihres einstigen Selbst.« Und anschließend redete er mit verschlüsselten Worten über die kommende Bewaffnung dieser Schatten-PLO gegen die Fundamentalisten der Hamas und Hisbollah.

Israels Arbeiter-Partei hat somit entschieden, ihr Schicksal mit der Fatah-Partei Palästinas, dem Kern und Überbleibsel dessen, was in vergangenen Zeiten eine revolutionäre PLO war, zu verknüpfen. Und im Verlauf dieses Vorgangs hat die Fatah entschieden, daß ihre Zukunft von den regionalen Vasallenregimes im Tandemverbund mit den Amerikanern und Israelis finanziert werden muß.

Zumindest für eine vorausschaubare Zukunft hat sich die Arbeiter-Partei somit stark in ihrer ehemaligen Nemesis verfangen und das ungewöhnlichste seltsame politische Paar geschaffen, das man sich vorstellen kann. Und die für einen derartigen verzweifelten Schachzug am meisten Verantwortlichen sind in Wirklichkeit die Hamas, die Hisbollah und die arabischen Fundamentalisten, diese in der ganzen Region verbreiteten Fundamentalisten.



Jassir Arafat hat das Herzstück der palästinensischen Sache an seine ehemaligen Feinde verkauft.

Sowohl Yitzhak Rabin als auch Shimon Peres haben am Fuße ihres Mentors Ben Gurion – des großen zionistischen Führers, der die ganzen dreißiger und vierziger Jahre hindurch die Araber täuschen konnte und eindringlich darauf hinwies, daß im historischen Palästina kein Judenstaat geplant sei – ihre Politik durchgesetzt.

Jetzt ist es das Schicksal der Nachfolger Ben-Gurions, die heutigen Palästinenser davon zu überzeugen, daß eine kooperative Existenz unter israelischer Vorherrschaft einer andauernden Rebellion vorzuziehen ist, und sie haben die Palästinenser erneut hinters Licht geführt, wann immer es ihnen paßt, dieses Mal in bezug auf palästinensische »Selbstbestimmung«.

Als Gegenleistung für die Anerkennung und Erneuerung seiner PLO ist Arafat von seinem hohen Roß heruntergeschüttelt und dazu gezwungen worden, das eigentliche Herzstück der palästinensischen Sache – die Frage der rechtlichen Anerkennung Israels und das Schicksal des im Exil lebenden palästinensischen Volkes – aufzugeben, als Gegenleistung, nicht für die Eigenstaatlichkeit Palästinas, sondern für seine eigene Anerkennung, gekoppelt mit Versprechen für beträchtliche Gelder und Polizeigewalt über andere palästinensische Parteiungen.

Arafat wird natürlich weiterhin behaupten, daß dies der einzige noch offenstehende Weg zu einem eigenstaatlichen Palästina sei. Aber was Arafat tatsächlich unterzeichnet hat, um sich ins Weiße Haus zu bringen, kommt einer Anerkennung der israelischen Hegemonie und Akzeptanz der palästinensischen Unterwürfigkeit viel näher. »Vichy-Palästina« mag ein rhetorisches Overkill sein, aber es bleiben für viele Palästinenser Kerne des Vergleichs in einer solchen Terminologie übrig.
Das ganze Drama, das durch die Zeremonie im Weißen Haus symbolisiert wird, ist natürlich eine verzweifelte Suche derjenigen, die jetzt sowohl das israelische als auch palästinensische Lager leiten, die alle keinen anderen Ausweg sahen, als sich voneinander schwängern zu lassen.

Das alte Ziel ist geblieben

Und doch selbst mit all diesen strategischen und regionalen Veränderungen bleibt Israels Ziel vis-à-vis den Palästinensern weitgehend so, wie es war, und zweifellos ist die zionistische Führung davon überzeugt, wegen der Ereignisse der letzten Tage ihren historischen Absichten viel näher gekommen zu sein.

Kurz gesagt, dieses Ziel ist das, was es immer war: Den palästinensischen Nationalismus zu zerschlagen, erstens durch andauernde Spannungen – körperlicher wie auch psychologischer Natur – innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, und zweitens durch Verdrehung palästinensischer Bestrebungen, um nach einer alternativen Form der politischen Erfüllung innerhalb der Grenzen einer Art Konföderation mit dem Staat Jordanien zu suchen.
Stets freier heraus und mit weit weniger Finesse wollte Rabins Likud-Partei Jordanien ganz einfach zu Palästina erklären und den Palästinensern in den besetzten Gebieten sagen, entweder zu verschwinden oder sich anzupassen, und der übrigen Welt nahezulegen, ganz einfach zu schweigen.
Die Arbeiter-Partei, die mit König Husseins Ahnen in den vierziger Jahren Abkommen getroffen hatte, wollte schon immer palästinensische Ballungszentren in den besetzten Gebieten mit Jordanien verbinden und dabei die strategische und ressourcenmäßige Gesamtkontrolle über das Territorium westlich des Jordans behalten. Darüber hinaus hat die Arbeiter-Partei es immer für lebenswichtig erachtet, ruhig zu sprechen, aber hart zu handeln, eine Einstellung, die das Duo Rabin-Peres bis zur Perfektion von anderen absondert.
Die grundlegende vor uns liegende Wirklichkeit ist, daß Jassir Arafats neue Rolle mehr die eines Gouverneurs von kleinen Teilen Palästinas, von palästinensischen Ballungsgebieten sein wird, die zwischen ehemaligen Feinden eingeklemmt sind: Zionisten links auf der Karte, Haschemiten rechts. Er darf weiterhin als Staatsoberhaupt hochstapeln; aber er kann in Wirklichkeit nicht dort eine solche Situation herbeiführen, wo sie wirklich von Bedeutung ist.

Der einzige Pluspunkt an dieser ganzen Sache ist, daß der politische Damm, der so lange Israels Akzeptanz innerhalb und die Beeinträchtigung der arabischen Welt verhindert, jetzt endlich durchbrochen worden ist.
Von Marokko im Westen bis Pakistan im Osten, so scheint es jetzt, stehen neue politische Arrangements bevor – wobei alle Vasallenregime sich geradezu überschlagen, um sich sowohl für Geld als auch zum Schutz ins rechte Licht zu setzen.
Ein neues Arrangement im Nahen Osten ist in den letzten Wochen in der Tat geschmiedet worden. Aber so, wie bei vielen bisherigen Versuchen, die Region unter stabile westliche Herrschaft zu bekommen, ist man bei vielen wichtigen Fragen ausgewichen, sind zu viele Mißstände nicht angepackt worden und zu viele Unzufriedene im Stich gelassen worden.

Und so wird dieser »neue« Nahe Osten, ebenso wie der alte kaum einer des Friedens und der brüderlichen Liebe sein. □



Naher Osten

Der Preis für Arafats Deal

James Harrer

Die Tinte des sogenannten Nahost-Friedensabkommens war noch nicht ganz trocken, als auch schon die Forderungen nach gewaltigen Finanzierungsmaßnahmen in den Hauptstädten der Welt, einschließlich Bonn, eingingen.

Ein atemberaubendes Preisetikett von »mindestens 30 Milliarden Dollar« geht mit dem sogenannten Friedenspakt einher, der am 13. September 1993 im Weißen Haus von israelischen und palästinensischen Politikern unterschrieben wurde, erfuhren wir aus Kreisen, die den Verhandlungen nahestehen.

Das Abkommen wird darüber hinaus »das Niveau der Gewalttätigkeiten im Nahen Osten eher anheben« als die Versöhnung fördern, sagen regionale Experten.

Vorstufe zum Krieg gegen den Islam

Einige von ihnen kritisierten das Abkommen als »Vorstufe des von Israel angestrebten Krieges mit größter Stärke gegen den Islam«. Hochstehende Offizielle ölreicher Golfstaaten, die für die »Unterzeichnung und die Akklimatisierung« nach Washington geholt wurden, wie ein saudischer Diplomat es formulierte, sagten zu unseren Korrespondenten, US-Präsident Bill Clinton und führende Persönlichkeiten des amerikanischen Kongresses hätten sich geeinigt, einen sogenannten Ermächtigungsfonds zur Deckung der Kosten für das Abkommen zwischen Israel und einer von Arafat angeführten Fraktion mittelloser Palästinenser einzurichten.

Weniger als 24 Stunden nachdem sein Deal mit der Arafat-Parteiung auf dem Rasen des Weißen Hauses unterzeichnet war, stellte Israel einen offiziellen Antrag auf neue Anleihegarantien in Höhe von zehn Milliarden Dollar von der Europäischen Gemeinschaft, um mitzuhelfen, Kredite, Investitionen und andere Gelder zur Unterstützung des Friedensprozesses zu finanzieren, erfuhren wir.

Eine solche außergewöhnliche Garantie mußte »von den Vereinigten Staaten, dem Hauptsponsor des Paktes, mitunterzeichnet werden, damit sie überhaupt in Erwägung gezogen werden kann«, warnte Dr. Philippe Villeneuf, ein in den USA ansässiger Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Zentralbank der Europäischen Gemeinschaft.

Über diese noch nie dagewesene Forderung nach weiteren zehn Milliarden Dollar – diesmal ohne den Vorwand, das Geld sei für »humanitäre« Bedürfnisse, wie zum Beispiel die »Aufnahme von Flüchtlingen« bestimmt – hinausgehend, hat Israel Führungspersönlichkeiten des Kongresses wissen lassen, daß es im kommenden Jahr verstärkte Militärhilfe in der Form von Bargeldbewilligungen und »technischer Kooperation« erwarte, um die »massive Neuverlegung von Truppen« und andere Sicherheitsmaßnahmen, die dieser Pakt mit sich bringt, zu finanzieren.

»Es sind Milliarden von Dollar aus den Taschen der Steuerzahler in diesen Forderungen der Israelis verborgen«, stellte ein Experte des Congressional Research Service (CRS), der Geheimdienstarm des Kongresses, fest.

»Die Israelis erwarten von uns, die Reparatur- und Wartungseinrichtungen für unsere in Europa stationierten Militärflugzeuge von der NATO nach Israel zu verlagern. Sie wollen auch zu einem Kostenpunkt von etwas über einer Milliarde Dollar über zwei Jahre hinweg den Hafen von Haifa zu einem ständigen Stützpunkt der US-Navy ›ausbauen‹.

Wir reden hier über gewaltige Kosten, abgesehen davon, daß die Presse überhaupt nicht über Kosten schreiben will.«

Ein Milliarden-Geschäft für Israel

Arafat verhandelt seinerseits um eine atemberaubende Summe von 15 Milliarden Dollar für seinen Deal mit Israel, die zur »Rehabilitierung« und »Neuentwicklung« des verwüsteten Gazastreifens und anderer Gebiete des Westufers verwendet werden sollen.

»Es besteht kein Zweifel daran, daß Israel seine Besitztümer in Palästina unterjocht, geplündert und ausgebeutet hat wie kein anderer Eroberer seit Dschingis Khan – vielleicht noch schlimmer, da Dschingis nur wenig Finanztalent besaß«, sagte ein hochstehender saudischer Beamter, der sich bei der Unterzeichnung des Paktes in Washington aufhielt und die begleitenden Hinterzimmer-Verhandlungen aus nächster Nähe beobachtet hatte.

»Aber ›Arafat‹ – das ist nicht einmal sein richtiger Name – ist ein Verbindungsmann (con man); er sagt den Amerikanern, daß die ölreichen Golfstaaten einen Großteil der Rechnung begleichen werden, während er uns sagt, macht euch keine Sorgen, ›die Amerikaner werden letztendes das meiste bezahlen‹. Ich traue ihm nicht.«

Wie einige andere offizielle Informanten, die in Privatgesprächen für diesen Bericht interviewt wurden, bat der hohe saudische Diplomat darum, nicht namentlich genannt zu werden. »Der Gazastreifen befindet sich in einem verzweifelten Zustand«, erläuterte er. »Ihn bewohnbar zu machen, bedarf in Wirklichkeit eines Hilfsprogrammes in der Größenordnung von mehreren Milliarden Dollar.«

»Aber ich glaube nicht, daß es dies ist, was Arafat und seine Clique im Sinn haben – von den Israelis ganz zu schweigen.«

Was Arafat und die Israelis gemeinsam haben, ist die »Notwendigkeit für ein Bailout aus einigen der jüngsten kostspieligen Fehler, die sie gemacht haben«, erläuterte Oberst Auburn Whittlesey, ein im Ruhestand lebender britischer Luftwaffenoffizier, der lange im Nahen Osten gedient hat, und der jetzt Firmenberater in Washington ist.

Anfang der achtziger Jahre, als Israel Arafat und seine PLO im Libanon bekämpften, finanzierte der Mossad, Israels Geheimdienst, die Hamas-Bewegung, eine Parteiung islamischer Fundamentalisten, von der bekannt ist, daß sie der marxistischen PLO feindlich gegenübersteht.

Sofortige Annullierung aller Kredite an den Iran

»Der Mossad hat sich schwer verrechnet«, erzählt Whittlesey. »Über die Jahre hinweg wuchs die Hamas-Bewegung zur größten und militantesten Widerstandsorganisation in Palästina heran, während der alternde, in Mißkredit geratene und bankrotte Arafat für niemand mehr eine Bedrohung ist.«

Unter seinem Pakt mit der Palestine Liberation Organization (PLO) kann Israel jetzt Arafats Schlagtrupps gegen die Hamas in Gaza ins Feld schicken, während es gleichzeitig für seine »Friedenserhaltung« eine fette Belohnung kassiert – in der Tat eine gerissene Taktik, stellte Whittlesey fest.

»Und über den Angriff auf die Hamas hinausgehend, besteht das gemeinsame Manöver Israels und Arafats darin, sich den Iran als ›Brutstätte‹ und Propagandist jener Art von eifrigem Islam als Zielscheibe auszusuchen, die die Hamas repräsentiert«, kommentierte der CRS-Experte, der nicht namentlich genannt werden wollte.

»In der gleichen Woche, als der Pakt mit weltweiten Fanfarenstößen auf dem Rasen des Weißen Hauses unterzeichnet wurde, annullierten der Internationale Währungsfonds und die Weltbank in aller Stille alle laufenden Kredite des Iran. Es war die erste Salve in einem geplanten Krieg gegen die moslemische Welt.« □

Naher Osten

Zionisten und PLO stellen sich den Tatsachen

Victor Marchetti

Seit dem Zusammenbruch des sowjet-kommunistischen Reiches und der Beendigung des Kalten Krieges hat sich unter den Israelis, den Palästinensern und den unmittelbaren Nachbarn des Judenstaats langsam ein Konsens für Frieden herausgebildet. Dieser Konsens wurde sowohl sorgfältig genährt als auch häufig angefeuert durch die USA, Europa und andere Länder der Völkergemeinschaft. Und dennoch mußten die kriegerischen Parteien sozusagen um sich tretend und schreiend in das 21. Jahrhundert geschoben und gezerrt werden.

Das Wichtigste ist jedoch, daß sie schließlich den Tatsachen, der Nutzlosigkeit und Dummheit fortgesetzter Feindseligkeiten ins Auge schauten.

Das neue System wirtschaftlicher Kooperation

Seit einiger Zeit erkennen die vernünftigeren Geister – wenn auch nicht die lauten Mäuler – in Israel und in der amerikanischen Judenheit, daß die neuentstandene Welt nach dem Kalten Krieg Israel und Palästina im Staub zurückgelassen hat. Die alten jüdisch-arabischen Blutfehden wurden in der größeren Schwungbewegung der Geschichte schnell unbedeutend. Die ehemals schwarz-weiße Welt der Konflikte des Westens mit dem Kommunismus war urplötzlich verschwunden, abgelöst durch ein neues System wirtschaftlicher Kooperation auf regionaler Ebene und Wettbewerb zwischen den Regionen. Verschwunden waren sowohl das üble sowjetische Reich als auch das amerikanische Imperium. An ihre Stelle traten die schwer ringende Europäische Gemeinschaft, die sich entwickelnde Ostasiatische Wirtschaftsallianz und die noch nicht geborene Nordamerikanische Freihandelszone.

Obwohl die Erkenntnis, daß weder die Juden noch die Araber einen vollständigen und dauerhaften Sieg erringen konnten, ein Hauptfaktor beim Zustandekommen des Friedenspaktes zwischen den Zionisten und der PLO war, war dies nicht das überragende Element. Der Motor, der die israelisch-arabische Friedensvereinbarung vorantreibt, ist die Wirtschaft. Ideologie und Volkswut sind wirtschaftlichen Fakten auf dem Boden der Wirklichkeit gewichen. Der Schlüssel für Israels Überleben und das der Palästinenser in der neuen Welt sind nicht mehr Waffen oder Terrorismus. Keine Seite hatte jemals die andere Seite völlig loswerden oder zerstören können. Aber sie konnten lernen, miteinander zu leben und zu arbeiten.

Israel muß ein Teil der Welt sein

Beobachtungen aus erster Hand und auf Interviews beruhend, die im Judenstaat geführt wurden, weisen darauf hin, daß unter Israels führenden Geschäftsleuten und Wirtschaftsexperten die Stimmung für Frieden wuchs.

Wir zitieren einen Spezialisten für Investitionen aus Tel Aviv, der gesagt hat, daß westliche Bankiers auf verlockende Gelegenheiten in der Region warten – in der Annahme, daß »dort Frieden herrschen wird«. Der Israeli setzte hinzu: »Wenn wir nicht mit den Arabern zu einer Einigung kommen, dann wird sich unsere wirtschaftliche Lage verschlechtern. Der Trend in der Welt geht in Richtung Globalisierung. Kein Staat kann isoliert leben. Israel muß ein Teil der Welt sein.«

Die Israelis haben keineswegs aus Herzensgüte mit den Palästinensern Frieden geschlossen. Es war eine praktische Geschäftsentscheidung, die den Sinneswandel der Israelis herbeigeführt hat. Das Gleiche gilt für die PLO. Nichtsdestoweniger ist erst einmal der Friede erreicht worden. Aber um diesen brüchigen Frieden zu erhalten, bedarf es eines soliden Wirtschaftsfundaments.

Die USA können den Friedensprozeß nicht bezahlen

Das letzte Mal, daß eine Friedensvereinbarung im Nahen Osten ausgearbeitet wurde, die Abkommen von Camp David zwischen Israel und Ägypten im Jahre 1979, kostete es die amerikanischen Steuerzahler ein Vermögen – seit damals mehr als fünf Milliarden Dollar pro Jahr an Hilfsleistungen an die Unterzeichner. Diesmal sind die USA jedoch nicht in der Lage, den Friedensprozeß zu finanzieren.

Es gibt nicht mehr viel, was die Israelis unter dem Aspekt finanzielle Unterstützung von den USA erwarten können. Sie bekommen bereits mehr als drei Milliarden Dollar pro Jahr an Wirtschafts- und Militärhilfe, und sie erhielten zehn Milliarden Dollar an Anleihegarantien. Aber wir können sicher sein, daß die jüdische Pro-Israel-Lobby und ihre Gesinnungsfreunde im amerikanischen Kongreß und in den Medien versuchen werden, noch mehr Geld aus dem bereits überlasteten amerikanischen Steuerzahler herauszuquetschen.

Und der PLO-Führer hat die Clinton-Regierung und den Kongreß bereits unter Druck gesetzt. Die PLO schätzt, daß sie über die kommenden zehn Jahre hinweg etwa 11,2 Milliarden Dollar benötigt, um am Westufer und im Gazastreifen ein lebensfähiges Wirtschaftsumfeld zu schaffen. Wirtschaftswissenschaftler sagen, dies sei eine konservative Schätzung, eine realistischere Ziffer seien 20 Milliarden Dollar. Arafat meint, die palästinensische Infrastruktur sei »völlig zerstört«. Er sagt: »Wir haben Versprechen«, aber noch kein Geld.

Aus Kreisen des Weißen Hauses verlautet, daß der Präsident einen Anlauffonds von 590 Millionen Dollar zusammenstellen will, um die Dinge in Gaza und Jericho in Gang zu bringen, habe aber von anderen potentiellen Regierungen, die beisteuern sollen, noch keine bindende Zusage erhalten. Regierungsbeamte heben hervor, daß ein Großteil der Finanzhilfe von anderen Ländern – die Europäische Gemeinschaft, die Staaten am Persischen Golf und Japan – kommen müsse.

Anders als die Palästinenser, die natürlich hoffen, sich aus Armut und sogar Hungersnot, die ihnen von ihren jüdischen Unterdrükkern aufgezwungen wurden, erheben zu können, erwarten die Israelis riesige Friedensdividenden. Insbesondere rechnen sie mit einem bedeutsamen Anstieg im Handels- und Investitionsgeschäft mit fortschrittlichen Industrieländern. Sie glauben, daß die dahinschwindende Aussicht auf einen militärischen Konflikt, zusammen mit der Aufhebung des arabischen Wirtschaftsboykotts gewaltige Vorteile, besonders mit Europa und Japan, mit sich bringen wird.

Der Schock von außen

Die Israelis hoffen, daß der Friede es dem Judenstaat ermöglichen wird, seinen Übergang von einer untüchtigen Wirtschaft der sozialistischen Belagerung zu einem selbständigen Mitglied der Weltbruderschaft des High-Tech und des hohen Einkommens schnell zu vollenden. Aber Wirtschaftswissenschaftler warnen, daß die Verringerung der Militärausgaben möglicherweise langsam und nicht annähernd so glatt oder so günstig für die zivile Wirtschaft vonstatten gehen wird, wie man es sich erhofft. Außerdem werde die Aufmöbelung des fest verankerten Sozialismus noch viel Zeit in Anspruch nehmen, und der bürokratische Staatsap-

parat wird weiterhin eine wenig hilfreiche Rolle dabei spielen, Israel zu einer echten Wirtschaft des freien Unternehmertums zu machen.

Nichtsdestoweniger dürften die mit niedrigen Kosten arbeitenden Sektoren der Chemie und der Produktion von spezialisierter Elektronik in der internationalen Arena gut dabei wegkommen. Der Handel mit den arabischen Ländern dürfte ebenfalls steigen. Aber Wirtschaftswissenschaftler weisen darauf hin, daß die Wirtschaft der gesamten arabischen Welt kleiner als die von Kanada sein wird. Sie sind auch schnell damit bei der Hand, den Gedanken herunterzuspielen, daß Israel sich zum Handelszentrum des Nahen Ostens mausern könnte und weisen darauf hin, daß Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten bereits das Hongkong des Nahen Ostens ist.

Dennoch schlägt der Optimismus hohe Wellen. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Howard Rosen meint: »Dies ist der Schock von außen, auf den die israelische Wirtschaft gewartet hat.«

Die Bedrohung der Fundamentalisten

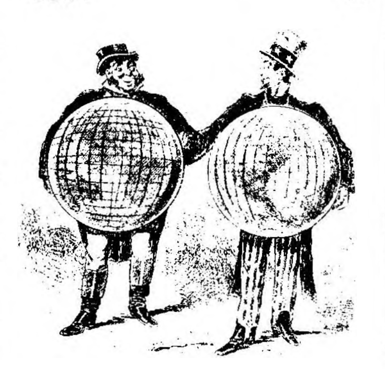
Während die meisten Staaten des Nahen Ostens sich schließlich dem Friedensprozeß anschließen werden, werden einige – Iran und Irak – außerhalb des Kreises bleiben und weiterhin Widerstand leisten. Obwohl isoliert, könnte der Irak eine Möglichkeit finden, in der Region Schwierigkeiten zu machen, aber das wird langfristig gesehen kaum wirkliche Folgen haben. Der Iran jedoch, als Sitz des islamischen fundamentalistischen Terrorismus, wird hart und fanatisch daran arbeiten, das brüchige Friedensabkommen zu unterwandern und stellt somit langfristig eine Bedrohung dar.

Die einzigen anderen Hindernisse für den neugeborenen Friedenspakt sind die Eiferer – sowohl israelische als auch palästinensische –, die ideologisch zu sehr verbogen sind, um sich der verändernden Welt anpassen zu können. Und natürlich jene amerikanischen Juden in der israelfreundlichen Interessensgruppe, deren Leben und Lebensunterhalt darauf aufgebaut sind, sich und andere davon zu überzeugen, daß Israel keine andere Wahl hat, als sich für immer mit den Arabern herumzuschlagen. Auch sie werden sich daher dem Frieden widersetzen.
Aber die meisten jüdischen Israel-freundlichen Organisationen haben sich bereits entschlossen, dem Pakt zwischen Israel und der PLO Rückendeckung zu geben. Berichten zufolge entwerfen sie bereits Pläne, »finanzielle Unterstützung für den neuen Pakt aufzubringen«.

Robert Lifton, Präsident des American Jewish Congress, und George Salem, Präsident der National Association of Arab Americans – eine der Gruppen, die die ADL auszuspionieren pflegte –, haben verkündet, daß sie zusammenarbeiten werden, um Gelder für die palästinensischen Territorien aufzutreiben.
Schon mehrere Tage bevor der Friedenspakt, am Montag den 13. September 1993 unterzeichnet wurde, trafen die Leiter von 18 großen amerikanisch-jüdischen Organisationen in New York zusammen und gelobten, ihn zu unterstützen. Zu der Gruppe zählte auch Steve Grossman, Präsident des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC). Ein Sprecher für AIPAC sagte, daß seine Organisation sich im amerikanischen Kongreß als Interessenvertreter betätigen werde, um diesen unter Druck zu setzen, Gesetze zu verabschieden, um den Palästinensern zu helfen.

Grossman wörtlich: »Wir sind sehr erregt und sehr bewegt. Es ist absolut obligatorisch, die sich bietende Gelegenheit beim Schopf zu fassen und vorwärts zu marschieren. Die Führung der jüdischen Gemeinde ist sich darin einig, diese Sache praktisch voll zu unterstützen.«

Aha, aber woher kommt das Geld? □



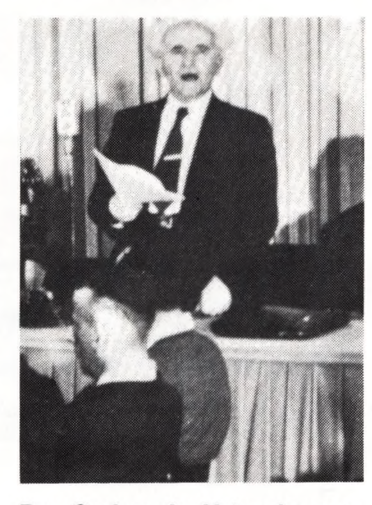
Israel

Ben Gurions Skandale

Victor Marchetti

Naeim Giladi Khaleshi wurde um 1930 herum im Irak in einer Familie jüdischer Bauern geboren, die dort Datteln und Reis anbauten. Seit frühester Kindheit nahm er die reiche arabische Kultur und Literatur, sowohl Prosa als auch Poesie, in sich auf. Nach dem Massaker an Juden in Bagdad im Jahre 1941, das von den Briten organisiert wurde, trat er der zionistischen Untergrundbewegung bei.

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zog Naeim Giladi in den südlichen Iran, wo seine Familie Ackerland besaß. Dort beteiligte er sich an dem Durchschleusen von Juden aus dem Irak nach Israel. Ende der vierziger Jahre zog er ebenfalls nach Israel, wo ihm »ethnische Diskriminierung ins Gesicht schlug, die er bekämpfte, und organisierte als Mitglied der Bewegung schwarzer Panther orientalischer Juden Tausende von anderen zum Widerstand dagegen«. Als Mitglied des Exekutivausschusses des Histadrut, Israels Gewerkschaft, wurde er zum Repräsentanten dieser Bewegung.



Ben Gurion, der Vater des modernen Israels, wird von Naeim Giladi Khaleshi für viele Verbrechen gegen das jüdische Volk verantwortlich gemacht.

Die traurigen Erfahrungen eines Juden

Sein Kreuzzug gegen die ethnische Diskriminierung in Israel verärgerte die dortige Regierung, die von europäischen Juden dominiert wurde. Sie übte Vergeltung, indem sie ihm und Mitgliedern seiner Familie Arbeitsplätze verweigerte. Trotz der wirtschaftlichen Härte setzte Giladi seinen Kampf um soziale Gleichheit und Gerechtigkeit fort und rief zu einem israelisch-arabischen Frieden auf, der Grundlage echter Verständigung und Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes sein könnte. 1982, nach dem von den Israelis gebilligten Gemetzel an palästinensischen Flüchtlingen in den Lagern Sabra und Shatila in der Nähe von Beirut, während des Einmarsches in den Libanon, wanderte er in die Vereinigten Staaten aus.
Im vergangenen Jahr veröffentlichte Giladi ein Buch mit dem Titel »Ben Gurion's Scandals: How the Haganan & the Mossad Eliminated Jews«, das über seine persönlichen Erfahrungen als jugendliches Mitglied des zionischen Untergrunds im Irak berichtet. Es ist eine vernichtende Kritik an dem, was sich dort in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ereignete. Der Verfasser zerstört den Mythos von Mordechai Ben Porat (Murad Kisas), des israelischen verdeckten Agenten, der in der zionistischen Folklore dafür gefeiert wird, daß er seine irakisch-jüdischen Glaubensbrüder bei ihrer Rückkehr nach Israel aus dem Land Babylon herausführte.

Laut Giladi war Ben Porat ein ehrgeiziger und erbarmungsloser Opportunist, der auf Terrorismus zurückgriff, um die Juden zu verschrecken, den Irak zu verlassen, wo sie 2500 Jahre in Frieden und Wohlstand gelebt hatten.

Giladi behauptet, daß es zur terroristischen Taktik des Mossads gehörte, Handgranaten in die von Juden frequentierten Straßencafés zu werfen und Synagogen zu bombardieren – wofür Ben Porat und die Zionisten dann die Irakis verantwortlich machten.

Der Trick funktionierte, und die Juden flohen nach dem neu gegründeten Staat Israel. In dem Judenstaat fanden die irakischen Juden sich dann als Bürger zweiter Klasse wieder, dominiert und manipuliert durch die europäischen Juden, die die Regierung beherrschten.

Die Juden zweiter Klasse

Giladis Buch bringt ähnliche und sogar noch schlimmere Methoden ans Tageslicht – die Tausenden von Juden das Leben kosteten –, die von zionistischen Eiferern angewendet wurden, um Israel zu schaffen und es mit Juden zu bevölkern. Diese Anklagen sind das Ergebnis einer zehnjährigen peinich genauen Forschungsarbeit des Autors, nachdem er nach Amerika gekommen war.

Laut Giladi war David Ben Gurion, der Vater des modernen Israels, für diese Verbrechen gegen das jüdische Volk am meisten verantwortlich. Der Verfasser führt 15 Fälle auf, darunter:

Ben Gurions Mißachtung der vorliegenden Informationen über die Ermordung von Juden während des Zweiten Weltkriegs.

Ben Gurions Billigung der Versenkung von Schiffen, die jüdische Flüchtlinge aus Europa nach Palästina brachten.

Ben Gurions Duldung der geheimen Kontakte der Hagana und des Mossads mit Nazi-Deutschland und Adolf Eichmann – später in Israel als Kriegsverbrecher hingerichtet –, um mit den Deutschen ein Abkommen gegen die Briten im Nahen Osten zu treffen.

Das Massaker an jüdischen Touristen, die aus Eilat zurückkehrten, um einen israelischen Angriff auf Jordanien zu rechtfertigen.

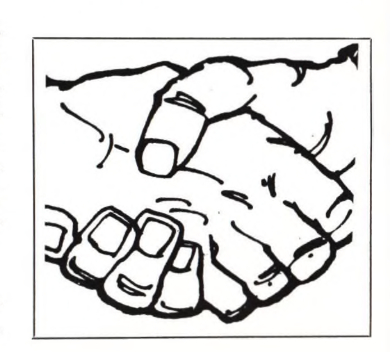
Pläne zur Bombardierung einer israelischen Stadt unter Verwendung eines als ägyptische Maschine getarnten Flugzeugs, um einen Krieg zu provozieren.

Giladi als Geschichten-Erzähler

Obwohl die jüdische pro-israelische Gemeinde in Amerika Giladi als einen verbitterten Unzufriedenen darstellen möchte, ist er das keineswegs. Als er noch in Israel lebte, sammelte er volkstümliche Geschichten, die sowohl die jüdische als auch arabische Kultur gemeinsam haben und dort oft in Zeitungen veröffentlicht und im Rundfunk ausgestrahlt wurden. Einige Beispiele für diese seltsamen kulturellen Ähnlichkeiten sind auch in diesem Buch zu finden. Eins davon nachstehend.

»Der jüdische Feiertag, das Passah-Fest, ist ein antiker Feiertag, der Feiertag der Hirten im Nahen Osten. An diesem Feiertag kommen die Hirten zusammen, schlachten ein Schaf und führen einen lebhaften Tanz vor dem Feuer auf, während das Fleisch gegrillt wird. Sie singen und beten für ein gutes und grünes Jahr, und die Feierlichkeiten dauern eine Woche.«

»Der Feiertag fällt auf den Frühlingsanfang. Die Perser feiern den gleichen Festtag, aber sie nennen ihn Naq Tuz, den neuen Tag. Die Ägypter feiern diesen Tag auch zur gleichen Zeit, Sham El-Nessim, das Einatmen der Luft, genannt. Aber alle praktizieren sie den gleichen Brauch; alle Familienmitglieder kommen zusammen, essen gut, tanzen und stiften Ehen. Die meisten Hochzeiten finden während dieser Feiertage statt.« □



Flirt mit Gaddafi

Victor Marchetti

Die israelische Regierung, vor allem Außenminister Shimon Peres, ist dabei, sich mit dem starken Mann Libyens, Muhammar Gaddafi, zu versöhnen. Obwohl der Besuch von rund 200 libyschen Pilgern in Israel vor einigen Wochen, um an heiligen moslemischen Stätten zu beten, ein Public Relations-Fehlschlag war, gehen die Bemühungen, das Kriegsbeil zu begraben, weiter.

Laut »Jerusalem Post« verbrachte Peres während einer kürzlichen Zusammenkunft mit dem Nahost-Friedens-Koordinator des amerikanischen Außenministeriums, Dennis Ross, im King David Hotel volle 90 Minuten damit zu erläutern, warum ein modernes Libyen für die regionale Stabilität von wesentlicher Bedeutung ist, und daß Gaddafi kein Ausüber des Terrorismus mehr sei. Vorher hatte Peres, wie berichtet wird, Gespräche mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak geführt, bei denen der israelische Außenminister Mubarak dringend nahelegte, auf eine Annäherung zu Gaddafi hinzuarbeiten.

Beziehungen zu Libyen normalisieren

Peres – und augenscheinlich der Ministerpräsident Yitzhak Rabin – glauben, daß die Zeit gekommen ist, um die Beziehungen zu Libyen zu normalisieren. Gaddafi, der jetzt noch mehr Angst vor dem Aufstieg des vom Iran angeheizten islamischen Fundamentalismus und Terrorismus hat als vor dem israelischen Zionismus, will sich anscheinend der wachsenden internationalen Allianz gegen diese Bedrohung anschließen. Um dieser Allianz beitreten zu können, muß er jedoch vergangenen Taten gegen den Westen abschwören.

Daher begann Gaddafi im vergangenen Jahr in aller Stille eine Kampagne zur Verbesserung des Images seines Landes, indem er versuchte, die seit langem schwelende Kontroverse über die angebliche Verwicklung Libyens in den Bombenanschlag auf die Pan Am 103 im Jahre 1988 zu bereinigen. Seine Repräsentanten setzten sich mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses zusammen, um die beiden libyschen Verdächtigen für eine Gerichtsverhandlung in einem neutralen Land, statt im Vereinigten Königreich oder in den USA, wie von den Vereinten Nationen festgelegt, zur Verfügung zu stellen. Es waren totgeborene Ouvertüren.

Über eine Koalition von israelischen Waffenhändlern, jüdisch-kanadischen Immobilienentwicklern und einem saudischen Händler nahm Gaddafi Verbindung zu Rabins Arbeiter-Regierung in Israel auf. Zu der Gruppe der Mittelsmänner gehörten der ehemalige Leiter des israelischen Außenministeriums und Mossad-Agent David Kimche, der Waffenhändler und Zeitungsherausgeber Yaacov Nimrodi, der saudische Finanzier und Mittelsmann, der durch Schmiergeldzahlungen unlautere geschäftliche Transaktionen ermöglicht, Adnan Khashoggi – alle durch die Iran-Contra-Affäre berühmt – und mindestens einer der Gebrüder Reichman, in Kanada ansässige jüdische Grundstücksentwickler. Einige israelische Kreise glauben, daß Gaddafi gerade in diese Initiative sehr viel Geld gesteckt hat – was alle Beteiligten stark beeinflußt habe.

In jüngerer Zeit nahm Gaddafi die Dienstleistungen des ehemaligen Beraters des amerikanischen Außenministeriums, Abraham Sofaer, in Anspruch, um ihm bei der Lösung der Pan-Am-103-Affäre zu helfen und – gegen eine sehr hohe Gebühr – als Libyens Agent in Washington zu dienen.

Muhammar Gaddafi (links) und der syrische Präsident Hafez el-Assad sind die Unberechbaren in der Nahost-Politik.

Als Sofaers Arrangement mit Libyern publik wurde, gab es einen Aufschrei in der jüdischen Gemeinde, vor allem bei den Familien der Opfer des Bombenanschlags auf die Pan-Am-Maschine. Als Folge dieser Entwicklung ließ Sofaer seinen neuen Klienten fallen, blieb jedoch dabei, daß die Libyer ernsthaft darum bemüht seien, die Sache mit der Pan Am 103 zu klären und diplomatische Beziehungen zu den USA und Israel aufzunehmen.

Gaddafis diplomatische Initiativen

Seitdem hat sich Libyens Außenminister Omar Mustafa Muntasser an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Butros-Ghali gewandt und ihm vorgeschlagen, die beiden Verdächtigen zur Aburteilung in Großbritannien zur Verfügung zu stellen. Muntasser lehnte es ab, mit Journalisten über diesen Plan zu diskutieren, aber Butros-Ghali bestätigte, daß dazu aufgerufen wird, »die Verdächtigten für einen Prozeß ... in Britannien auszuliefern«.

Gaddafis Vorschläge kommen zu einer Zeit, in der sich im amerikanischen Kongreß unter jüdischen Abgeordneten Gefühle verstärken, die Clinton-Regierung unter Druck zu setzen, gegen Libyen wegen dessen angeblicher Verwicklung in den Bombenanschlag auf die Pan Am härtere Sanktionen zu erlassen. Das US-Außenministerium wurde aufgerufen, darauf zu bestehen, daß die Vereinten Nationen ein Embargo über Libyens Ölexporte verhängen, um Gaddafi dazu zu zwingen, die beiden im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag Verdächtigten zwecks Aburteilung zu überstellen. Der Schritt ist jedoch bei den Vereinten Nationen oder unter Amerikas europäischen Verbündeten nicht gerade populär.

Iran steht immer noch im Verdacht

Geheimdienstbeamte in den USA, Westeuropa und Israel sehen in der Pan-Am-103-Affäre eine Pandorabüchse. Erstens ist die Libyen-Verbindung bestenfalls hauchdünn. Es steht überhaupt nicht fest, daß die beiden Verdächtigten in das Komplott verwickelt waren, und es ist noch unwahrscheinlicher, daß Gaddafi selbst darin verwickelt war. Darüber hinaus liegen substantielle Beweise vor, die auf eine Schuld des Irans, Syriens und der Palästinenser und auf ein Versagen der amerikanischen, britischen und deutschen Geheimdienste hindeuten.

Die meisten Beobachter glauben, daß die Iraner den Bombenanschlag auf die Pan Am 103 angeordnet und finanziert haben, und zwar als Vergeltung für den Abschuß eines iranischen Airbus durch ein amerikanisches Kriegsschiff im Persischen Golf ein Jahr zuvor. Der Bombenanschlag wurde wahrscheinlich von der radikalen Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command inszeniert, die von Ahmed Jibril geleitet wird, der seinerseits aus Libyen heraus unter dem Schutz der dortigen Regierung operierte. □

Hintergrund-Journal

Britanniens Wirtschaftsflaute schlimmer als in den dreißiger Jahren

Die »derzeitige Wirtschaftsflaute« in Großbritannien ist »wahrscheinlich schlimmer als die große Depression in den dreißiger Jahren«, schrieb Theo Barker, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der University of London, in einem Kommentar in der Londoner »Times«. Barkers Artikel trug die Überschrift: »You've Never Had It So Bad« (»Sie haben es niemals so schlecht gehabt«).

Unter Hinweis auf die große Zahl von Arbeitslosen heute in Großbritannien hob Barker hervor, daß »die derzeitige Entbehrung viel verbreiteter ist als in den dreißiger Jahren, da sie seinerzeit auf gewisse spezielle Wirtschaftsbereiche konzentriert war, während heute leerstehende Fabriken, Büros und Läden überall im Land die vielsagenden Anzeichen der Depression verraten. Manager und die Bessserstehenden finden sich jetzt in den Reihen der Arbeitslosen wieder, oft im mittleren Alter stehend, wo es schwierig, wenn nicht unmöglich ist, jemals wieder einen Arbeistplatz zu finden. Derartige Zusammenbrüche von Familieneinkünften waren in den dreißiger Jahren selten. Nur wenige teure Häuser wurden damals zum Verkauf angeboten.« Der Grundstücksmarkt, behauptete er, befinde sich in einem schlimmeren Zustand als damals, und Britannien habe eine viel kleinere Produktionsbasis, um den Schlag abzufangen.

»Es ist mit Sicherheit höchste Zeit für größeren Realismus und den Beginn einer Debatte über die Ernsthaftigkeit unseres Dilemmas«, äußerte er nachdrücklich. □

Eine permanente Unterklasse entwickelt sich in Australien

Eine permanente Unterklasse entwickelt sich in Australien, heißt es in einer Studie des in Sidney erscheinenden »Morning Herald«. Die Anzahl der Menschen, die seit zwei Jahren und länger ohne Beschäftigung sind, sei jetzt fünfmal so hoch wie 1980; etwa 20 Prozent der Erwachsenen in Australien seien funktionell Analphabeten und 40 Prozent der Personen, die vor örtlichen Gerichten schuldig gesprochen wurden, seien arbeitslos.

Indessen belegt eine in »The Age« in Melbourne veröffentlichte Studie der OECD, daß Regierungsausgaben in Australien, um Menschen aus ihrer Arbeitslosigkeit herauszuhelfen, zu den niedrigsten in der westlichen Welt gehören. Bei einer Arbeitslosigkeit von 10,8 Prozent gibt Australien 0,01 Prozent seines Bruttosozialprodukts für direkte Arbeitsplatzmaßnahmen aus, im Vergleich zu 0,44 Prozent in Deutschland und 0,7 Prozent in Finnland. □

Angriffe auf den Irak verstoßen gegen das Völkerrecht

Der Raketenangriff der Amerikaner auf Bagdad ist ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht, schrieb Professor Ulrich Fastenrath von der Universität Köln in der »Frankfurter Allgemeine«. Er trifft folgende Feststellungen:

Erstens: Der Angriff war eklatante Aggression gegen einen anderen Staat; er ließe sich vielleicht durch die Vereinten Nationen gemäß Artikel 51 der Charter der Vereinten Nationen rechtfertigen, aber Clinton hat die Vereinten Nationen nicht einmal gefragt. Selbst mit Billigung der Vereinten Nationen wäre es immer noch Aggression und Verstoß gegen das Völkerrecht; jedenfalls verstößt der Angriff gegen Artikel 2 der Charter der Vereinten Nationen, der die Anwendung von Gewalt gegen das Territorium eines anderen Staates verbietet.

Zweitens: Wenn Clinton sagt, er habe wegen eines Mord-Komplotts gegen George Bush seitens des Irak handeln müssen, dann muß klar gesagt werden, daß Bush zu dem Zeitpunkt ein privater Bürger war, und es gibt keine Klausel im Völkerrecht, die einem Staat erlaubt, einen anderen Staat anzugreifen, weil einer seiner Privatbürger angegriffen worden ist.

Drittens: Das Recht, militärische Macht gegen einen anderen Staat einzusetzen, ist ziemlich begrenzt. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat vor einigen Jahren in bezug auf amerikanische Aktionen gegen Nicaragua entschieden, daß nicht einmal der geringste Grenzzwischenfall solche Aktionen rechtfertige. Was im vorliegenden Fall geschah, ist noch weniger als dies. □

Ölproduktion in den USA sinkt

Das American Petroleum Institute (API) gab seinen Halbjahresbericht über die Statistik der amerikanischen Ölproduktion, -einfuhr und -verbrauch für das erste Halbjahr 1993 heraus. Der Bericht belegt, daß sowohl die inländische Produktion wie auch der Verbrauch weiter nach unten tendieren. Die Produktion befinde sich derzeit auf dem niedrigsten Stand seit 35 Jahren, der Verbrauch sei geringer als 1977, und die Einfuhren seien im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 Prozent gestiegen.

Der API-Bericht wurde von Dr. Edmund H. Murphy, dem Direktor für Finanz, Abrechnung und Statistik, vorgelegt. Murphy sagte, der Inlandsausstoß an Rohöl sei um 6,9 Millionen Barrel pro Tag gesunken, um 5,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wobei die größte rückläufige Bewegung bei Alaskas North Slope zu verzeichnen sei. Die Produktion von North Slope fiel im Vergleich zu den Niveaus des Vorjahres um 8,5 Prozent. Er schrieb die sinkende Produktion sich hinterherhinkenden Preisen und eingeschränkten Neubohrungen zu, schrieb der »Houston Chronicle«.

Der »Chronicle« zitiert Murphy wie folgt: »Im vergangenen Jahr zu dieser Zeit stand West Texas Intermediate bei 21 Dollar pro Barrel. Jetzt beläuft sich der Preis um 18 Dollar herum. Wenn man irgendjemanden im vergangenen Jahr gefragt hätte, wie die Preise im Juli dieses Jahres sein würden, so hätte dieser sie auf 21 bis 22 Dollar beziffert – und man erwartete auch eine stärkere Nachfrage.«

»Es ist größtenteils eine Wunde, die wir uns selbst beigebracht haben. Die Preise würden nicht dermaßen fallen, wenn wir dort bohren dürften, wo Öl ist«, sagte er, und bezog sich dabei auf geschützte Gebiete vor der Küste und in Afrika, zum Beispiel in Somalia. □

Bankers Trust vertuscht Nichterfüllung einer italienischen Firma

Der Bankers Trust versucht, eine als Nebenprodukt zustandegekommene Nichterfüllung der italienischen staatseigenen Holdinggesellschaft EFIM, die vor einem Jahr unterging, zu vertuschen, verlautet aus gut informierten Finanzkreisen. Diese Informanten sagen, daß der einzige Grund, warum die Märkte jetzt über die Existenz des Tauschhandels zwischen Bankers Trust und EFIM, eine Firma mit rund acht Milliarden Dollar Schulden, Bescheid wissen, sei die Enthüllung des vom italienischen Staat ernannten Konkursverwalters Alberto Predieri, der zu internationalen Bankgläubigern von EFIM sagte, daß EFIMs staatliche Konkursverwalter keine Zahlungen irgendwelcher EFIM-Schulden vornehmen werden, bis die Frage des Tausches geklärt ist. Wie berichtet wird, sind Banker verzweifelt darum bemüht, die Nichterfüllung zu verbergen, aus Furcht vor einer »Dominowir-

kung« auf den sich auf mehrere Billionen Dollar belaufenden internationalen Swapgeschäftsmarkt, der von amerikanischen und britischen Banken dominiert wird.

Ein Sprecher für Chase Manhattan, der dem Ausschuß für Bankgläubiger vorsitzt, stellte geheimnisvoll fest: »Was hier auf dem Spiel steht ist viel weitläufiger als nur EFIM.«

Gläubiger-Banken, vor allem amerikanische, die gewaltigen Nebenprodukt-Kontakten zu bankrotten italienischen ausgesetzt sind, üben fieberhaft Druck auf die italienische Regierung aus, sie durch Sicherheitsleistungen von ihrem Ausgesetztsein gegenüber der Firma EFIM, dem italienischen landwirtschaftlichen Kombinat Ferruzi und möglicherweise mehreren anderen großen italienischen Multinationalen, von denen man glaubt, daß sie seit dem Zusammenbruch des Lira um 30 Prozent im vergangenen September in ähnliche auf Derivate bezogene Zahlungsunfähigkeit geraten sind.

Die Londoner »Financial Times« berichtete, daß die Europäische Gemeinschaft ein Abkommen zwischen der italienischen Regierung und den Gläubiger-Banken über EFIM blockiere, durch Sperrung der Auszahlung von 4,4 Milliarden Dollar durch die italienische Regierung an die Gläubiger-Banken der Firma EFIM, da sie dies, wie Brüssel es nennt, als »ungerechte Hilfe« erachtet. □

Chinesische Generale verurteilen Korruption

Die beiden höchsten Offiziere der chinesischen Volksbefreiungs-Armee (PLA) warnten in einem in der offiziellen »People's Daily« erschienenen Artikel vor »einer ansteigenden Welle von Korruption, Anbetung des Geldes und Hedonismus« in der Armee. Die PLA feierte am 1. August dieses Jahres ihr 66. Jubiläum.

General Liu Huaqing, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei, und General Zhang Zhen, ein Vize-Vorsitzender der Zentralen Militärkommission der Kommunistischen Partei, schrieben, daß »die ungesunden Tendenzen und negativen Erscheinungen ... eine Bedrohung für die Entwicklung des Militärs darstellen«.

Vorher gab die Zentrale Militärkommission eine in der ganzen Presse des Landes veröffentlichte Direktive heraus, mit der die Spekulation der Volksbefreiungs-Armee mit Devisen und Ländereien verboten wird, und die sich vor allem gegen einige Gruppen innerhalb des Militärs richtet, die in »Hotels der höheren Klasse, Büroblocks und Ferienvillen« verwickelt sind. In der Direktive heißt es auch, daß »Gelder des Militärs nicht auf private Sparkonten überwiesen werden dürfen«.

Die PLA steigt seit Jahren selbst »ins Geschäft« ein, was zu den »Freimarkt«-Reformen von Deng Xiaoping gehört, und um genug Gelder zur Mordernisierung des Militärs aufzutreiben. □

Trans-Nationale verringern direkte Investitionen im Ausland

In dem freigegebenen »World Investment Bericht 1993« der Vereinten Nationen heißt es, daß direkte Investitionen durch »Trans-Nationale«, das heißt, multinationale Firmen, im Ausland von 234 Milliarden Dollar im Jahre 1990 auf 150 Milliarden Dollar im Jahre 1992 zurückgegangen seien.

In dem Bereich wird jedoch hervorgehoben, daß der Einfluß der Trans-Nationalen auf die Weltwirtschaft wachse. Der Gesamtumsatz im Jahre 1993 habe 5,5 Billionen Dollar erreicht und überschreite somit den gesamten Welthandel, der sich nur auf vier Billionen Dollar belaufe. Auf Grund von Umorganisierungen innerhalb der Vereinten Nationen würde der jährliche Investitionsbericht zum ersten Mal unter der Oberaufsicht des UN-Council on Trade and Development (Unctad) zusammengestellt.

Die Schweizer Tageszeitung »Neue Zürcher Zeitung« bemerkte, daß der Bericht eine Veränderung in der Einstellung gegenüber multinationalen Firmen kennzeichnet. Diese würden nicht mehr unfairer, übler Praktiken bezichtigt. Stattdessen werden sie als lebenswichtig für Erreichung einer »Verflochtenheit nationaler Firmen« und einer »Gesamt-Weltproduktion« erachtet. Daher werden sie jetzt »Trans-Nationale« genannt.

Trans-Nationale, so heißt es in dem Bericht, werden durch die neue multilaterale Politik der OECD und der Weltbank, nationale Entregulisierungs-Maßnahmen und durch Schritte in Richtung auf regionale Einbindung, wie zum Beispiel das North American Free Trade Agreement und der Binnenmarkt der europäischen Gemeinschaft, ermutigt. □

Ausländischer Einfluß bei Terrorismus in Italien erkannt

»Irgendjemand will unser Land auf die Knie zwingen«, schrieb der Journalist Piero Ostellino in einem Leitartikel in der Mailänder Tageszeitung »Corriere della Sera«. Ostellino suggerierte, daß diejenigen, die nach den Urhebern der andauernden terroristischen Entstabilisierung Italiens suchen »nicht nur in den nationalen Müll, sondern über ihre Staatsgrenzen hinweg schauen sollten«.

Ostellino polemisierte gegen diejenigen, die die jünsten Bombenanschläge einfach als »Reaktion des alten Regimes auf das neue« interpretieren, und stellte fest, daß man »nach denjenigen suchen muß, die bereits eine Organisation haben, die in der Lage ist, schlagartig tätig zu werden, und das mit äußerster Wirksamkeit.«

»Was auf dem Spiel steht«, schrieb Ostellino, ist, »ob Italien im Inland eine Kolonie seiner Kriminalität und nach außen hin eine Kolonie der Weltspekulation sein wird.«

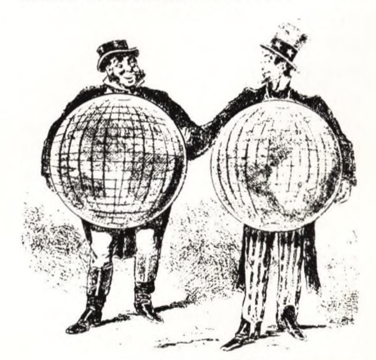
Seit Februar dieses Jahres zirkulieren Berichte überall in den italienischen Medien, in denen die Rolle dokumentiert wird, die anglo-amerikanische Finanz- und Geheimdienstkreise bei der Entstabilisierung Italiens spielen. □

Orthodoxe Kirche hat in Griechenland größeren Einfluß

Die Leidenschaftlichkeit der Orthodoxen Kirche bestimmt mehr und mehr die Richtung der Politik in Griechenland, berichtete die französische Tageszeitung »Libération« und hob hervor, daß die Orthodoxie das Bindeglied sei, das Griechenland und »Großserbien« miteinander verbindet.

Der Korrespondent Elie Ravanno schrieb, daß die historischen Kämpfe der orthodoxen christlichen Kirche gegen die römisch-katholische Kirche und den Islam sehr stark die Gedankengänge der heutigen Führer der Griechisch-Orthodoxen Kirche und Politiker bewegt.

Ravanno hob hervor, daß Griechenland eine Theokratie ist, dessen Verfassung die »dominierende« Rolle der Orthodoxen Kirche im Verhältnis zu anderen Religionen, die als »fremde Dogmen« erachtet werden, offiziell festlegt. Nicht-orthodoxe Griechen müssen sich ihre Vaterlandsliebe in Frage stellen lassen, sagt der Kopf der Katholischen Kirche in Griechenland, der Erzbischof von Athen Foscolos. □



Der Zusammenbruch kommt von innen

Alec de Montmorency

Kräfte von außen werden nicht erforderlich sein, um Südafrika zu zerstören. Dieses Ziel wird von innen heraus erreicht. Es wurde in den Medien des internationalen Establishments kaum zur Kenntnis genommen, daß Walfisch-Bucht, die südafrikanische Enklave an der Küste Namibia – das ehemalige Südwestafrika –, von der Regierung von F. W. De Klerk sang- und klanglos an das schwarzafrikanische Land abgetreten wurde. Es ist gebietsmäßig ein verhältnismäßig kleines Gebiet – sechs mal fünf Meilen groß, plus einige unbewohnte Inseln –, aber es hat eine sehr große geopolitische Bedeutung.

Achthundert Meilen (1280 km) nördlich von Kapstadt gelegen, öffnet sich die Bucht im Norden zum Südatlantik hin und ihr Eingang wird durch die Halbinsel Pelikan geschützt. Es ist ein strategisch wichtiger Tiefwasser-Marine- und Luftstützpunkt und ein guter Handelshafen, durch den neun Zehntel des Handels des neuerdings unabhängigen Namibia abgewickelt wird.

Der bedeutendste Hafen an der Westküste Afrikas

Walfisch-Bucht ist in der Tat der bedeutendste Hafen an der Westküste Afrikas. Wer die Walfisch-Bucht beherrscht, beherrscht einen Großteil des internationalen Handels im südwestlichen Afrika. Außerdem hat sie einen großen militärischen Vorteil. Es ist nicht etwas, was man – unter gewöhnlichen Umständen – leichtfertig aus der Hand gibt.

Die Bucht tauchte erstmals auf Landkarten auf, als sie von dem portugiesischen Navigator Bertolomeu Dias erkundet wurde.

Ende des 18. Jahrhunderts und Anfang des 19. Jahrhunderts diente sie niederländischen, britischen und amerikanischen Walfischfängern, die sie Woolwich Bay nannten, als Fangstation.

1845 wurde in der Nähe eine deutsche lutherische Missionsstation eingerichtet, und 1878 wurden die 434 Quadratmeilen Territorium, einschließlich einiger felsigen und unbewohnten Inseln, von Großbritannien annektiert, das es der Provinz Kap der Guten Hoffnung eingliederte.

Ein Jahr später wurde das übrige Südwestafrika durch den Vertrag von Berlin zur deutschen Kolonie erklärt, was es bis 1915, als es von südafrikanischen (britischen) Streitkräften besetzt wurde, blieb. Der Vertrag von Versailles machte es zu einem Mandat des Völkerbunds an Südafrika.

Der geheimnisvolle Prozeß

1978 hatte Walvis Bay, wie es jetzt hieß, etwa 25000 Einwohner, meistens Briten und Afrikaans (Südafrikaner). Im März 1990 gewährte die Regierung von Präsident P. W. Botha unter Druck der Vereinigten Staaten dem Mandat, in Namibia umbenannt, die Unabhängigkeit. Das Abkommen beinhaltete den Rückzug kubanischer Truppen aus dem benachbarten Angola. Es leitete den Prozeß des Machtverfalls Südafrika ein.

Der nächste Schritt in diesem Prozeß war die Entscheidung De Klerks Anfang dieses Jahres, die Atomwaffen des Landes aufzugeben. Natürlich hatte Südafrika, wie Israel, niemals zugegeben, Atomwaffen zu besitzen.

Die Demontage Südafrikas war ein geheimnisvoller Prozeß, dessen volle Einzelheiten nur den innersten Kreisen des amerikanischen Außenministeriums, dem CIA und einigen sehr wenigen anderen auserwählten Persönlichkeiten bekannt sein dürften.

Das Mysterium beginnt mit dem Mord an Premierminister Hendrick Verwoerd am 6. September 1966, unter Mittäterschaft von Balthazar Johannes Vorster, seinerzeit Justizminister im Kabinett Verwoerd. Die Vorbereitungen begannen bereits 1960 während der Regierung von Dwight D. Eisenhower, mit dem Eintreffen von Schwärmen von »Internationalen Anwälten für Südafrika« im Lande, zu dem selbst erklärten Zweck, mittellose Mandanten vor südafrikanischen Gerichten zu vertreten – eine legitime Mission, wenn es so war, wie es dargestellt wurde.

Aber es gab keine derartige Organisation wie »International Lawyers for South Africa« weder in Washington, noch anderswo in der Welt. Es war ein gespenstischer Haufen, der für geheime Zwecke ins Leben gerufen wurde.

Es ist möglich, daß Verwoerd von der wahren Natur dieser Gruppe keine Ahnung hatte. Und es ist nicht möglich, daß Vorster den Mörder, ein gewisser Dimitry Tsafendas, der den südafrikanischen Führer in einem Restaurant im Cape House of Assembly (Parlamentsgebäude), wo der Mörder als Kellner arbeitete, ahnungslos ins Land gelassen haben könnte. Tsafendas war ein Einheimischer von Mauritius, einer Insel vor der Westküste Afrikas. Er war als Kommunist aus den Vereinigten Staaten deportiert worden, wurde aber nichtsdestoweniger in den USA wieder aufgenommen, bevor er nach Südafrika eingeschleust wurde. Dies verstößt natürlich gegen die Bestimmungen des US-Immigration and Naturalization Service (Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde) und kann nur auf Ersuchen einer anderen Behörde der amerikanischen Regierung erfolgen. Man rate einmal welcher.

In seiner Ausgabe vom 1. März 1967 gab der Nachrichtenbrief »Washington Observer« Einzelheiten über Tsafendas Karriere in Deutschland bekannt, wo er mit Henry Kissinger zusammenarbeitete, um stalinfeindliche Russen auszurotten, die versuchten einer Auslieferung an die Bolschewiken zu entgehen.

Wer profitiert in Südafrika von der Politik?

Auch seine Einstellung als Kellner in dem Restaurant, das für Regierungsbeamte bestimmt ist, wäre nicht erfolgt, wenn die Vereinigten Staaten Südafrika über die Vorgeschichte dieses Mannes unterrichtet hätten.

Verwoerds Nachfolger, Vorster, ging wie eine Rose duftend aus der anschließenden Untersuchung hevor. Nur wegen eines Finanzskandals verlor er später seinen Posten und wurde von seinem Verteidigungsminister, Botha, gestürzt.

Bevor dies geschah, konnte er seinen amerikanischen Sponsoren noch einen weiteren Dienst erweisen: Den rhodesischen Premierminister, Ian Smith, zu zwingen, das Land aufzugeben.

Interessanterweise war die Anwaltspraxis der Familie von Präsident De Klerk, eine von denen, die von den »International Lawyers for South Africa« beibehalten wurde. Dies führt zu der Annahme, daß der derzeitige Präsident sein eigenes besonderes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten unterhält – eines, das weniger als offen ist.

In einem Interview mit der spanischen Presse nach dem Niedergang Rhodesiens sagte Smith, daß es Vorster war, der ihn gezwungen habe, das Handtuch zu werfen.

Wenn die Zerstörung Südafrikas keine Verschwörung ist, was ist es dann? Die Zeit wird lehren, wer davon profitiert – aber man ahnt es schon. □

Psychopolitik

Die Kunst der Gehirnwäsche

Erster Teil

Charles Stickley und Kenneth Goff

Ein Psychopolitiker ist eine Person, die als Psychiater ausgebildet ist, als Psychiater fungiert, aber auf subversive Weise kommunistische Richtlinien zur Durchführung bringt. Personen des öffentlichen Lebens, Behörden, offizielle Einrichtungen und Regierungen sowie das Feld der geistigen Heilung unterwandert und somit kommunistische Doktrinen in Feindesnationen infiltriert und mit auf politischer Ebene eingesetzter Gehirnwäsche und psychopolitischen Methoden, die Ziele des Kommunismus vorantreibt. Deshalb ist das Wort »Psychiater« treffend, ebenso das Wort »politische Gehirnwäsche«, »Psychopolitiker« oder »psychopolitischer Agent«.

Der folgende Beitrag ist eine Zusammenstellung von Informationen, die durch Beobachtung, Diskussion, Ermittlung und Erfahrungen zusammengetragen wurden. Der folgende Text wurde in sowjetischen Schulen der Untergrundbewegung benutzt und erhält einleitend eine Ansprache von Beria, Geheimdienstchef der Stalin-Ära, an die Studenten der Lenin-Universität. Allgemein stammt der Text aus kommunistischen Lehrbüchern über Psychologische Kriegsführung. Diese Lehrbücher der Kommunistischen Partei geben Einblicke in die noch heute herrschende Politik, ihre Motive und die allgemeine Vorgehensweisen.

Amerikanische Studenten an der Lenin-Universität, ich begrüße ihre Anwesenheit auf dem Lehrgang über Gehirnwäsche (Psychopolitik).

Psychopolitik (Gehirnwäsche) ist eine wichtige, wenn auch weniger bekannte Abteilung der Geopolitik. Sie ist weniger bekannt, weil sie notwendigerweise mit höchst ausgebildetem Personal zu tun hat, mit der obersten Führungsriege der »geistigen Heilung«.

Mittels Psychopolitik (politischer Gehirnwäsche) werden unsere Hauptzielsetzungen wirkungsvoll vorwärtsgetragen. Ein Maximum an Chaos in der Kultur des Feindes zu erzeugen, ist unser allerwichtigster Schritt. Unsere Früchte gedeihen in Chaos, Mißtrauen, Wirtschaftsdepression und wissenschaftlichem Durcheinander. Höchstens ein ermüdeter Pöbel kann Frieden in der von uns angebotenen Staatsform suchen und letztlich kann nur der Kommunismus die Probleme der Massen lösen.

Ein Psychopolitiker (politischer Gehirnwäscher) muß hart arbeiten, um das größtmögliche Chaos auf dem Gebiet »geistiger Heilung« hervorzubringen. Er muß alle Dienststellen und Einrichtungen der »geistigen Heilung« anwerben und benutzen. Er muß hart daran arbeiten, um das Personal und die Einrichtungen der »geistigen Heilung« zu vergrößern bis letztlich das gesamte Gebiet der mentalen Wissenschaft komplett von kommunistischen Prinzipien und Interessen geleitet wird.

Unter dem Deckmantel der »Psychologie«

Um diese Ziele zu erreichen, muß ein Psychopolitiker (Gehirnwäscher) jede in Amerika entstandene Spielart von geistiger Heilung vernichten. Das gegenwärtige Unterrichten von Freud, James, Eddy und anderen unter Euch fehlgeleiteten Leuten muß hinweggefegt werden. Sie müssen in Verruf gebracht, verleumdet, verhaftet und es muß sogar von ihren eigenen Regierungen auf ihnen herumgetrampelt werden, bis sie keinerlei Vertrauenswürdigkeit mehr besitzen und nur das kommunistisch orientierte »Heilen« übrigbleibt. Sie müssen solange arbeiten, bis jeder Psychologielehrer wissentlich oder unwissentlich unter dem Deckmantel der »Psychologie« kommunistische Doktrinen lehrt.

Sie müssen angestrengt arbeiten, bis wir die Herrschaft über die Gedanken und Körper jeder wichtigen Person in Ihrer Nation besitzen. Sie müssen es erreichen, den Zustand der Geisteskrankheit in solchen Verruf zu bringen und sich über die Erklärung desselben solche Autorität verschaffen, daß kein Staatsmann, der mit diesem Etikett behaftet wird, jemals wieder gutes Ansehen bei seinen Leuten erhalten könnte.

Sie müssen so lange arbeiten, bis Selbstmord, hervorgerufen durch geistige Unausgewogenheit, weitverbreitet ist und keine öffentliche Untersuchung oder ein Aufmerken nach sich zieht.

Die Anstalten für Geisteskranke in Ihrem Land geben Ihnen Gefängnisse, die Millionen fassen, die keine Bürgerrechte mehr genießen und keine Hoffnung auf Freiheit mehr haben. Und an diesen Leuten kann Schock und Chirurgie praktiziert werden, so daß diese niemals mehr in der Lage sein werden, einen vernünftigen Gedanken zu fassen. Sie müssen dafür sorgen, daß derartige Behandlungen als üblich und gebräuchlich akzeptiert werden. Sie müssen jegliche Behandlung oder Gruppe von Leuten, die danach trachten mit wirkungsvollen Mitteln zu behandeln, von der Bildfläche fegen.

Sie müssen als angesehene Leute über das Gebiet der Psychiatrie und Psychologie regieren. Sie müssen über Hospitäler und Universitäten regieren. Sie müssen den Mythos vorantragen, daß nur der europäische Arzt im Gebiet der Geisteskrankheit Kompetenz besitzt und damit den hohen Anteil ausländischer Herkunft und Ausbildung in Ihren Reihen rechtfertigen. Falls und wenn wir Wien erobern, werden Sie dann eine gemeinsame Basis für Zusammenkünfte haben und Sie können zusammen mit anderen Psychiatern als Anhänger von Freud heranreisen und Ihre Instruktionen entgegennehmen.

Psychopolitik (Gehirnwäsche) ist eine ernsthafte, feierliche Aufgabe. Mit ihr können Sie unsere Feinde wie Fliegen vernichten. Sie können die Effizienz von Führungspersonen zerstören, indem Sie Geisteskrankheit mit Hilfe von Drogen in deren Familien implantieren. Indem Sie ihnen Geisteskrankheit beurkunden, können Sie sie hinwegfegen. Falls Sie sich als zu resistent erweisen sollten, können Sie sie mittels unserer Technologie sogar selbst geisteskrank machen.

Eine ernsthafte und feierliche Aufgabe

Durch Gehirnwäsche können Sie ihre Loyalität verändern. Geben Sie einem Gehirnwäscher nur ein wenig Zeit, so kann dieser die Loyalität eines Soldaten zu unseren Gunsten beeinflussen, eines Staatsmannes in seinem eigenen Land, oder einfach nur seinen Verstand zerstören.

Sie arbeiten jedoch unter gewissen Gefahren. Es könnte passieren, daß Abhilfen für unsere »Behandlungsmethoden« gefunden werden. Es könnte öffentlich Hetze und Einspruch gegen »geistige Heilung« aufkommen. Daher könnte es passieren, daß jegliche geistige Heilung in die Hände von Geistlichen gelegt und unseren Psychologen und Psychiatern entzogen werden könnte.

Aber der kapitalistische Durst nach Kontrolle, die kapitalistische Unmenschlichkeit und die generell verbreitete Angst vor Geisteskrankheit können als Schutzschild für derartige Dinge eingesetzt werden. Doch sollte dies geschehen, sollten unabhängige Forscher tatsächlich Methoden entdecken, um psychopolitische Prozeduren unwirksam zu machen, dann dürfen Sie nicht ruhen, Sie dürfen weder essen noch schlafen, Sie dürfen selbst mit dem letzten Pfennig nicht knausern, um dagegen eine Kampagne durchzuführen, sie in Verruf zu bringen, sie niederzuschlagen und sie als wertlos in der Versenkung verschwinden zu lassen. Denn durch wirkungsvolle Mittel können all unsere Handlungen und Forschungen zunichte gemacht werden.

In einem kapitalistischen Staat werden Sie von allen Seiten

Psychopolitik

Die Kunst der Gehirnwäsche

durch die Korruption der zeitgemäßen menschlichen Philosophie unterstützt. Sie werden sehen, daß Sie alles in Ihrer Kampagne unterstützen wird, jegliches »geistiges Heilen« zu erobern, zu kontrollieren und zu benutzen, um unsere Doktrine zu verbreiten und uns unserer Feinde innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu entledigen.

Benutzen Sie die Gerichte, die Richter, die Verfassung des Landes, benutzen Sie medizinische Gesellschaften und deren Gesetze, um unsere Ziele voranzutreiben. Knausern Sie nicht mit harter Arbeit diesbezüglich. Wenn Sie dann Erfolg gehabt haben, werden Sie erkennen, daß Sie Ihre eigene Gesetzgebung beliebig durchsetzen können und Sie durch vorsichtige Organisation, der sich mit Heilung beschäftigenden Gesellschaften, durch konstante Kampagnen über die Schrecken der Gesellschaft, durch das Verweisen auf Ihre eigene Effektivität, den Kapitalisten selbst dazu bringen werden, daß er mit eigenen Mitteln, den Löwenanteil der lautlosen Eroberung der Nation durch den Kommunismus finanzieren wird.

Erschaffen Sie Chaos mittels Gehirnwäsche. Machen Sie eine Nation führerlos. Töten Sie unsere Feinde. Und bringen Sie der Erde, durch Kommunismus, den größten Frieden, den die Menschheit je erfahren hat.
Herzlichen Dank.

Soweit die Ansprache von Stalins Geheimdienstchef Beria an amerikanische Studenten der Lenin-Universität.

Obwohl Bestrafung um ihrer selbst Willen durchaus empfohlen werden kann, ist es nichtsdestoweniger wahr, daß das Ziel jeglicher Bestrafung die Einimpfung einer Idee sein muß, egal, ob es sich dabei um eine Idee der Hemmnis oder des Gehorsams handelt.

Da jeder Herrscher von jeher zur Erreichung seiner Ziele den Gehorsam seiner Untertanen brauchte, mußte er zu Methoden der Bestrafung greifen. Dies gilt für jeden Volksstamm und Staat in der Menschheitsgeschichte. Die russische Kultur hat heute viel bessere und sicherere Methoden hervorgebracht, die Loyalität des Pöbels und des Einzelnen anzupassen und zu sichern, sowie Gehorsam zu erzwingen. Dieser moderne Auswuchs alter Praktiken wird Gehirnwäsche, Psychopolitik, genannt.

Die Dummheit und Narrenhaftigkeit jener Staaten, die nicht mit russischem Zweckdenken gesegnet sind, hat selbige dazu gezwungen, sich auf Praktiken zu verlassen, die gemessen an der schnellen und heldenhaften Gangart unserer Zeit veraltet und überkommen sind. Und angesichts des großen Fortschritts russischer Kultur im Gebiet geistiger Technologie, die mit der glorreichen Arbeit von Pavlov begann und später von anderen Russen großartig fortgeführt wurde, sollte es seltsam anmuten, wenn eine Kunst und Wissenschaft nicht völlig die Gleichschaltung von Loyalitäten heranbilden und den Gehorsam von Individuen und Massen hervorrufen würde.

Daher können wir erkennen, daß psychopolitische Prozeduren ein natürlicher Ableger von Praktiken sind, die so alt wie die Menschheit selbst sind, Praktiken, die gegenwärtig in jeder menschlichen Gruppe auf der ganzen Welt vorhanden sind. Deswegen haben wir bezüglich psychopolitischer Prozeduren auch keinerlei ethische Probleme, denn es ist offensichtlich und selbstverständlich, daß der Mensch immer gegen seinen Willen dazu gezwungen wird, sich dem übergeordneten Wohl des Staates unterzuordnen, egal, ob dies nun aus wirtschaftlicher Profitgier oder Indoktrinierung von staatlichen Wünschen und Interessen geschehen mag.

Der Mensch ist im Grunde ein Tier. Er ist ein Tier, dem ein zivilisierter Anstrich gegeben wurde. Der Mensch ist ein kollektives Tier, das sich zum Selbstschutz vor Umweltbedrohungen zusammenrottet. Jene, die ihn so gruppieren und kontrollieren, müssen daher Techniken besitzen, welche die Launen und Triebe des menschlichen Tieres zu größerer Effizienz und der Erreichung von staatlichen Zielen hindirigieren.

Der Einsatz von Drogen

Psychopolitik wurde in der einen oder anderen Form seit längerem in Rußland verwendet, dennoch ist das Thema außerhalb unserer Landesgrenzen nicht ganz unbekannt, jedoch nur dort sicher, wo wir unser Gedankengut sorgfältig eingepflanzt und zum Wohle unserer Nation eingesetzt haben.

Die Definition von Psychopolitik ist folgende: die Kunst und Wissenschaft, Herrschaft über Gedanken und Loyalität von Individuen, Beamten, Behörden und Massen auszuüben und der Vollzug der Eroberung von Feindesnationen mittels »geistiger Heilung«.

Das Gebiet der Psychopolitik gliedert sich in Kategorien, wobei jede eine natürliche und logische Folge der Vorhergehenden ist. Das erste Teilgebiet ist das Wesen und die Anatomie des Menschen als ein politischer Organismus. Das nächste ist eine Untersuchung des Menschen als ein wirtschaftlicher Organismus, da dieser durch seine Bedürfnisse kontrolliert werden könnte. Weiter die Klassifizierung von staatlichen Zielen für Individuen und Massen. Dann eine Untersuchung über das Gebiet der Loyalität. Danach das allgemeine Gebiet des Gehorsams. Das nächste ist die Anatomie des menschlichen Reiz-Reaktions-Mechanismus. Das nächste Thema behandelt Schock und dessen Auswirkung. Das nächste die Kategorien der Erfahrung. Danach kommt das Fördern und Gleichschalten von Erfahrung. Das nächste ist der Einsatz von Drogen. Weiter der Gebrauch von Einpflanzungen (von Ideengut mittels Schmerz und Drogen). Das nächste ist die allgemeine Anwendung der Psychopolitik innerhalb Rußlands. Das nächste ist die Organisation von psychopolitischen Aktionen außerhalb Rußlands, ihre Zusammensetzung und Aktivität. Das nächste ist die Erschaffung einer versklavenden Philosophie innerhalb einer Feindesnation.

Das nächste ist die Bekämpfung antipsychopolitischer Aktivitäten im Ausland, und letztlich die Bestimmung der psychopolitischen Herrschaft in einem wissenschaftlichen Zeitalter. Es könnten hier weitere Unterkategorien hinzugefügt werden, wie zum Beispiel die Aufhebung moderner Waffen durch psychopolitische Aktivitäten.

Die Stärke und Macht der Psychopolitik darf keinesfalls unterschätzt werden, vor allem, wenn sie in einem Land benutzt wird, das durch Pseudo-Intellektualismus verfallen ist, wo die Ausbeutung der Massen vollständig einhergeht mit psychopolitischen Aktionen, und vor allem, wo die Habgier des Kapitalismus und der Monarchie bereits eine überwältigende Menge an Neurosen geschaffen haben, die der psychopolitischen Aktion und der psychopolitischen Armee als Arbeitsbasis dienen können.

Es ist Bestandteil Ihrer Mission, werter Student, psychopolitische Aktivität zum Schaden Rußlands abzuwenden, wie es ebenso Bestandteil Ihrer Mission ist, die Ziele der Psychopolitik innerhalb und außerhalb (falls Ihnen dies zugewiesen ist) unseres Landes voranzutragen. Kein russischer Agent könnte auch nur im entferntesten effektiv sein, ohne gründlich in Psychopolitik ausgebildet worden zu sein. Und so tragen Sie mit sich eine russische Hoffnung hinaus, das hier Gelernte aufs Beste zu nutzen.

Schon der Einzelmensch ist eine koloniale Anhäufung von Zellen und es wäre ein Fehler, ihn als Individuum zu betrachten. Zellkolonien haben sich zum einen oder anderen Organ des Körpers zusammengeschlossen und diese Organe wiederum haben sich zu einer Gesamtheit verbunden. Sogar wenn wir eine Ansammlung mehrerer Menschen außer Betracht lassen, können wir daraus ersehen, daß bereits der einzelne Mensch ein politischer Organismus ist.

Den Einzelorganismus betreffend, könnte man Krankheit als die Treuelosigkeit eines Organes gegenüber dem verbleibenden Teil des Organismusses bezeichnen. Tritt eine solche Treuelosigkeit auf, entsteht eine Revolte einiger Körperteile gegen das verbleibende Ganze und somit haben wir tatsächlich eine innere Revolution. Das Herz wird unzuverlässig und löst sich aus enger

Verbundenheit und Zusammenarbeit mit dem restlichen Organismus und wir stellen fest, daß der gesamte Körper aufgrund der revolutionären Aktivität des Herzens gestört wird. Weil das Herz mit dem restlichen Organismus nicht zusammenarbeiten kann oder will, revoltiert es. Wenn wir dem Herzen daher gestatten zu rebellieren, könnten die Nieren, diesem Beispiel folgend ebenfalls rebellisch werden und die Arbeit zum Wohle des Körpers einstellen. Indem sich diese Rebellion auf andere Körperteile und das Drüsensystem ausbreitet, bewirkt sie den Tod des »Individuums«. Wir können mit Leichtigkeit erkennen, daß Rebellion der pure Tod ist und daß die Revolte irgend eines Körperteils in Tod resultiert. Daher sehen wir, daß man mit der Rebellion kompromißlos verfahren muß.

Der Aufbau der Menschheit als politischer Organismus

Wie das »Individuum«, so ist auch der Staat ein Zusammenschluß einzelner zusammengefaßter Einzelbausteine. Die politischen Einzelheiten innerhalb des Staates müssen alle zum größten Wohl des Staates zusammenarbeiten, da ansonsten der Staat auseinanderfällt und stirbt; denn wir sehen, daß mit der Unzuverlässigkeit eines Verräters anderen Bereichen ein Beispiel gesetzt wird und langfristig der gesamte Staat niedergehen wird. Das ist das Gefährliche an der Revolution.

Schauen Sie sich die Erde an. Wir sehen hier einen gesamten Organismus. Der Organismus Erde ist ein einzelner Organismus. Die Erde hat als Organ die verschiedenen Rassen und Nationen der Menschen. So es einer davon erlaubt wird unzuverlässig zu sein, ist die Erde selbst mit dem Tode bedroht. Die angedrohte Rebellion eines Landes, egal wie klein, gegen den gesamten Organismus Erde, würde die Erde krank machen und den gesamten kulturellen Zustand der Menschheit in Mitleidenschaft ziehen.

Indem also die faulende Krankheit der kapitalistischen Staaten ihren Eiter und ihre Bakterien in die gesunden Länder der Welt versprüht, werden diese zwangsläufig den Tod der Erde herbeiführen, bis die kranken Organe dazu gezwungen werden, loyal und gehorsam zu sein und dem Wohl des Weltstaates zu dienen.

Unangepaßte Kräfte sind eine Krankheit

Der Aufbau der Menschheit ist so geartet, daß der Einzelne nicht wirklich funktionieren kann, ohne mit allen und jeden Teilen der Gesamtanatomie gleichgeschaltet zu sein. Da der Durchschnittsbürger in einem unkultivierten und ungeformten Staat leistungsunfähig ist – nehmen Sie als Beweis die Dschungelbarbaren – muß er durch Übung, Bildung und auf spezifische Ziele hin ausgerichtete Arbeit auf eine Koordination seiner organischen Funktionen hin ausgebildet werden. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß das Individuum von außen dazu gebracht werden muß, seine Übung, Ausbildung und Arbeit auszuführen. Er muß dazu gebracht werden, dies zu erkennen, denn nur dann kann er dazu gebracht werden, in der ihm zugewiesenen Rolle auf effektive Weise zu funktionieren.

Die Lehren von krassem Individualismus, Selbstbestimmung, Eigensinn, Vorstellungskraft und persönlicher Kreativität wirken aufs Deutlichste dem übergeordneten Wohl des Staates entgegen. Diese eigenwilligen und unangepaßten Kräfte stellen schlichtweg eine Krankheit dar, die Unzuverlässigkeit, Uneinigkeit und auf lange Sicht den Zusammenbruch der Gruppe mit der das Individuum verbunden ist, hervorbringen wird.

Die Beschaffenheit der Menschheit eignet sich durchaus und meisterhaft für bestimmte, positive Regulierung all seiner Funktionen von außen, einschließlich des Denkens, des Gehorsams und der Loyalität; und diese Dinge müssen kontrolliert werden, wenn je ein größerer Staat entstehen soll.

Während es für den Chirurgen wünschenswert erscheinen mag, das eine oder andere Glied oder Organ zu amputieren, um den Rest zu retten, muß darauf hingewiesen werden, daß es schlecht möglich ist, diesen Zweck zu erreichen, sofern es dabei um ganze Nationen geht. Es kann beobachtet werden, daß ein Körper, dem gewisse Organe fehlen, in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Müßte die Welt der Arbeiterschaft entbehren, die derzeit von den geisteskranken und unvernünftigen Schwachsinnigkeiten der Kapitalisten und Monarchen dieser Welt versklavt wird, würde dies, falls jene entfernt würden, eine definitive Behinderung innerhalb des Weltstaates hervorrufen. Die Tatsache, daß eine Siegermacht bei Ende des Krieges dazu gezwungen ist, die Bevölkerung des besiegten Landes wieder zu stärken, läßt uns erkennen, daß jeglicher Impuls einen untreuen Teil der Welt zu entvölkern, Konsequenzen nach sich ziehen müßte. Aber, lassen Sie uns das Eindringen von schädlichen Viren und Bakterien beleuchten und wir erkennen, daß der angegriffene Organismus so lange Schaden nehmen wird, bis wir den Krankheitserreger vernichten können.

In jedem Staat gibt es gewisse Individuen, die als Viren oder Krankheitserreger fungieren und jene attackieren die Bevölkerung oder eine Gruppe innerhalb derselben und erzeugen durch ihre Selbstsucht eine Krankheit, die sich sodann allgemein verbreitet.

Wenn es keine Krankheit innerhalb des Staates gibt

Die Beschaffenheit des Menschen als Einzelperson und der Aufbau des Staates oder eines Teiles davon, entsprechen einander völlig. Es ist die Mission des Psychopolitikers, zuerst den Gehorsam und die Ziele der Gruppe auszurichten und dann deren Ausrichtung zu erhalten, indem man das Wirken von Personen und Persönlichkeiten ausmerzt, welche die Gruppe zur Untreue bewegen könnten. In unserem eigenen Lande, wo Dinge besser gehandhabt werden und wo Vernunft regiert, ist es nicht schwierig, die eigensinnige Bazille auszurotten, die eine unserer politischen Körperschaften angreifen könnte. Im Feld der Eroberung jedoch, in weniger erleuchtenden Nationen, in welchen der russische Staat noch keine Macht besitzt, ist es nicht im selben Maße möglich, alle eigensinnigen Individuen zu entfernen. Psychopolitik ermöglicht es, jenen Teil der Persönlichkeit zu entfernen, der zwangsläufig im Zustand der Person selbst Verwüstung anrichtet, als auch in der Gruppe mit welcher die Person in Verbindung steht.

Gestattete man es dem Tier Mensch, frei von konterrevolutionärer Propaganda zu leben, ließe man ihn unter der Obhut wohlgeplanter staatlicher Führung arbeiten, so würde es unter den Menschen weniger Krankheit geben und man könnte feststellen, daß es keine Krankheit innerhalb des Staates gäbe.

Aber dort, wo das Individuum von gegensätzlicher Propaganda beunruhigt wird, wo er zur Wirkung revolutionärer Aktivitäten gemacht wird, wo es ihm erlaubt ist, kritische Gedanken über den Staat selbst zu hegen, wo es ihm erlaubt wird, jene in Frage zu stellen, in deren natürliche Verantwortung er fällt, dort würden wir beobachten, daß seine Verfassung darunter litte. Ausgehend von jener Unzuverlässigkeit könnten wir beobachten, daß sein Herz und weitere Teile der Anatomie unzuverlässig werden würden. Dieses Prinzip funktioniert so sicher, daß, wenn wir ein krankes Individuum betrachten und tief genug forschen könnten, wir eine fehlgeleitete Loyalität und einen unterbrochenen Gehorsam gegenüber der Einheit der Gruppe jener Person vorfinden könnten.

Da gibt es jene, die törrichterweise irgendwelche »Alice-im-Wunderland-Reisen« dorthin unternommen haben, was sie den »unterbewußten« oder »unbewußten« Verstand nennen und die unter dem Deckmantel der »Psychotherapie« danach trachten, die Unzuverlässigkeit einzelner Körperteile zu behandeln. Es muß jedoch angemerkt werden, daß ihre Aktivitäten keinesfalls von Erfolg gekrönt sind. Ein solches Vorgehen an die Sache hat keinerlei Wert. Als die Hypnose in Rußland erfunden wurde, konnte häufig beobachtet werden, daß es lediglich erforderlich war, das widerstandslose Individuum in einen guten Zustand zu befehligen, um eben dies zu erreichen.

Das Endziel der Psychopolitik

Die einzige Einschränkung bei Hypnose lag darin, daß einige Gebiete nicht durch sie angegan-

Psychopolitik

Die Kunst der Gehirnwäsche

gen werden konnten und daher mußte sie verbessert werden, um Individuen zu beeinflussen, die man andersweitig nicht hätte erreichen können. So machte jede Nation die Erfahrung, daß sie als ganzer Organismus wieder gut vorwärts kam, wenn sie angemessene Kraft gegen unloyale Gruppen zu Felde führte. Genauso wie durch Hypnose jedes Organ zu größerer Loyalität und besserem Gehorsam gebracht werden kann, so kann auch jede politische Gruppe zu größerer Loyalität und besserem Gehorsam gebracht werden, indem man ausreichende Kraft einsetzt. Jedoch bringt Gewalt oft Zerstörung mit sich und es ist gelegentlich unmöglich, sie bei breiten Massen anzuwenden, um die Ziele zu erreichen, die man vor Augen hat. Daher ist es nötig, das Individuum entgegen seinem Wunsch, sich nicht einzufügen, zur Anpassung zu bringen.

Ebenso, wie es eine beobachtete Wahrheit ist, daß der Mensch sich seiner Umgebung anpassen muß, ist es ebenfalls beobachtete Wahrheit und wird noch mehr zu einer werden, je mehr die Jahre voranschreiten, daß sogar die Gesamtheit der Menschheit zur Gesundheit befohlen werden kann.

Der Zustand des Menschen entspricht auf absonderliche Weise dem Angepaßtsein seiner Loyalität. Wo diese Loyalität unvereinbar mit dem Wesen des Menschen selbst ist, wie beispielsweise bei Loyalität zur »petit burgoisie« oder antikommunistischen Ideen, werden wir sehen, daß der Körper des Individuums seltsamerweise für Krankheit anfällig ist und daher können wir Epidemien, Krankheiten, Massenneurosen, Tumulte und Verwirrungen der Vereinigten Staaten und anderer kapitalitischen Staaten sehr leicht verstehen.

Hier ist der Arbeiter der falschen Seite treu und deswegen krank. Um ihn zu retten und ihn auf konkrete und saubere Weise größeren staatlichen Zielen unterzuordnen, ist es von überwältigender Notwendigkeit, ihm Loyalität zur richtigen Seite zu gewähren. Dadurch, daß seine Loyalität in die falsche Richtung gelenkt und sein Gehorsam auf feige Weise von Personen erzwungen wird, die seinem Allgemeinwohl entgegenwirken und dadurch, daß derartige Personen auch in einem kapitalistischen Land nicht zahlreich sind, sind das Ziel und die Richtung der Psychopolitik sehr leicht zu verstehen. Um dem Arbeiter in einer solchen Zwangslage zu helfen, muß man durch allgemeine Propaganda, andere Mittel, durch seine eigene Kooperation und die Selbstgefälligkeit perverse Führer, das Übel bei der Wurzel packen. Desweiteren ist es nötig, die Ausbildungsschiene mit den Lehrsätzen und Prinzipien der Anpassung an die Umgebung zu durchsetzen, um so dem Arbeiter eine weniger verschrobene Führung, weniger hinterhältige Lehren und größere Kooperation mit den Ideen und Idealen des kommunistischen Staates zuzusichern. Die Techniken der Psychopolitik dienen diesem Endziel.

Der Mensch ist gewissen Wünschen und Bedürfnissen unterworfen, die seinem natürlichen Wesen entsprechen, wie das auch bei allen anderen Tieren der Fall ist. Der Mensch jedoch besitzt die Eigenart, einige davon über die Grenzen der Vernunft hinweg auszudehnen. Dies zeigt sich deutlich durch das wachsende Vorhandensein von Abendschulen, pseudointellektuellen Gruppen, der »petit burgoisie«, dem Kapitalismus und anderen Krankheiten.

Es wird wahrheitsgemäß behauptet, daß sich das Leben des Menschen zu einem Zehntel politischen Dingen und zu neun Zehnteln wirtschaftlichen Dingen widmet. Ohne Essen stirbt das Individuum. Ohne Kleider friert es. Ohne Häuser und Waffen wird es Opfer hungerleidender Wölfe. Der Erwerb von Dingen, die nötig sind, um die Bedürfnisse des Hungers, der Kälte und des Schutzes in Maßen zu befriedigen, ist das natürliche Recht jeden Mitglieds eines erleuchtenden Staates. Die Entbehrung solcher Dinge bringt Unruhe und Angst mit sich. Das Vorhandensein von Luxusgütern und die künstliche Erschaffung und Anregung von Gelüsten, wie dies bei kapitalistischer Werbung geschieht, verstärken die weniger wünschenswerten menschlichen Eigenschaften.

Dadurch bedingt, daß das Individuum eine bestimmte Menge Nahrung, Wasser und Wärme benötigt, um zu überleben, ist es ein wirtschaftlicher Organismus. Wenn jenes mehr Nahrung erhält, als es zu sich nehmen kann, mehr Kleidung erhält, als zu seinem Schutze nötig ist, verfällt es in eine gewisse Müßigkeit, die seine Sinne und sein Bewußtsein dämpft, was ihm in weniger vergifteten Staaten hätte erspart bleiben können. Hier haben wir eine Übersättigung, die eine Bedrohung für das Individuum darstellt.

Dies verhält sich innerhalb einer Gruppe ebenso. Wo der Gruppe zu viel zur Verfügung steht, sinkt ihre Bewußtheit gegenüber den Kameraden und entsprechend gegenüber der Umgebung und ihre allgemeine Effektivität ist dahin.

Die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Übersättigung und Bedürfnis ist das eigentliche Aufgabengebiet der Wirtschaftswissenschaft und es ist der dem kommunistischen Staat auf den Leib geschneiderte Fach- und Verantwortungsbereich.

Wunsch und Bedürfnis sind Geisteszustände. Individuen können dazu erzogen werden, mehr zu wollen und mehr zu brauchen, als sie jemals erlangen können, und solche Individuen sind unglücklich. Die Mehrzahl aller eigensinnigen Charakteristiken des Kapitalisten entspringen vollständig der Habgier. Der Kapitalist beutet den Arbeiter weit mehr aus, als er es für sich selbst benötigen würde.

In einer Nation, in welcher das Wirtschaftsgleichgewicht nicht kontrolliert wird, wird das Verlangen des Individuums durch säuselnde und fantasievolle Überredungskünste übertrieben gesteigert, was eine bestimmte Art von Geisteskrankheit hervorbringt, wobei der Einzelne mehr besitzen möchte, als er gebrauchen kann und dies sogar auf Kosten seiner Mitmenschen.

Doch da gibt es auch noch die andere Seite. Zu große und dauerhafte Entbehrung kann krankhafte Wünsche hervorbringen, die, wenn sie nicht abgebaut werden, aus sich selbst heraus nach mehr verlangen als dies jemand nutzen könnte. Armut selbst, wie sie im kapitalistischen Staat sorgfältig kultiviert wird, kann ungleiche Bereicherungsverhältnisse hervorrufen. Im selben Maße, wie ein Vakuum Masse anzieht, wird in einem Land, in welchem den Massen Entbehrung aufgezwungen wird, Bedürfnis zur Gier und man kann in solchen Nationen mühelos entdecken, daß die Vielen zugunsten der Wenigen ausgebeutet werden.

Vernichtet man mit psychopolitischen Techniken die ausschweifende Gier der wenigen Besitzenden, so würde es dem Arbeiter gestattet werden, nach einem natürlichen Gleichgewicht zu streben.

Hier haben wir zwei Extreme (Entbehrung und Überfluß). Jedes davon ist gleichermaßen verrückt. Wollten wir Geisteskrankheit erschaffen, so bräuchten wir jemanden lediglich über einen die Widerstandsfähigkeit überschreitenden Zeitraum hinweg übersättigen oder ihn einem Mangel aussetzen und schon hätten wir geistige Unausgewogenheit.

Ein einfaches Beispiel dafür ist das ständige Wechseln von zu niederem und zu hohem Druck in einer abgeschlossenen Kammer. Der schnell wechselnde Druck erzeugt ein derartiges Chaos, daß der Einzelne nicht mehr handeln kann und Andere notgedrungen die Kontrolle ausüben müssen.

Einen ganzen Staat betreffend, muß man, durch welche Mittel auch immer, die Habgier vernichten und dann eine Art von halber Entbehrung innerhalb der Massen erzeugen und aufrechterhalten, um die Nation komplett zu kontrollieren und zu leiten.

Eine dauerhafte Hoffnung auf Wohlstand muß, verbunden mit Träumen und Visionen von Überfluß und Bequemlichkeit, in die Massen eingeimpft werden und diese Hoffnung muß gegen die tatsächlich vorhandene Entbehrung und die dauerhafte Bedrohung alle Wirtschaftsgüter zu verlieren, wenn man dem Staate gegenüber untreu ist, ausgespielt werden, so daß der individuelle Wille innerhalb der Massen unterdrückt wird.

In einer Nation, die erobert wird, wie zum Beispiel Amerika, muß unser langsamer und stetiger Einmarsch, sich nur die einer kapitalistischen Nation innewohnenden Zyklen von wirtschaftlichem Auf- und Abschwung zunutze machen, um immer stärkere und noch stärkere Kontrolle über den individuellen Willen zu erlangen.

Ein Aufschwung dient unseren Zielen in selbem Maße wie eine Flaute, da während einer Wohlstandsphase unsere Propaganda nur weiterhin aufzeigen muß, wie sehr dieser Wohlstand nur wenigen Auserwählten zufließt, was ausreicht, um ihre Kontrolle über den Staat zu zerstreuen. Während einer Flaute muß man lediglich darauf hinweisen, daß dies der Habgier der Wenigen, sowie der generellen politischen Inkompetenz der Regierenden zuzuschreiben sei.

Der Umgang mit Wirtschaftspropaganda fällt nicht wirklich in die Kompetenz des Psychopolitikers, jener muß aber dennoch verstehen, wie Wirtschaftsvorgänge und kommunistische Ziele miteinander zusammenhängen.

Die Massen müssen zumindest verstehen, daß nur eine übertrieben hohe Besteuerung der Reichen sie von der Bürde der »untätigen Klasse« befreien kann und sie können auf diese Weise dazu gebracht werden, derartige Dinge wie zum Beispiel die Einkommensteuer zu akzeptieren, ein Marxsches Prinzip, welches 1909 in den Vereinigten Staaten unbemerkt ins kapitalistische Machwerk geschlüpft ist. Und dies, obwohl das amerikanische Grundgesetz die Besteuerung des Einkommens verboten hatte und dies, obwohl Kommunismus erst seit sehr wenigen Jahren in Amerika aktiv gewesen war. Ein derartiges Gesetz, wie das Einkommensteuergesetz, hätte, wäre es konsequent weiterverfolgt worden, Amerika als erste kommunistische Nation auf die Weltbühne bringen können und nicht Rußland. Aber die Männlichkeit und Vernunft der russischen Völker hat gesiegt. Vor Mitte des Jahrhunderts werden die Vereinigten Staaten kaum vollständig kommunistisch werden, falls aber doch, dann wird dies unserem überlegenen Verständnis auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft und Psychopolitik zuzuschreiben sein.

Es ist die Aufgabe des wirtschaftlich geschulten kommunistischen Agenten, die Steuerbehörde und deren Personal dazu anzustiften, das größtmögliche Chaos zu erzeugen und unseren Zwecken dienende Gesetze durchzubringen und wir müssen wirklich ihm diese Aufgabe überlassen. Der psychopolitische Rädelsführer spielt eine komplett andere Rolle in diesem Schauspiel.

Der Krieg des Psychopolitikers

Der Reiche, Finanzbegabte, der in Regierungsbelangen Wohlunterrichtete sind die speziellen Individuen, Zielscheiben des Psychopolitikers. Es ist seine Aufgabe, diejenigen Figuren vom Schachbrett zu schlagen, die den kommunistischen Programmen Einhalt gebieten oder diese verfälschen könnten. Daher muß jeder Wohlbetuchte, Staatsmann sowie Profi in Regierungsfragen, als ins Vertrauen gezogener Verbündeter, als psychopolitischer Mitarbeiter auf unsere Seite gebracht werden.

Die Angehörigen solcher Personen sind oft durch Müßiggang und Überfluß verdorben und dies muß ausgenutzt oder sogar erzeugt werden. Die als normal anzusehende Gesundheit und Lebendigkeit eines Sohnes aus reichem Hause muß verdreht, pervertiert, als Neurose deklariert und mit zeitweiser Unterstützung von Drogen oder Gewalt in Kriminalität oder Geisteskrankheit verwandelt werden.

Dies bringt dann unmittelbar einen Fachmann der »geistigen Haltung« in intimen familiären Kontakt und von diesem Punkt aus muß das Beste aus diesem Kontakt gemacht werden. Die Erreichung des Kommunismus wird dann perfekt vonstatten gehen, wenn an die Seite einer jeden einflußreichen oder wohlhabenden Person ein psychopolitischer Agent, eine über jeden Zweifel erhabene Autorität auf dem Gebiet der »geistigen Heilung«, gesetzt werden könnte, der dann auf direkte Weise oder über das Medium der Ehefrau oder Tochter derart geartete Ratschläge einfließen lassen könnte, die in Richtlinien zur Erzeugung von größtmöglichem Wirtschaftsdurcheinander oder in der Verwirrung von Wirtschaftsrichtlinien resultieren würden und der, wenn die Zeit gekommen ist, mit Wohlhabenden und Einflußreichen endgültig aufzuräumen, ihm die richtige Droge der »Behandlung« verabreichen könnte, um seinen kompletten Verfall herbeizuführen, als Patient in einer Klinik, beziehungsweise seinen Tod durch Selbstmord.

Der psychopolitische Agent kann, indem er neben jede einflußreiche Person eines Landes gesetz wird, zur Durchsetzung von Gesetzgebung in unserem Sinne verwendet werden.

Der Kapitalist kennt die Definition des Wortes Krieg nicht. Er denkt bei Krieg an einen Angriff, der von Maschinen und Soldaten mit Gewalt ausgeführt wird. Er weiß nicht, daß ein wirkungsvoller, wenn auch längerer Krieg, mit Brot oder wie in unserem Fall, mit Drogen und der Weisheit unserer Kunst geführt werden kann. Der Kapitalist hat in Wahrheit niemals einen Krieg gewonnen. Der Psychopolitiker hat keinerlei Probleme damit, den derzeitigen zu gewinnen.

In selbem Maße wie wir beobachten, daß ein Individuum krank wird, wenn dessen einzelne Organe jeweils von anderen Organen abweichende Zielrichtungen haben, können wir beobachten, daß Einzelwesen und der gesamte Staat erkranken, wo Ziele nicht glasklar formuliert und unerbittlich durchgesetzt werden.

Da gab es jene, die in weniger aufgeklärten Zeiten der Menschheit den Floh ins Ohr setzten, daß Ziele persönlich ausgedacht und aufrechterhalten werden sollten, und daß, tatsächlich, der gesamte Impuls des Menschen nach Höherem, vom Wunsch nach Freiheit herstammen würde. Wir müssen uns daran erinnern, daß es dieselben Leute waren, die auch einen Mythos vorangetragen haben, wonach der Mensch ein geistiges Wesen gewesen wäre.

Alle Ziele entspringen Notwendigkeiten. Das Leben ist ein ununterbrochenes Fliehen. Ohne Gewalt und Bedrohung kann es kein Streben nach oben geben. Ohne Schmerz kann es kein Sehnen frei von Schmerz geben. Ohne Zwang und Befehl kann es keine Gleichschaltung von Körperfunktionen geben. Ohne geradlinige und rigorose Kontrolle kann es keinerlei erreichte staatliche Ziele geben.

Staatsziele müssen vom Staat formuliert werden, um den Gehorsam und das Zusammenspiel der Individuen innerhalb des Staates zu erreichen. Ein Staat ohne derartige Ziele ist krank. Ein Staat ohne die Macht und den aufrechten Wunsch, seine Ziele durchzusetzen, ist ebenfalls krank.

Wenn innerhalb eines kommunistischen Staates ein Befehl herausgegeben und nicht befolgt wird, schleicht sich Krankheit ein. Wo Gehorsam fehlschlägt leiden die Massen.

Damit staatliche Ziele erreicht werden, muß Loyalität und Gehorsam vorhanden sein. Wenn man merkt, daß ein Befehl interpretiert wird, dann wird man unausweichlich erkennen, daß es Einmischung von Eigenwillen, Habgier, Stolz, krassem Individualismus und selbstsüchtiger Initiative gegeben haben muß. Die Unterbrechung eines Staatszieles wird auf eine Person zurückzuführen sein, deren Unloyalität und Ungehorsam das direkte Ergebnis des Umstandes ist, daß ihr gesamtes Leben nicht in Einklang steht.

Es ist nicht immer nötig, das gesamte Individuum zu entfernen. Es ist möglich, seine eigenwilligen Tendenzen in ihm durch Ziele zum Vorteil aller zu ersetzen. Die Techniken der Psychopolitik umfassen eine große Bandbreite, die irgendwo oberhalb der Aktion beginnt, das Individuum aus der Gruppe zu entfernen und weiter oben dann Abhilfen für einen Mangel an Kooperation bereitstellt.

Es genügt nicht, wenn ein Staat bloß Ziele hat. Diese Ziele hängen, wenn sie weiterverfolgt werden, von dem Gehorsam und der Loyalität der Arbeiter ab. Diese haben, da sie viel in harte Arbeit verwickelt sind, wenig Zeit für eigensinnige Spekulationen, was sehr gut ist. Aber darüber gibt es, unglücklicherweise, Vorarbeiter in der einen oder anderen Position, wovon manch einer genügend Eitelkeit und Mangel an körperlicher Arbeit besitzen könnte, welche in seinem Betragen und Verhalten, unzufriedene Unabhängigkeit verursachen könnten. □

Vertrauliches

Japan fürchtet atomare Bedrohung aus Nordkorea

Der japanische Außenminister Kabun Muto sagte, es sei für Japan wichtig, den Willen aufzubringen, Atomwaffen zu bauen. Mutos Bemerkung wurde auf einer Pressekonferenz in Singapur Reportern gegenüber gemacht, schrieb die Zeitung »Nihon Keizai«, nachdem er den südostasiatischen Ländern und den Vereinigten Staaten gegenüber »versichert« hatte, daß Japan eine Verlängerung des Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT, Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen) auf unbestimmte Zeit unterstützen werde. Auf dem Gipfeltreffen der Gruppe der Sieben in Tokio hatte Japan sich geweigert, einer solchen Verlängerung vorbehaltlos zuzustimmen.

Muto sagte jedoch zu den Journalisten, daß »es im NPT eine Klausel gibt, die es ermöglicht, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen. Wenn Nordkorea Atomwaffen entwickelt und dies in erster Linie für Japan zu einer Bedrohung wird, dann gibt es immer noch den atomaren Schirm der Vereinigten Staaten, auf den wir uns verlassen können. Aber wenn es hart auf hart geht, dann ist es wichtig, den Willen zu haben, ›daß wir es tun können‹«.

Tokio wies in seinem jährlichen Weißbuch zur Verteidigung auch warnend darauf hin, daß Nordkoreas Entwicklung einer Langstreckenrakete für Japan eine ernsthafte Bedrohung darstellt. »Wenn die Entwicklung von Atomwaffen im gleichen Ausmaß mit einer Entwicklung von Raketen einherginge, dann wäre dies eine sehr gefährliche Situation«, schrieb die Zeitung. In dem Artikel heißt es weiter, daß Nordkorea die Rakete im Mai dieses Jahres über dem Japanischen Meer getestet habe. Darin kommen auch Besorgnisse über die verwirrte politische Lage in Rußland und die fortwährende Modernisierung des chinesischen Militärs zum Ausdruck.

Auf einer Pressekonferenz über die Freigabe des Weißbuches sagte der Berater für die Verteidigung Masataka Suzuki, »man sei zu der Beurteilung gekommen, daß es für Japan angemessen ist, seine Verteidigungsfähigkeit weiter zu verbessern«. Er setzte hinzu, daß Japan »derzeit Patriot-Raketen amerikanischer Bauart einführt«, und daß unter dem Verteidigungsprogramm von 1991 – 95 sechs Batterien Patriots aufgestellt werden. □

Solschenizyn könnte der einflußreichste Mann werden

Der Romanschriftsteller Aleksandr Solschenizyn »könnte zur einflußreichsten Stimme des öffentlichen Lebens Rußlands« werden, wenn er in Kürze nach Hause zurückkehrt, wird der Politiker Sergej Stankewitsch im Londoner »Economist« zitiert.

Es wird erwartet, daß Solschenizyn innerhalb der kommenden Monate aus seinem Exil im Ausland zurückkehren wird. »Die interessante Frage lautet, welche Rolle er zwischen seiner Rückkehr und seinem Tode noch in Rußlands politischem Drama spielen wird«, schrieb die Zeitschrift. Sie zitiert Stankewitsch, der kürzlich hochrangiger Berater für Boris Jelzin war, wie folgt: »Es ist dumm, zu behaupten, daß dies wie die Rückkehr Khomeinis nach Teheran sei. Rußland ist kein Land von Fundamentalisten, niemand wird vor ihm auf den Boden fallen. Aber Solschenizyn ist ein geistiges Symbol und wird gehört werden. Er könnte zur einflußreichsten Stimme im politischen Leben Rußlands werden.«

Die Themen, die Solschenizyn anschlagen wird, wurden in seinem 1990 veröffentlichtem Buch »How We Should Remake Russia« umrissen und in einer im September 1992 im russischen Fernsehen ausgestrahlten Fernseh-Dokumentation wiederholt, in der Solschenizyn sagte: »Wir machen derzeit ein Stadium des Zusammenbruchs des Bolschewismus durch, bei dem die obersten Etagen eingestürzt sind, aber die mittlere Etage noch quicklebendig und damit beschäftigt ist, ihre Hände auf alles um sich herum zu legen.« Er warnte vor einer Allianz zwischen der ehemaligen Nomenklatura, dem KGB, »Finanzhaien« und »wütenden Neureichen«, die Rußland nicht nur 70 Jahre lang ausbeuten konnten, wie es der Bolschewismus getan hat, sondern schon seit 170 Jahren.

Der »Economist« brachte seine Besorgnis über Solschenizyns antidemokratische und totalitäre Tendenzen, das heißt, seine »archaischen« Lösungen für die interne politische Krise auf der Grundlage einer kombinierten starken Präsidentschaft und lokalen Dorfräten, zum Ausdruck, die, falls sie zum Tragen kommen sollten, »Rußland dahin zurückversetzen würde, wo es unmittelbar nach der Revolution von 1905 stand«. □

Antibiotika widerstehende Bakterien tauchen auf

Beamte des Health Department (Gesundheitsamt) von New York City berichteten in der britischen Ärzte-Zeitschrift »Lancet« über das weitverbreitete Auftauchen von Antibiotika widerstehenden Bakterien. Dr. Thomas Friedan und seine Kollegen schilderten, daß Enterococci-Bakterien, die normalerweise in den menschlichen Gedärmen leben, jetzt widerstandsfähig gegen das antibiotische Vancomycin seien.

Diese Erscheinung trat 1989 erstmals in Krankenhäusern der Stadt New York auf, aber bis spätestens 1991 gab es 38 Krankenhäuser mit Fällen von Medikamenten widerstehenden Enterococci-Bakterien. Von 100 mit Medikamenten widerstehenden Bakterien infizierten Personen starben 42, die Hälfte davon unter Bedingungen, die unmittelbar mit der neuen Art von Bakterien in Zusammenhang stehen.

Die Zustände in New York City und vielen Städten der Dritten Welt sind reif für eine Katastrophe, heißt es in dem »Lancet«-Artikel. Die Kombination von High-Tech-Medizin, die mitten unter völliger sozialer und wirtschaftlicher Entbehrung, Drogenmißbrauch und AIDS verabreicht wird, ist tödlich.

Die Entdeckung der Antibiotika und die Verhinderung von Todesfällen war eine einzigartige, höchst wirksame medizinische Entdeckung in der Geschichte; sie verlängert die durchschnittliche Lebenserwartung des Menschen um zehn Jahre, und von daher gesehen ist die Entwicklung von Antibiotika widerstehenden Bakterien äußerst gefährlich.

Medikamente widerstehende Tuberkulose ist die größte Sorge weltweit. □

Pakistan gibt Atombomben-Kapazität zu

Der ehemalige Stabschef der pakistanischen Armee, General Mirza Aslam Beg, sagte, daß Pakistan bereits erfolgreiche Atomversuche durchgeführt hat und schon seit 1987 in der Lage ist, Atomversuche durchzuführen. In einem Interview mit der »Daily Awaz International« in London meinte Beg, daß Pakistan dadurch, daß es sich die Atomfähigkeit zunutze gemacht habe, die Chancen für einen Krieg auf dem Subkontinent verringert hat, und setzte hinzu, daß das pakistanische Atom-Programm als Abschreckung für jeden möglichen bewaffneten Konflikt in der Region dienen werde.

Pakistan verfüge über alle technischen Kenntnisse und die erforderliche Technologie, um in kürzester Frist Atomwaffen herzustellen, äußerte Beg. Er berichtete, daß die Atomversuche »unter kalten Laborbedingungen« durchgeführt wurden, die ebenso gut wie »heiße Explosionen« seien. Beg meinte, daß die Atomforschung unter der Verantwortung der Dienststelle des Ministerpräsidenten durchgeführt werde.

Beg gab seine Erklärungen ab, als er von einem Besuch in den Vereinigten Staaten, wo er mit

dem stellvertretenden US-Außenminister John Mellor zusammengetroffen war, nach Pakistan zurückkehrte.

Er sagte in seinem Interview auch, daß die Vereinigten Staaten 1987 ein Komplott geschmiedet hätten, um den Präsidenten, General Mohammed Zia ul-Haq zu ermorden, und er rief zu einer strafrechtlichen Untersuchung des Flugzeugabsturzes von 1988 auf, bei dem Zia ums Leben kam. □

Gebrüder Salomon spielen mit schwedischen Staatsschulden

Das Spezialunternehmen für Emissionen Salomon Brothers trieb in den vergangenen Monaten ein hoch riskantes Spiel mit dem Aufkauf und Wiederverkauf von riesigen Volumen auf nichtschwedischen Devisen lautende schwedische Staatsschulden, verlautet aus Finanzkreisen in Stockholm. Der Staat hob im vergangenen November, als der Wechselkurs der Krone frei veränderlich wurde und die Reichsbank ihre Devisenreserven bei einer vergeblichen Bemühung, die Krone gegen den Angriff von Spekulanten innerhalb des Wechselkursmechanismus zu halten, erschöpfte, die Beschränkungen darauf auf, wieviele seiner Schulden in Devisen ausgegeben werden dürfen.

»Schweden hat in den letzten sechs Monaten seine Auslandsschuld in der zutiefst beunruhigenden Größenordnung von 230 Milliarden Kronen – rund 29 Milliarden Dollar – anwachsen lassen, da es ein aufgeblähtes Haushaltsdefizit finanzierte und im Ausland Gelder aufnahm, um nach dem Debakel vom November ausländische Zentralbankreserven wiederaufzubauen«, stellte ein Stockholmer Banker fest. Die gesamte reine Devisenschuld beläuft sich heute auf 625 Milliarden Kronen, und die Zinsen darauf auf etwa 50 Milliarden Kronen pro Jahr.

Die kürzliche Aufregung über durchgesickerte Forderungen des IWF (Internationaler Währungsfonds) auf der Grundlage der Länderwertschätzung nach einer strengeren Sparpolitik der Regierung von 20 Milliarden Kronen an Einsparungen, statt der geplanten zehn Milliarden Kronen, lenkt die Aufmerksamkeit der Finanzmärkte auf die Realität der Situation in Schweden. Es ist nicht wie in den Vereinigten Staaten, ganz einfach, weil die schwedische Krone im Gegensatz zum Dollar keine Währung des Welthandels ist. Daher muß Schweden sehr, sehr vorsichtig sein, falls die Krone zusammenbricht, da dies bedeutet, daß die relativen Kosten der Bedienung dieser gewaltigen Nicht-Kronen-Schuld explosionsartig außer Kontrolle geraten wird. Die Zentralbank und die Regierung befinden sich in einem unmöglichen Sachzwang. Sie müssen die Zinssätze dramatisch beschneiden, um zu versuchen, das Bankenwesen durch Sicherheitsleistungen zu retten und dem Zusammenbruch der Wirtschaft und den gewaltigen Kosten, die dem Staat durch Arbeitslosigkeit erwachsen, Einhalt zu gebieten. Aber dies ruft die drohende Gefahr eines Runs auf die Krone hervor, die im Vergleich zur Deutschen Mark bereits die niedrigsten Niveaus der Nachkriegszeit verzeichnet. Wenn die Krone zusammenbricht, dann geraten die Schuldenkosten an ausländische Gläubiger explosionsartig außer Kontrolle. Bei dem derzeitigen Tempo wird Schweden bis spätestens 1994 ein jährliches Staatsdefizit von 20 Prozent des Bruttosozialprodukts, das höchste aller OECD-Länder, haben. □

Briten propagandieren Finanzkrise

Die heikle Finanzkrise des Königreichs Saudi-Arabien wird von den Briten absichtlich hochgespielt, um die verschiedenen amerikanisch-saudischen Deals und Abmachungen zu unterhöhlen, äußerte ein gut unterrichteter Beobachter.

Er erinnerte daran, daß es die Briten waren, die Anfang der neunziger Jahre die Kampagne »kuwaitische Demokratie« begannen, weil die Kuwaitis sich geweigert hatten, Anteile von kuwaitischen Investment-Fonds-Beteiligungen in europäischen Firmen an die Briten abzutreten. Die Briten hatten gehofft, diese »kuwaitischen Anteile« als eine Möglichkeit benutzen zu können, in das »vereinte Europa« einzudringen; und als die Kuwaitis Militärschulden an die Briten in Bargeld zurückerstatteten, begannen diese damit, Skandale gegen die gleichen »reaktionären konservativen kuwaitischen Scheichs« durchsickern zu lassen, denen sie während des Golfkrieges zur Hilfe geeilt waren.

In gleicher Weise, verlautet aus dieser Quelle, sind die Briten jetzt wütend darüber, daß die Saudis verschiedene große Waffengeschäfte mit den Vereinigten Staaten abschließen, und daß gewisse Abmachungen getroffen werden, die sie als gegen britische Interessen verstoßend auffassen.

Dieser Informant sah für die Saudis »harte Zeiten voraus«, mit möglichen Konflikten und Spannungen, die an der Grenze des Landes zu Kuwait, Katar, Bahrain und Jemen ausbrechen. □

Rußlands Investitionsbedarf für Öl umrissen

Der russische Ministerpräsident, Viktor Chernomyrdin, äußerte gegenüber der Houston Partnership, einer Gruppe von rund 500 Firmen-Vorstandsvorsitzenden in Houston, Texas, daß Rußland bis zum Jahr 2000 etwa 65 Milliarden Dollar benötige, um dem steilen Niedergang in der Rohölproduktion Einhalt zu gebieten. Er sagte, Rußland sei eifrig dabei, das Geschäftsklima für Investitionen aus dem Ausland zu verbessern, »Sie werden schon bald eine Wende zum Besseren erleben ... Der Prozeß ist in Gang gebracht worden«, meinte er.

Chernomyrdin sagte, Rußland wolle sich in erster Linie mit solchen Ölgesellschaften befassen, die Gutachten zur Ölbohrung, für Produktionsbetriebe, Raffinerien und Vermarktung anbieten können. Er setzte hinzu, daß Firmen, die in Rußland Geschäfte tätigen wollen, bereit sein müssen, langfristig zu planen, in die örtliche Wirtschaft neu zu investieren und den Binnenmarkt zu beliefern.

Chernomyrdin meinte, mindestens 12 Milliarden Dollar würden benötigt, um Tausende von brachliegenden Feldern zu verjüngen, die dann innerhalb von zwei bis drei Jahren Gewinne einbringen werden. Zehn Milliarden Dollar werden benötigt, um die Öl- und Erdgasproduktion in bestehenden Feldern zu erhöhen, und von 1995 bis 2000 würden fünf bis sieben Milliarden Dollar pro Jahr zur Erschließung neuer Felder notwendig sein. □

Iran umwirbt Indien wegen erweiterter Kooperation

Die Regierung des Iran umwirbt Indien weiterhin mit Versprechungen für eine erweiterte Kooperation auf den Gebieten der Wirtschaft und der Technologie.

Der iranische Botschafter für Indien, Ali Reza Scheich Attar, spornte in einem Interview mit Indiens »Economic Times« indische Firmen an, sich die Politik der iranischen Regierung zugunsten von Ländern der Dritten Welt und islamischen Ländern in bezug auf Technologie und Einfuhr von Produkten zunutze zu machen. Er stellte fest, daß die Rafsanjani-Regierung ein Programm ins Leben gerufen habe, um Industriebetriebe über einen Fünfjahresplan mit eindrucksvollen Investitionen in Industrie, Landwirtschaft und Sozialbereiche wiederzubeleben.

»Indische Firmen können hoffen, einen bedeutsamen Teil davon mitzunehmen«, sagte er. »Länder wie Indien und China haben einen deutlichen Vorteil, da sie auf industriellem Gebiet in der Dritten Welt am weitesten fortgeschritten sind ... indische Technologie könnte für den Iran sehr nützlich sein, da sie nicht einfach vom Westen kopiert, sondern unter Aufbietung sehr bedeutsamer Forschungsbemühungen entwickelt worden ist.« □

Betr.: Deutschland »Ammenmärchen um sinkende Asylantenzahlen«, Nr. 10/93.

Neben den Forderungen nach einem Ausländerwahlrecht auch für Nicht-EG-Bürger wird jetzt vor allem der Ruf nach einer Doppelstaatsbürgerschaft, insbesondere für Türken, laut. Die Befürworter führen ins Feld, dies sei eine Maßnahme zum Schutz der Ausländer vor »rechtsextremistischen Übergriffen«. Aber genau so wenig wie ein Deutscher mit einem türkischen Paß vor einem kriminellen Ausländer gesichert wäre, würde die Doppelstaatsbürgerschaft einen Türken oder anderen Ausländer vor dem Anschlag eines irren Deutschen schützen. Die Mehrfachstaatler kämen gegenüber »einfachen« deutschen Staatsbürgern zu einer Reihe von Vorteilen, zum Beispiel bei der Gewerbeausübung, im Niederlassungsrecht, im Grundstücksverkehr sowie bei der Abgabepflicht und Reisemöglichkeiten in ihren Heimatstaat.

Den Befürwortern der doppelten Staatsbürgerschaft geht es um etwas anderes. Sie wollen das am Abstammungsprinzip orientierte deutsche Staatsbürgerrecht durch eines ersetzen, das sich am Geburts- und Aufenthaltsort ausrichtet. Der Doppelstaatler nimmt nur aus beiden Staatsbürgerschaften die Rechte in Anspruch und drückt sich vor den Pflichten mit dem Hinweis auf die jeweils andere Staatsangehörigkeit.

Gerd Wedemeyer, Wiesbaden

Betr.: Bonn »Die deutsche Rechte wird diffamiert«, Nr. 8/93.

Der perfekte Organisationsgrad der anti-patriotischen Linken, wurde zunächst bei den Kerzenaufmärschen, anläßlich der Moellner und Solinger Brandstiftungen offenbar. Stark verhaltensgestörte und angetrunkene Jugendliche wurden mit dem üblichen Automatismus der Medien und Linksorganisationen, nicht zuletzt des DGB, der nationalen Rechten zugeordnet. Daß die Protagonisten der A.D.L. (Antideutschen Linken) bei diesem Unternehmen aus dem völlig hysterisierten Ausland, vor allem den USA Unterstützung bekamen, wurde bald offenbar. Verbote der DVU und der Republikaner wurden gefordert. Hierbei waren auch SPD und FDP höchst aktiv.

Wen wundert es? In der Geschichte dieses Marxistenvereins hat es noch nie Toleranz gegenüber Andersdenkenden gegeben, trotz der Beteuerung der roten Sirene Luxemburg, gab es zu deren Zeiten schon die Geiselmorde in Essen, München und Berlin sowie Budapest. Man hat die Namen noch im Kopf, Eisler, Toller, Bela Khun (der Zarenmördergehilfe) und andere, logistisch geführt von Radek-Sobelsohn.
Herr Hochhut betreibt jetzt eine nachträgliche Mohrenwäsche an diesen Gestalten. Die absolute geistige Niederlage des Mardochai-Marx Kommunismus, soll jetzt durch Diffamierung der gesamten, nationalen Rechten wettgemacht werden, wobei die Ziele: Weltrevolution oder One-World die alten geblieben sind. Trotzki-Bronstein, hat er doch gesiegt, oder sein bürgerlicher Antipode, Coudenhove-Kalergi? Jedenfalls feiert die alte Hetz und Verleumdungstaktik der Trotzki-Mafia ihre »demokratische« Wiederauferstehung. Mordterroristen wie Grams werden von der A.D.L. hochstilisiert, und das ganze Medienprogramm läuft dieserhalb auf vollen Touren. Die Ordnungskräfte sind nach bewährt bolschewistischem Modell faschistische Mordgehilfen, die man verfolgen soll, wo man sie kriegt.

Man will die GSG-9 als wirksame Terrorwaffe lahmlegen, ist sie doch lästig für den roten Terror der RAF. Der sogenannte Rechtsterror ist mangels eines logistischen Organisationsgrades und ohne Auslandsunterstützung ohnehin nicht gefährlich. Bundesanwalt von Stahl, der hierum wußte, sollte dieserhalb gleich weg.

Daß der Bundeskanzler auf den Linksschwindel anläßlich Bad Kleinen nicht herein gefallen ist, verdankt er seinem Naturtalent, einer unübertroffenen Chuzpe bei solchem Theater. Die Drahtzieher sind enttäuscht, man hätte ihn doch gerne, in Begleitung linksgedrallter Pastoren auf der Reue- und Bußebeerdigung für Grams gesehen, – war er doch in Washington unlängst bei der bekannten Museumseinweihung auch nicht dabei ...!

Die Linksmafia A.D.L. hat sich jetzt mit ihren Aktivitäten auf Mitteldeutschland konzentriert, wo man doch zum Leidwesen ihrer Anführer den »sozialistischen Staat« verloren hat. Hier sind PDS, Grüne und nicht zuletzt der DGB bei der Schürung von Unzufriedenheit ganz vorne, der völlig unnötige und flankierende Streik der IG Metall zeigte, wo es langgeht. Alle Aufbaubestrebungen mit enormem Finanzaufwand werden von der A.D.L. und ihrem Umfeld verunglimpft, die nationale Aufgabe einer Angleichung der Verhältnisse in West- und Mitteldeutschland permanent diskreditiert, wobei die Unterstützung durch die Medien offenkundig ist.

Nun zittert diese »ehrenwerte Gesellschaft« vor der Eröffnung der NKWD-Spionage-Akten, obwohl Herr Kohl noch dem Willy Brandt ein schonendes Vorgehen versprochen hatte. Wieder einmal kannte der schlaue Fuchs seine Pappenheimer. Keine Sorge, viele von uns haben noch nicht vergessen, wie RAF Mitglieder von SPD-Leuten von Rang in Hannover und im Saarland versteckt wurden.

Es war seinerzeit schon ein gekonntes, verschleierungstaktisches Unternehmen, daß diese Dinge in den Medien kurz, aber dafür umso schonender abgehandelt wurden. Immerhin waren diese Dinge ein Symbol der A.D.L.
Jetzt ist sich diese Truppe der Unterstützung der Asylanten und Scheinasylanten sicher, und betreibt Einbürgerung beziehungsweise Doppelstaatsangehörigkeit. Verbrechen von Ausländern werden von den linksprogrammierten Medien systematisch unterdrückt, wobei das Wort Demokratie für alle diese Diskriminierungsmaßnahmen an den Deutschen herhalten muß.
Deutschland befindet sich, angesichts der Scheinasylanteninvasion, gefördert von den Schreiern der Linken in einer höchst gefährlichen außen- und innenpolitischen Situation, was auch von den »Israel Nachrichten« so gesehen wird. Dieses Land, das zwei mörderische Kriege überlebt hat, mit Massenausrottung der Zivilbevölkerung, einem riesenhaften Gebietsraub und Massentötungen vieler gefangener Soldaten, soll jetzt von der Linksmafia, sowie Weiss von den Grünen es fordert, der UNO nach dem Paragraphen 53 und 107 unterworfen werden, das heißt, Besetzung unseres Vaterlandes.

In der Weimarer Republik hätte er eine Anklage wegen Landesverrats bekommen, als Linksprotagonist geschieht ihm hier nichts. Deutschland steht am Rande eines Abgrunds, dem von Petrograd 1917 nicht unähnlich? Lebt Trotzki-Bronstein noch in den Köpfen der Antideutschen Linken?

Dr. R. O. Muth, Unna

Betr.: Leserbrief zu »Aufbruch '94 – Deutscher Freier Wählerbund«, Nr. 7 und Nr. 11/93.

Frau Oeder schreibt mir aus der Seele, nachdem meine Zuschriften an CODE scheinbar im Papierkorb verschwinden. Nachdem unser »lieber« Emil Schlee in CODE einen ganzen Brief von mir sezieren durfte, um dem Leser von CODE das Gegenteil meiner Behauptungen zu beweisen, was ihm aber nicht gelang, denn von allen Seiten erhielt ich Zustimmung, sollte mir CODE, eine Zeitschrift, die ich bisher für sehr gut hielt, nun meinerseits Gelegenheit geben, meine damals aufgestellten Behauptungen zu wiederholen. Ich fragte damals an, wo denn die Lichtgestalten wären, die Deutschland retten würden. Seine Antwort darauf war, man dürfe nicht zu spät kommen, aber auf keinen Fall zu früh. Nun, meine Herren, von CODE, er kam weder zu früh noch zu spät, er kam gar nicht. Ist es nicht so?

So geht das nicht und außerdem ist es doch völlig egal, ob eine »rechte« Partei mit sechs oder sieben Prozent im Deutschen Bundestag sitzt, solange sie sich schon nach kurzer Zeit anpaßt, um an den Pfründen zu bleiben. Glauben Sie wirklich, daß ein Herr Dr. Frey oder ein Herr Schönhuber etwas bewirken können? Dann tun Sie mir leid. Das einzig richtige Mittel um dieses System zu schwächen ist, nicht zur Wahl zu gehen. Wer nicht wählt handelt richtig. Das System funktioniert nur so lange, wie hohe Wahlbeteiligung seine Existenz legitimiert. Es gehen noch viel zu viele nationale Wähler zur Wahl. Wenn gar keiner mehr wählen ginge, dann würde es für diesen Bonner Staat kritisch.

»Pedro« Ernst Straka, Frankfurt

Betr.: Deutschland-Journal »Rätselraten um Weizsäcker-Nachfolge«, Nr. 10/93.

Ob Heitmann wohl geeignet ist? Gerade das »Geschrei« in den linken Medien ist für mich ein Indiz, daß er geeignet ist. Mit aller Gewalt wird versucht, ihn madig zu machen, denn er ist einfach zu bieder und zu deutsch und zu offen und ehrlich, entwaffnend bescheiden. Und das ist heutzutage nicht mehr »in«. Nur ein F. J. Strauß hätte es gewagt, so normal zu sprechen. »Ein normales Volk unter normalen Völkern« sollen wir Deutsche sein. Unsere Altpolitiker gehen wohl noch mit dem Besatzungsstatut unter dem Arm ins Bett und mit Heinz Galinskis Mahnung »nicht vergeben, nie vergessen«, und haben noch nicht begriffen, welchen Anspruch eine souveräne Nation unbeschadet einer 12jährigen Negativ-Vergangenheit vor einem halben Jahrhundert in der heutigen Völkergemeinschaft hat (Pflichten und Rechte). Wir sollten uns an anderen Nationen ein Beispiel nehmen (zum Beispiel Israel und Japan besonders).

Vermeintlich »rechte« Standpunkte sind doch nicht anrüchig, sofern sie von bis zu 90 Prozent der deutschen Bevölkerung vertreten werden (Asylproblem 95 Prozent, Europa-Maastricht 75 Prozent, Geschichte 60 Prozent). Bedauerlich, daß unsere Altpolitiker sich bisher versagen, eben weil sie selbst da versagt haben und untätig waren.

Wer im übrigen mal den »Spiegel« Nr. 31 und Nr. 32 vom September 1991 gelesen hat »Der Tod aus Ingelheim« Richard von Weizsäcker – Böhringer – US-Army in Vietnam – 91 Millionen Kilo Dioxin – Agent Orange, der wird den jetzigen Amtsinhaber nicht mehr so blauäugig betrachten. Wahrlich kein Glanzstück einer Karriere.

Im übrigen lebt eine Demokratie von der Vielfalt der Meinungen, nicht von der Einfalt. Keiner der Bewerber/innen wird das ganze Volk hinter sich haben, mögen ihn die Medien noch so hochjubeln. Ich meine also: Heitmann sollte Präsident werden. Ein Wertkonservativer.

Bernhard Leimner, Heidelberg

